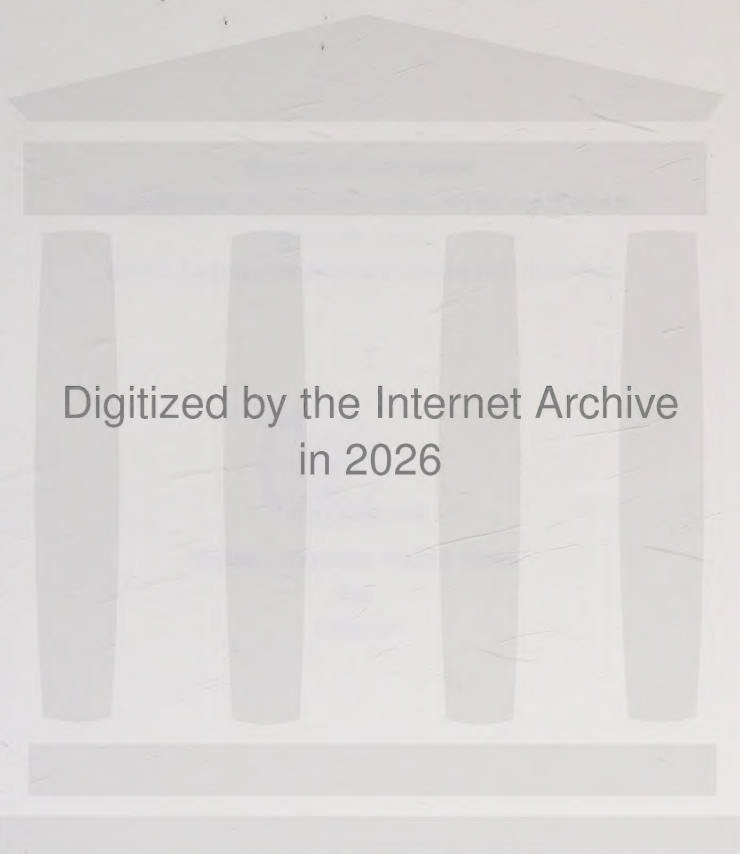


**DETERMINANTEN BILANZIELLER
ENTSCHEIDUNGSPROZESSE
BEI DER EINBRINGUNG EINES BETRIEBES**

Walter Reich

1975



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41551907_0027

DETERMINANTEN BILANZIELLER ENTSCHEIDUNGSPROZESSE
BEI DER EINBRINGUNG EINES BETRIEBES

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Grades Doctor rerum politicarum
(Dr. rer. pol.)
an der Ludwig-Maximilians-Universität München



vorgelegt von

Diplom-Volkswirt Walter Reich

aus

München

1975



Referent:

Prof. Dr. P. Scherpf

Korreferent:

Prof. Dr. Dr. h.c. E. Heinen

Tag der mündlichen Prüfung: 21. Juli 1975

Meinen lieben Eltern

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Abbildungsverzeichnis	VII
Abkürzungsverzeichnis	VIII
EINFÜHRUNG	
1. Problemstellung	1
2. Anmerkungen zum Gang der Untersuchung	10
KAPITEL I: ZUR ERKLÄRUNG MENSCHLICHEN ENTSCHEIDUNGSVERHALTENS	
1. Von der traditionellen zur sozialwissenschaftlich fundierten Betrachtungsweise in der Betriebswirtschaftslehre	14
1.1 Der Bedeutungswandel des Rationalitätsbegriffes	14
1.2 Geschlossene und offene Modelle des Entscheidungsverhaltens	16
1.3 Betriebswirtschaftliche Systementwürfe	21
2. Menschliches Entscheidungsverhalten und Verhaltensbeeinflussung	26
2.1 Informationsverarbeitungstheorie des Entscheidungsverhaltens	28
2.11 Das S-O-R-Paradigma	28
2.12 Kognitive Informationsverarbeitung als Prozeß	31
2.13 Elemente kognitiver Informationen und Informationsstrukturen	36
2.2 Aspekte der Verhaltensbeeinflussung	46
2.21 Betrachtungsebenen interpersoneller Beziehungen	46
2.22 Merkmale der Verhaltensbeeinflussung	48
2.221 Überzeugung und Manipulation durch Kommunikation	48
2.222 Macht als Grundlage der Beeinflussung	50

	Seite
2.23 Attitüdenänderungen der Kommunikations- empfänger	52
2.231 Attitüdenverstärkung, Attitüden- schaffung, Attitüdenumkehrung und Attitüdenveränderung	53
2.232 Theorien über die Vermeidung kognitiver Inkonsistenzen (Kon- sistenztheorien)	54
2.3 Zusammenfassung	67
3. Ausgangspunkte bilanzieller Entscheidungsprozesse	69
3.1 Organisationstheoretische Aspekte	69
3.11 Systembetrachtung	69
3.12 Strukturmerkmale bilanzieller Entschei- dungsprozesse	72
3.121 Kollektive Entscheidungsfindung	72
3.122 Entscheidungsinterdependenz	73
3.13 Interindividuelle Konflikte und ihre Handhabung	74
3.14 Organisationale Ziel-Mittel-Analyse	78
3.2 Politische Aspekte	87
3.21 Politische Systeme als theoretische Be- zugsrahmen für die Analyse politischer Prozesse der Rechenschaftslegung	88
3.22 Das politische System der Rechenschafts- legung bei der Einbringung eines Betriebes	92
3.3 Zusammenfassung	96

KAPITEL II: BILANZRECHT ALS DETERMINANTE BILANZIELLER ENTSCHEIDUNGSPRO- ZESSE BEI DER EINBRINGUNG EINES BETRIEBES

1. Bilanzrecht und bilanzieller Entscheidungsprozeß bei der Einbringung eines Betriebes	100
1.1 Aktionsfeld und Rechtsordnung als Elemente des Entscheidungsfeldes	101

	Seite
1.11 Begriffsmerkmale des Entscheidungsfeldes	101
1.12 Bilanzielle Manövriermasse vor und nach dem Einbringungszeitpunkt als Alternativenpotential	103
1.13 Zur Erweiterung des bilanziellen Entscheidungsfeldes durch Einbeziehung der Rechtsauslegung und der Rechtsanwendung	108
1.2 Problemstruktur bilanzieller Entscheidungsprozesse bei der Einbringung eines Betriebes	113
1.3 Institutionalisierte Determinanten bilanzieller Entscheidungsprozesse	116
2. Bilanzrechtliche Grundlagen der Einbringung eines Betriebes als Entscheidungsprämissen faktischer Art	118
2.1 Rechtliche Grundlagen des Einbringungsvorgangs	119
2.11 Zivilrechtliche Grundlagen	119
2.12 Steuerrechtliche Grundlagen	126
2.13 Die Einbringung eines Betriebes als art-eigener gesellschaftsrechtlicher Vorgang	129
2.2 Die bilanzielle Manövriermasse der aufnehmenden Kapitalgesellschaft	131
2.21 Im Rahmen der handelsrechtlichen Bilanzierung	133
2.22 Im Rahmen der §§ 17 ff. UmwStG	136
2.3 Bilanzrechtliche Beschränkungen des Aktionsspielraums	141
2.31 Begriffliche Voraussetzungen	141
2.32 Ausprägungsformen der Sacheinlage und ihre Abgrenzung	143
2.321 Einbringung eines Betriebes	144
2.322 Einbringung eines Teilbetriebes	148
2.323 Einbringung eines Mitunternehmeranteils	150
2.324 Einbringung einer 100 %igen Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft	153
2.33 Gesetzliche Beschränkungsfaktoren der Bilanzierung in bestimmten Fällen	156

	Seite
2.331 Negatives Kapital des eingebrachten Betriebsvermögens	156
2.332 Gewährung von anderen Wirtschaftsgütern neben den neuen Gesellschaftsrechten	157
2.333 Beschränkte Steuerpflicht des Einbringenden	159
2.334 Doppelbesteuerungsabkommen	161
3. Die Einbringung eines Betriebes als bilanzrechtliches Abbildungsproblem	161
3.1 Zur Problematik der bilanziellen Abbildung des Einbringungsvorgangs	162
3.2 Das Maßgeblichkeitsprinzip der Handelsbilanz für die Steuerbilanz	164
3.21 Zur Gültigkeit des Maßgeblichkeitsprinzips im Rahmen der Einbringung eines Betriebes	165
3.211 Uneingeschränktes und eingeschränktes Maßgeblichkeitsprinzip	165
3.212 Das Maßgeblichkeitsprinzip im Rahmen der Einbringung eines Betriebes	169
3.22 Ausnahmen	175
3.3 Sonderbilanzen anlässlich der Einbringung eines Betriebes	176
3.31 Vom Einbringenden zu erstellende Sonderbilanzen	177
3.32 Von der aufnehmenden Kapitalgesellschaft zu erstellende Sonderbilanzen	184
3.4 Institutionalisierte Bindungswirkungen zwischen den Sonderbilanzen	187
4. Das Bewertungswahlrecht der aufnehmenden Kapitalgesellschaft als bilanzrechtliches Alternativenpotential	191
4.1 Ansatz zum Buchwert	192
4.11 Beschränkungen beim Ansatz zum Buchwert	192
4.12 Konsequenzen der Buchwertfortführung	194
4.2 Ansatz zum Teilwert	200

	Seite
4. 21 Voraussetzungen für den Ansatz zum Teilwert	202
4. 22 Originärer Firmenwert	204
4. 23 Konsequenzen des Teilwertansatzes	207
4. 3 Ansatz zum Zwischenwert (Teilaufstockung)	211
4. 31 Mindestwertvorschriften	211
4. 32 Verteilung des Aufstockungsbetrages	212
4. 33 Konsequenzen der Teilaufstockung	217
4. 4 Zweifelsfragen hinsichtlich des Ansatzes einzelner zum eingebrachten Betriebsvermögen gehöriger Wirtschaftsgüter	219
4. 41 Pensionsverpflichtungen	219
4. 42 Bilanzielle Behandlung der Vermögensabgabe	222
4. 43 Beteiligung an aufnehmender Kapitalgesellschaft	226
4. 5 Änderungen der getroffenen Wahl	230
5. Zum Spannungsfeld zwischen Bilanzrecht und Bilanzpolitik bei der Einbringung eines Betriebes	232
 KAPITEL III: BEWERTUNGS- UND RÜCKLAGENPOLITIK ALS DETERMINANTE BILANZIELLER ENTSCHEIDUNGSPROZESSE BEI DER EINBRINGUNG EINES BETRIEBES	
1. Zur Betonung des zugrundeliegenden Politikbegriffs	238
2. Mögliche Referenzpunkte bewertungs- und rücklagenpolitischer Aussagen bei der Einbringung eines Betriebes	239
2. 1 Bewertungs- und Rücklagenpolitik als Teilbereich der Bilanzpolitik	240
2. 2 Bewertungs- und rücklagenpolitische Ziele	244
2. 3 Die Interessenlagen der Bilanzinteressenten als Input des politischen Systems der Rechnungslegung bei der Einbringung eines Betriebes	250

	Seite
2. 4 Das Bewertungswahlrecht der aufnehmenden Kapitalgesellschaft als bewertungs- und rücklagenpolitisches Mittel	261
3. Attitüden und Attitüdenstrukturierung im Rahmen der Bewertungs- und Rücklagenpolitik bei der Einbringung eines Betriebes	262
3. 1 Beispiele relevanter Attitüden und Attitüdenvermutungen	263
3. 11 Bilanzbezogene Attitüdenvermutungen	265
3. 12 Bewertungs- und rücklagenbezogene Attitüdenvermutungen	274
3. 13 Interessentenbezogene Attitüdenvermutungen	283
3. 2 Attitüdenstrukturierung als "beeinflussungspolitisches Instrument"	286
3. 21 Attitüdenstrukturierung durch Erzeugung kognitiver Ungleichgewichte	287
3. 22 Attitüdenstrukturierung mit Hilfe von Durchsetzungstechniken zu bilanziellen Kommunikationsinhalten	292
KAPITEL IV: SCHLUSSBETRACHTUNG	297
Literaturverzeichnis	301

Abbildungsverzeichnis

	Seite
Abbildung 1: Gleichgewichts- und Ungleichgewichtszustände nach Heider	56
Abbildung 2: Inkongruenz und Kongruenz nach Osgood/Tannenbaum	61
Abbildung 3: Das politische System der Rechenschaftslegung bei der Einbringung eines Betriebes	95
Abbildung 4: Aktionsfeld bilanzieller Entscheidungsprozesse bei der Einbringung eines Betriebes	105
Abbildung 5a: Handelsrechtlich durch Gesamtrechtsnachfolge begünstigte Sacheinlagen (Umwandlungsmöglichkeiten)	123
Abbildung 5b: Umwandlung von Personengesellschaften (oHG, KG) und Umwandlung des Unternehmens eines Einzelkaufmanns	124/125
Abbildung 6: Steuerrechtlich erleichterte Sacheinlagen in Kapitalgesellschaften	127
Abbildung 7: Institutionalisierte Bindungswirkungen zwischen den Sonderbilanzen anlässlich der Einbringung eines Betriebes	188
Abbildung 8: Ziele und Zusammenhänge der Bewertungs- und Rücklagenpolitik bei der Einbringung eines Betriebes	243

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
Abschn.	Abschnitt
AG	Die Aktiengesellschaft
Anm. d. V.	Anmerkung des Verfassers
AO	Reichsabgabenordnung
Aufl.	Auflage
BB	Der Betriebs-Berater
Bd.	Band
BdF	Bundesminister der Finanzen
BewG	Bewertungsgesetz
BFG	Berlinförderungsgesetz
BFH	Bundesfinanzhof
BFuP	Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BGH	Berlinhilfegesetz
BMWF	Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen
BStBl	Bundessteuerblatt
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
DB	Der Betrieb
Diss.	Dissertation
DStR	Deutsches Steuerrecht
DStZ	Deutsche Steuerzeitung
EStDV	Einkommensteuer-Durchführungsverordnung
EStG	Einkommensteuergesetz
EStR	Einkommensteuerrichtlinien
f., ff.	folgend(e)

GG	Grundgesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
HdB	Handwörterbuch der Betriebswirtschaftslehre
HdP	Handbuch der Psychologie
HdR	Handwörterbuch des Rechnungswesens
HGB	Handelsgesetzbuch
h. M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
InvzulG	Investitionszulagengesetz
KapErhG	Gesetz über die Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln
KG	Kommanditgesellschaft
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KStG	Körperschaftsteuergesetz
LG	Landgericht
NB	Neue Betriebswirtschaft
Nr.	Nummer
NRW	Nordrhein-Westfalen
NWB	Neue Wirtschaftsbriefe
OFD	Oberfinanzdirektion
oHG	Offene Handelsgesellschaft
PublG	Publizitätsgesetz
RFH	Reichsfinanzhof
RStBl	Reichssteuerblatt
RWP-Blattei	Blattei-Handbuch Rechts- und Wirtschaftspraxis
RZi	Randziffer
StAnpG	Steueranpassungsgesetz
StKR	Steuerrechtsprechung in Karteiform
StuW	Steuer und Wirtschaft
UmwG	Gesetz über die Umwandlung von Kapitalgesellschaften und bergrechtlichen Gewerkschaften in der Fassung vom 15. 8. 1969
UmwStG	Gesetz über steuerliche Maßnahmen bei Änderung der Unternehmensform vom 14. 8. 1969

U	Urteil
wiss.	wissenschaftlich
WPg	Die Wirtschaftsprüfung
ZfB	Zeitschrift für Betriebswirtschaft
ZfbF	Schmalenbachs Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung
ZRFG	Zonenrandförderungsgesetz

EINFÜHRUNG

1. Problemstellung

Durch das Gesetz über steuerliche Maßnahmen bei Änderung der Unternehmensform vom 14. 8. 1969 (UmwStG)¹⁾ in Verbindung mit dem Umwandlungsgesetz (UmwG)²⁾ hat in jüngster Zeit der Vorgang der Einbringung eines Betriebes zunehmend an Bedeutung gewonnen. Insbesondere steuerliche Hemmnisse, die derartigen Umstrukturierungen bislang entgegenstanden, wurden dadurch beseitigt, daß nunmehr eine steuerneutrale Einbringung zulässig ist. Mit der Kodifizierung des Einbringungsvorgangs eines Betriebes in eine Kapitalgesellschaft hat der Gesetzgeber zugleich einen beachtlichen bilanziellen Entscheidungsspielraum geschaffen. Im Vordergrund steht dabei die Frage des Wertansatzes des eingebrachten Betriebsvermögens, wobei die Alternativen Buchwert, Teilwert oder jeder beliebige Zwischenwert in Betracht kommen können.

Demgegenüber konzentriert sich die betriebswirtschaftliche Forschung in jüngster Zeit in immer stärkerem Maße auf das menschliche Entscheidungsverhalten.³⁾ Als Ausgangspunkt aller betriebswirtschaftlichen Aktivitäten sind die Entscheidungsprozesse der Menschen und Gruppen auf allen Ebenen der betrieblichen Hierarchien anzusehen. Nicht die Organisationen⁴⁾, sondern die Individuen als Teilnehmer dieser Organisationen entscheiden.

1) Vgl. BGBl I 1969, S. 1163; die zunächst festgelegte zeitliche Befristung bis zum 31. 12. 1972 ist wieder aufgehoben.

2) Vgl. BGBl I 1969, S. 2081.

3) Vgl. z. B. Heinen, E., Wissenschaftsprogramm, S. 207 ff.; Heinen, E., Entscheidungsorientierter Ansatz, S. 21 ff.; Kirsch, W., Entscheidungs- und systemorientierte Betriebswirtschaftslehre, S. 153 ff.

4) Zum Begriff der Organisation vgl. Kirsch, W. et al., Betriebswirtschaftliche Logistik, S. 56 ff.

Da es den sozialen Kontext der Entscheidungsprozesse systematisch zu erfassen gilt, erscheint für eine angewandte Wissenschaft die Auseinandersetzung mit den Ansätzen und Erkenntnissen der Nachbardisziplinen wie Individual- und Sozialpsychologie, Soziologie, politische Wissenschaften, Kybernetik sowie der Nationalökonomie unerlässlich.

Angesichts dieser Entwicklungen erhält die Diskussion um die Relevanz bilanzieller (Informations- und) Entscheidungsprozesse neue Akzente. Die klassischen Informationssysteme der Bilanz und der Kostenrechnung erscheinen im Rahmen des modernen Konzepts der "Management-Informationssysteme (MIS)" insbesondere unter dem Aspekt der Durchsetzung von Entscheidungen in einem neuen Licht. Während sich die Betriebswirtschaftslehre bislang auf Probleme der Planung sowie die Formulierung von Entscheidungsmodellen mit dem Ziel optimaler bzw. befriedigender Entscheidungen konzentrierte, zeichnet sich im deutschen Sprachraum in jüngster Zeit eine Einbeziehung der Durchsetzungs- und Beeinflussungsprozesse in die wissenschaftliche Untersuchung ab.¹⁾

Erst die Betrachtungsweise, daß die Betriebswirtschaft eine Organisation ist und bilanzielle Entscheidungsprozesse kollektive Entscheidungsprozesse sind, macht den Weg frei für die Diskussion, wie in der Phase der Willensdurchsetzung die Bilanzinteressenten als Träger nachfolgender Entscheidungen dazu veranlaßt werden können, die aus vorausgehenden bilanziellen Entscheidungen sich ergebenden Daten als Prämissen zu akzeptieren. Diese Überlegung hat jüngst Kappler zum Ausgangspunkt seiner Untersuchung gemacht.

1) Vgl. z. B. Kirsch, W., Entscheidungsprozesse III; Klis, M., Überzeugung; Kappler, E., Informationsverhalten; Heinen, E. et al., Informationswirtschaft, S. 684 ff.

"Auf den Informationswert der Bilanz richten sich insbesondere die Informationserwartungen der externen Informationsinteressenten einer Betriebswirtschaft. Durch Bilanzinformationen werden folglich umgekehrt Entscheidungen von Bilanzinteressenten beeinflusst. Dies gilt vermutlich um so mehr, je weniger sonstige Informationen sie zur Verfügung haben."¹⁾

Damit wird das pragmatische Problem der Kommunikation, das die Einflußbeziehungen zwischen Informationssender und -empfänger zum Ausdruck bringt, erfaßt. Die Betonung der Analyse verlagert sich auf die Erforschung politischer Verhaltensweisen zur "machtvollen" Durchsetzung von Interessen sowie den damit verbundenen Prozessen.

Ausgangspunkt ist die Erkenntnis, daß zwischen Kernorgan und Satelliten oder Satellitengruppen Entscheidungsinterdependenz existiert.²⁾ Während dem Kernorgan (z. B. Vorstand) gemäß § 148 AktG die formelle Zuständigkeit für die Erstellung der Jahresbilanz zugewiesen wird, richten die Satelliten (Bilanzinteressenten) ihrerseits Forderungen an das Kernorgan, bestimmte Maßnahmen zu verwirklichen. Forderungen oder Wünsche können durch manipulative Maßnahmen der aktiven Beeinflussung unterstützt bzw. unterstrichen werden. Die unterschiedlichen Vorstellungen und Wünsche der Mitglieder des Kernorgans selbst und seiner Satellitengruppen werden im politischen System der Organisation zum "Ausgleich" gebracht.

Dies ist der Ausgangspunkt der vorliegenden Untersuchung.³⁾ Dabei ent-

1) Kappler, E., Informationsverhalten, Vorwort.

2) Vgl. Klein, H., Heuristische Entscheidungsmodelle, S. 17 ff.; Dietel, B., Koordination, S. 2 ff.

3) Aus Vereinfachungsgründen wird im folgenden häufig nur von der Einbringung eines Betriebes gesprochen. Entsprechend der Regelung im UmwStG bezieht sich der Begriff "Einbringung eines Betriebes" sowohl auf die Einbringung eines gesamten Betriebes als auch eines Teilbetriebes oder eines Mitunternehmeranteils sowie auf die Einbringung einer 100 %igen Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft. Handelsrechtlich werden diese Vorgänge als Sacheinlage bezeichnet.

spricht es dem Grundgedanken der Arbeit, institutionalisierte Determinanten der Bilanzierung in Form von Handels- und Steuergesetzen mit ihren Bewertungsspielräumen mit sozialwissenschaftlichen Determinanten in einem politischen System zu integrieren.

Zur Verdeutlichung der bilanziellen Entscheidungsprozesse bei der Einbringung eines Betriebes erscheint es zweckmäßig, die Aktiengesellschaft als aufnehmende Kapitalgesellschaft zu wählen. Eine Ausweitung auf andere Rechtsformen ist ohne Schwierigkeiten möglich. Die Aktiengesellschaft wurde gewählt, weil sie die moderne Großunternehmung verkörpert. Darüber hinaus zeichnet das Aktienrecht den Rahmen der Interessenten vor, die auf die Rechenschaftslegung und damit auf die Bilanzierung einwirken.¹⁾ Demgegenüber fehlt bei Personengesellschaften in der Regel die Pflicht zur Publizität.²⁾ Ihre Bilanzen eignen sich deshalb nur begrenzt als Beeinflussungsinstrument.

Von den bilanziellen Entscheidungsprozessen bei der aufnehmenden Kapitalgesellschaft sind die vorgelagerten Entscheidungen, die die Einbringung selbst zum Gegenstand haben, zu unterscheiden. Diese sollen in dieser Untersuchung ausgeklammert werden.

Die Notwendigkeit, steuerliche Aspekte zur Erklärung der bilanziellen

1) Vgl. Bischofberger, W., Beeinflussung der Rechenschaftslegung, S. 3 ff.

2) Die Publizitätspflicht für Personengesellschaften beginnt, sobald an drei aufeinanderfolgenden Abschlußstichtagen jeweils mindestens zwei der drei in § 1 Abs. 1 PublG genannten Merkmale (Bilanzsumme mehr als DM 5 Mio, Umsatzerlöse in den letzten 12 Monaten vor dem Bilanzstichtag mehr als DM 250 Mio, durchschnittlicher Beschäftigungsstand in den letzten 12 Monaten vor dem Bilanzstichtag mehr als 5000 Arbeitnehmer) zutreffen. Vgl. Wirtschaftsprüfer-Handbuch 1973, S. 693 ff.

Entscheidungsprozesse bei der Einbringung eines Betriebes heranzuziehen, ergibt sich aus mehreren Gründen.

Das Maßgeblichkeitsprinzip der Handelsbilanz für die Steuerbilanz, dessen Relevanz in diesem Zusammenhang erneut zu untersuchen ist, schreibt u. a. vor, daß bilanzpolitische Maßnahmen in der Steuerbilanz, eine entsprechende Gestaltung der Handelsbilanz voraussetzen.¹⁾ Damit ist die wechselseitige Abhängigkeit zwischen Handels- und Steuerbilanz angesprochen. Die Wertansätze in der Steuerbilanz und damit verbundene steuerliche Erleichterungen hängen von einem entsprechenden Ausweis in der Handelsbilanz ab. Diesem Aspekt wurde bislang in der bilanzpolitischen Diskussion wenig Beachtung geschenkt.

Über die Gültigkeit des Maßgeblichkeitsprinzips rücken somit die steuerlichen Aspekte in den Mittelpunkt der zu untersuchenden bilanziellen Entscheidungsprozesse. Als deren Grundlagen definieren und determinieren sie das Entscheidungsfeld entscheidend. Die Rechtsnormen stellen den nicht beeinflussbaren Rahmen des Entscheidungsfeldes dar. Soweit Sanktionen einer Nichtbefolgung des Gesetzes von den Bilanzierenden als zu groß angesehen werden, bestimmen sie, welche bilanziellen Handlungsalternativen realisierbar sind.²⁾ Diese allgemeinen Überlegungen lassen eine Einbeziehung der steuerlichen Aspekte mit dem Ziel der Präzisierung des Entscheidungsfeldes unumgänglich erscheinen.

Im Vordergrund der steuerrechtlichen Betrachtung stehen die bei der Einbringung eines Betriebes zu erstellenden Sonderbilanzen. Sonderbilanzen

1) Vgl. Döllerer, G., Maßgeblichkeit, S. 501 ff.; Brönnner, H., Bilanz, S. 108 ff.

2) Vgl. Brunner, D., Rücklagenpolitik, S. 44; Scherpf-Reich, Wechsel der Unternehmensform, S. 133 ff.

bieten beachtliche Möglichkeiten für bilanzpolitische Entscheidungen, die sich materiell auf die späteren Jahresbilanzen auswirken. Wöhe sieht deshalb in der Tatsache ihrer Einmaligkeit kein Argument gegen eine Einbeziehung in den Gegenstand der Bilanzpolitik.¹⁾ Die bei der Erstellung von Einbringungs- und Aufnahmebilanzen zu treffenden Bewertungsentscheidungen beeinflussen die Liquidität und über die Höhe der Abschreibungen den Gewinnausweis sowie die steuerliche Belastung zukünftiger Perioden.

Angesichts der bei der Bilanzierung der Sacheinlage zu treffenden Bewertungsentscheidungen, in deren Mittelpunkt die Frage der Beibehaltung oder Auflösung stiller Rücklagen steht, erscheint es zweckmäßig, die bilanziellen Entscheidungsprozesse bei der Einbringung eines Betriebes als Teilbereich der bewertungs- und rücklagenpolitischen Überlegungen der bilanzerstellenden Kernorgane zur Willensdurchsetzung zu interpretieren.

Bewertungs- und Rücklagenpolitik können als die wichtigsten Aktionsparameter zur Realisierung bilanzpolitischer Ziele angesehen werden, da sie viele Teilbereiche der Unternehmung in unterschiedlicher Weise tangieren.²⁾ Neben begrifflichen Überschneidungen sind ihre Wechselbeziehungen zur Gewinnverwendungs- und Dividendenpolitik charakteristisch. Über die Gestaltung der Höhe des ausgewiesenen Vermögens bzw. des ausgewiesenen Erfolges zielen bewertungs- und rücklagenpolitische Maßnahmen einerseits auf die Beeinflussung des finanziellen Bereichs der Unternehmung und andererseits auf die Beeinflussung der an der Unternehmung interessierten Personengruppen.³⁾

1) Vgl. Wöhe, G., Bilanzierung, S. 45 ff.

2) Vgl. Brunner, D., Rücklagenpolitik, S. 43; Wöhe, G., Bilanzierung, S. 457 ff.

3) Vgl. Wöhe, G., Bilanzierung, S. 462 ff.

Soweit es sich um die Beeinflussung von Personen handelt, kommt im Rahmen der Bilanzierung der Sacheinlage der Frage der Beibehaltung oder Auflösung stiller Rücklagen insoweit besondere Bedeutung zu, als damit die Vermögens- und Ertragssituation (letzteres vor allem in den Folgeperioden) günstiger bzw. ungünstiger dargestellt werden kann. Mit einer ungünstigeren Ertragssituation kann beispielsweise die Absicht verfolgt werden, den Diskussionsspielraum für mögliche Dividendenforderungen der Aktionäre oder für mögliche Lohnforderungen der Gewerkschaften von vornherein einzuengen. Andererseits läßt eine günstigere Vermögenslage wiederum positive Auswirkungen auf das Verhalten der Gläubiger erwarten.

Derartige Beeinflussungsversuche verlieren aber an Bedeutung, wenn es den Bilanzinteressenten gelingt, die Gewinnziffer aufzubereiten, d. h. über Kennziffern die Differenzen, die sich z. B. aus der Verwendung unterschiedlicher Abschreibungsverfahren¹⁾ ergeben können, aus den Bilanzen herauszurechnen.

Bewertungs- und rücklagenpolitische Entscheidungen erzeugen andererseits gewisse Vorstellungen über die Ertragserwartungen in der Zukunft, von denen wiederum die Bereitschaft der Aktionäre, ihre Aktien weiterhin zu behalten oder an künftigen Kapitalerhöhungen teilzunehmen und potentielle Aktionäre und Gläubiger, sich zu engagieren, beeinflußt werden.²⁾ Diese These läßt es lohnenswert erscheinen, die von Kappler vorgenommene programmatische Erweiterung der traditionellen Bilanzpolitik im Rahmen der Bewertungs- und Rücklagenpolitik bei der Einbringung eines Betriebes zu vertiefen.³⁾

1) Vgl. § 20 UmwStG.

2) Vgl. Wöhe, G., Bilanzierung, S. 474 ff.

3) Vgl. Kappler, E., Informationsverhalten, S. 16 ff.

Im Vordergrund der Forschung stehen dabei Prozesse, mit deren Hilfe Individuen zu einem Verhalten bewegt werden sollen, das derjenige, der dieses Verhalten zu induzieren versucht, für die Erreichung seiner Ziele als vorteilhaft ansieht.

Ein zielentsprechendes Verhalten des zu Beeinflussenden läßt sich herbeiführen, wenn das politische Verhalten des Handelnden beim zu Beeinflussenden auf bestimmte Prädispositionen trifft.¹⁾ Es genügt an dieser Stelle, diese Prädispositionen als individualpsychologische Faktoren der unmittelbaren Situation, deren bedeutendste Subkategorie die Attitüde ist, zu definieren.

Der Begriff der Attitüde wird in der sozialpsychologischen Literatur mit unterschiedlicher Bedeutung verwendet. Vielfach beinhaltet er Aspekte des Einstellungsbegriffs im Sinne von "set". Bei Jones/Gerard stellen Attitüden abgeleitete Werte dar, wobei unter Werten kognitive Kategorien mit positiven und negativen Valenzen verstanden werden.²⁾ Diese Interpretation läßt es zu, daß Attitüden als eine spezifische Art von Entscheidungsprämissen des Individuums dargestellt werden können. Damit wird deutlich, daß die eingesetzten Mittel auf bestimmte Vorerfahrungen oder ein gewisses Vorverständnis des zu Beeinflussenden treffen müssen, wenn das vom Beeinflussenden gewünschte Verhalten induziert werden soll. Mit dem klassischen Informationssystem der Bilanz steht der Bewertungs- und Rücklagenpolitik hierfür ein geeignetes "Mittel" zur Verfügung. Dazu zählen alle Arten von Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnung und Geschäftsbericht bis hin zur Pressekonferenz bei der Bilanzveröffentlichung. Die sozialwissenschaftliche Interpretation der Bewertungs- und Rücklagenpolitik schließt daher die Überlegungen zur Beeinflussung der Attitüden der Bi-

1) Vgl. Kappler, E., Informationsverhalten, S. 11.

2) Vgl. Jones, E.E. und Gerard, H.B., Social Psychology, S. 159 ff.; Kirsch, W., Entscheidungsprozesse II, S. 124 f.

lanzinteressenten ein. Aus dieser Sicht kann Bewertungs- und Rücklagenpolitik als

"eine spezielle Form der Erzeugung und Weitergabe von Informationen für und durch die Bilanz, mit der Absicht, durch die Beeinflussung der Attitüden der Empfänger von Bilanzinformationen ein Verhalten zu induzieren, das der Bilanzierende im Sinne seiner Zielsetzung als sinnvoll beurteilt"¹⁾,

definiert werden. Wenn aber Beeinflussungsversuche durch Attitüdenstrukturierung "zieladäquate" Verhaltensweisen der Bilanzinteressenten hervorrufen sollen, so setzt dies voraus, daß die Attitüden der zu Beeinflussenden identifiziert werden.

Mit diesen Vorüberlegungen wird andererseits deutlich, daß die vorliegende "instrumentelle Betrachtungsweise" der bewertungs- und rücklagenpolitischen Grundsatzdiskussion²⁾ einer Ergänzung durch die sozialwissenschaftlichen Erkenntnisse - mit der Absicht sie zu integrieren - bedarf. Der Versuch ist insbesondere dann lohnenswert, wenn es im Rahmen dieser Arbeit gelingen sollte, über einen deskriptiven Ansatz einen Brückenschlag zwischen der betriebswirtschaftlichen Steuerlehre und der modernen Organisations- und Kommunikationsforschung herzustellen.

1) Kappler, E., Informationsverhalten, S. 17; vgl. auch die dort angegebene Literatur.

2) Die vorliegende Grundsatzdiskussion zur Bewertungs- und Rücklagenpolitik basiert weitgehend auf einer Differenzierung gesetzlich zulässiger bzw. unzulässiger Rechnungslegungsverfahren mit einem großen Repertoire abwägender Argumente. Vgl. z.B. Brunner, D., Rücklagenpolitik; Diederich-Lintzhöft, Rücklagenpolitik, S. 29 ff.

2. Anmerkungen zum Gang der Untersuchung

Nach dem Entwurf dieser Skizze kann nunmehr auch die Aufgabenstellung der vorliegenden Arbeit konkretisiert werden. Sie kann darin erblickt werden, das komplexe Phänomen des bilanziellen Entscheidungsprozesses bei der Einbringung eines Betriebes unter organisations- und kommunikationstheoretischem Aspekt zu untersuchen und die Frage zu klären, welche Rechtsnormen, aus welchen Gründen und inwieweit für die aufnehmende Kapitalgesellschaft bei der bilanziellen Handhabung des Einbringungsvorgangs maßgebend sind. Da Rechtsnormen Beschränkungen des Entscheidungsprozesses darstellen, sollen auch bislang in Literatur und Rechtsprechung umstritten gebliebene, zumindest noch nicht eindeutig geklärte Probleme vom steuerlichen Standpunkt untersucht und beurteilt werden.

Die Fragestellung der Arbeit erfordert zunächst die Erarbeitung eines theoretischen Bezugsrahmens zur Erklärung der allgemeinen Determinanten (Kapitel I) menschlichen Verhaltens. Im Interesse der Realitätsnähe muß dabei das Bestreben darauf gerichtet sein, den sozialen Kontext zu erfassen. Folgender Weg wurde beschritten:

Noch im Vorfeld der Untersuchung ist der Stand der gegenwärtigen Entscheidungstheorie aufzuzeigen (1.). Dies kann aus verschiedenen Blickwinkeln erfolgen. Damit wird es möglich, den Informationsverarbeitungsansatz als Grundlage zur Erklärung menschlichen Entscheidungsverhaltens zu wählen (2. 1), um die These zu belegen, daß Stimulusinformationen sich als Ursachen für Reaktionen erweisen, sofern sie als Prämissen in das Modell der Entscheidungssituation eingehen. Da aber Verhalten auch als Reaktion auf beeinflussende Überzeugung und Manipulation verstanden werden kann, sind die in der Realität beobachtbaren Beeinflussungsversuche ebenfalls miteinzubeziehen (2. 2). Damit finden beispielsweise "publizitätspolitische" Überlegungen, deren Problematik aus der Sicht der bilanzer-

stellenden Kerngruppe in der Erzeugung "günstiger" Verhaltensweisen der übrigen Bilanzinteressenten besteht, eine sozialwissenschaftliche Fundierung. Mit der Erweiterung der theoretischen Basis um organisationstheoretische Aspekte gilt es schließlich, das für den bilanziellen Entscheidungsprozeß charakteristische Problem des kollektiven Entscheidungsprozesses zu klären (3. 1). Im Anschluß daran soll ein Systemgedanke von Easton aufgegriffen werden (3. 2), der es erlaubt, die spezifischen Determinanten der Bilanzierung in einem politischen System zu integrieren.

Mit den spezifischen Determinanten (Kapitel II und III) werden die "eigentlichen" Einflußfaktoren des Entscheidungsverhaltens bei der Bilanzierung der Sacheinlage erfaßt. Diese lassen sich wiederum in institutionalisierte Determinanten (Entscheidungsprämissen faktischer Art) und sozialwissenschaftliche Determinanten (individuelle Wertprämissen) unterteilen.

Der Klärung der Frage, welche Rechtsnormen aus welchen Gründen und inwieweit für die aufnehmende Kapitalgesellschaft bei der Bilanzierung der Sacheinlage zu berücksichtigen sind, dient die Untersuchung institutionalisierter Determinanten (Kapitel II). Diese können in einzelne, überschaubare Problembereiche aufgefächert werden. Zunächst erfolgt eine Vorabklärung des Einflusses bilanzrechtlicher Normen auf den bilanziellen Entscheidungsprozeß bei der Einbringung eines Betriebes (1.). Daran anknüpfend sind die bilanzrechtlichen Grundlagen aufzuzeigen (2.). Die dabei auftretende Mehrdeutigkeit des Abbildungsvorgangs legt es nahe, das Abbildungsproblem gesondert zu untersuchen, da der Einbringungsvorgang in mehrere Sonderbilanzen zerfällt (3.). Es ist vor allem zu klären, inwieweit bilanzrechtliche Bindungswirkungen, die ebenfalls als Beschränkungen interpretiert werden können, zu beachten sind. Der Überprüfung der Frage, welche Alternativen für die aufnehmende Kapitalgesellschaft aus bilanzrechtlicher Sicht zulässig sind, dient die Beurteilung des Bewertungsansatzes insgesamt sowie damit verbundener Zweifelsfragen hinsichtlich des Ansatzes einzelner zum eingebrachten Betriebsvermögen gehörig-

ger Bilanzpositionen (4.). In einem überleitenden Kapitel zu den sozialwissenschaftlichen Determinanten ist schließlich das Verhältnis zwischen Bilanzrecht und Bilanzpolitik bei der Einbringung eines Betriebes offenzulegen (5.). Im Vordergrund steht dabei vor allem die Klärung der Bedeutung des Maßgeblichkeitsgrundsatzes.

Ausgangspunkt der Einbeziehung sozialwissenschaftlicher Determinanten (Kapitel III) im Rahmen der Bilanzierung der Sacheinlage ist das für die bilanzierende Kerngruppe relevante Problem der Hervorrufung systemnotwendiger Unterstützungen. Dazu bedarf es zunächst einer Erweiterung des in der "instrumentellen" Betrachtungsweise verwendeten Politikbegriffs (1.). Hieraus sind Hinweise zu erwarten, warum (2.) und wie (3.) die Empfänger von Rechnungslegungsinformationen zu einem Verhalten veranlaßt werden können, das den Interessen der Bilanzersteller förderlich ist. Zur Beantwortung des "warum" erscheint es aus systematischen Gründen zunächst zweckmäßig, eine bilanzpolitische Zuordnung der Bewertungs- und Rücklagenpolitik vorzunehmen (2.1). Im Anschluß daran lassen sich bewertungs- und rücklagenpolitische Ziele angeben (2.2), die als Mittel zur Handhabung der Interessenlagen der Bilanzinteressenten interpretiert werden können (2.3). Vor diesem Interessenhintergrund erscheint es für die Beantwortung des "wie" von zentraler Bedeutung, daß die bewertungs- und rücklagenpolitisch relevanten Informationswünsche erkannt werden (2.4).

Da die Attitüden der Bilanzinteressenten den unmittelbaren Referenzpunkt bilanzpolitischer Verhaltensweisen bilden, sollen diese nunmehr identifiziert werden (3.1). Voraussetzung für die Durchsetzung der Interessenlagen der bilanzherstellenden Kerngruppe durch die Bilanzierung der Sacheinlage ist jedoch das Vorhandensein bilanzbezogener Attitüden, die die Informationsrelevanz der Bilanz bejahen. Ist diese Voraussetzung gegeben, so erscheint es plausibel, daß auch mittels der Bilanzierung der Sacheinlage

Attitüden strukturiert werden können, die die Verhaltensweisen der Bilanzinteressenten beeinflussen. Mit der Erklärung der Beeinflussungsversuche als Attitüdenstrukturierung soll schließlich die Frage geklärt werden, ob sich mit dem Attitüdenansatz die Effizienz bewertungs- und rücklagenpolitischer Maßnahmen bei der Bilanzierung der Sacheinlage im Sinne einer Realisierung der Interessenlagen der bilanzerstellenden Kerngruppe verbessern läßt (3. 2).

ERSTES KAPITEL

ZUR ERKLÄRUNG MENSCHLICHEN ENTSCHEIDUNGSVERHALTENS

1. Von der traditionellen zur sozialwissenschaftlich fundierten Betrachtungsweise in der Betriebswirtschaftslehre

1.1 Der Bedeutungswandel des Rationalitätsbegriffes

Die Entstehungsgeschichte der Entscheidungstheorie ist eng verbunden mit dem Bedeutungswandel des Rationalitätsbegriffes in der Betriebswirtschaftslehre. Ausgehend von der Überlegung, daß beinahe jede menschliche Handlung sich als ein Problem der Wahl präsentiert, wurde diese Wahl, sofern sie "bewußt und überlegt" vorgenommen ist, als rational bezeichnet.¹⁾ Die Attribute "bewußt und überlegt", deuten in diesem Zusammenhang den zweckgerichteten (teleologischen, finalen) Charakter an. Der Handelnde bestimmt aufgrund eines Ziel- und Wertsystems, welche der möglichen Handlungsalternativen mit den optimalen Folgen zu wählen ist.²⁾ Solange der materielle Inhalt des Ziel- oder Wertsystems ohne Einfluß bleibt, kann die Art des Zustandekommens der Entscheidung als formale Rationalität bezeichnet werden. Ist das Ziel- oder Wertsystem eines Akteurs konkretisiert, so liegt substantielle Rationalität vor. Charakteristisch

1) Vgl. Gäfgen, G., Wirtschaftliche Entscheidung, S. 18 ff.; Pfohl, H., -G., Entscheidungsregeln, S. 305 ff. Zu den verschiedenen Bedeutungen des Rationalitätsbegriffes in der modernen Soziologie vgl. Garfinkel, H., Rational Properties, S. 105 ff.

2) Ein ähnlicher Begriff findet sich bei Max Weber: "Zweckrational handelt, wer sein Handeln nach Zweck, Mitteln und Nebenfolgen orientiert und weder affektiv (und insbesondere nicht emotional) noch traditionell handelt." Weber, M., Wirtschaft und Gesellschaft, S. 13.

für die substantielle Rationalität ist, daß das Ziel- oder Wertsystem des Akteurs "mit einem als richtig angesehenen Ziel- oder Wertsystem"¹⁾ vergleichbar ist.

Max Weber bezeichnet dagegen die Rechenhaftigkeit wirtschaftlicher Überlegungen als formale Rationalität, während der Begriff der substantiellen Rationalität sich bei ihm nicht findet. An dessen Stelle setzt Max Weber den "vieldeutigen" Begriff der materialen Rationalität, der ähnlich der substantiellen Rationalität wertende Postulate impliziert.²⁾

Eine andere Begriffsextension erfaßt das Begriffspaar subjektive und objektive Rationalität. Objektive Rationalität ist dadurch gekennzeichnet, daß die Richtigkeit der Entscheidung durch einen objektiven Beobachter "unter Verwendung alles objektiv verfügbaren Wissens"³⁾ nachgeprüft werden kann. Dieses Kriterium setzt allerdings voraus, daß der Beobachter das gleiche innere Modell der Situation besitzt, das er sich von seiner Umwelt gebildet hat. Die Erkenntnis, daß nicht die objektive Realität, sondern das subjektive Bild der Umwelt das Entscheidungsverhalten des Akteurs determiniert, hat schließlich dazu geführt, daß die objektive Rationalität immer mehr durch eine subjektive Rationalität verdrängt wurde.

Merkmal dieses Rationalitätsmodells ist die Tatsache, daß das Individuum zwar die Absicht hat, rational im Sinne einer objektiven Rationalität zu handeln, aber aufgrund des subjektiven Charakters seiner Informationen,

1) Gäfgen, G., Wirtschaftliche Entscheidung, S. 27.

2) Vgl. Weber, M., Wirtschaft und Gesellschaft, S. 44 ff.

3) Gäfgen, G., Wirtschaftliche Entscheidung, S. 33. Eine ähnliche Unterscheidung nimmt Pareto mit seinem Begriffspaar "Actions logiques und "Actions non-logiques" vor; vgl. Pareto, V., Traité de Sociologie Générale, S. 65.

insbesondere den psychologischen, physiologischen und machtbedingten Grenzen, der Rationalitätsnorm nur in beschränkter Weise genügen kann.¹⁾

Mit dem Bedeutungswandel des Rationalitätsbegriffes in der Entscheidungstheorie hat sich aber auch der Anknüpfungspunkt geändert. Während im traditionellen Entscheidungsmodell der Rationalitätsbegriff nicht auf das Zustandekommen des Verhaltens eines Individuums, sondern auf das Ergebnis des Entscheidungsprozesses bezogen war, richtet sich die Definition der Rationalität nunmehr auf die Merkmale des Entscheidungsprozesses selbst.²⁾

1.2 Geschlossene und offene Modelle des Entscheidungsverhaltens

Bei dem Versuch, einen gewissen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Entscheidungstheorie zu gewinnen, kann die sich abzeichnende Differenzierung in geschlossene und offene Modelle des Entscheidungsverhaltens herangezogen werden.³⁾

Charakteristisch für geschlossene Entscheidungsmodelle sind die Vollständigkeit der Informationsgewinnung sowie die "unbeschränkte" Rationalität des Entscheidungsträgers.⁴⁾ Damit ist implizit ausgedrückt, daß ein Individuum:

1) Vgl. Heinen, E., Entscheidungsorientierter Ansatz, S. 26; Kirsch, W., Entscheidungsprozesse I, S. 62 ff.; Simon, H.A., Behavioral Model, S. 174 ff.; Kosiol, E., Organisation der Unternehmung, S. 15; Taylor, D.W., Decision Making, S. 60 f.

2) Vgl. Kirsch, W., Entscheidungsprozesse I, S. 67.

3) Vgl. Alexis, M. und Wilson, Ch., Decision Making, S. 148 ff.

4) Vgl. Klein, H., Heuristische Entscheidungsmodelle, S. 47 ff.

1. alle möglichen Alternativen und deren Konsequenzen unter Zuordnung zu jeder Handlungsmöglichkeit ermitteln kann;
2. mit Hilfe seiner Präferenzstruktur alle Handlungsalternativen zu einer zumindest schwach transitiven Ordnungsrelation zu bewerten in der Lage ist;
3. an Hand dieser Ordnungsrelation eine Alternative auswählt, deren Konsequenzen den Konsequenzen der Alternativen aus allen anderen Klassen vorzuziehen oder wenigstens gleichzustellen ist.¹⁾

Die traditionelle Konzeption fand insbesondere im Modell des homo oeconomicus, dessen Charakter als typisch geschlossen anzusehen ist, ihren Niederschlag. Die wirtschaftstheoretischen Überlegungen zum homo oeconomicus waren identisch mit der Analyse des Rationalitätsprinzips.²⁾ Grundlage dieses Ansatzes ist die formale Entscheidungslogik, die aufgrund ihrer Tatsachenaussagen über mögliche Handlungsalternativen und den wertenden Entscheidungsprämissen als eine deontische Logik bezeichnet werden kann.³⁾

Ausgangspunkt der Kritik an den der traditionellen Entscheidungstheorie zuzurechnenden geschlossenen Modellen ist die Erkenntnis, daß die Denk- und Rechenfähigkeit des Entscheidungsträgers überfordert wird. Der Entscheidungsträger besitzt in der Regel weder die im Modell unterstellten Informationen, noch ist er fähig, alle möglichen Handlungsfolgen zu ord-

-
- 1) Vgl. Klein, H., Heuristische Entscheidungsmodelle, S. 50; Alexis, M. und Wilson, Ch., Decision Making, S. 149; Taylor, D.W., Decision Making, S. 50.
 - 2) Vgl. Möller, H., Rationalität, S. 241 ff.; Shubik, M., Theories of Decision Making, S. 9 ff. Zur methodologischen Kritik an der Entscheidungslogik vgl. Albert, H., Probleme der Theorienbildung, S. 11.
 - 3) Vgl. Kirsch, W., Entscheidungsprozesse I, S. 26; Kirsch, W., Gewinn und Rentabilität, S. 92 ff. Zum Begriff der Entscheidungsprämisse vgl. Simon, H.A., Administrative Behavior, S. 123 ff.

nen und sie auf diese Weise zu bewerten.¹⁾

Die Einführung von Entscheidungsregeln als "objektivierte Surrogate" für die autonomen Bewertungsakte bei mehrdeutigen Erwartungen kann als Versuch gewertet werden, das Konzept der formalen Entscheidungslogik zu "retten". Die Auswahl einer Entscheidungsregel hängt aber ihrerseits sowohl von der Entscheidungssituation als auch davon ab, welche der Entscheidungsregeln der Einstellung des Entscheidungsträgers und somit seiner subjektiven Vorstellung über Rationalverhalten aufgrund der jeweiligen Umweltsituation entspricht.²⁾

Auch der konfliktlose Charakter, der der traditionellen Modellkonzeption eigen ist, zeigt die Beschränkungen dieses Ansatzes. Durch die Annahme einer vollständigen, schwach transitiven Ordnungsrelation kann der Entscheidungsträger zwar jeweils jene Handlungsalternative ermitteln, die er allen anderen vorzieht. Bei Vorliegen eines Zielkonflikts aber, d. h. wenn die Rangordnungen der Handlungsalternativen hinsichtlich einzelner Ziele voneinander abweichen, kann er sich allenfalls indifferent verhalten. Damit wird deutlich, daß die Maximierungsmodelle nur auf nicht konfliktäre Entscheidungssituationen anwendbar sind.³⁾

In den geschlossenen Entscheidungsmodellen werden schließlich die Einflußbeziehungen zwischen Modell und Umwelt vernachlässigt. Auch die Fragen, wie Entscheidungsprobleme überhaupt entstehen können und wie Informationen gewonnen werden, d. h. wie der Entscheidungsträger zu seinen Ent-

1) Vgl. Simon, H.A., Administrative Behavior, S. 81; Klein, H., Heuristische Entscheidungsmodelle, S. 48 ff.; Alexis, M. und Wilson, Ch., Decision Making, S. 157.

2) Vgl. Pfohl, H.-C., Entscheidungsregeln, S. 330 ff.

3) Vgl. Kirsch, W., Entscheidungsprozesse I, S. 96 f.; Klein, H., Heuristische Entscheidungsmodelle, S. 60 ff.

scheidungsprämissen gelangt, werden nicht einbezogen. Diese Problemkreise sind Gegenstand offener Entscheidungsmodelle.

Offene Modellkonzeptionen gehen davon aus, daß eine laufende wechselseitige Beeinflussung zwischen Entscheidungsträger und Umwelt stattfindet. Es wird unterstellt, daß der Entscheider weder alle Ziele noch alle möglichen Handlungsfolgen erkennen kann. Der entscheidende Mensch wird sozusagen als eine "komplexe Mischung" vieler Elemente wie beispielsweise seiner Kultur, seiner Persönlichkeit und seinem Anspruchsniveau angesehen.¹⁾ Verhalten wird im Sinne bewußter und unbewußter Prozesse interpretiert. Kognitive Beschränkungen und die Komplexität der Umwelt werden als Problem erkannt.²⁾ Im Mittelpunkt des Interesses steht das subjektive Modell, das "zwischen den einen Entscheidungsprozeß auslösenden Stimuli und der durch einen Entscheidungsprozeß determinierenden Reaktion"³⁾ des Entscheiders steht.

Die Konzeption von Boulding, der diesen Zusammenhang als Vorstellung (image) bezeichnet, ist Ausdruck eines solchen offenen Modells.⁴⁾ Erfahrung, Entwicklung, Informationen, Denkprozesse, Wertvorstellungen von Einzelnen oder Gruppen und Überzeugungen finden Eingang in dieses Modell. Mit den von March und Simon⁵⁾ vorgenommenen Verfeinerungen ist es schließlich möglich, die Erkenntnisse der Wahrnehmungs-, Lern- und Problemlösungsprozesse im Rahmen eines offenen Modells der Individualentscheidung nutzbar zu machen.

1) Vgl. Alexis, M. und Wilson, Ch., Decision Making, S. 158.

2) Vgl. Kirsch, W., Entscheidungsprozesse I, S. 76.

3) Kirsch, W., Entscheidungsprozesse I, S. 77 (Hervorhebungen im Original sind weggelassen).

4) Vgl. Boulding, K.E., Rational Decisions, S. 93 ff.; Boulding, K.E., The Image, S. 47 ff.

5) Vgl. March, J.G. und Simon, H.A., Organizations, S. 9 ff.

Ausdruck dieser mehr sozialwissenschaftlich fundierten Betrachtungsweise menschlichen Entscheidungsverhaltens (im Gegensatz zur entscheidungslogischen Richtung) ist die Theorie der Informationsverarbeitung, die in jüngster Zeit von Kirsch im Rahmen einer dreibändigen Monographie über Entscheidungsprozesse¹⁾ als Grundlage gewählt wurde.

Kennzeichnend für den Informationsverarbeitungsansatz ist der Verzicht auf eine Maximierung der Zielfunktion. Der Wahrnehmung und Verarbeitung von Informationen durch das Individuum sind enge Grenzen gesetzt. Die Transitivitätsbedingung wird aufgegeben. Aus der Sicht des entscheidenden Menschen erscheint es ausreichend, ein sich im Zeitablauf änderndes Anspruchsniveau durch eine Alternative, die eine ausreichend hohe subjektive Erfolgswahrscheinlichkeit aufweist, zu befriedigen.²⁾

Mit der Erkenntnis, daß die spezifischen Probleme der Entscheidungstheorie unterschiedliche Strukturierungsgrade besitzen, wurde auch der Weg frei für eine Annäherung zwischen der mathematisch-statistischen und der sozialwissenschaftlich fundierten Entscheidungstheorie. Die Dreiteilung in operative, administrative und politische Entscheidungen, deren Entscheidungsmerkmal durch den Strukturierungsgrad und die Anzahl individueller Wertprämissen gegeben sind, macht dies deutlich.³⁾

Eng damit verbunden ist auch die Frage nach dem Verhältnis der Entscheidungstheorie zur Wirklichkeit. Ausdruck der epistemologischen Grundhaltung der Vertreter der sozialwissenschaftlich fundierten Entscheidungs-

1) Vgl. insbesondere Kirsch, W., Entscheidungsprozesse II, S. 23 ff.

2) Vgl. Simon, H.A., Models of Man, S. 196 ff.

3) Vgl. Kirsch, W., Betriebswirtschaftspolitik, S. 22 ff.

theorie ist die Forderung, den sozialen Kontext systematisch zu erfassen.¹⁾

"Erst das Aufgreifen der Erkenntnis, daß 'eine Menge von konkreten, wertenden und fiktiven Prämissen ... ein Entscheidungsmodell oder ein Modell des Entscheidungsverhaltens (konstituieren)', führt in jüngster Zeit auch in der Betriebswirtschaftslehre zur Betonung der Pragmatik deskriptiver Modelle neben der Pragmatik normativer Modelle."²⁾

1.3 Betriebswirtschaftliche Systementwürfe

Betriebswirtschaftliche Betrachtungsweisen sind eng verknüpft mit den jeweiligen Systementwürfen ihrer Fachvertreter. Aus einer Vielzahl hier nicht erwähnter Ansätze stehen sich die Systementwürfe von H. Nicklisch und E. Gutenberg als These und Antithese gegenüber.³⁾

Im Vordergrund der ethisch-normativen Betrachtung bei Nicklisch steht der Betrieb, der als

"eine Anzahl von Menschen in einer Werkstatt, ausgerüstet mit Maschinen, Werkzeugen, Stoffen, die den Zweck ihrer Tätigkeit gemeinschaftlich zu verwirklichen suchen;"⁴⁾

beschrieben wird. Grundlage des Betriebes ist hier die gemeinsam anzustrebende Zielsetzung, die langfristig ein Gleichgewicht in der Befriedigung von Einzelinteressen herstellt und damit das Leben in der Betriebsgemeinschaft sichert.

1) Vgl. z.B. Heinen, E., Entscheidungsorientierter Ansatz, S. 29.

2) Kappler, E., Informationsverhalten, S. 248 f. (Hervorhebungen im Original sind weggelassen); vgl. auch die dort angegebene Literatur; vgl. ferner Rühli, E., Unternehmungsführung und Unternehmungspolitik, S. 65 ff.; Bamberg-Coenenberg, Entscheidungslehre, S. 4 ff.

3) Vgl. ferner z.B. die Systementwürfe von W. Rieger, W. Kalveram und G. Fischer.

4) Nicklisch, H., Wirtschaftliche Betriebslehre, S. 36; vgl. auch Reichwald, R., Menschliche Arbeit, S. 4.

Im Gegensatz zu Nicklisch, der die enge Verbindung der Wirtschaft mit dem einzelnen Menschen in den Vordergrund seiner Betrachtung stellt, konzentriert sich der Systementwurf von Gutenberg auf den Kombinationsprozeß der Produktionsfaktoren. Die Zielsetzungen menschlicher Aktivitäten stehen hier außerhalb des Prozesses und damit auch außerhalb des Systems. Wenn auch Produktion nicht als Selbstzweck angesehen wird, so vernachlässigt dieser Systementwurf doch die Zielsetzung als Bezugspunkt.¹⁾ Nicht der an der Leistungserstellung mitwirkende Mensch, sondern seine Leistung im Sinne des physikalischen Arbeitsbegriffes steht im Mittelpunkt.²⁾

Dagegen strebt der von Heinen konzipierte Entwurf der entscheidungsorientierten Betriebswirtschaftslehre eine gewisse Synthese zwischen den Systementwürfen von Nicklisch und Gutenberg an.³⁾ Kennzeichnend für den entscheidungsorientierten Ansatz ist die Betrachtungsweise der Betriebswirtschaft als äußerst komplexes, offenes, soziales System mit einer Reihe von Subsystemen, in dem Menschen zielgerichtet, arbeitsteilig und kooperativ im Hinblick auf die Erreichung von Organisationszielen und auch eigener Ziele zusammenarbeiten.⁴⁾ Damit ist zugleich angedeutet, daß der entscheidungsorientierte Ansatz auf die allgemeine Systemtheorie als formal-methodologisches Instrument zurückgreift. Die Unterscheidung verschiedener Systemebenen macht dies deutlich.

1) Vgl. Gutenberg, E., Betriebswirtschaftslehre als Wissenschaft, S. 25.

2) Vgl. Reichwald, R., Menschliche Arbeit, S. 69 ff.

3) Vgl. Heinen, E., Entscheidungsorientierter Ansatz, S. 21; Knapp, H.-G., Logik des entscheidungsorientierten Ansatzes, S. 601 ff. Nach Knapp schließen sich die Systementwürfe von Nicklisch, Gutenberg und Heinen wegen ihren logisch unterschiedlichen Positionen gegenseitig aus. Logisch korrekte Transformationen des einen Ansatzes in einen anderen erscheinen unzulässig.

4) Vgl. Heinen, E., Wissenschaftsprogramm, S. 214 ff.

Ein System wird definiert als "eine Anzahl von Elementen mit Eigenschaften, die durch Beziehungen untereinander verknüpft sind"¹⁾. Dabei lassen sich die Elemente des Systems wiederum als Subsysteme oder als Systeme niedriger Ordnung auffassen. Mit dem Blickwinkel auf menschliches Verhalten erscheinen Individuum, Gruppe, Organisation und Gesellschaft als betriebswirtschaftlich relevante Systeme bzw. Systemebenen. Durch die Subsysteme Kunden, Lieferanten, Banken usw. werden die Umweltbeziehungen erfaßt.

Über die Erkenntnis, daß Betriebswirtschaften Organisationen und Entscheidungsprozesse kollektive Entscheidungsprozesse sind, rückt das Informations- und Entscheidungssystem als funktionales Subsystem in den Mittelpunkt der Betrachtung. Kirsch faßt damit alle jene Elemente der Betriebswirtschaft zusammen,

"die mit der Steuerung und Regelung dieses Systems befaßt sind und Informationen gewinnen, weitergeben, speichern, wiedergewinnen, verknüpfen, transformieren, verschlüsseln, entschlüsseln usw."²⁾

Die an einem kollektiven Entscheidungsprozeß beteiligten Personen können als ein spezifisches Entscheidungssystem einer Betriebswirtschaft angesehen werden. Ihr Informations- und Entscheidungssystem ist die Summe aller partiellen Entscheidungssysteme. Durch die Unterscheidung zwischen Kern- und Satellitengruppen wird deutlich, daß zwischen den einzelnen Entscheidungsträgern Entscheidungsinterdependenz vorherrscht. Damit kommt im Rahmen der Zielbildung den Kommunikations- und Machtbeziehungen erhöhte Bedeutung zu. Der entscheidungsorientierte Ansatz benö-

-
- 1) Grochla, E., Systemtheorie und Organisationstheorie, S. 7; vgl. auch Kirsch, W., Betriebswirtschaftliche Logistik, S. 223.
 - 2) Kirsch, W., Entscheidungs- und systemorientierte Betriebswirtschaftslehre, S. 166.

tigt somit Erklärungshypothesen über die Zielbildung. Über die Einbeziehung des Einflusses der Interessengruppen auf die Zielbildung in der Organisation und die Verhaltensweisen der Organisationsmitglieder und -teilnehmer ergänzt der entscheidungsorientierte Ansatz die klassische Betriebswirtschaftslehre, in der der Unternehmer den Gewinn maximiert.¹⁾

Ziel des entscheidungsorientierten Ansatzes von Heinen ist es, auf dem Boden einer deskriptiven Theorie

"den Ablauf von Entscheidungsprozessen in Unternehmungen zu erklären und Verhaltensempfehlungen für die Entscheidungsträger zu geben"²⁾.

Im Rahmen deskriptiver Aussagen wird zunächst aufgezeigt, warum und wie Entscheidungen zustandekommen. Im Vordergrund steht dabei die Erklärung, denn "Theorien, die erklären, beschreiben auch das Erklärte und sind für Prognosezwecke verwertbar"³⁾.

Mit der Forderung von Verhaltensempfehlungen wird jedoch deutlich, daß die Aussagen des entscheidungsorientierten Systementwurfs Werturteile über "richtiges" oder "empfehlenswertes" Verhalten beinhalten. Nicht bekennde, sondern erkennende Werturteile, die der Bestätigung durch die Realität bedürfen, sind charakteristisch. Als praktisch-normative Wissenschaft sind nur jene Erkenntnisse relevant, die in Hinblick auf ein praktisches Ziel förderlich sind.⁴⁾

1) Vgl. Heinen, E., Entscheidungsorientierter Ansatz, S. 28.

2) Heinen, E., Entscheidungsorientierter Ansatz, S. 22.

3) v. Kortzfleisch, G., Betriebswirtschaftslehre als Wissenschaft, S. 3. Zur prognostischen Relevanz einer Aussage vgl. auch Stegmüller, W., Hauptströmungen der Gegenwartsphilosophie, S. 456.

4) Vgl. Kleinhorst, H., Normative Betrachtungsweise, S. 29 ff.; Kirsch, W., Optimale Kapitalstrukturen, S. 881 ff.

Im Bereich politischer Entscheidungen erscheint es allerdings problematisch, Verhaltensempfehlungen über die Gestaltung des politischen Systems der Unternehmung abzugeben, da damit eine Parteinahme zugunsten eines bestimmten Entscheidungssystems als Adressaten verbunden ist.

"Empfehlungen über die Gestaltung des politischen Systems sind nicht von der damit verbundenen Präjudizierung der Durchsetzbarkeit von politischen Forderungen an das System und damit der Wirksamkeit politischer Entscheidungen im System zu trennen. Praktisch-normative Aussagen zu politischen Prozessen könnten nur unter Bezugnahme auf bestimmte Interessenlagen erfolgen." ¹⁾

Damit erscheint auch der Versuch, den auf dem Postulat der Wertfreiheit aufbauenden Systementwurf der entscheidungsorientierten Betriebswirtschaftslehre durch den Hinweis auf die Parteilichkeit als "wertfrei" zu retten, in Frage gestellt. Zumindest dürfte der wertende Charakter einer Aussage dadurch nicht unbedingt beseitigt sein. ²⁾ Wie dies möglich erscheint, ist beim gegenwärtigen Stand der Diskussion ³⁾ nicht zu überblicken. Die Frage der Wertfreiheit soll deshalb an dieser Stelle nicht weiter verfolgt werden. Die Überlegungen dürften jedoch angedeutet haben, daß der Übergang vom Erklärungsmodell zum Gestaltungsmodell mehr als eine einfache Umformung deskriptiver in imperativische Aussagen beinhaltet. ⁴⁾

1) Kappler, E., Informationsverhalten, S. 265.

2) Vgl. Kirsch, W., Entscheidungs- und systemorientierte Betriebswirtschaftslehre, S. 173 ff.; Kappler, E., Informationsverhalten, S. 265.

3) Vgl. hierzu Hundt-Liebau, Zum Verhältnis von Theorie und Praxis, S. 221 ff.; Schanz, G., Betriebswirtschaftslehre als "praktisch-normative" Disziplin, S. 585 ff.; Schanz, G., Wertfreiheit in der Betriebswirtschaftslehre, S. 379 ff.; Loitlsberger, E., Determinanten betriebswirtschaftlicher Theorie, S. 79 ff.; Fischer-Winkelmann, W. F., Methodologie der Betriebswirtschaftslehre.

4) Vgl. Kappler, E., Informationsverhalten, S. 266.

2. Menschliches Entscheidungsverhalten und Verhaltensbeeinflussung

Die bisherigen Erörterungen haben die Entwicklungstendenzen der wissenschaftlichen Analyse des menschlichen Entscheidungsverhaltens aufgezeigt. Ausgehend vom Modell des homo oeconomicus wurde deutlich, daß in zunehmendem Maße die Erkenntnisse der sozialwissenschaftlichen Nachbardisziplinen Eingang in die entscheidungstheoretischen Bemühungen gefunden haben. Mit der Umorientierung der Entscheidungstheorie ist zugleich die Einbeziehung kognitiver Prozesse verbunden.¹⁾

Als kognitive Prozesse werden jene "inneren" Vorgänge des Menschen bezeichnet, die mit seinem "Wissen" und seiner "Erkenntnis" zusammenhängen.²⁾ Wahrnehmungs- und Lernprozesse sind durch eine weite Begriffsfassung miteingeschlossen. Damit ist es möglich, den Menschen als informationsverarbeitendes System, dessen Informationsverarbeitungskapazität freilich beschränkt ist, zu erklären.³⁾

Voraussetzung für die Erklärung des menschlichen Entscheidungsverhaltens ist die Kenntnis all jener Faktoren, die dieses Verhalten determinieren. Ein Aussagesystem, das die damit angesprochene Erklärungsaufgabe einer allgemeinen Theorie des menschlichen Verhaltens befriedigend erfüllen könnte, liegt bislang nicht vor. Am ehesten erscheint der Informationsverarbeitungsansatz geeignet, einen umfassenden Bezugsrahmen für das menschliche Entscheidungsverhalten anzubieten, da der Entscheidungsprozeß als Informationsverarbeitungsprozeß interpretiert wird.

1) Vgl. Kirsch, W., Entscheidungsprozesse II, S. 211; Szyperski-Winand, Entscheidungstheorie, S. 29 ff.

2) Vgl. Kirsch, W., Entscheidungsprozesse I, S. 68.

3) Vgl. Miller, J.G., Information Processing System, S. 301 ff.; Kupsch, P., Risiko, S. 215 ff.

Die Problematik der Analyse menschlichen Verhaltens zeigt sich aber nicht nur in der Beobachtung der Verhaltensweisen, sondern auch in der Erklärung der "Ursachen" von Verhaltensweisen. Die Beobachtung von Verhaltensweisen ist letztlich nicht zu trennen von den subjektiven Einflüssen der Wahrnehmung und der Wiedergabe der Beobachtung, sofern sie sich nicht nur auf reines Abzählen oder Wiegen beschränkt. Auch die Interpretation der Beobachtung und die Erklärung der zu dem Verhalten führenden Prozesse erscheint problematisch.

"Die Dialektik zwischen Bekanntem und Spekulativem, Gesichertem und Plausiblen, Beobachtbarem und Denkbarem ist in diesem Sektor der Erforschung von Verhaltensweisen voll spürbar, und es läßt sich nicht übersehen, daß trotz - vielleicht auch gerade wegen - einer extrem aufgefächerten empirischen bzw. experimentellen Forschung der Prozeß der 'spekulativen' Hypothesenbildung und der Entwicklung denkbarer, plausibler Gesamtsysteme zumindest gleichberechtigt neben der Dokumentation 'gesicherter' Ergebnisse besteht und bestehen kann."¹⁾

Weniger problematisch erscheint dagegen die Erkenntnis, daß das Individuum durch eine Vielzahl von Stimuli aus der physischen und sozialen Umwelt zu einer Reaktion veranlaßt wird. Dabei lassen sich diese Stimuli als Informationen interpretieren, auf die es mit äußerlich wahrnehmbaren oder unsichtbaren Verhaltensweisen reagiert.²⁾ Die Wahrnehmung einer Information führt schließlich zu einer Veränderung des subjektiven Umweltmodells des Menschen.³⁾

1) Kappler, E., Informationsverhalten, S. 77; vgl. auch die dort angegebene Literatur.

2) Vgl. Kupsch, P., Risiko, S. 215 ff.; vgl. auch Kosiol, E., Entscheidung, Information und Prognose, S. 275 ff.; Eyferth, K., Lernen als Anpassung des Organismus durch bedingte Reaktion, S. 76 ff.

3) Vgl. Klis, M., Überzeugung, S. 41.

2.1 Informationsverarbeitungstheorie des Entscheidungsverhaltens

Erklärungsversuche des Entscheidungsverhaltens sind Gegenstand der psychologischen Forschung. Im Vordergrund des wissenschaftlichen Bemühens stehen jene Mechanismen, die die Informationsverarbeitungs- und Problemlösungsprozesse auslösen und steuern.

Neobehaviorismus und Kongitivismus können als Hauptrichtungen der psychologischen Analyse innerer Vorgänge unterschieden werden.¹⁾ Charakteristisch für ihre Unterscheidung ist die inhaltliche Ausgestaltung des S-O-R-Paradigmas, das als Grundmodell des menschlichen Verhaltens dient. In jüngster Zeit gewinnt allerdings die Informationsverarbeitungspsychologie als dritte mögliche Richtung immer mehr an Bedeutung.²⁾

2.11 Das S-O-R-Paradigma

Ausgangspunkt für die Erklärung menschlichen Verhaltens ist das sogenannte S-O-R-Paradigma.³⁾ Damit wird zum Ausdruck gebracht, daß ein Individuum auf empfangene Stimuli (S) Reaktionen (R) entfaltet, "die es durch Transformationsprozesse in Verbindung mit intervenierenden Größen entwickelt, wobei die intervenierenden Struktur- oder Prozeßvariablen dem menschlichen Organismus (O) zuzuordnen sind"⁴⁾.

-
- 1) Vgl. Marx, M.H. und Hillix, W.A., Systems and Theories, S. 129 ff.; Kupsch, P., Risiko, S. 215 ff.
 - 2) Vgl. zum Informationsverarbeitungsansatz den Überblick bei Kirsch, W., Entscheidungsprozesse II, S. 23 ff.
 - 3) Vgl. Eyferth, K., Lernen als Anpassung des Organismus durch bedingte Reaktion, S. 76 ff.
 - 4) Kupsch, P., Risiko, S. 216.

Beim klassischen Behaviorismus beschränkt sich die Betrachtungsweise noch auf das äußerliche (beobachtbare) Verhalten des Menschen. Intrapersonelle Vorgänge im Organismus bleiben ausgeklammert.¹⁾ Anstelle des S-O-R-Paradigmas ist ein S-R-Paradigma charakteristisch. Klassische und instrumentelle Konditionierung gehören zum Hauptgebiet der wissenschaftlichen Analyse.²⁾ Die Vertreter dieser Richtung gehen davon aus, daß jedem Organismus gewisse Reflexe angeboren sind, die durch bestimmte Stimuli ausgelöst werden können. Begriffe, die auf das menschliche Bewußtsein hindeuten, wie z. B. Gefühl, Erlebnis, Überzeugung, Wert, Stimmung, Motiv, Einstellung finden keine Verwendung, da die Methode der Introspektion nicht als Quelle wissenschaftlicher Erkenntnisse angesehen wird.³⁾

Die Versuche, die im klassischen Behaviorismus ausgeklammerten Denk- und Problemlösungsprozesse des menschlichen Organismus zu erfassen, mündeten schließlich in das Konzept des Neobehaviorismus oder Neoassoziationismus. Kennzeichnend für diesen Ansatz ist die Annahme interner Stimulus-Reaktions-Ketten im Organismus.⁴⁾ Zwischen beobachtbaren Stimuli und Reaktionen als abhängige Variablen werden "vermittelnde" Variablen (intervening variables) und Prozesse (mediating processes) als "hypothetische Konstrukte" eingeführt.⁵⁾ Ziel dieser künstlichen "Fiktionen" ist es, Arbeitshypothesen zu erstellen, um damit über eine Ausdeh-

1) Vgl. Watson, J. B., Behaviorism, S. 6; Kirsch, W., Entscheidungsprozesse II, S. 24 ff.; Marx, M. H. und Hillix, W. A., Systems and Theories, S. 139 ff.

2) Vgl. Munn, N. L., Conditioning, S. 117 ff.

3) Vgl. Ausubel, D. P., Introduction, S. 3 ff.

4) Vgl. Ausubel, D. P., Introduction, S. 6.

5) Vgl. Berlyne, D. E., Structure, S. 17. Zum Terminus "intervenierende Variable" vgl. auch Berlyne, D. E., Knowledge and Stimulus-Response, S. 43 ff.

nung der Ausgangsbasis komplexe Denk- und Problemlösungsprozesse des menschlichen Organismus zu erfassen.¹⁾

Ausgangspunkt der Kritik an der neobehavioristischen Richtung ist die Vernachlässigung von Bewußteinszuständen, in der Ausubel eine Übervereinfachung komplexer psychologischer Vorgänge erblickt.²⁾

Das Phänomen des Bewußtseins steht dagegen bei den Vertretern des Kognitivismus im Vordergrund. Kennzeichnend für diese Richtung, die auf die Gestaltungspsychologie zurückgeht, ist die Betonung der kognitiven Vorgänge bei der Verknüpfung von Stimuli und Reaktionen. Durch eine phänomenologische Sprache sind ihre Vertreter in der Lage, eine differenzierte Beschreibung der vermittelnden Variablen 0 vorzunehmen. Im Gegensatz zum Behaviorismus liegt der kognitivistischen Konzeption die Überzeugung zugrunde, daß "die Gesamtheit der "Wahrnehmungen", "Erwartungen" und "Bilder" ... zusammen mit den Umweltinformationen zu einem bestimmten Zeitpunkt die Reaktionen (eines Individuums: Anm. d. V.) determiniert"³⁾. Es stehen jene inneren Vorgänge im Vordergrund, die zunächst eine Aktivierung des Organismus hervorrufen und sodann eine Änderung der inneren Informationsstruktur, die sich aufgrund früherer Handlungen gebildet hat, zur Folge haben. Die Art und Weise wie ein Individuum auf Umweltstimuli äußerlich reagiert, dient den Kognitivisten dazu, ihre Theorie zu verifizieren oder zu falsifizieren.⁴⁾ Im Gegensatz zum Neobehaviorismus besitzt die Methode der Intro-

1) Vgl. Berlyne, D.E., Structure, S. 17; vgl. auch Kappler, E., Informationsverhalten, S. 77 ff.

2) Vgl. Ausubel, D.P., Introduction, S. 4 auch zum folgenden.

3) Kupsch, P., Risiko, S. 217; vgl. auch die dort angegebene Literatur.

4) Vgl. Kirsch, W., Entscheidungsprozesse II, S. 30; Ausubel, D.P., Introduction, S. 8 ff.; Kappler, E., Informationsverhalten, S. 80.

spektion für den kognitivistischen Forscher einen erheblichen heuristischen Wert. Sie ermöglicht es, die "black box" des Neobehavioristen "transparenter" zu machen.

2.12 Kognitive Informationsverarbeitung als Prozeß

Eine gewisse Synthese zwischen Neobehaviorismus und Kognitivismus strebt die immer mehr Anerkennung findende Informationsverarbeitungstheorie an.¹⁾ Ihre Grundzüge sollen im folgenden diskutiert werden, da sie für das weitere Vorgehen der Untersuchung von Bedeutung sind. Insbesondere die im Mittelpunkt dieser Untersuchung stehenden Beeinflussungs- und Durchsetzungsprozesse im Rahmen der Bilanzierung der Sacheinlage finden damit eine theoretische Grundlage.

Anknüpfungspunkt der Informationsverarbeitungstheorie ist die allgemein anerkannte Erkenntnis, daß das menschliche Verhalten durch relevante Informationen hervorgerufen und gesteuert wird.²⁾ Das Attribut relevant deutet in diesem Zusammenhang eine positive Gewichtung im Sinne einer Aufhellung eines Problems an.³⁾

"Jede sinnvolle Handlung ... des Menschen beruht auf einer Nachrichtenverarbeitung."⁴⁾

-
- 1) Zur Unterscheidung zwischen neutralem und reinem Informationsverarbeitungsansatz vgl. Kirsch, W., Entscheidungsprozesse II, S. 46 ff. Die weiteren Ausführungen beziehen sich auf den neutralen Informationsverarbeitungsansatz.
 - 2) Vgl. Sanders, A. F., Psychologie der Informationsverarbeitung, S. 38 ff.; Klix, F., Information und Verhalten, S. 19; vgl. auch Picot, A., Experimentelle Organisationsforschung.
 - 3) Vgl. Kappler, E., Systementwicklung, S. 18.
 - 4) Maser, S., Kommunikationstheorie, S. 166; vgl. auch die dort angegebene Literatur.

Andererseits führt nicht jede Information bzw. jeder Stimulus zu einer Reaktion. Nur eine kleine Anzahl von Stimuli erzeugen tatsächlich ein bestimmtes Verhalten, insbesondere jene, die in das menschliche Bewußtsein eindringen und Aufmerksamkeit erzielen. In diesem Sinne ist Verhalten als Folge eines aktiven Prozesses anzusehen.¹⁾ Die Klärung der Frage, wie ein Individuum dazu "gebracht" werden kann, bestimmte Informationen, die sein Verhalten beeinflussen, zu registrieren und zu verarbeiten, erhält damit erhöhte Bedeutung.

Grundlage der Informationsverarbeitungstheorie kognitiver Entscheidungs- und Problemlösungsprozesse ist die Erklärung des Menschen als ein offenes, kybernetisches Verhaltenssystem. Es ist gekennzeichnet durch die Verknüpfung seiner aktiven Elemente über stofflich-energetische und informationelle Relationen.²⁾ Das System nimmt aus seiner sozialen Umwelt Energien und Informationen als Input auf, und gibt sie nach kognitiver Transformation wiederum als Output in Form von Informationen und Energien an die Umwelt ab. Derartige Erklärungsversuche ermöglichen es, von einer Analogie zwischen menschlicher und elektronischer Informationsverarbeitung zu sprechen. Durch die Einführung von Rezeptoren, Effektoren und Prozessoren in einem kybernetischen Regelkreis sind die Vertreter der Informationsverarbeitungstheorie in der Lage, die Steuerung kognitiver Prozesse entsprechend einem Computerprogramm zu interpretieren.³⁾

Newell/Simon/Shaw beschreiben das Informationsverarbeitungssystem des

-
- 1) Vgl. Berlyne, D.E., Structure, S. 9; die Differenzierung zwischen bewußten, unbewußten und unterbewußten Gedächtnisinhalten macht dies deutlich; vgl. hierzu auch March, J.G. und Simon, H.A., Organizations, S. 9 ff.
 - 2) Vgl. Kirsch, W., Entscheidungsprozesse II, S. 76 f.; Heinen, E., Konsumentenverhalten, S. 88 ff.
 - 3) Vgl. Kupsch, P., Risiko, S. 218.

Menschen als ein Regelsystem, das aus mehreren Gedächtnissen besteht.¹⁾ Weitere Komponenten sind eine Anzahl von elementaren Informationsverarbeitungsprozessen und eine Menge von Regeln für die Verknüpfung dieser Prozesse zu umfassenden Programmen für die Informationsverarbeitung.

Es wird in der Regel angenommen, daß das Individuum ein Lang- und ein Kurzgedächtnis besitzt. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, daß der Mensch beim Entscheidungsprozeß nicht gleichzeitig alle Informationen zu verarbeiten vermag.

Im Langgedächtnis speichert er alle durch Lernen und Erfahrung gesammelten Informationen. Sie lassen sich nach den gleichen Kriterien beschreiben, wie sie Boulding bei seiner "Image"-Konzeption verwendet. Begriffe, Werte, Attitüden und kognitive Programme, denen der Mensch bei der Alternativenauswahl folgt, stehen im Vordergrund. Ihre Ordnung konstituiert zusammen mit den biologischen Merkmalen die kognitive Persönlichkeit des Menschen.²⁾

Im Kurz- oder Arbeitsgedächtnis sind dagegen alle wahrgenommenen gelernten Informationen "präsent", die für die Reaktion auf einen Stimulus von Bedeutung sind. Da die Kapazität des Kurzgedächtnisses allgemein als klein angesehen wird, erfolgt unter Umständen erst eine Abrufung von im Langgedächtnis gespeicherten Informationen in das Kurzgedächtnis. Die im Kurzgedächtnis hervorgerufenen bzw. gegenwärtigen Informationen deter-

1) Vgl. Newell, A., Simon, H.A. und Shaw, J.C., Human Problem Solving, S. 133 ff.; vgl. auch Taylor, D.W., Decision Making, S. 71 ff.

2) Vgl. Klis, M., Überzeugung, S. 55 ff.; Kappler, E., Informationsverhalten, S. 77 ff.; Kirsch, W., Entscheidungsprozesse II, S. 90 f.

minieren seine momentane Einstellung (evoked set).¹⁾ Davon hängt es ab, ob ein Stimulus in die bewußte, unbewußte oder unterbewußte Sphäre des Menschen eindringt, d. h. "ob ... und wie er wahrgenommen wird"²⁾. Die Wahrnehmung ist in diesem Sinne als ein Prozeß zu erklären, in dem die empfangenen Stimulusinformationen mit Hilfe kognitiver Programme je nach der momentanen Einstellung verarbeitet werden. Dabei beeinflussen sich Stimulus und momentane Einstellung wechselseitig, da Informationen, die im Langgedächtnis gespeichert werden sollen, ebenfalls über das Arbeitsgedächtnis laufen und damit den Inhalt des Kurzgedächtnisses verändern.³⁾

Der Prozeßablauf der Informationsverarbeitung wird als sequentiell, d. h. über einen Zeitraum hinweg angenommen.⁴⁾ Sofern es sich um echte Entscheidungen⁵⁾ handelt, im Gegensatz zu Routineentscheidungen, ist zu vermuten, daß längere Zeiträume und umfangreiche Informationsverarbeitungsprozesse erforderlich sind. Diese werden unter Umständen durch ein gezieltes Suchverhalten des Individuums nach zusätzlichen Informationen ergänzt. Am Ende dieses Prozesses entsteht ein kognitives Modell der Entscheidungssituation, das allerdings nicht identisch ist mit dem Modell der momentanen Einstellung. Die Überlegung, daß Teile der im Arbeitsgedächtnis gegenwärtigen Informationen sich auf mehrere Entscheidungsprobleme beziehen können oder umgekehrt, daß Teile des kognitiven Modells bei zeitraubenden Entscheidungsprozessen wieder in das Langgedächtnis verlagert werden, macht dies deutlich.⁶⁾

1) Vgl. March, J. G. und Simon, H. A., Organizations, S. 10.

2) Kappler, E., Informationsverhalten, S. 82; vgl. auch Heinen, E., Konsumentenverhalten, S. 89.

3) Vgl. Kirsch, W., Entscheidungsprozesse II, S. 92.

4) Vgl. Kappler, E., Informationsverhalten, S. 82.

5) Vgl. auch Gutenberg, E., Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, S. 132 ff.; Gutenberg, E., Unternehmensführung, S. 59 ff.

6) Vgl. Kupsch, P., Risiko, S. 220; Szyperski-Winand, Entscheidungstheorie, S. 40 ff.

Für die Beschreibung des kognitiven Modells der Situation erscheint es schließlich zweckmäßig, von einer Zweiteilung der kognitiven Informationen auszugehen. Kirsch¹⁾ unterscheidet die kognitiven Informationen danach, ob sie "eine konkrete Entscheidung beeinflussen" oder ob sie "nicht zu Prämissen dieser Entscheidung werden". Das kognitive Modell der Entscheidungssituation umfaßt demnach alle jene kognitiven Informationen, "die zu Prämissen einer konkreten Entscheidung werden", verbunden mit der situativen Einstellung zu reagieren oder nicht. Derartige Erklärungsversuche ermöglichen es, die Entscheidungsprämissen als vorgelagerte Entscheidung zu interpretieren.

"Ein Entscheidungsprozeß ist dann ein mehrstufiger Prozeß, auf dessen Vorstufen Entscheidungen über die Annahme oder Nichtannahme von Entscheidungsprämissen getroffen werden, die schließlich die endgültige Entscheidung determinieren."²⁾

Ausdruck dieser Konzeption ist beispielsweise die Postulierung eines Anspruchsniveaus als Zielprämisse, das im Verlaufe eines Entscheidungsprozesses unter Umständen wegen erfolgloser Problemlösungsversuche mehrmals zurückgeschraubt und damit der Situation angepaßt wird.

Diese Konzeption der kognitiven Informationsverarbeitung basiert auf einer Differenzierung zwischen kognitiver Persönlichkeit, momentaner Einstellung und kognitivem Modell der Entscheidungssituation. Damit sind die kognitiven Informationsstrukturen des Individuums, von denen Ablauf und Ergebnis auch des bilanziellen Entscheidungsprozesses abhängen, angesprochen. Zur Verdeutlichung des globalen Prozeßablaufes zwischen Sti-

1) Kirsch, W., Entscheidungsprozesse II, S. 98; vgl. auch Simon, H.A., Administrative Behavior, S. 123 ff.

2) Kirsch, W., Entscheidungsprozesse II, S. 99 (Hervorhebungen im Original sind weggelassen).

mulusinformationen und Reaktion des bilanziellen Entscheidungsträgers erscheint es zweckmäßig, im folgenden die Elemente kognitiver Informationen näher zu untersuchen.

2.13 Elemente kognitiver Informationen und Informationsstrukturen

Zur Charakterisierung kognitiver Informationen werden in der modernen Sozialpsychologie die Elementarkategorien Begriffe, Überzeugungen (beliefs), Werte (values), Einstellungen (attitudes) und kognitiven Programme besonders hervorgehoben.¹⁾ Damit sind gleichzeitig die Elemente der kognitiven Persönlichkeit angesprochen.

Unter "Begriff" wird im folgenden eine "Konfiguration der im menschlichen Gedächtnis gespeicherten Informationen oder Zeichen"²⁾ verstanden. Er dient der Beschreibung einer Sache, eines Zustandes, eines Ereignisses oder auch einer Relation aus der Sicht eines Individuums. Durch eine weite Begriffsfassung werden sowohl die Extension als auch die Intension oder die Bedeutung des Zeichens einbezogen. Damit ist es möglich, daß unter Begriff auch Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge verstanden werden können.

Eng verknüpft und deshalb nicht immer leicht zu unterscheiden vom Terminus "Begriff", der eine kognitive Kategorie repräsentiert, ist die Überzeugung. In der Sozialpsychologie wird die Überzeugung als eine besondere

1) Zum folgenden vgl. insbesondere Jones, E. E. und Gerard, H. B., Social Psychology, S. 157 ff.

2) Kirsch, W., Entscheidungsprozesse II, S. 104; vgl. auch Heinen, E., Konsumentenverhalten, S. 90.

Art kognitiver Informationen betrachtet.¹⁾ Überzeugungen treten besonders dann in den Vordergrund, wenn ein Handeln auf der Basis unzureichender Informationen unumgänglich erscheint.

Die Aussage, daß durch die Bildung stiller Rücklagen die Ertragssituation der Betriebswirtschaft vermindert dargestellt wird, beschreibt beispielsweise einen Ursache-Wirkungszusammenhang und deckt sich mit dem sozialpsychologischen Terminus "Begriff". Die Aussage, daß durch die Bildung stiller Rücklagen die Ertragssituation einer Betriebswirtschaft tatsächlich ungünstiger wird, könnte zwar ebenfalls einen Begriff repräsentieren, da ein Ursache-Wirkungszusammenhang dargestellt wird. Nachdem solche Konsequenzen jedoch nur dann eintreten, wenn beispielsweise Gläubiger aufgrund des damit verbundenen ungünstigeren Vermögensausweises ihre Kredite kündigen, ist diese Aussage lediglich als Überzeugung jener Person anzusehen, die die Behauptung aufstellt. Merkmale von Begriffen sind somit Attribute mit definierendem Charakter, während Überzeugungen nach Jones/Gerard Beziehungen zwischen kognitiven Kategorien ausdrücken, wobei keine die andere definiert.²⁾

Damit wird es möglich, im Rahmen bilanzieller Entscheidungsprozesse bei der Bilanzierung der Sacheinlage Alternative und anzustrebendes Ziel als kognitive Kategorien zu interpretieren. Die erwartete Konsequenz der Alternative, daß tatsächlich die Ertragssituation ungünstiger wird, in bezug auf die Erreichung des Zieles, beispielsweise der Einengung des Diskussionsspielraums für mögliche Forderungen der Bilanzinteressenten, ist Ausdruck der Überzeugung im dargelegten Sinne.

1) Vgl. Klis, M., Überzeugung, S. 46.

2) Vgl. Jones, E.E. und Gerard, H.B., Social Psychology, S. 158.

Ebenso problematisch wie schwierig erscheint die Abgrenzung zwischen Werten und Begriffen, da Werte selbst wiederum als Begriffe aufgefaßt werden können.¹⁾ In der Regel ist davon auszugehen, daß Werte durch Erfahrung gelernt werden, wobei das Individuum infolge von Internalisierungsprozessen nicht mehr weiß, wie und unter welchen Umständen es die Werte gelernt hat. Eine Möglichkeit zur Erklärung des Lernens ist dabei in Belohnungen und Bestrafungen als Folge bestimmter Handlungen eines Individuums während seiner persönlichen und sozialen Entwicklung zu sehen.²⁾

Ferner eignet sich der Mensch durch Kommunikation mit anderen Personen viele Werte an, die häufig zu Normen formaler oder informaler Gruppen, Organisationen oder der Gesellschaft erhoben werden oder sind.³⁾ Eine zentrale Rolle spielen dabei die Beziehungen zwischen den Gefühlen einer Person und bestimmten kognitiven Kategorien.⁴⁾ Durch die Anfügung von Attributen wie "gut", "schön", "hervorragend", "ausgezeichnet" oder "schlecht", "unzureichend", "abstoßend" usw. werden positive oder negative Wertvorstellungen ausgedrückt. Von Bedeutung für das Wert- oder Zielsystem eines Individuums ist dabei das Netz von Mittel-Zweck-Beziehungen zwischen den einzelnen Werten. Als Entscheidungsprämissen gehen sie in die Definition der Entscheidungssituation ein. "Werte sind Kriterien, die für die Wahl von Alternativen maßgebend sind"⁵⁾. Sie üben im Entscheidungsprozeß die Funktion von Beschränkungen aus, die es zu beachten gilt.

1) Vgl. z.B. Klis, M., *Überzeugung*, S. 46.

2) Vgl. Walton, R.E. und McKersie, R.B., *Behavioral Theory*, S. 219 ff.

3) Vgl. Krech, D. und Crutchfield, R.S., *Elements of Psychology*, S. 670 ff.; Sherif, M. und Sherif, C.W., *Social Psychology*, S. 332 ff.

4) Vgl. Jones, E.E. und Gerard, H.B., *Social Psychology*, S. 159.

5) Kirsch, W., *Entscheidungsprozesse II*, S. 120; vgl. auch auf S. 126 ff.

In der sozialpsychologischen Literatur kommt dem Terminus "Einstellung" im Sinne von Attitüden (attitude) in jüngster Zeit besondere Bedeutung zu. Obwohl in vielfältiger Weise verwendet, soll im folgenden der Konzeption von Jones/Gerard gefolgt werden, da dieser Ansatz für die Erklärung von Beeinflussungsprozessen durch die Bilanzierung der Sacheinlage herangezogen werden kann. Damit ist es möglich, Attitüden¹⁾ als eine spezifische Art von Entscheidungsprämissen der zu beeinflussenden Bilanzinteressenten zu interpretieren.

Jones/Gerard betrachten Attitüden als abgeleitete Werte oder Überzeugungen mit positiven oder negativen Valenzen.²⁾ Die syllogistische Kombination dieser kognitiven Elementarkategorien erscheint für die Beschreibung der einer Attitüde zugrundeliegenden Struktur besonders geeignet. Ausdruck eines solchen Syllogismus sind beispielsweise folgende Aussagen: (1) Die Bildung stiller Reserven ist gut; (2) Die Unternehmung X hat hohe stille Reserven; (3) Folglich ist die Unternehmung X gut. Aussage (1) enthält den relevanten Wert, Aussage (2) die Überzeugung, während in Aussage (3) die Schlußfolgerung aus (1) und (2) zum Ausdruck gebracht wird. Relevant bezieht sich in diesem Zusammenhang auf die kognitive Kategorie, die in der Überzeugung die Rolle des assoziierten Merkmals übernimmt, und die diese Rolle auch als kognitive Komponente des Wertes spielt.³⁾ Die Schlußfolgerung (3) stellt folglich eine Attitüde gegenüber der Unternehmung X dar.

1) "Attitüde bezeichnet abweichend von Einstellung (mental set) eine dauernde, in den tieferen Schichten der Person verwurzelte, emotional gestimmte Verfassung, die die Beziehung zu bestimmten Gegenständen entscheidend beeinflusst. Gefühlsbetonte Überzeugungen, Vorurteile und Meinungen sind der Ausdruck solcherart beeinflusster Beziehungen." Dorsch, F., Psychologisches Wörterbuch, S. 36; vgl. auch Heinen, E., Konsumentenverhalten, S. 92.

2) Vgl. Jones, E. E. und Gerard, H. B., Social Psychology, S. 159.

3) Vgl. Jones, E. E. und Gerard, H. B., Social Psychology, S. 159.

Die Struktur eines solchen Syllogismus dürfte allerdings in der Regel wesentlich komplizierter sein, als es im vorstehenden Beispiel zum Ausdruck kommt. Neben einer horizontalen "Komplexität des Syllogismus"¹⁾, in der auf gleicher Ebene mehrere Werte und Überzeugungen nebeneinander stehen, und die alle zur gleichen Schlußfolgerung führen, ist auch eine Ausdehnung in vertikaler Richtung denkbar. Bei der vertikalen Struktur einer Attitüde kann der relevante Wert eines Syllogismus wiederum als aus einem Wert und einer Überzeugung "höheren Grades" abgeleitete Attitüde angesehen werden.²⁾ In diesem Sinne sind Attitüden als eine spezifische Art von Entscheidungsprämissen des Individuums, die im Langgedächtnis gespeichert sind, aufzufassen.³⁾ Dabei ist es wichtig, zu erkennen, daß ein Individuum unter Umständen erst im Rahmen des bilanziellen Entscheidungsprozesses zu einer Attitüde gegenüber bestimmten Alternativen zu gelangen versucht.⁴⁾

Krech/Crutchfield beschreiben eine Attitüde

"as an enduring organization of perceptual, motivational, emotional, and adaptive processes centering on some object in the person's world."⁵⁾

In dieser Konzeption stehen der Grad der valuativen Ausprägung, die kognitiven Inhalte, die Differenziertheit, die Stellung im Attitüdensystem und die zeitliche Stärke als definierende Dimensionen im Vordergrund.

1) Kappler, E., Informationsverhalten, S. 86.

2) Vgl. Jones, E.E. und Gerard, H.B., Social Psychology, S. 160 ff.

3) Vgl. Foote, N.N., Identification, S. 343 ff.

4) Vgl. Kirsch, W., Entscheidungsprozesse II, S. 124 f.

5) Krech, D. und Crutchfield, R.S., Elements of Psychology, S. 671; vgl. auch zu den folgenden Ausführungen S. 672 ff.

Dabei gibt der Grad der valuativen Ausprägung an, wie positiv oder wie negativ im Sinne einer schwach transitiven Ordnungsrelation das Individuum gegenüber einem Objekt- oder Situationsbezug (z. B. Bilanz) "eingestellt" ist.

Trotz - oder vielleicht gerade wegen - unterschiedlicher Inhalte der kognitiven Werte und Überzeugungen, ist es möglich, daß mehrere Personen zur gleichen Schlußfolgerung gelangen. Es ist beispielsweise eine Person A davon überzeugt, daß hohe stille Reserven ein Anzeichen für Bonität bedeuten, während B die Bonität einer Unternehmung durch einen hohen Umsatz verwirklicht glaubt. Nachdem die Unternehmung X hohe stille Reserven und einen hohen Umsatz aufweist, kommen A und B zur "gleichen" Konsequenz, daß X eine "gute" Unternehmung verkörpert.

Neben den kognitiven Inhalten der "gleichen" Attitüde kann auch die Differenziertheit einer Attitüde variieren. Mit diesem Begriff wird der "Grad der Abgrenzung der einzelnen Elemente der Attitüde bzw. der einzelnen Attitüden im Attitüdensystem"¹⁾ erfaßt. Manche Individuen besitzen klare, explizite und gut strukturierte, andere nur vage und undifferenzierte Vorstellungen von einem Objekt oder Situationsbezug.

Die Stellung einer Attitüde im Attitüdensystem kann auch mit dem Gegensatzpaar Isoliertheit - Integriertheit beschrieben werden. Damit soll zum Ausdruck kommen, inwieweit eine Attitüde mit anderen Attitüden integriert und damit relational verbunden ist bzw. von diesen wiederum beeinflusst wird. Dem damit angesprochenen relativen Stellenwert einer Attitüde im System, der sich freilich ändern kann, kommt im Rahmen von Beeinflussungsprozessen durch die Bilanzierung der Sacheinlage besondere Bedeutung zu.

1) Kappler, E., Informationsverhalten, S. 88.

Mit dem Begriff "zeitliche Stärke" wird auf die zeitliche Dimension einer Attitüde hingewiesen. Es ist geradezu charakteristisch, daß Attitüden von einer relativen Dauerhaftigkeit¹⁾ geprägt sind. Präsenz und Stärke einer Attitüde nehmen in der Regel im Zeitablauf unterschiedliche Werte an, je nachdem, welchen Emotionen und Stimmungsschwankungen ein Individuum unterworfen ist. Eine Attitüde dürfte um so "stärker" sein, je differenzierter ihre kognitiven Inhalte, je ausgeprägter das Gefühl des Individuums und je integrierter sie mit anderen Attitüden im Attitüdensystem ist.²⁾

Kupsch stellt diesen Zusammenhang in Übereinstimmung mit Fishbein, der Attitüden als bewertete Zusammenfassung von Überzeugungen einer Person gegenüber einer kognitiven Kategorie beschreibt, algebraisch wie folgt dar:

$$A = \sum P_i \cdot a_i \quad 3)$$

Dabei bezeichnet a_i den wertenden Aspekt des Begriffs, mit dem das Objekt zusammenhängt, und P_i bringt die Stärke der i-ten Überzeugung zum Ausdruck. Diese Darstellung läßt deutlich werden, daß das Ergebnis der Bewertung einer Alternative als Attitüde verstanden werden kann.

Es ist nicht zu übersehen, daß die meisten Untersuchungen die Objektbezogenheit von Attitüden in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen stellen. Das Ergebnis dieser Richtung zeigt insbesondere der Ansatz von Peak,⁴⁾

1) Vgl. Sherif, M. und Sherif, C.W., Social Psychology, S. 334 ff.

2) Vgl. Krech, D. und Crutchfield, R.S., Elements of Psychology, S. 673.

3) Vgl. Kupsch, P., Risiko, S. 231; Fishbein, M., Attitudes and their Relationship, S. 117.

4) Vgl. Peak, H., Attitude and Motivation, S. 159 ff.

der auf zwei strukturbildenden Annahmen basiert. Mit der "instrumental relation" wird zum Ausdruck gebracht, daß die Einstellung gegenüber einem Objekt oder einer Situation nicht unabhängig von den Zielen, denen das Objekt dient, betrachtet werden kann. Die 2. Annahme (similarity relations), die auf das bekannte Prinzip der Verallgemeinerung zurückgeht, erfaßt die Beobachtung, daß wenn zwei Situationen von einem Individuum als "ähnlich" angesehen werden, die Gemütsbewegung oder das Gefühl (affect) gegenüber einer Situation eine Funktion der Gemütsbewegung oder des Gefühls gegenüber der anderen ist. In diesem Sinne lassen sich Attitüden als abhängige Variablen interpretieren, wobei Parallelen zum syllogistischen Modell von Jones/Gerard erkennbar werden. Attitüden sind eine Funktion (1) der "Instrumentalität" ihres Objekt- oder Situationsbezugs zur Zielerreichung und (2) des aus der Zielsetzung abgeleiteten Zufriedenheitspotentials, das wiederum vom Anspruchsniveau des Individuums abhängig ist.¹⁾

Damit wird auch deutlich, daß zwischen objekt- und situationsbezogenen Attitüden unterschieden werden kann. Obgleich eine gewisse Interdependenz zwischen beiden Kategorien vorhanden ist, kann eine Vernachlässigung ihrer Unterscheidung "zu Fehlschlüssen bei der Beurteilung beobachtbarer Inkonsistenzen zwischen dem Verhalten und der Attitüdenstruktur führen"²⁾.

Andererseits repräsentieren viele Subjekt-Objekt-Beziehungen, die ursprünglich als Persönlichkeitsattitüden angesehen wurden, Sozialattitüden (social attitudes) in bezug auf die implizierten normativen Standards.³⁾

1) Vgl. Peak, H., Attitude and Motivation, S. 161.

2) Kappler, E., Informationsverhalten, S. 92.

3) Vgl. Sherif, M. und Sherif, C.W., Social Psychology, S. 335 ff.

Sherif/Sherif¹⁾ unterscheiden kognitive, motivationale und behaviorale Komponenten zur Beschreibung einer Attitüde, die eng miteinander verknüpft sind. Attitüden sind nicht angeboren, sondern Teile der Motivation, die aus Lernprozessen hervorgeht. Sie werden gebildet in bezug auf Personen, Objekte, Gruppen, Werte, Institutionen usw. Als Ausdruck einer Subjekt-Objekt-Beziehung implizieren Attitüden motivational-affective Eigenschaften. Schließlich führt die Aneignung einer neuen Attitüde zu Klassifizierungen oder Kategorien von gleichartigen Objekten, die auf einen Stimulus eine präferierte Reaktion nach sich zieht. Dabei kann die Reaktion als Bildung einer neuen oder Veränderung einer bestehenden Attitüde aufgefaßt werden.²⁾

Die bisherigen Erörterungen der Begriffe Werte, Überzeugungen und Attitüden galten der Erfassung der designativen und der valuativen Dimension kognitiver Informationen. Nicht einbezogen wurde bislang die präskriptive oder imperativische Dimension, die als Bindeglied zwischen den ersteren beiden aufgefaßt werden kann.³⁾ Ausdruck der präskriptiven oder imperativischen Dimension sind die kognitiven Programme, die "aus einer Folge von Befehlen und Instruktionen, die das innere und äußere Verhalten eines Individuums vorschreiben und steuern"⁴⁾, bestehen.

In der Informationsverarbeitungstheorie wird dieser Zusammenhang durch

-
- 1) Vgl. Sherif, M. und Sherif, C.W., Social Psychology, S. 336. Ein ähnliches Attitüdenkonzept findet sich bei Secord, P.F. und Backman, C.W., Social Psychology, S. 97 ff.
 - 2) Zum Konzept der präferierten Reaktion vgl. Rokeach, M., Attitudes, S. 452 ff.; Kappler, E., Informationsverhalten, 92.
 - 3) Vgl. Klis, M., Überzeugung, S. 48 f.
 - 4) Klis, M., Überzeugung, S. 48; vgl. auch Miller, G.A., Galanter, E. und Pribram, K.H., Plans, S. 16.

das Konzept der TOTE-Einheit ("Test-Operate-Test-Exit"¹⁾), die Ausdruck eines kybernetischen Regelkreises ist, dargestellt. Ein Organismus reagiert nur dann auf einen Stimulus, wenn ein Programm die notwendige Informationsverarbeitung und somit das Verhalten des Individuums lenkt. Dabei wird der Stimulus-Input anhand der relevanten Informationen (Werte, Überzeugungen und Attitüden) getestet.²⁾ Bei Inkongruenz zwischen Stimulusinformationen und einzelnen Kategorien kognitiver Informationen werden Subprogramme ausgelöst, die Anpassungsvorgänge nach sich ziehen. Anpassungsvorgänge, die sowohl den Stimulus betreffen als auch im Bereich der Testkriterien Werte, Überzeugungen und Attitüden stattfinden können, dienen schließlich der Erhaltung des "kognitiven Gleichgewichts". Spielt sich dieser Anpassungsvorgang im Bereich der Testkriterien ab, d. h. verändern sich die Werte, Überzeugungen und Attitüden durch die Aufnahme der empfangenen Informationen, so hat eine Beeinflussung des Individuums stattgefunden.³⁾

In diesem Sinne kommt dem Konzept von Jones/Gerard, die eine Attitüde als syllogistische Kombination von Werten und Überzeugungen darstellen, im Rahmen dieser Untersuchung eine zentrale Bedeutung zu. Über bilanzbezogene, bewertungs- und rücklagenbezogene oder über interessentenbezogene Attitüden erzeugen Stimulusinformationen adäquate Reaktionen. Nachdem Veränderungen in den designativen und valuativen Informationen als starke Antriebskräfte zum Handeln und damit auch zur Veränderung kognitiver Programme, die das Verhalten steuern, angesehen werden,⁴⁾

1) Vgl. Miller, G. A., Galanter, E. und Pribram, K. H., Plans, S. 21 ff.

2) Vgl. Klis, M., Überzeugung, S. 49.

3) Vgl. Klis, M., Überzeugung, S. 49.

4) Vgl. Klis, M., Überzeugung, S. 49.

erscheint es realistisch, ein "adäquates" Verhalten zu induzieren, das der Bilanzierende im Sinne seiner eigenen Zielsetzung als sinnvoll ansieht.

Bevor im folgenden auf die Ausgangspunkte bilanzieller Entscheidungsprozesse eingegangen werden soll, erscheint es deshalb zweckmäßig, den theoretischen Bezugsrahmen um kommunikationstheoretische Erkenntnisse zu ergänzen. Damit soll die Absicht verfolgt werden, die im Rahmen bilanzieller Entscheidungsprozesse bei der Bilanzierung der Sacheinlage stattfindenden Beeinflussungen der Bilanzinteressenten als Überzeugung und/oder Manipulation zu erklären.

2.2 Aspekte der Verhaltensbeeinflussung

Die Skala der Mittel zur Verhaltensbeeinflussung reicht von der massiven Gewaltandrohung bis hin zur subtilen Methode der tiefenpsychologischen Bedürfnisweckung. Damit wird deutlich, daß die Ausgangspunkte einer Theorie der Verhaltensbeeinflussung in sämtlichen sozialwissenschaftlichen Teildisziplinen zu suchen sind.

2.21 Betrachtungsebenen interpersoneller Beziehungen

Ausdruck der Verhaltensbeeinflussung sind die informationellen Beziehungen zwischen den Menschen. Als Betrachtungsebene von Interaktionsprozessen unterscheidet Zaleznik die organisationale, die interpersonale und die intrapersonale.¹⁾

1) Vgl. Zaleznik, A., Interpersonal Relations, S. 574 ff.

"Bildet die Organisation die Bezugsbasis, so sind die interpersonalen Beziehungen zwischen den Mitgliedern der Organisation (z. B. Angestellte und Kapitaleigner) sowie zwischen Mitgliedern und Teilnehmern (z. B. Kunden, Lieferanten und Gläubigern) zu beurteilen."¹⁾ Im Mittelpunkt steht das Netz standardisierter Rollen, das die formale Struktur der Rolle konstituiert. Auf der interpersonalen Betrachtungsebene werden die Interaktionsprozesse zwischen Person X und Person Y (face-to-face-interaction) betrachtet. Bezugspunkt sind hier die wechselseitigen Kommunikations- und Macht- bzw. Autoritätsbeziehungen sowie die gefühlsmäßigen Bindungen. Auf der intrapersonalen Betrachtungsebene werden schließlich die informationsgewinnenden, -verarbeitenden und -übertragenden Prozesse des Individuums analysiert.²⁾

In der weiteren Untersuchung soll grundsätzlich an dieser Unterscheidung festgehalten werden, soweit dies dazu beiträgt, das Phänomen der Verhaltensbeeinflussung einer begrifflichen und theoretischen Klärung zuzuführen. Dabei sind organisationale, interpersonale und intrapersonale Betrachtungsebenen nicht immer scharf voneinander trennbar. Sie sollen deshalb auch nicht als sich ausschließende Alternativen, sondern lediglich als unterschiedliche Bezugspunkte des Erklärungszusammenhanges verstanden werden.

1) Klis, M., Überzeugung, S. 36; zum folgenden vgl. auch S. 33 ff.; vgl. ferner Krech, D. und Crutchfield, R. S., Elements of Psychology, S. 666 ff.

2) Vgl. Zaleznik, A., Interpersonal Relations, S. 575.

2.22 Merkmale der Verhaltensbeeinflussung¹⁾

Entsprechend dem an anderer Stelle erörterten S-O-R-Paradigma führt eine von einem Individuum wahrgenommene Stimulusinformation zu einer Veränderung des subjektiven Umweltmodells. Ausdruck der Verhaltensbeeinflussung ist dabei die äußerlich beobachtbare Reaktion oder die in der Regel nicht sichtbare Veränderung der Bereitschaft zum Handeln aufgrund der wahrgenommenen Informationen.²⁾

"Allgemeines Kennzeichen derartiger Prozesse ist es, daß die Einfluß ausübende Person sich relativ stark auf die zu beeinflussende Person oder Gruppe einstellt und versucht, diese möglichst freiwillig - ob bewußt oder unbewußt - zu bestimmten inneren und äußeren Reaktionen zu veranlassen."³⁾

Damit wird deutlich, daß Beeinflussungsversuche, wird einmal von Gewaltanwendung abgesehen, stets durch überzeugende und/oder manipulative Elemente gekennzeichnet sind. Voraussetzung ist allerdings, daß der Beeinflussende über entsprechende Machtmittel verfügt, um ein "zieladäquates" Verhalten des zu Beeinflussenden herbeizuführen.

2.221 Überzeugung und Manipulation durch Kommunikation

Noch nicht einbezogen wurden bisher Aspekte, die die Quellen und inhaltlichen Ausprägungen von Stimulusinformationen berühren. Diese sind für die interpersonale und die organisationale Betrachtungsebene von Beeinflussungsprozessen charakteristisch. Im Mittelpunkt stehen die sozialen

1) Zum folgenden vgl. die ausführliche Darstellung bei Klis, M., Überzeugung.

2) Vgl. March, J.G., Influence, S. 433.

3) Klis, M., Überzeugung, S. 16.

Beziehungen zwischen Mitgliedern und Teilnehmern der Organisation. Grundlage der Interaktionsprozesse sind die wechselseitigen Kommunikations- und Machtbeziehungen.

Klis charakterisiert Kommunikation allgemein als einen "Prozeß des Wählens einer Information aus einer Informationsquelle, deren Kodierung, Weiterleitung über einen Kommunikationskanal, Dekodierung und Aufnahme durch den Empfänger"¹⁾. Eine zentrale Rolle im Rahmen kommunikationstheoretischer Überlegungen spielt der Informationsaustausch. Beeinflussungserfolge hängen vielfach davon ab, ob der Informationsfluß beispielsweise als einseitiger Vortrag oder als Diskussion in der Gruppe gestaltet wird. Bei einseitiger Kommunikation ist es dem Informationssender kaum möglich, Erfolg oder Mißerfolg des Beeinflussungsversuchs zu kontrollieren. Aus entscheidungstheoretischer Sicht ist Kommunikation mit Übertragung von Entscheidungsprämissen gleichzusetzen.²⁾ Kommunikation zielt letztlich auf die Akzeptierung der in der übertragenen Information implizierten Schlußfolgerungen durch den Empfänger.³⁾ Dabei hängt die Wirksamkeit der Information (1) von der Art und Weise, wie sie vom Empfänger wahrgenommen wird, (2) von der Informationsdarbietung und -aufbereitung und (3) von den Persönlichkeitsmerkmalen des Empfängers ab.

Überzeugende Elemente im Rahmen von Beeinflussungsprozessen werden stets dann sichtbar, wenn es gelingt, mit Hilfe von Stimulusinformationen beim zu Überzeugenden selektiv bestimmte Werte oder Ziele bzw. syllo-

1) Klis, M., Überzeugung, S. 61.

2) Vgl. Simon, H.A., Administrative Behavior, S. 154.

3) Vgl. Klis, M., Überzeugung, S. 66.

gistische Strukturen zu aktivieren. Die gleichzeitige Verbindung mit "ausgewählten" Alternativen ermöglicht es, den zu Überzeugenden in die "gewünschte" Richtung zu lenken.¹⁾ Überzeugend wirken Kommunikationsinhalte, wenn es dem Sender unter Ausnutzung aller rhetorischen Mittel und durch Hervorhebung gemeinsamer übergeordneter Werte gelingt, beim Empfänger einen Eindruck der "Sachlichkeit", "der Logik in der Argumentation", "der Sicherheit des Urteils" usw. hervorzurufen.²⁾

Enthalten die Informationen dagegen nur die positiven, nicht aber die negativen Konsequenzen, die mit einer bestimmten Alternative verbunden sind, so wird das Individuum manipuliert.³⁾ Manipulative Elemente werden auch sichtbar, wenn die Kommunikation unter anderem solche Nachrichten enthält, die von der Kommunikationsquelle ablenken sollen. Eng damit verbunden ist die Verkürzung von Kommunikationsinhalten. Dies kann allerdings auch als "Beschränkung auf das Wesentliche" interpretiert werden, um die beschränkte Informationsverarbeitungskapazität des Individuums nicht zu überfordern.

2.222 Macht als Grundlage der Beeinflussung

Beeinflussungsprozesse sind nicht zu trennen vom Phänomen der Macht, da Beeinflussung letztlich Machtausübung ist. Ausdruck der "Machtausübung" ist aus entscheidungstheoretischer Sicht die Übernahme der Entscheidungsprämissen durch den Kommunikationsempfänger in sein Modell der Entscheidungssituation. Die Macht des Senders von Kommunikations-

1) Vgl. Klis, M., Überzeugung, S. 43.

2) Vgl. Hovland, C.J., Janis, J.L. und Kelley, H.H., Communication and Persuasion, S. 99 ff.; Secord, P.F. und Backman, C.W., Social Psychology, S. 127 ff.

3) Vgl. Klis, M., Überzeugung, S. 43.

inhalten manifestiert sich gerade darin, daß dieser über Mittel in bezug auf die Werte, Überzeugungen und Attitüden des zu Beeinflussenden verfügt. Aus diesem Grunde stehen die Grundlagen der Macht oder Machtbasen im Mittelpunkt beeinflussungstheoretischer Überlegungen.

In der Literatur¹⁾ werden positive oder negative Sanktionsgewalt, legitimierte Macht, Identifizierung mit anderen Personen oder Gruppen und Sachverständigkeit als Machtbasen unterschieden. Daneben haben "Ergebniskontrolle" (outcome control) und "Informationskontrolle" (cue control) als Mittel der Machtausübung besondere Bedeutung erlangt. Wegen der im Rahmen dieser Arbeit im Vordergrund stehenden syllogistischen Konzeption des Attitüdenmodells nach Jones/Gerard sollen im folgenden Ergebnis- und Informationskontrolle als theoretische Anknüpfungspunkte gewählt werden.

Der Konzeption der Ergebniskontrolle liegt die Überlegung zugrunde, daß der Kommunikationssender über Informationen über den zu beeinflussenden Empfänger verfügt, die dieser positiv oder negativ bewertet. Von Bedeutung sind in diesem Zusammenhang beispielsweise die Ziele und Normen jener Gruppen, denen der zu Beeinflussende angehört. Je mehr dem Sender das Informationspotential des Empfängers bekannt ist, desto leichter kann der Sender mit Hilfe relativ feinfühligere Taktiken und Maßnahmen die Annahme der eigenen Werte, Attitüden und Überzeugungen "durchsetzen".²⁾

Mit dem Machtmittel Informationskontrolle ist die Fähigkeit des Kommunikationssenders angesprochen, die kognitiven Strukturen des zu Überzeugenden zu erkennen und für eigene Zwecke nutzbar zu machen. Dazu zählt beispielsweise das Wissen, wie andere Bilanzinteressenten "anzupacken" sind,

1) Vgl. z.B. Secord, P.F. und Backman, C.W., Social Psychology, S. 273 und die dort angegebene Literatur; vgl. ferner Cartwright, D., Concept of Power, S. 183 ff.

2) Vgl. Klis, M., Überzeugung, S. 82.

um sie "als Zugpferd für die eigenen Ziele einzuspannen". Es kommt darauf an, sie zur freiwilligen Annahme bestimmter Kommunikationsinhalte und vor allen Dingen den implizierten Werten, Attitüden und Überzeugungen zu bewegen.¹⁾

Als Ergebnis der vorstehenden Überlegungen zur Verhaltensbeeinflussung kann festgehalten werden, daß den Werten, Überzeugungen und Attitüden bzw. deren syllogistischen Strukturen hinsichtlich der Beeinflußbarkeit des Individuums zentrale Bedeutung zukommt. Für die Erklärung bilanzieller Entscheidungsprozesse bei der Einbringung eines Betriebes stellen sie den entscheidungstheoretisch relevanten Bezugspunkt dar, da ihre Veränderung als starke Antriebskräfte zum Handeln anzusehen sind.

2.23 Attitüdenänderungen der Kommunikationsempfänger

Der Begriff der Attitüdenänderung (attitude change) enthält zwei Aspekte der Attitüdenbeeinflussung. Zum einen stellt sich die Frage, wie Attitüden hervorgerufen, verstärkt bzw. abgeschwächt oder verändert werden können. Zum anderen ist zu klären, warum sich Attitüden ändern. Mit dem zweiten Aspekt wird die Tatsache erfaßt, daß kognitive Informationen vielfach nicht miteinander vereinbar sind, da Werte, Überzeugungen, Attitüden und kognitive Programme häufig Inkonsistenzen aufweisen. Inkonsistenzen rufen ein "kognitives Ungleichgewicht" hervor, sobald sie dem Individuum bewußt werden.

1) Vgl. Klis, M., Überzeugung, S. 82.

2. 231 Attitüdenverstärkung, Attitüdenschaffung, Attitüdenumkehrung und Attitüdenveränderung

Durch die Aktivierung bestimmter syllogistischer Strukturen ist es möglich, das zu beeinflussende Individuum auf Kommunikationsinhalte einzustellen. "Die Nachrichten müssen Werte und Überzeugungen hervorrufen, in deren Lichte das Akzeptieren der Informationen gerechtfertigt erscheint."¹⁾ Dieses Phänomen wird in der Literatur mit dem Begriff "Attitüdenverstärkung" bezeichnet. Bereits vorhandene Attitüden werden durch stützende und bestätigende Kommunikationsinhalte zu bestimmten Sachverhalten in ihrer Intensität verändert. Unter Umständen genügt es bereits, das Individuum an die gemeinsamen Schlußfolgerungen nochmals zu erinnern. Die Abwehrreaktionen sind bei dieser Art der Beeinflussung relativ gering einzuschätzen.

Von der Verstärkung einer Attitüde unterscheiden Jones/Gerard die Schaffung einer neuen Attitüde und die Umkehrung einer bestehenden Attitüde als weitere Methoden der Beeinflussung.²⁾ Zur Bildung einer neuen Attitüde wird der Überzeuger versuchen, bestimmte übergeordnete Werte als Wertprämissen beim zu überzeugenden Individuum hervorzurufen und diese mit Informationen, die das Individuum als "faktische" Überzeugungen akzeptiert und zu den höheren Werten in Beziehung setzt, zu einem Syllogismus zu verbinden.³⁾

Dagegen wird ein Überzeuger, der eine bestehende Attitüde eines Individuums verändern, im Extremfall sogar aus ihrer positiven in die negative Richtung umkehren möchte, die Überzeugungsprämisse zu diskreditie-

1) Klis, M., Überzeugung, S. 53; vgl. auch die dort angegebene Literatur.

2) Vgl. Jones, E.E. und Gerard, H.B., Social Psychology, S. 435 ff.

3) Vgl. Klis, M., Überzeugung, S. 53.

ren versuchen, so daß die Wertprämisse für die Schlußfolgerung irrelevant wird. In manchen Fällen kann es ausreichen, andere Werte mit den mit der Überzeugung im Zusammenhang stehenden kognitiven Informationen zu verbinden, um das Vorzeichen der Schlußfolgerung der bestehenden Attitüde zu ändern.¹⁾ Bei dieser Art der Beeinflussung dürfte der Widerstand relativ am stärksten sein, da sich der Überzeuger einer abnehmenden Bereitschaft, empfangene Stimuli zu akzeptieren, gegenüberieht.

2.232 Theorien über die Vermeidung kognitiver Inkonsistenzen (Konsistenztheorien)

Es erscheint plausibel, daß nicht jede Information des Kommunikationssenders beim Empfänger auf bestimmte Attitüden bzw. Attitüdenstrukturen trifft. Es ist aber denkbar, daß sie ihrerseits die Hervorrufung von kognitiven Informationen induziert und damit das Bezugssystem für weitere Wahrnehmungsprozesse verändert.²⁾ Erweist sich ein wahrgenommener Stimulus als unvereinbar mit der kognitiven Informationsstruktur bzw. den relevanten Werten, Überzeugungen und Attitüden des Individuums, so werden zur Vermeidung kognitiver Ungleichgewichte Abwehrreaktionen erforderlich, die als Ergebnis der Beeinflussung anzusehen sind. Da das Individuum solche Zustände abzubauen trachtet, erscheint eine Ergänzung um die "Theorien über die Vermeidung bzw. Reduktion kognitiver Ungleichgewichte, kognitiver Inkongruität oder der kognitiven Dissonanz"³⁾ besonders aufschlußreich.

1) Vgl. Jones, E.E. und Gerard, H.B., Social Psychology, S. 435.

2) Vgl. Klis, M., Überzeugung, S. 51; vgl. auch Cartwright, D., Concept of Power, S. 188 ff.; Cartwright spricht in diesem Zusammenhang von Motivbasen, die er als Hauptdeterminanten der Einzelkräfte einer Verhaltensposition ansieht.

3) Vgl. z.B. Heider, F., Attitudes and Cognitive Organization, S. 107 ff.; Heider, F., Interpersonal Relations; Osgood, C.E., Tannenbaum, P.H., Principle of Congruity, S. 42 ff.; Festinger, L., Cognitive Dis-

Sie lassen wichtige Anhaltspunkte erwarten, die für eine Verhaltensbeeinflussung durch Attitüdenstrukturierung von zentraler Bedeutung sind.

Anknüpfungspunkt der Theorien über die Vermeidung kognitiver Ungleichgewichte ist in der Regel die intrapersonale Betrachtungsebene.¹⁾ Im Mittelpunkt dieser Theorien stehen die Bedingungen, die unter dem Einfluß der sozialen Umwelt zur Schaffung oder Modifizierung von Attitüden im Attitüdensystem eines Individuums führen. Experimente haben gezeigt, daß Verhaltensbeeinflussung durch Veränderung dieser Bedingungen herbeigeführt werden kann.

Gemeinsamer Ausgangspunkt der im folgenden aufzuzeigenden psychologischen Theorien zum Problem der Attitüdenänderung ist die Annahme, daß menschliches Denken und Verhalten durch eine "immanente" Tendenz, konsistent zu sein, gekennzeichnet ist.²⁾ Die Wahrnehmung kognitiver Informationen, die inkonsistent mit irgendeiner Attitüde des Individuums sind, löst Kräfte aus, das "System" wieder ins Gleichgewicht bzw. Einstellung und wahrgenommene Stimuli in Einklang zu bringen. Unter entscheidungstheoretischen Gesichtspunkten bedeutet dies, daß ein Individuum stets ein möglichst konsistentes Modell der Entscheidungssituation anstrebt.

sonance; Festinger, L. et al., Conflict, Decision and Dissonance; Newcomb, T. M., Communicative Acts, S. 393 ff.; Zajonc, R. B., Balance, Congruity and Dissonance, S. 167 ff.; vgl. auch die Ausführungen von Kappler, E., Informationsverhalten, S. 93 ff.

- 1) Eine Ausnahme bildet beispielsweise das "Strain-to-Symmetry"-Konzept von Newcomb; vgl. Newcomb, T. M., Communicative Acts, S. 393 ff.
- 2) Vgl. Secord, P. F. und Backman, C. W., Social Psychology, S. 108 ff.

Gleichgewichtstheorie von Heider

Die meisten Ansätze zum Konsistenzproblem haben ihren Ausgangspunkt in der "Gleichgewichtstheorie (balance theory)" von Heider, der sich freilich mehr auf interpersonelle Beziehungen als auf kognitive Prozesse konzentrierte.¹⁾ Heiders Ansatz war noch beschränkt auf zwei Personen, die mit einem Objekt (z. B. Sachverhalt, Situation, Ereignis, Bilanz) in interdependenten Beziehung stehen. Im Vordergrund steht die Frage, wie die Einstellung eines Individuums bezüglich der drei möglichen Relationen strukturiert ist.

Das Individuum (A) befindet sich im Gleichgewicht, wenn die Vorzeichen aller Relationen zu und zwischen einem anderen Individuum (B) und dem Objekt (O) positiv oder wenn zwei Relationen negativ und eine positiv sind (vgl. Abbildung 1).

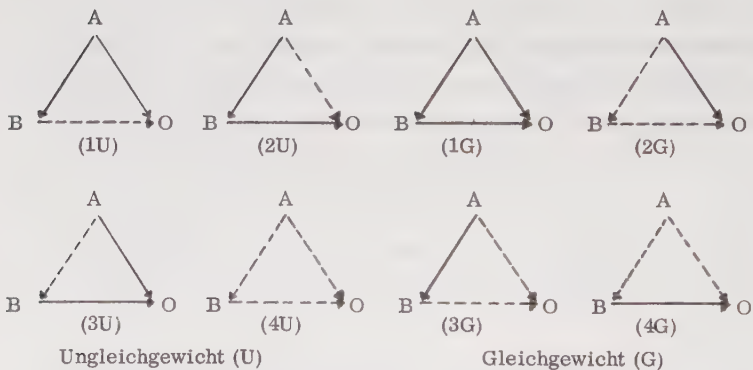


Abbildung 1: Gleichgewichts- und Ungleichgewichtszustände nach Heider²⁾

1) Vgl. Jones, E.E. und Gerard, H.B., Social Psychology, S. 163 ff.

2) Vgl. Zajonc, R.B., Balance, Congruity and Dissonance, S. 169.
Durchgezogene Linien repräsentieren positive und gebrochene Linien repräsentieren negative Beziehungen.

Die Grundgedanken lassen sich an folgendem Beispiel verdeutlichen: Der Großaktionär A schätzt den Vorstandsvorsitzenden B aufgrund seiner hochqualifizierten Fähigkeiten. Beide erhalten Informationen O, daß der Teilwertansatz des eingebrachten Betriebsvermögens einer Buchwertfortführung vorzuziehen sei. A findet die Begründung überzeugend, während B die Argumentation ablehnt. Bei A wird ein kognitives Ungleichgewicht hervorgerufen, wenn er diesen Zustand wahrnimmt (1U). Ein Gleichgewichtszustand bei A läßt sich auf folgende Weisen wieder herstellen: (1) A versucht, B von den Vorzügen des Teilwertansatzes zu überzeugen (1G), oder (2) A ändert seine Einstellung gegenüber B, d. h. er zweifelt fortan an dessen Qualifikation (2G), oder (3) A lehnt die Begründung für die Bevorzugung des Teilwertansatzes bei der aufnehmenden Gesellschaft ebenfalls ab (3G).

Verfeinerungen dieses Modells, insbesondere aber Formalisierungsansätze der Gleichgewichtstheorie, gehen auf Cartwright/Harary zurück.¹⁾

Newcomb²⁾ übertrug Heiders Überlegungen auf die Kommunikation zwischen Menschen. Dabei postulierte er eine "Symmetrieneigung" (strain to symmetry), die zu einer Übereinstimmung der Attitüden zweier Personen hinsichtlich eines Objektes führt. Für die Erklärung von Attitüdenänderungen ergaben empirische Überprüfungen³⁾ dieser Theorien, daß der Beeinflussungserfolg weitgehend von der Einstellung des zu Beeinflussenden gegenüber der Kommunikationsquelle abhängt. Offen bleibt allerdings sowohl bei Heider als auch bei Newcomb die Frage, ob die Konsequenzen die gleichen sind, wenn zwar die Vorzeichen der Relationen zweier Personen gegenüber dem Objekt gleich sind, dagegen aber Herkunft und Natur dieser Beziehungen voneinander abweichen.⁴⁾

1) Vgl. Cartwright, D. und Harary, F., Structural Balance, S. 277 ff.

2) Vgl. Newcomb, T. M., Communicative Acts, S. 393 ff.

3) Vgl. die Untersuchungen von Hovland, Janis und Kelley, in: Hovland, C. J., Janis, J. L. und Kelley, H. H., Communication and Persuasion.

4) Vgl. Zajonc, R. B., Balance, Congruity and Dissonance, S. 171.

"Affect-Cognition"-Modell von Rosenberg

Eine bedeutende Verbesserung der Konsistenztheorien des "attitude change" geht zurück auf Rosenberg, der vor allen Dingen an den kognitiven Prozessen im (zu beeinflussenden) Individuum, die sich bei der Änderung einer Attitüde abspielen, interessiert war.¹⁾ Damit gelang es, die Konsistenztheorien auf eine breitere und allgemeinere Basis zu stellen. Ein unverkennbarer Vorzug dieses Ansatzes liegt gleichzeitig in den Parallelen zum syllogistischen Attitüden-Modell.

Im Mittelpunkt von Rosenbergs "affect-cognition"-Modell stehen die Beziehungen zwischen den affektiven und kognitiven Komponenten einer Attitüde. Dabei erstrecken sich die Überlegungen nicht nur auf die kognitiven Kategorien um das Attitüden-Objekt, sondern auch auf die Überzeugungen in bezug auf die Relationen zwischen dem Objekt und anderen wichtigen Werten des Individuums.²⁾

Mit der affektiven Komponente wird das Gefühl eines Individuums hinsichtlich eines Objektes erfaßt. Die fundamentale Hypothese besteht darin, daß die Art und Stärke der Empfindungen gegenüber einem Objekt mit dessen assoziativen kognitiven Werten korreliert. Durch die funktionale Verbindung zwischen der Wahrscheinlichkeit, mit der ein Objekt zu positiven oder negativen Konsequenzen führt, und der Intensität der Empfindungen gegenüber einem Objekt war es Rosenberg möglich, einen "index of affective loading"³⁾ aufzustellen. Der Index gibt an, inwieweit die Attitüde eines Individuums konsistent mit seinen Werten ist.

1) Zu diesem Modell vgl. die Zusammenfassung bei Secord, P. F. und Backman, C. W., *Social Psychology*, S. 111 ff.

2) Vgl. Zajonc, R. B., *Balance, Congruity and Dissonance*, S. 167 ff.; Secord, P. F. und Backman, C. W., *Social Psychology*, S. 113 ff.

3) Peak, H., *Attitude and Motivation*, S. 161.

Inkonsistenzen kognitiver oder affektiver Komponenten rufen Veränderungen der anderen Komponenten hervor. Ergebnis dieser Bemühungen ist die Erscheinung, daß jedes Individuum eine besondere Einstellung zu einem Objekt hat, da mit Hilfe des Objektes bestimmte Werte leichter oder schwerer zu erlangen sind.¹⁾ Das "affect-cognition"-Modell erfaßt damit zwei Arten der Attitüdenänderung. Entweder ändern Individuen ihre Einstellung, "weil sie das Objekt inzwischen anders sehen"²⁾ oder weil sie vorausgegangenen Gefühlsänderungen Rechnung tragen wollen.

"Psycho-Logic"-Modell von Abelson/Rosenberg

Dagegen ist der Beitrag des "psycho-logic"-Modells von Abelson/Rosenberg in erster Linie in der Erkenntnis, daß ein Individuum ein positives oder negatives Empfinden (Gefühl) gegenüber Werten und Überzeugungen selbst aufweist, zu sehen.³⁾ Kognitive Relationen befinden sich im "psychologischen" Gleichgewicht, wenn zwei positiv bewertete Kategorien positiv oder wenn eine negativ und eine positiv bewertete Kategorie negativ oder wenn zwei negativ bewertete Kategorien positiv miteinander verbunden sind.

Neu ist vor allen Dingen, daß Inkonsistenz existieren kann, ohne daß dies eine Konsistenzanpassung unbedingt hervorruft. Die Erklärung dafür kann in einer Neudefinition der kognitiven Kategorie liegen. Unter Umständen ist diese Erscheinung auch darauf zurückzuführen, daß sich das Individuum der Inkonsistenz einer kognitiven Kategorie gar nicht bewußt wird, obwohl es andere Werte und Überzeugungen wahrnimmt.⁴⁾ In Übereinstimmung

1) Vgl. Secord, P. F. und Backman, C. W., Social Psychology, S. 113 ff.; Jones, E. E. und Gerard, H. B., Social Psychology, S. 164.

2) Kappler, E., Informationsverhalten, S. 98.

3) Vgl. Jones, E. E. und Gerard, H. B., Social Psychology, S. 167.

4) Vgl. Jones, E. E. und Gerard, H. B., Social Psychology, S. 168.

mit dem "psycho-logic"-Modell kann ein derartiger Syllogismus beispielsweise folgende Form annehmen: A und B sind durch eine positive Beziehung miteinander verbunden. Im Gegensatz zu B ist A ein guter Bilanzanalytiker. Die Schlußfolgerung auf eine wahrgenommene Information zeigt folgendes Aussehen: A analysiert Bilanzen doch nicht so "gut" wie ich ihn einschätzte, während B mehr bietet als ich ursprünglich erwartet hatte.

"Principle of Congruity" von Osgood/Tannenbaum

Ebenfalls zu den Konsistenztheorien ist Osgood/Tannenbaums "principle of congruity" zu zählen.¹⁾ Das Paradigma der Kongruenz erfaßt den Tatbestand, daß ein Individuum P mit einer Behauptung bezüglich eines bestimmten Objekts O konfrontiert wird, mit der das Individuum durch Überzeugung und Gefühl in einer gewissen Beziehung steht. Außerdem wird eine Attitüde gegenüber der die Behauptung aufstellenden Person (Quelle = Q) postuliert.²⁾ Dabei besagt das "congruity-principle", daß Kongruenz gegeben ist, wenn die Einstellung zur Quelle und Objekt der Behauptung und die Behauptung selbst positiv ist, oder wenn zwei Relationen negativ sind und eine Relation positiv ist. Ist das Individuum dagegen unterschiedlich gegenüber der die Behauptung aufstellenden Person und dem Behauptungsinhalt eingestellt (1 I bzw. 2 I), so wird eine Tendenz, die Attitüde gegenüber beiden in Richtung Kongruenz zu ändern, hervorgerufen (vgl. Abbildung 2).

1) Vgl. Osgood, C.E. und Tannenbaum, P.H., Principle of Congruity, S. 42 ff.

2) Vgl. Zajonc, R.B., Balance, Congruity and Dissonance, S. 172.

wicht besteht oder nicht.¹⁾ Von Abelson/Rosenberg unterscheidet sich dieses Konzept insoweit, als in diesem Ansatz sowohl Quelle als auch Behauptung notwendigerweise einer Änderung unterliegen und die Veränderung im Verhältnis zu ihrer relativen Polarität vor sich geht.²⁾ Gemeinsam ist beiden Ansätzen, daß sie von der syllogistischen Struktur einer Attitüde, wie sie in dieser Arbeit betont wird, ausgehen und sowohl Wert- als auch Überzeugungsprämissen im Falle unterschiedlicher Schlußfolgerungen geändert werden können.

Theorie der kognitiven Dissonanz von Festinger

Bei der Erklärung der Zusammenhänge zwischen Attitüden bzw. Attitüdenänderung und Verhalten hat in der modernen Psychologie die Theorie der kognitiven Dissonanz von Festinger eine besondere Bedeutung erlangt.³⁾

Festinger war in erster Linie an der Analyse des kognitiven Systems interessiert, deren Struktur durch die Eigenart der einzelnen kognitiven Elemente und durch ihr Verhältnis zueinander beschrieben werden kann. Die Unterscheidung zwischen kognitiven Elementen, die füreinander irrelevant oder die füreinander relevant sind, deutet darauf hin, ob Bewußtseinsinhalte wie Faktenwissen, Ansichten, Einstellungen, Überzeugungen, Werte usw. des Individuums miteinander in Beziehung stehen. Ausdruck der Beziehungen zwischen zwei beliebigen kognitiven Elementen können Konsonanz, Dissonanz oder Neutralität sein.⁴⁾

1) Vgl. Zajonc, R.B., Balance, Congruity and Dissonance, S. 174.

2) Vgl. Jones, E.E. und Gerard, H.B., Social Psychology, S. 168 ff.

3) Vgl. Festinger, L., Cognitive Dissonance; Festinger, L. et al., Conflict, Decision and Dissonance; Raffée, H. et al., Kognitive Dissonanz; Brehm, J.W. und Cohen, A.R. (Hrsg.), Explorations in Cognitive Dissonance.

4) Vgl. Raffée, H. et al., Kognitive Dissonanz, S. 12 ff.; Secord, P.F. und Backman, C.W., Social Psychology, S. 115 ff.

Konsonanz liegt vor, wenn in der subjektiven Logik des Individuums ein kognitives Element mit einem anderen in einer widerspruchsfreien Beziehung steht. Dagegen ist Dissonanz durch die "psychologische" Unverträglichkeit zweier kognitiven Elemente gekennzeichnet.¹⁾ Die Grundannahme Festingers besteht nun darin, daß eine durch Dissonanz hervorgerufene intra-individuelle Spannung als unangenehm empfunden wird und auf Abbau bzw. Beseitigung hinwirkt.

"The existence of dissonance, being psychologically uncomfortable, will motivate the person to try to reduce the dissonance and achieve consonance" and "... in addition to trying to reduce it, the person will actively avoid situations and informations which would likely increase the dissonance."2)

Das Ausmaß der vom Individuum empfundenen Dissonanz nimmt mit der Zahl und der Wichtigkeit der beteiligten Kognitionen zu.³⁾ Es motiviert das Handeln des Individuums zur Verminderung der kognitiven Dissonanz.⁴⁾ Dabei kann das Ausmaß der Dissonanz maximal den Wert des Widerstandes annehmen, "den das schwächste der beteiligten kognitiven Elemente (z. B. eine bestimmte Attitüde, Anm. d. V.) einer Änderung entgegensetzt"⁵⁾. Dies ermöglicht auch die Erklärung der Ergebnisse der zur Überprüfung dieser Theorie durchgeführten Experimente, wonach Personen, deren Zustimmung durch Belohnungen oder Bestechung erkaufte wird, um so weniger geneigt sind, ihre persönliche Attitüde zu ändern, je größer ihnen die Be-

-
- 1) Damit wird angedeutet, daß für die Art der Beziehung nicht die formale Logik, sondern die Verträglichkeit im Bewußtsein des Individuums, d. h. die Psycho-Logik maßgebend ist.
 - 2) Festinger, L., Cognitive Dissonance, S. 13; vgl. auch Zajonc, R. B., Balance, Congruity and Dissonance, S. 174 ff.
 - 3) Vgl. Jones, E. E. und Gerard, H. B., Social Psychology, S. 191.
 - 4) Vgl. Szyperski-Winand, Entscheidungstheorie, S. 36 ff.
 - 5) Raffée, H. et al., Kognitive Dissonanz, S. 15.

lohnung oder Bestechung erscheint.¹⁾ Ausmaß der Attitüdenänderung und Ausmaß der Dissonanz stehen in einem funktionalen Zusammenhang.

Der Abbau einer Dissonanz läßt sich durch Veränderung des dissonanten Subsystems der kognitiven Elemente entweder in ihrem Umfang oder in ihrem Inhalt erreichen. Der Umfang ändert sich, wenn neue kognitive Elemente hinzukommen (z. B. Informationen) oder wenn kognitive Elemente, die die Konsonanz beeinträchtigen, eliminiert werden. Werden dagegen bestehende kognitive Elemente hinsichtlich ihrer Bedeutung anders interpretiert als vorher, so hat sich der Inhalt geändert. Eine Änderung des Inhalts kann aber auch durch eine Veränderung des eigenen Verhaltens bewirkt werden.²⁾

Die Theorie der kognitiven Dissonanz unterscheidet sich von anderen Konsistenztheorien besonders dadurch, daß sie sich "auf die Analyse von Dissonanzen zwischen der Entscheidung für eine Alternative und der damit verbundenen Entscheidung gegen alle anderen Alternativen ... ('post decisional regret' und 'forced compliance')"³⁾ konzentriert. Experimente haben gezeigt, daß Entscheidungen insofern von einer Dissonanz abhängig sind, als die nicht gewählten Alternativen positive Implikationen enthalten, und die gewählte Alternative mit Aspekten verbunden ist, die hätten zu ihrer Ablehnung führen können.⁴⁾ Dies macht deutlich, warum Personen nach der Entscheidung in der Regel nach Informationen suchen, die die gewählte Alternative rechtfertigen. Auf diese Art und Weise ist das Individuum in der Lage, seine Dissonanz zu reduzieren.⁵⁾

-
- 1) Vgl. Secord, P. F. und Backman, C. W., Social Psychology, S. 118 ff.; Raffée, H. et al., Kognitive Dissonanz, S. 15.
 - 2) Vgl. Secord, P. F. und Backman, C. W., Social Psychology, S. 117.
 - 3) Kappler, E., Informationsverhalten, S. 100.
 - 4) Vgl. Brehm, J., Post-decision Changes, S. 384 ff.; Ehrlich, D. et al., Post-decision Exposure, S. 98 ff.
 - 5) Vgl. Zajonc, R. B., Balance, Congruity and Dissonance, S. 191 ff.

Carlsmith¹⁾ hält allerdings auch Situationen für möglich, in denen ein "attitudendiskrepantes" Verhalten nicht unbedingt eine Dissonanz bei dem betroffenen Individuum hervorruft. Beispielsweise ist die Attitüde: "stille Reserven sind geeignet, um die Ertragssituation einer Betriebswirtschaft ungünstiger darzustellen als sie tatsächlich ist", nicht dissonant gegenüber der Attitüde "hinsichtlich der positiven Einstellung gegenüber stillen Reserven als Mittel zur Verschleierung der Ertragssituation einer Betriebswirtschaft gibt es mehrere Gegenargumente, die ich nun referiere, um zu zeigen, daß ich Bescheid weiß"²⁾.

Dieses Beispiel läßt deutlich werden, daß Festingers Theorie für zahlreiche Interpretationen zugänglich ist. Es wird auch letztlich nicht erkennbar, was exakt damit gemeint ist, daß im Falle der Konsonanz ein kognitives Element aus dem anderen folgt. Mehrere Bezugspunkte erscheinen denkbar, mit denen kognitive Elemente kompatibel sind.³⁾ Insofern ist die Theorie der kognitiven Dissonanz kaum in der Lage, eine Theorie der Attitudenstrukturierung zu liefern. Sie zeigt allenfalls zusätzliche Gesichtspunkte des bei der Bilanzierung der Sacheinlage zu erfassenden Problemkreises auf.

"Drei-Prozeß-Theorie" von Kelman

Dagegen erscheint die "Drei-Prozeß-Theorie" von Kelman⁴⁾ geeignet, das Phänomen des "attitude change" zu erklären, wenn auch nicht direkt auf

1) Vgl. Carlsmith, J.M., Counterattitudinal Behavior, S. 804.

2) Vgl. auch Kappler, E., Informationsverhalten, S. 101.

3) Vgl. Jones, E.E. und Gerard, H.B., Social Psychology, S. 190.

4) Vgl. Kelman, H.C., Opinion Change, S. 57 ff.; Secord, P.F. und Backmann, C.W., Social Psychology, S. 122 ff.

ein Gleichgewichtsprinzip, das für die hier zu referierenden Konsistenztheorien charakteristisch ist, Bezug genommen wird. Kelman postuliert drei unterschiedliche Prozesse sozialer Beeinflussung: Bereitwilligkeit, Identifizierung und Internalisation. Damit zeigt sich, daß dieses Konzept ähnlich den Überlegungen von French/Raven¹⁾ zur Macht bzw. den Machtbasen, ebenfalls die interpersonelle Betrachtungsebene in den Vordergrund stellt.

Bereitwilligkeit liegt vor, wenn eine Person den Einfluß einer anderen Person oder einer Gruppe akzeptiert, weil von der Gegenseite eine günstige Reaktion erwartet wird. Der Grund für dieses Verhalten kann unter Umständen in einer erwarteten Belohnung oder in der Abwendung einer erwarteten Bestrafung liegen. Äußerlich sichtbare Reaktion und private innere Attitüde weichen voneinander ab. Zeigt ein Individuum ein Verhalten, das aufgrund einer identifizierenden Beziehung mit einer anderen Person oder Gruppe übernommen wird, so findet ein Identifikationsprozeß statt. Ausdruck derartiger Prozesse ist beispielsweise die Nachahmung eines Vorbildes oder das Individuum zeigt ein Verhalten, von dem es annimmt, daß es von der anderen Person oder Gruppe in dieser Art und Weise erwartet wird. Über das Bewußtwerden der Beziehungen zu der anderen Person oder Gruppe ist das Individuum von seiner Einstellung und damit von seinen Handlungen, die als Ergebnis des Identifikationsprozesses zu betrachten sind, überzeugt. Bei der Internalisation akzeptiert schließlich eine Person den Beeinflussungsversuch, da das induzierte Verhalten in Einklang mit dem eigenen Wertsystem ist. Eine induzierte Attitüde erscheint für das Individuum aus dieser Sicht als "innerlich lohnend".²⁾

1) Vgl. French, J.R.P. jr. und Raven, B.H., Bases of Social Power, S. 150 ff.

2) Vgl. Secord, P.F. und Backman, C.W., Social Psychology, S. 122 ff.

Auch Kelman erkennt die Bedeutung der inneren Inkonsistenz als Ursache der Attitüdenänderung. Was ihn aber von den vorstehenden Ansätzen abhebt, ist die schärfere Trennung zwischen offenem und verstecktem Verhalten bzw. zwischen öffentlicher und privater Meinung. Empirische Untersuchungen haben interessanterweise gezeigt, daß Personen um so mehr zu einer Attitüdenänderung bereit sind, je geringer die Belohnung für die öffentliche Meinungsäußerung ist.¹⁾

2.3 Zusammenfassung

Die Fragestellung der Untersuchung macht es nunmehr erforderlich, die allgemeine Analyse menschlichen Entscheidungsverhaltens mit dem Problem des bilanziellen Entscheidungsprozesses bei der Einbringung eines Betriebes zu konfrontieren. Dafür erscheint es zweckmäßig, die Problematik des bilanziellen Einbringungsvorgangs in zwei Aspekte aufzuspalten. Zum einen ist zu klären, wie bilanzielle Entscheidungsprozesse bei der Einbringung eines Betriebes in der Realität zustandekommen. Da aber mit dem Ansatz der Sacheinlage zugleich die Interessenlagen eines unter Umständen breiten Kontinuums von Bilanzinteressenten berührt werden, erhebt sich zum anderen die Frage, warum und wie die bilanziellen Entscheidungen in der Realität durchgesetzt werden bzw. werden können.

Für die Erklärung des Zustandekommens bilanzieller Entscheidungen beim Ansatz der Sacheinlage kommt dem vorstehend erörterten Informationsverarbeitungsansatz insofern zentrale Bedeutung zu, als es realistisch erscheint, daß bilanzrechtliche und bilanzpolitische Informationen das Verhalten des Entscheidungsträgers beeinflussen. Soweit derartige kognitive Informationen

1) Vgl. Secord, P. F. und Backman, C. W., Social Psychology, S. 117 ff.; vgl. auch Carlsmith, J. M., Counterattitudinal Behavior, S. 804.

bei der Bilanzierung der Sacheinlage in der Entscheidungssituation hervorgerufen werden, werden sie zu Prämissen der Bilanzierung. Im Rahmen der kognitiven Informationsverarbeitung hängt es neben den gesetzlichen Beschränkungen vornehmlich von der Einstellung (Werten, Überzeugungen und Attitüden) des Entscheidungsträgers ab, welche der Bewertungsalternativen realisiert werden.

Mit der Erklärung des Attitüdenkonzepts als eines der zentralen Elemente des bilanziellen Entscheidungsprozesses ist zugleich die theoretische Grundlage dafür geschaffen, wie in der Phase der Willensdurchsetzung die Bilanzinteressenten mittels der Bilanzierung der Sacheinlage zu einem Verhalten bewegt werden können, das der Bilanzierende, der dieses Verhalten zu induzieren versucht, für die Erreichung seiner Ziele als vorteilhaft ansieht. Insbesondere erlaubt seine Anwendung, die durch Überzeugung und Manipulation gekennzeichneten Beeinflussungsversuche "erfolgreicher" zu gestalten. Selektive Aktivierung von Werten bzw. von Zielen, versteckte oder offene Diskreditierung der mit bilanz-, bewertungs- und rücklagen- bzw. interessentenbezogenen Attitüden assoziierten Überzeugungen, logische Argumentation oder gegenseitige lückenhafte Information usw. erweisen sich als mögliche Ansätze zur Attitüdenstrukturierung der Bilanzinteressenten. Den Konsistenztheorien fällt dabei die Aufgabe zu, Erklärungen zum "warum" einer Attitüdenänderung zu liefern. Darüber hinaus kann aus den von den Konsistenztheorien entwickelten Grundthesen gefolgert werden, daß eine beeinflussende Informationspolitik im Rahmen der Rechenschaftslegung auf die Hervorrufung von Inkonsistenzen gegenüber kognitiven Elementen, insbesondere gegenüber Werten, Überzeugungen und Attitüden, abzielen muß, um durch Attitüdenänderungen ein "günstiges" Verhalten der Bilanzinteressenten herbeizuführen.¹⁾

1) Vgl. hierzu die Ausführungen auf S. 287 ff. dieser Arbeit. Vgl. auch Kappler, E., Informationsverhalten, S. 93 ff.

3. Ausgangspunkte bilanzieller Entscheidungsprozesse

Die Betrachtungsweise, daß die Betriebswirtschaft eine Organisation und bilanzielle Entscheidungsprozesse kollektive Entscheidungsprozesse sind, macht deutlich, daß die Anwendung des bisherigen theoretischen Bezugsrahmens auf den Einbringungsvorgang eine Ergänzung um organisations-theoretische Erkenntnisse voraussetzt. Wie noch nachzuweisen sein wird, ist die Problemstellung bilanzieller Entscheidungsprozesse bei der Einbringung eines Betriebes schlecht-strukturiert. Diese Erscheinung und die Tatsache, daß durch die Bilanzierung der Sacheinlage die Interessenlagen der Bilanzinteressenten berührt werden, qualifizieren den bilanziellen Entscheidungsprozeß zu einem politischen Prozeß. Es erweist sich deshalb als vorteilhaft, auch auf Erkenntnisse der politischen Wissenschaften zurückzugreifen.

3.1 Organisationstheoretische Aspekte

Wenn im folgenden die Erkenntnisse der modernen Organisationstheorie mit dem Phänomen des bilanziellen Entscheidungsprozesses bei der Einbringung eines Betriebes in Verbindung gebracht wird, so erfolgt vorrangig eine Anlehnung an die Konzeptionen von Kirsch, March und Simon sowie Cyert und March.¹⁾

3.11 Systembetrachtung

Kennzeichnend für die moderne organisationstheoretische Betrachtungsweise ist die Tatsache, daß Individualentscheidungsprozesse als Teilprozesse im

1) Vgl. Kirsch, W., Entscheidungsprozesse III; March, J. G. und Simon, H. A., Organizations; Cyert, R. M. und March, J. G., Theory of the Firm.

Rahmen des gesamten Informations- und Entscheidungssystems der Organisation interpretiert werden. Dieses umfaßt alle partiellen Entscheidungssysteme, deren Abgrenzungsmerkmale durch die Art oder Klasse einzelner Entscheidungsprozesse gegeben sind.

"Zu einem (partiellen, Anm. d. V.) Entscheidungssystem werden alle aktiven Elemente einer Organisation (Menschen und technische Einrichtungen) zusammengefaßt, die (1) an einem spezifischen Entscheidungsprozeß oder (2) an einer Klasse von Entscheidungsprozessen beteiligt sind."¹⁾

Diese Betrachtungsweise erlaubt es, bilanzielle Entscheidungsprozesse bei der Einbringung eines Betriebes zu einem partiellen Entscheidungssystem der Organisation zusammenzufassen, das seinem Charakter nach ein funktionales Subsystem darstellt.

Die Bestimmung der Grenzen des interaktionalen Systems kann grundsätzlich nach Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten vorgenommen werden, da es keine allgemeingültigen Kriterien zu ihrer Festlegung gibt.²⁾ Heinen³⁾ unterscheidet zwischen Kern- und Satellitengruppen. Während Kerngruppen zur organisationalen Zielbildung legitimiert sind, suchen die Satellitengruppen Einfluß auf die Zielbildung in der Kerngruppe zu gewinnen. Für die Erklärung des partiellen Subsystems bilanzieller Entscheidungsprozesse bei der Einbringung eines Betriebes erscheint das Kriterium, ob der Bilanzinteressent die Rechenschaftslegung direkt oder nur indirekt beeinflussen kann und will, besonders geeignet.⁴⁾

1) Kirsch, W., Entscheidungsprozesse III, S. 51 (Hervorhebungen im Original sind weggelassen); vgl. auch Kirsch, W., Betriebswirtschaftliche Logistik, S. 222 ff.

2) Vgl. Kirsch, W., Entscheidungsprozesse III, S. 30.

3) Vgl. Heinen, E., Zielsystem, S. 201.

4) Vgl. Bischofberger, W., Beeinflussung der Rechenschaftslegung, S. 105.

Unter Anwendung dieses Kriteriums lassen sich die Elemente des Systems¹⁾ in interne und externe Unternehmensteilnehmer unterscheiden. Während der Kreis der internen Teilnehmer formal abgrenzbar ist, schwankt die Gesamtheit der zur Umwelt zählenden externen Teilnehmer. Die Übertragung dieser Betrachtungsweise auf die aufnehmende Kapitalgesellschaft bedeutet, daß Vorstand, Aufsichtsrat und einzelne Belegschaftsmitglieder, soweit sie infolge Delegierung mit bilanziellen Aufgaben beauftragt sind, als interne Teilnehmer angesehen werden können. Eventuell ließe sich noch der Wirtschaftsprüfer der Gesellschaft einbeziehen. Der Kreis der externen Teilnehmer umfaßt dagegen Aktionäre (tatsächliche und potentielle), Kunden, Gläubiger, Banken usw., soweit sie nicht im Aufsichtsrat vertreten sind.²⁾

Mit dem Kriterium Einflußwille wird zusätzlich der Erscheinung Rechnung getragen, daß sogenannte "Anpasser", selbst wenn sie formal zu den internen oder externen Teilnehmern zu rechnen sind, nicht Elemente des Systems bilanzieller Entscheidungsprozesse bei der Einbringung eines Betriebes darstellen.

1) Als Elemente des Systems werden in der Regel die Individuen angesehen; vgl. z.B. Fäßler, K., Betriebswirtschaftliche Mitbestimmungsdiskussion, S. 163. Kuhn vertritt die Auffassung, daß als Elemente des Systems nicht die Menschen, sondern nur deren Verhalten zu erfassen ist; vgl. Kuhn, K.-D., Finanzwirtschaftliche Flexibilität, S. 27. Vgl. auch Kirsch, W., Systeme, Entscheidungen, Methoden, S. 17 ff.

2) Vgl. auch Chmelik-Kappler, Konstitutive Entscheidungen, S. 146 ff.

3.12 Strukturmerkmale bilanzieller Entscheidungsprozesse

3.121 Kollektive Entscheidungsfindung

Bilanzielle Entscheidungsprozesse, die bislang im Sinne von intraindividuellen Vorgängen erklärt wurden, stehen nicht isoliert nebeneinander.¹⁾

Durch die Beteiligung mehrerer Entscheidungsträger konstituieren sie vielmehr in ihrer Gesamtheit einen kollektiven Entscheidungsprozeß. Dies wird auch durch den mehrstufigen Charakter des bilanziellen Entscheidungsprozesses, der durch die Differenzierung zwischen der endgültigen Entscheidung und den vorgelagerten Entscheidungen im Rahmen der Vorbereitung der endgültigen Entscheidung gegeben ist, deutlich.²⁾

³⁾
Dietel, der auf die Zweiteilung von Walton/McKersie zwischen "Integrativem Bargaining" und "Distributivem Bargaining" zurückgreift, teilt kollektive Entscheidungsprozesse in Problemlösungsprozesse und politische Prozesse ein. Integrative und distributive Abgrenzungsmerkmale beziehen sich dabei auf die Frage, inwieweit die beteiligten Entscheidungsträger ihre eigenen Interessen zu realisieren suchen. Damit wird auf eine "objektive" Situation als Referenzpunkt verzichtet, da es von der Wahrnehmung und Hervorrufung einer Attitüde abhängt, ob die Beteiligten der Ansicht sind, ein Bilanzierungsproblem lösen oder eine Streitfrage behandeln zu müssen.⁴⁾

1) Vgl. Szyperski-Winand, Entscheidungstheorie, S. 31 ff.

2) Vgl. Sieben-Haase, Jahresabschlußrechnung, S. 53 ff.

3) Vgl. Dietel, B., Koordination, S. 128 ff.; vgl. auch Walton, R. E. und McKersie, R. B., Behavioral Theory, S. 12 ff.
March/Simon nennen vier Prozeßtypen: Problemlösungsprozesse, Überzeugungsprozesse, Aushandlungsprozesse und "politics"; vgl. dazu March, J. G. und Simon, H. A., Organizations, S. 129 ff.

4) Vgl. Dietel, B., Koordination, S. 129; vgl. ferner Thiele, L. D., Konflikte, S. 117 ff.

Bevor im folgenden auf die Frage der Handhabung bilanzieller Konflikte eingegangen werden soll, bedarf es noch der Erklärung der Beziehungen zwischen den bilanziellen Entscheidungsträgern.

3.122 Entscheidungsinterdependenz

Kennzeichnend für die Beziehungen zwischen den bilanziellen Entscheidungsträgern ist ihre wechselseitige Abhängigkeit. Damit ist das Problem der Entscheidungsinterdependenz¹⁾ als weiteres Strukturmerkmal angesprochen. Ein Entscheidungsträger fördert oder behindert entweder direkt oder indirekt über eine Kette von Auswirkungen die Zielerreichung der anderen im Kreis der internen Teilnehmer befindlichen Entscheidungsträger.²⁾

Wahrgenommene Interdependenzbeziehungen finden allerdings im Rahmen bilanzieller Entscheidungsprozesse nicht immer Eingang in die Definition der Entscheidungssituation, sondern werden vom Entscheidungsträger vernachlässigt. Ursache derartiger Erscheinungen kann die beschränkte Informationsverarbeitungskapazität sein, die den Entscheidungsträger zu einer Vereinfachung der Komplexität der bilanziellen Entscheidungssituation zwingt. Vielfach berücksichtigen deshalb Entscheidungsträger lediglich Teilmengen dieser Interdependenzen dadurch, daß die Entscheidungen anderer als Erwartungen in das Modell der Entscheidungssituation eingehen und damit antizipiert werden. Dies ist etwa dann der Fall, wenn Entscheidungsträger, die bei der Vorbereitung der endgültigen Bilanz Stabsfunktionen ausüben, dem Vorstand Bilanzierungsvorschläge unterbreiten.

1) Zum Begriff der Entscheidungsinterdependenz vgl. Dietel, B., Koordination, S. 112 ff.; vgl. auch Kirsch, W., Systeme, Entscheidungen, Methoden, S. 86 ff.

2) Vgl. Lindblom, C.E., Intelligence, S. 21 ff.

Eine häufig beobachtbare Erscheinung ist auch die Tatsache, daß einzelne interne Teilnehmer sich jeweils nur immer denjenigen Bilanzierungsproblemen zuwenden, die "gerade" auf sie zukommen. Lindblom erfaßt diesen Tatbestand als "Strategie der unzusammenhängenden kleinen Schritte"¹⁾. Charakteristisch dafür ist, daß Interdependenzbeziehungen zwischen bilanziellen Entscheidungsproblemen und Lösungsalternativen nicht Eingang in eine langfristige Planung finden, in der sie unter Umständen antizipiert werden könnten.

Es ist kaum anzunehmen, daß sich die interdependenten Entscheidungsträger bei der Bilanzierung der Sacheinlage als Anpasser verhalten bzw. die erwarteten Entscheidungen der anderen als Datum und damit als eigene Entscheidungsprämissen akzeptieren werden. Wahrscheinlicher dürfte es vielmehr sein, daß das Zusammenwirken bilanzieller Entscheidungsträger durch gegenseitige Überzeugungs- und Manipulationsversuche gekennzeichnet ist. Ausdruck derartiger Vorgänge sind Verhandlungen oder überzeugende Diskussionen zwischen den beteiligten Entscheidungsträgern, im Rahmen derer das bereits an anderer Stelle referierte syllogistische Modell des "attitude change" ebenfalls eine zentrale Rolle einnimmt. Dies trifft vermutlich um so mehr zu, wenn es gilt, die im Rahmen der bilanziellen Entscheidungsfindung zwischen den Entscheidungsträgern sichtbar werdenden Konflikte zu handhaben.

3.13 Interindividuelle Konflikte und ihre Handhabung

Die Betriebswirtschaftslehre hat in jüngster Zeit dem Konfliktproblem verstärkte Aufmerksamkeit gewidmet.²⁾ Im Vordergrund steht die Analyse mög-

1) Vgl. Lindblom, C.E., Muddling Through, S. 155.

2) Vgl. z.B. Heinen, E., Zielsystem; Thiele, L.R., Konflikte; Bidlingmaier, J., Zielkonflikte.

licher Zielkonflikte, nachdem sich die monovariablen Zielfunktion "Gewinnmaximierung" als unhaltbar erwiesen hat. Auch in der psychologischen Forschung werden die Beziehungen zwischen Entscheidung und Konflikt betont.¹⁾

Anknüpfend an die Betrachtungsebenen interpersonaler Beziehungen lassen sich intraindividuelle und interindividuelle Konflikte unterscheiden. Ausgangspunkt intraindividueller Konflikte ist eine Situation, in der es dem Individuum schwerfällt, eine Verhaltensweise zu wählen.²⁾ Kennzeichnend für interindividuelle Konflikte ist die Einbeziehung mehrerer Entscheidungsträger. Sie stellen insofern soziale Konflikte dar.³⁾ Interindividuelle Konflikte liegen vor, wenn mehrere Entscheidungsträger "nicht gleichzeitig die in ihrem Sinne optimalen oder befriedigenden Alternativen realisieren können"⁴⁾. Kennzeichnend ist die Erscheinung, daß sie die möglichen Lösungsalternativen subjektiv unterschiedlich beurteilen.

Dies gilt insbesondere für den Bereich bilanzieller Entscheidungen bei der Bilanzierung der Sacheinlage, da damit, je nach Bewertungsansatz, die divergierenden Interessenlagen der internen Teilnehmer in unterschiedlicher Weise berührt werden.

Es lassen sich zwei Ausprägungsformen bilanzieller Konflikte unterscheiden. Einerseits können bilanzielle Konflikte dadurch entstehen, daß die Beteiligten unterschiedliche Vorstellungen hinsichtlich der Bewertung der bilanziellen Lösungsmöglichkeiten besitzen. Die unterschiedlichen Werte führen zu einem Wertkonflikt. Andererseits ist es möglich, daß die Entscheidungsträ-

1) Vgl. March, J. G. und Simon, H. A., *Organizations*.

2) Zu den intraindividuellen Konfliktwahlmodellen vgl. den Überblick bei Kupsch, P., *Risiko*, S. 177 ff.

3) Vgl. Bidlingmaier, J., *Zielkonflikte*, S. 63 ff.

4) Kirsch, W., *Entscheidungsprozesse III*, S. 71.

ger trotz übereinstimmender Werte voneinander abweichende Informationen bzw. Überzeugungen hinsichtlich der Konsequenzen der bilanziellen Alternativen zugrunde legen (Überzeugungskonflikt).¹⁾

Diese Betrachtungsweise erlaubt es nunmehr, bilanzielle Konflikte sozialwissenschaftlich zu definieren. Bilanzielle Konflikte liegen vor, wenn Entscheidungsträger bilanzielle Konfliktattitüden gegenüber anderen Entscheidungsträgern wahrnehmen oder hervorrufen. Damit wird impliziert, daß bestimmte bilanzielle Wertansätze, die der Realisierung eigener Zielprämissen entgegenstehen, normalerweise negativ bewertet werden. Wahrnehmung und Hervorrufung derartiger Konfliktattitüden können als Determinanten der Ausgangssituation für die Handhabung bilanzieller Konfliktsituationen angesehen werden, da sie die Entscheidungsträger dazu motivieren, mit welchen Mitteln der Konfliktprozeß ausgetragen werden soll.

Auf den ersten Blick könnte es naheliegen, daß die Handhabung bilanzieller Konfliktprozesse auf kollektives Problemlösen hinauflaufen würde. Dies würde allerdings implizieren, daß die Entscheidungsträger über identische Präferenz- und Wertordnungen verfügen, oder wenn dies nicht der Fall ist, daß sich die Problemdefinition durch eine Vereinigung der Mengen aller Beschränkungen ergibt und ein Ergebnis angestrebt wird, das von allen akzeptiert werden kann. Die Annahme identischer Präferenz- und Wertsysteme im Rahmen bilanzieller Entscheidungsprozesse erscheint wenig realistisch. Auch eine bilanzielle Lösung, die allen individuellen Beschränkungen gerecht wird, dürfte im Hinblick auf die relativ starren Vorschriften des Aktien- und Steuerrechts kaum findbar sein, ohne daß nicht Wertprioritäten geschaffen werden, für die es aber offensichtlich kein "objektives" Rang-

1) Zur Abgrenzung zwischen den kognitiven Elementen "Werte und Überzeugungen" vgl. S. 36 ff. dieser Arbeit.

ordnungskriterium gibt. Bereits der Versuch, ein solches aufzustellen, kann als manipulative Maßnahme angesehen werden.¹⁾

In aller Regel stellen bilanzielle Entscheidungsprozesse soziale Prozesse der Machtausübung und der Machtunterwerfung dar, in denen nicht nur die Wahl des Problemhandabungsverfahrens, sondern auch die Entstehung bzw. Vermeidung von Nachfolgeproblemen eine wichtige Rolle spielen. Dies wird durch die Tatsache deutlich, daß mit der Wahl eines bestimmten Ansatzes der Sacheinlage Verteilungsprozesse im Rahmen der Gewinnausschüttung vor allem künftiger Perioden zumindest teilweise präjudiziert werden. Aus dieser Sicht kann die Durchsetzung bestimmter Abstimmungsverfahren bereits eine Ablehnung der Forderungen von Minderheiten zur Folge haben.²⁾ Sowohl für die Durchsetzung bestimmter Abstimmungsverfahren als auch für die Realisierung der Forderungen ist aber die Machtverteilung entscheidend.

Bei bilanziellen Entscheidungsprozessen erscheint es realistisch, daß für die Forderungen die individuellen oder privaten Interessen der internen (und externen) Teilnehmer, aus deren Sicht sich die bilanziellen Entscheidungstatbestände stellen, maßgebend sind.

"Diese privaten Interessen werden jedoch politisch wirksam, weil es zu ihrer Verfolgung der Mitwirkung oder Zustimmung anderer Individuen bedarf. Die Entwicklung und Auswahl der Lösungen bzw. der in diesen enthaltenen Teilaktivitäten erfolgt ebenso wie die Zustimmung oder Ablehnung durch davon Betroffene aus der Sicht der jeweiligen Individualinteressen, deren Erfüllung bzw. Beeinträchtigung aus den Konsequenzen der Alternativen resultiert."³⁾

1) Vgl. Dietel, B., Koordination, S. 131.

2) Vgl. Dietel, B., Koordination, S. 133 ff.

3) Dietel, B., Koordination, S. 132 f.

Der bilanzielle Konflikthandhabungsprozeß wird so zu einem politischen Prozeß, in dem die konfliktären Forderungen und Wünsche der Bilanzinteressenten zum "Ausgleich" gebracht werden.¹⁾ Der politische Prozeß der Bilanzierung der Sacheinlage ist insoweit als ein Prozeß der wechselseitigen Abstimmung und Manipulation anzusehen. Als dessen Ergebnis spiegelt der Bewertungsansatz der Sacheinlage die Werte und Präferenzen der Bilanzinteressenten wider.²⁾

Die Erklärung organisationstheoretischer Aspekte bilanzieller Entscheidungsprozesse bei der Einbringung eines Betriebes bleibt allerdings unvollständig, solange nicht eine Analyse der organisationalen Ziele und Mittel einbezogen wird. Daß Organisationen zielgerichtet sind, ist eine unbestreitbare Tatsache, die auch im Rahmen der Bilanzierung der Sacheinlage fundamentale Bedeutung hat. Dies um so mehr, als deren Kenntnis Rückschlüsse auf das Verhalten der Organisation bzw. deren Elemente erlaubt.

3.14 Organisationale Ziel-Mittel-Analyse

Für eine allgemeine Charakterisierung von Organisationszielen kann aus entscheidungstheoretischer Sicht davon ausgegangen werden, daß "Organisationen insofern zielgerichtet" sind, "als den Entscheidungen der an der Organisation beteiligten Individuen spezifische wertende Entscheidungsprämissen zugrunde liegen, die - zusammen mit anderen Entscheidungsprämissen - das Verhalten der Organisationsteilnehmer determinieren".³⁾ Kirsch knüpft damit an die Überlegungen von Simon⁴⁾ an, bei dem Ziele

1) Vgl. hierzu die Ausführungen auf S. 88 ff. dieser Arbeit.

2) Vgl. Kirsch, W., Entscheidungsprozesse III, S. 122.

3) Kirsch, W., Entscheidungsprozesse III, S. 110.

4) Vgl. Simon, H.A., Organizational Goal, S. 1 ff.

als Beschränkungen erfaßt werden und folglich Prozeßbeschreibungen darstellen.

Eine Anwendung dieses Begriffs auf bilanzielle Ziele macht es erforderlich, von den bilanziellen Beschränkungen, die die Entscheidungsträger ihren bilanziellen Entscheidungen zugrundelegen, auszugehen. Einem Vorschlag von Simon folgend können die bilanziellen Beschränkungen wiederum in die Teilmengen: persönliche Ziele der internen Teilnehmer und Ziele, die durch die jeweiligen Rollen der internen Teilnehmer determiniert sind, aufgeteilt werden.¹⁾ Damit wird impliziert, daß bilanzielle Ziele im Rahmen eines Zielentscheidungsprozesses in der Organisation für verbindlich erklärt werden. Trotz unterschiedlicher Werte der einzelnen Entscheidungsträger werden der Organisation durch einen Aushandlungsprozeß zwischen "Koalitionen und Parteien" der internen Teilnehmer bilanzielle Ziele auferlegt.²⁾

An Hand der von Kirsch³⁾ vorgeschlagenen Unterscheidung zwischen kognitiven und öffentlichen Informationen ist es möglich, Bilanzziele als "jene den formalen Rollen entsprechenden Beschränkungen" und somit "als Elemente des kognitiven Informationssystems" zu interpretieren. Damit wird der Zusammenhang des bilanziellen Zielbegriffs mit der momentanen Entscheidungssituation evident. Der Entscheidungsträger ist darauf eingestellt, bilanzielle Lösungen zu suchen, die als Mittel zur Erfüllung der Beschränkungen dienen. Diese differenziertere Betrachtungsweise trägt der Annahme Rechnung, daß dem bilanziellen Entscheidungsprozeß eine "öffentliche" Festlegung der Ziele vorausgeht. Darüber hinaus erscheint es plausibel, daß die konfliktären Zielvorstellungen der Individuen oder Gruppen (Koalitionen)

1) Vgl. Simon, H.A., Organizational Goal, S. 9; zum Begriff der Rolle vgl. Kirsch, W., Entscheidungsprozesse III, S. 99 ff.

2) Vgl. Cyert, R.M. und March, J.G., Theory of the Firm, S. 43.

3) Kirsch, W., Entscheidungsprozesse III, S. 119.

lediglich "Quasi-Lösungen"¹⁾ zulassen, d. h. daß die internen Teilnehmer ihren bilanziellen Entscheidungen auch nicht mit den ausgehandelten Bilanzzielen übereinstimmende Entscheidungsprämissen zugrunde legen.

Eine etwas andere Betrachtungsweise, in der Bilanzziele nicht als Prozeß- sondern als Zustandbeschreibungen gesehen werden, führt zur Unterscheidung zwischen individuellen Bilanzzielen, Bilanzzielen für die Organisation und Bilanzzielen der Organisation. Diese begriffliche Trennung ist eng mit dem Prozeß der bilanziellen Zielbildung verknüpft, in dessen Mittelpunkt das politische System der Rechenschaftslegung steht.

Mit individuellen Bilanzzielen werden alle Werte erfaßt, "die das Individuum als Teilnehmer am politischen Prozeß seinen Entscheidungen darüber als Entscheidungsprämissen zugrunde legt, welche Ziele es für die Organisation fordern soll"²⁾. Grundgedanke dieser Definition ist es, die subjektiven Vorstellungen des Individuums hinsichtlich des organisationalen Systems, seiner Teile oder seiner Umwelt im Gleichgewicht im Sinne der Anreiz-Beitrags-Theorie zu halten. Das Individuum wird danach jene bilanziellen Problemlösungen präferieren, die nicht nur seiner formalen oder informalen Rolle gerecht werden, sondern auch jenen bilanziellen Beschränkungen genügen wollen, die den Bereich der individuellen Anreize und Beiträge betreffen. Charakteristisch ist die beobachtbare Tatsache, daß Entscheidungsträger bei der Formulierung der Bilanzziele für die Organisation versuchen, von den eigenen individuellen Bilanzzielen abzulenken. Die Taktik des Entscheidungsträgers kann auch darin bestehen, das Bilanzziel für die Organisation "zunächst anders zu formulieren, um dann im Wege schrittweisen Nachgebens doch das gewünschte Ziel durchzusetzen"³⁾.

1) Zum Begriff der "Quasi-Lösung" von Konflikten vgl. Cyert, R. M. und March, J. G., *Theory of the Firm*, S. 26 ff.

2) Kirsch, W., *Entscheidungsprozesse III*, S. 132.

3) Bischofberger, W., *Beeinflussung der Rechenschaftslegung*, S. 109.

Das individuelle Bilanzziel eines Vorstandes kann beispielsweise darin bestehen, einen möglichst hohen Jahresüberschuß in der Bilanz auszuweisen, weil damit seine Qualifikation sichtbar hervorgehoben wird oder weil sein Gehalt in Form einer Tantieme an den ausgewiesenen Jahresüberschuß gekoppelt ist. Das dieses Individualziel unterstützende öffentlich formulierte Ziel für die Organisation (Instrumentalrelation) mag dagegen Gewinnmaximierung beinhalten. Dies erklärt auch eine bekannte Strategie bei Abstimmungen über bilanzielle Wertansätze, sofern vom Aktien- bzw. Steuerrecht her ein entsprechender Spielraum gegeben ist, nach der Entscheidungsträger nicht für die meistpräferierte Lösungsmöglichkeit stimmen. Dem Entscheidungsträger ist bekannt, daß seine meistpräferierte Alternative keine Aussicht auf Erfolg hat. Deshalb wird er für einen nach den eigenen Bilanzzielen schlechteren Wertansatz stimmen, weil er annimmt, dadurch eine noch schlechtere Alternative verhindern zu können, für die sich ansonsten eine Mehrheit bereithalten könnte.¹⁾ Es leuchtet ein, daß damit Bilanzziele für die Organisation noch nicht zu Bilanzzielen der Organisation geworden sind. Dazu bedarf es erst der Autorisierung²⁾ durch die hierzu legitimierten ein- oder mehrzentrigen Gruppen interner Teilnehmer. Es liegt sogar nahe, daß die Bilanzziele für die Organisation nicht immer mit jenen Zielen identisch sein müssen, die in der Verfassung bzw. Satzung einer Organisation festgelegt sind.

Derartige Erklärungsversuche erlauben es nunmehr, ein weiteres Unterscheidungsmerkmal zwischen internen und externen Teilnehmern vorzustellen. Im Gegensatz zu den externen Teilnehmern sind die internen Teilnehmer in der

1) Vgl. Kirsch, W., Entscheidungsprozesse III, S. 132.

2) Unter Autorisierung ist jener Vorgang zu verstehen, der aufgrund der Verfassung der Organisation erfüllt sein muß, damit das Ergebnis einer Entscheidung für die Organisation bzw. für die internen und externen Teilnehmer der Organisation als verbindlich anzusehen ist. Vgl. Easton, D., Political System, S. 125 ff.; Kirsch, W., Entscheidungsprozesse III, S. 54.

Lage, ihre Individualziele bereits bei der vorgelagerten Entscheidung über die Bilanzziele für die Organisation als Entscheidungsprämissen zu berücksichtigen.¹⁾

Die Unterscheidung zwischen internen und externen Teilnehmern macht andererseits aber auch deutlich, daß in der Organisation nicht der einzelne Entscheidungsträger, sondern eine Vielzahl sich überschneidender formaler und informaler Gruppen im Mittelpunkt stehen. Geradezu kennzeichnend ist die temporäre Bildung von Koalitionen, deren Mitglieder individuelle Bilanzziele mit inhaltlichem Bezug auf die Gruppe verfolgen, so daß eine Übertragung der Terminologie zu den individuellen Bilanzzielen auf die Gruppe erforderlich ist.²⁾

Die individuellen Bilanzziele erweisen sich allerdings als äußerst heterogen, je nach der Beziehung des Entscheidungsträgers zur Organisation. Es erscheint deshalb innerhalb einer organisationalen Betrachtung vorteilhaft, an die in der Literatur³⁾ vorherrschende Terminologie, die von einem "Zielsystem der Unternehmung" ausgeht, anzuknüpfen. Bischofberger⁴⁾ unterscheidet zwischen originären und derivativen Zielen. Unter originären Zielen werden die primären Antriebe der Interessenten verstanden, die durch die Begriffe: Gewinnmaximierung, Prestige, Sicherheit des Arbeitsplatzes, soziale Einstellung etc. beschrieben werden können. Bilanzziele stellen ihrer Natur nach zunächst derivative Ziele dar, da sie Informations- und Kontrollzwecken bezüglich der Erfüllung der originären Ziele dienen.

1) Vgl. Heinen, E., Zielsystem, S. 201.

2) Vgl. Dietel, B., Koordination, S. 139; Kirsch, W., Entscheidungsprozesse III, S. 140.

3) Vgl. z.B. Heinen, E., Zielsystem; Heinen, E., Einführung; Bidlingmaier, J., Zielkonflikte.

4) Vgl. Bischofberger, W., Beeinflussung der Rechenschaftslegung, S. 107.

"Auch wenn die Rechenschaftslegung unmittelbar konstitutive Rechtsgestaltungsfunktion zeitigen soll, geht ihr doch zunächst der Wunsch nach einer bestimmten Rechtsgestaltung als originärer Wunsch voraus."¹⁾

Mit der Betonung einer bestimmten Rechtsgestaltung werden beeinflussende Elemente bilanzieller Ziele sichtbar. Diese stehen auch bei Mellerowicz²⁾ im Vordergrund, der als wesentliche Ziele der Bilanzpolitik die Gestaltung der Bilanzstruktur und die Gestaltung des Ergebnisses ansieht. Harder³⁾, der allerdings den Geschäftsbericht nicht einbezieht, betont die Beeinflussung des erwirtschafteten Erfolges sowie der Vermögens-, Kapital-, Aufwands- und Ertragsposten der Bilanz, während Sandig⁴⁾ und Wöhe⁵⁾ finanz- und publizitätspolitische Ziele nennen. Erst die Einbeziehung der durch die Erreichung bilanzieller Ziele sich ergebenden liquiditätspolitischen, dividendenpolitischen, rücklagenpolitischen, beteiligungspolitischen, erhaltungspolitischen und kreditpolitischen Wirkungen lassen die Beziehungen zwischen den originären und derivativen Bilanzzielen deutlich werden.⁶⁾

Die Erreichung von Bilanzzielen hängt letztlich entscheidend von der Wahl der bilanziellen Mittel ab.

"Betrachtet man ... die Äußerungen des Schrifttums zur Geltung von Grundsätzen, stellt man überraschend fest, daß die Prinzipien einer betont bilanzpolitischen Ziel- und Mittelkonzeption meist überhaupt nicht behandelt werden. Was von den einzelnen Autoren als 'Grund-

1) Bischofberger, W., Beeinflussung der Rechenschaftslegung, S. 107.

2) Vgl. Mellerowicz, K., Unternehmenspolitik, S. 324.

3) Vgl. Harder, U., Bilanzpolitik, S. 45 ff.

4) Vgl. Sandig, D., Bilanzpolitik, Sp. 231 ff.

5) Vgl. Wöhe, G., Bilanzierung, S. 43.

6) Vgl. Kappler, E., Informationsverhalten, S. 31 und die dort angegebene Literatur. Vgl. ferner den Überblick über die Beziehungen zwischen einzelnen Zielen der Organisation bei Heinen, E., Zielsystem, S. 94 ff.

sätze der Bilanzpolitik' deklariert wird, ist in Wirklichkeit überwiegend ein Konglomerat allgemeiner Bilanzierungsgrundsätze, wie sie von der Bilanzlehre aufgestellt und in Erfüllung der systemgerechten Zwecksetzung des Jahresabschlusses für erforderlich gehalten wird."¹⁾

Damit erhält die Frage der Abgrenzung des Betätigungsfeldes der Bilanzpolitik bzw. die Frage der Zulässigkeit bilanzieller Mittel, die in der Literatur umstritten ist,²⁾ eine erhöhte Bedeutung.

Das Kontinuum bilanzieller Mittel bewegt sich von der Beschränkung auf den rechtlich zulässigen Bereich der Ausnutzung gesetzlicher Gliederungsspielräume, der Aktivierungs-, Passivierungs- und Bewertungswahlrechte oder der Wahl eines bestimmten Bilanzstichtages bis hin zur Bilanzverschleierung oder Bilanzfälschung. Der bilanzielle Maßnahmenkatalog erweitert sich allerdings erheblich, wenn berücksichtigt wird, daß jede bilanzpolitische Maßnahme im Geschäftsbericht oder auf einer Pressekonferenz "als vom Gesetzgeber erzwungen", "auf das Ziel x gerichtet", "durch die besondere Lage in diesem Jahr notwendig"³⁾ interpretiert werden kann. Weitere Verfeinerungen bilanzieller Mittel ergeben sich schließlich durch die Anwendung verschiedener Kommunikationstechniken bei der Weitergabe von Bilanzinformationen an die Bilanzinteressenten. Aus sozialwissenschaftlicher Sicht kann das syllogistische Attitudenkonzept als fundamentales "bilanzpolitisches Mittel" aufgeführt werden, wenn es darum geht, Bilanzinteressenten zu einem bestimmten Verhalten im Sinne eigener Zielsetzungen zu veranlassen. Durch diese erweiterte Betrachtungsweise und mit dem Hinweis auf die Unterscheidung zwischen Handelsbilanz, Steuerbilanz oder Sonderbilanzen erscheint allerdings der Versuch einer vollständigen und systematischen Darstellung bilanzieller Mittel als nahezu vergebliches Bemühen, zumal eindeutige Kriterien nicht angegeben werden können.

1) Harder, U., Bilanzpolitik, S. 62.

2) Vgl. z. B. Sandig, C., Betriebswirtschaftspolitik, S. 266; Harder, U., Bilanzpolitik, S. 66.

3) Kappler, E., Informationsverhalten, S. 36.

Im Rahmen dieser Untersuchung soll deshalb jener Ansicht gefolgt werden, die das "bilanzielle Mittelrepertoire" innerhalb der Gesetzesvorschriften und den Grundsätzen von Treu und Glauben sieht.¹⁾ Damit wird aber nicht an den Standpunkt der älteren Literatur angeknüpft, der unterstellt, "daß Bilanzpolitik nur von der formalrechtlich legitimierten Instanz betrieben wird"²⁾. Diese Betrachtungsweise trägt den tatsächlichen Gegebenheiten nicht Rechnung, wenn bekannte Erscheinungen wie "Publikumsarbeit des Vorstandes, geforderte Konstanz der Dividendenhöhe und Erklärung des Gewinns"³⁾ in den Gegenstand der Bilanzpolitik einbezogen werden.

Zwar wird dem Vorstand in § 148 AktG die formelle Zuständigkeit für die Erstellung der Jahresbilanz zugewiesen.⁴⁾ Andererseits wird aber bei denjenigen internen Teilnehmern, die beim Aushandeln der Ziele für die Organisation ihre eigenen Ziele nicht durchsetzen konnten, Unzufriedenheit vorherrschen, die sie dazu veranlaßt, bei der Durchführung der Mittelentscheidung "Bilanzierung" bzw. "Rechenschaftslegung" erneut für ihre individuellen Bilanzziele einzutreten. Ausdruck derartiger Vorgänge ist die Erscheinung, daß diese internen Teilnehmer selbst Mittel für die Durchführung formulieren.

1) Vgl. Pougin, E., Bilanzpolitik, S. 5 ff.; Brunner, D., Rücklagenpolitik, S. 44.

2) Harder, U., Bilanzpolitik, S. 65.

3) Bischofberger, W., Beeinflussung der Rechenschaftslegung, S. 112.

4) § 148 AktG: "Der Vorstand hat in den ersten drei Monaten des Geschäftsjahres für das vergangene Geschäftsjahr die Jahresbilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung (Jahresabschluß) sowie den Geschäftsbericht aufzustellen und den Abschlußprüfern vorzulegen."

Damit erscheint aber auch eine andere These plausibel, die bezweifelt, daß es

"in großen Unternehmungen stets zu Entscheidungen über Ziele der Unternehmung kommt, die den Mittelentscheidungen (vor allem auf der Führungsebene) zugrunde liegen"¹⁾.

Eine Übertragung dieser These auf bilanzielle Entscheidungsprozesse würde bedeuten, daß sich die Beteiligten vor Erstellung der Bilanz nicht über gemeinsame Bilanzziele der Organisation einigen. Vielmehr wird ein direktes Verhandeln über die einzelnen Bilanzansätze stattfinden, um den individuellen Bilanzzielen besser Rechnung tragen zu können.

Derartige Erklärungsversuche können durch die Tatsache untermauert werden, daß das bilanzielle Zielsystem der Organisation nicht zuletzt von der Machtverteilung abhängt. Bilanzielle Mittelentscheidungen lassen aber im Hinblick auf ein solches Zielsystem zweifellos Rückwirkungen auf die Machtverteilung nicht nur innerhalb der internen Teilnehmer, sondern auch zwischen Vorstand und Gesellschaftern erwarten, die es aber gerade zu antizipieren gilt. Dies macht schließlich auch deutlich, warum das zu "eilige" Festlegen der Kontrahenten auf gemeinsame Bilanzziele eine "strategisch" nachteilige Verhandlungstaktik darstellen kann. Vor allem weisen Bilanzziele für die Organisation, soweit sie erst nach der Mittelentscheidung "Bilanzierung" vereinbart werden, den Vorteil auf, daß sie zur Erklärung und Rechtfertigung des Ergebnisses "Ansatz der Sacheinlage", herangezogen werden können.

Mit der Zugrundelegung dieses organisationalen Zielbildungsprozesses bei der Bilanzierung der Sacheinlage rückt aber das politische System der Re-

1) Kirsch, W., Entscheidungsprozesse III, S. 154; diese These wird durch Ergebnisse einer von Witte durchgeführten Untersuchung der Entscheidungsprozesse zur Beschaffung einer EDV-Anlage bestätigt.

chenschaftslegung in den Mittelpunkt der Betrachtung. Ausgangspunkt ist die Erkenntnis, daß das gesamte Informations- und Entscheidungssystem einer Organisation als aus dem operativen, dem administrativen und dem politischen Subsystem, deren Grenzen sich freilich überschneiden, zusammengesetzt gedacht werden kann. Als Abgrenzungsmerkmal dienen in erster Linie der Strukturierungsgrad und die Anzahl individueller Wertprämissen, so daß analog von operationalen, administrativen und politischen Entscheidungen gesprochen werden kann.¹⁾

3.2 Politische Aspekte

Für die Beschreibung kollektiver Entscheidungsprozesse hat es sich als zweckmäßig erwiesen, den von den politischen Wissenschaften entlehnten Begriff des politischen Systems mit organisationalen Erkenntnissen zu konfrontieren.²⁾

Politische Systeme verkörpern offene Verhaltenssysteme, in deren Mittelpunkt letztlich Personen stehen. Der Vorteil dieser Betrachtungsweise kann darin erblickt werden, daß "das individuelle Verhalten in einem ganz bestimmten, nämlich politischen Sinne"³⁾ gedeutet wird. Mit Hilfe des politischen Systems ist es möglich,

"den einzelnen Entscheidungsträger als Adressaten einer Vielzahl von Forderungen und Erwartungen sichtbar werden zu lassen und die Art und Herkunft der Kriterien aufzuzeigen, die seine Entscheidung bestimmen"⁴⁾.

1) Vgl. Kirsch, W., Entscheidungsprozesse III, S. 120 f.

2) Vgl. Easton, D., Political Life.

3) Dietel, B., Koordination, S. 134.

4) Dietel, B., Koordination, S. 139.

Schließlich wird im politischen System auch der Tatsache Rechnung getragen, daß die Organisation durch eine hierarchische Struktur von Entscheidungskompetenzen gekennzeichnet ist, wenn das funktionale politische Subsystem als in eine Hierarchie weiterer politischer Subsysteme unterteilt aufgefaßt wird.

Das jeweils betrachtete politische System kann dabei als "black box" gedacht werden, in die Forderungen und Unterstützungen als Inputvariable eingehen. Die Outputvariable besteht aus autorisierten Entscheidungen, während die Transformationsprozesse innerhalb des Systems durch bestimmte intervenierende Variable erfaßt werden, um die "black box" transparent zu machen.¹⁾

3. 21 Politische Systeme als theoretische Bezugsrahmen für die Analyse politischer Prozesse der Rechenschaftslegung

Für die Analyse bilanzieller Entscheidungsprozesse und der damit verbundenen Einflußnahme der Bilanzinteressenten auf die Rechenschaftslegung erscheint es zweckmäßig, von den Trägern des politischen Systems auszugehen. "Als Träger des politischen Systems sollen alle Personen bzw. Personengruppen bezeichnet werden, die in irgendeiner Form Forderungen gegenüber der Unternehmung vortragen."²⁾ Nicht als Träger des politischen Systems sind dagegen jene Personen(gruppen) anzusehen, die sich als Anpasser verhalten. Ihre Werte und Präferenzen können allenfalls dadurch in den politischen Entscheidungen Berücksichtigung finden, daß Träger des

1) Vgl. Bischofberger, W., Beeinflussung der Rechenschaftslegung, S. 98 f.

2) Bischofberger, W., Beeinflussung der Rechenschaftslegung, S. 99.

Systems die Wünsche und Vorstellungen dieser an sich Unbeteiligten zum Gegenstand eigener Forderungen erheben.¹⁾

Nach diesen allgemeinen Überlegungen kann nunmehr der Kreis der Träger des politischen Systems der Rechenschaftslegung entsprechend der an früherer Stelle vorgenommenen Differenzierung in interne und externe Teilnehmer unterteilt werden. Ihre vielfältigen Forderungen bilden den Input des politischen Systems der Rechenschaftslegung. Wegen den aus bilanziellen Entscheidungen resultierenden Wirkungen, insbesondere in bezug auf den Bilanzgewinn und den damit zusammenhängenden Folgeproblemen, sind derartige Forderungen im Rahmen der Rechenschaftslegung in der Realität besonders charakteristisch. Sie werden von den externen Teilnehmern als öffentliche Informationen artikuliert und durch manipulative Maßnahmen der aktiven Beeinflussung unterstrichen.²⁾ Die an den zu autorisierenden Bilanzentscheidungen beteiligten internen Teilnehmer können bzw. werden aber selbst Forderungen stellen, die in den bilanziellen Entscheidungsprozeß Eingang finden. Durch ihre Beteiligung an der Handhabung der Forderungen der externen Teilnehmer sind sie jedoch in der Lage, ihre individuellen Bilanzziele zum Tragen zu bringen, ohne daß sie ihre Vorstellungen und Präferenzen explizit formulieren müssen.³⁾

Ausmaß und Art der Artikulierung bilanzieller Forderungen signalisieren den politischen Charakter des bilanziellen Entscheidungsprozesses, dessen Komplexität durch die Tatsache, daß diese Forderungen in der Regel konfliktär sind, bestimmt wird. Aus dieser Sicht wird der bilanzielle Entscheidungsprozeß zu einem Konflikthandhabungsprozeß, in dessen Rahmen in der Regel lediglich ein Teil der Wünsche berücksichtigt und damit zu autorisierten Entscheidungen transformiert wird. Autorisierte Entscheidungen als Ergeb-

1) Vgl. Kirsch, W., Entscheidungsprozesse III, S. 123.

2) Vgl. Dietel, B., Koordination, S. 135 ff.

3) Vgl. Kirsch, W., Entscheidungsprozesse III, S. 122.

nis des Transformationsprozesses (Output) finden deshalb nur selten die Zustimmung aller Bilanzinteressenten.

"Das Spezifikum der Handhabung dieser Konflikte ist darin zu sehen, daß sich die Auswahl der zu behandelnden Forderungen und die Art und das Ausmaß ihrer Berücksichtigung danach richtet, welche Unterstützungen sich aus alternativen Handhabungen ergeben."¹⁾

Damit rückt das Phänomen der Unterstützung als kritische Variable in den Vordergrund, da davon letztlich die "Existenz" der Organe und der Verfassung der Organisation abhängt. Es erscheint plausibel, daß die Bilanzentscheidungen der beteiligten internen Teilnehmer, die neben ihren eigenen Forderungen auch teilweise die der übrigen Bilanzinteressenten widerspiegeln, nur dann realisiert werden können, wenn genügend Unterstützung gewährleistet ist, obwohl allgemein unterstellt wird, daß die externen Teilnehmer von Hause aus ein Interesse an der Entscheidungsfähigkeit der internen Teilnehmer haben.

"Eine Person oder Gruppe unterstützt ein Objekt, wenn sie bereit ist, ihre eigene Macht für dieses Objekt einzusetzen bzw. einsetzt. Objekte der Unterstützung können einzelne Forderungen bzw. die dahinter stehenden Personen oder Gruppen, aber auch einzelne autorisierte Entscheidungen, die Verfassung, die Mitglieder des politischen Systems oder die Organisation 'als politische Gemeinschaft' sein."²⁾

Erst durch die Berücksichtigung der Unterstützungen als weitere Inputvariable im Transformationsprozeß werden autorisierte Bilanzentscheidungen ermöglicht. Unterstützungen finden ihren Niederschlag in der Stärkung der Position der internen Teilnehmer. Je mehr externe Teilnehmer ihre eigene Macht für die internen Teilnehmer einsetzen, desto stärker ist die Machtposition der internen Teilnehmer zur Durchsetzung der autorisierten Bilanzentscheidungen.

1) Dietel, B., Koordination, S. 136.

2) Kirsch, W., Entscheidungsprozesse III, S. 124 f.

Ursache derartiger Unterstützungen kann die Tatsache sein, daß die externen Teilnehmer über internalisierte Attitüden, Werte und Überzeugungen verfügen, in deren Licht die Legitimität autorisierter Bilanzentscheidungen der internen Teilnehmer akzeptiert wird, selbst dann, wenn beispielsweise ein Widerspruch gegenüber den eigenen Dividendenvorstellungen gegeben ist. Ein weiterer Grund für das Verhalten der Bilanzinteressenten, die die internen Teilnehmer unterstützen, kann auch in einer identifizierenden Verbindung, wie sie Kelman in seiner Drei-Prozeß-Theorie¹⁾ beschreibt, oder aber in einer gewissen Bereitwilligkeit wegen erwarteter günstiger Reaktionen der internen Teilnehmer gegeben sein.

Diese Überlegungen machen gleichzeitig deutlich, warum, wie in der Ausgangsthese dieser Arbeit postuliert, die internen Teilnehmer, insbesondere der Vorstand, so sehr daran interessiert sind, mittels einer attitüdenbezogenen Bilanzpolitik gewisse Vorstellungen bei den Bilanzinteressenten über die Erwartungen in der Zukunft zu induzieren, von denen beispielsweise die Bereitschaft der Aktionäre, ihre Aktien zu behalten oder künftigen Kapitalerhöhungen zuzustimmen, abhängt. Unterstützung wird auf diese Art zur unabdingbaren Voraussetzung, nicht nur für die Sicherung der Machtpositionen der internen Teilnehmer, sondern auch für das "Überleben des Systems".

Mit der Wechselwirkung zwischen den Forderungen und Unterstützungen, d. h. mit den Auswirkungen autorisierter Bilanzentscheidungen auf zukünftige Unterstützungen für die internen Teilnehmer ist eine Rückkoppelung des Systems gegeben. Auch die Tatsache, daß autorisierte Bilanzentscheidungen unter Umständen künftige Dividendenwünsche der Aktionäre präjudizieren, läßt den dynamischen Charakter des politischen Systems sichtbar werden. Es ist dabei nicht zu übersehen, daß die Antizipation der Forderungen und

1) Vgl. die Ausführungen zur "Drei-Prozeß-Theorie" von Kelman auf S. 65 ff. dieser Arbeit.

Wünsche für die internen Teilnehmer problematisch erscheint. Für die Stimulierung von Unterstützungen bietet das Konzept des "attitude change" einen geeigneten Ausgangspunkt, um Rückkoppelungsinformationen für nachfolgende bilanzielle Entscheidungsprozesse "nutzbar" zu machen.

Mit der Autorisierung bilanzieller Entscheidungen ist der Output des Systems angesprochen. Sie sind das Ergebnis eines Transformationsprozesses, der die Forderungen, Wünsche und Unterstützungen zum "Ausgleich" bringt. Durch die Delegation von Autorisierungsrechten, die ein Kompetenzsystem bilanzieller Entscheidungen signalisieren, entsteht eine Hierarchie von internen Teilnehmern politischer Systeme. Die durch Delegation des Autorisierungsrechtes "neu" gebildeten internen Teilnehmergruppen dürfen allerdings nur solche Bilanzentscheidungen autorisieren, als sie den vorgegebenen Beschränkungen genügen. Dies wird in der Regel darauf zurückzuführen sein, daß mit der Delegation des Autorisierungsrechtes gleichzeitig das Recht auf Rückgängigmachung vorbehalten wird. Dabei erscheint es realistisch, daß der politische Spielraum mit der Auffächerung der Autorisierungskompetenzen und der Operationalität der bilanziellen Entscheidungsprämissen abnimmt.¹⁾

3.22 Das politische System der Rechenschaftslegung bei der Einbringung eines Betriebes

Das politische System der Rechenschaftslegung bei der Einbringung eines Betriebes ist seiner Natur nach ein partielles Entscheidungssystem, in dem alle aktiven Elemente einer Organisation, die an einem spezifischen Entscheidungsprozeß beteiligt sind, zusammengefaßt gedacht werden können.²⁾

1) Vgl. Dietel, B., Koordination, S. 138 ff.

2) Vgl. Kirsch, W., Entscheidungsprozesse III, S. 51.

Da Ziel der Untersuchung die bilanziellen Entscheidungsprozesse bei der aufnehmenden Kapitalgesellschaft (Aktiengesellschaft) ist, stehen die ineinandergreifenden Beziehungen zwischen dem Bilanzrecht bzw. dem Steuerrecht (institutionalisierte Determinanten) und den bewertungs- und rücklagenpolitischen Überlegungen der internen Teilnehmer (sozialwissenschaftliche Determinanten) im Vordergrund.

Mit dem politischen System der Rechenschaftslegung bei der Einbringung eines Betriebes ist eine Eingrenzung in mehrfacher Hinsicht gegeben, wenngleich damit nicht die Rechenschaftslegung einer bestimmten Aktiengesellschaft aufgegriffen wird, sondern vielmehr die Klasse der Aktiengesellschaften insgesamt angesprochen ist. Einmal ist die Entscheidungskompetenz für den Ansatz der Sacheinlage bei der aufnehmenden Gesellschaft rechtlich allein der Aktiengesellschaft zugewiesen, obwohl sich hieraus beachtliche steuerliche Konsequenzen für den Einbringenden ergeben können. Zum anderen zeichnet das Aktienrecht zunächst einen bestimmten Kreis von Bilanzinteressenten formalrechtlich vor, der dann je nach der spezifischen Situation einer bestimmten Aktiengesellschaft um weitere Teilnehmer ergänzbar ist. Schließlich sind diejenigen Verhaltensweisen in einer Aktiengesellschaft innerhalb der Systemgrenzen zu sehen, die "im Dienste der Rechenschaftslegung stehen"¹⁾. Die Betrachtungsweise der Rechenschaftslegung als politisches System impliziert jedoch zugleich, daß vor allem solche Aktivitäten von Interesse sind, die auf die Beeinflussung der individuellen Bilanzziele bzw. der Bilanzziele für die Organisation gerichtet sind. Aus sozialwissenschaftlicher Sicht ist deshalb nicht die im traditionellen Modell charakteristische juristisch-formale Betrachtung, sondern die soziale-informale Beeinflussung von zentraler Bedeutung.

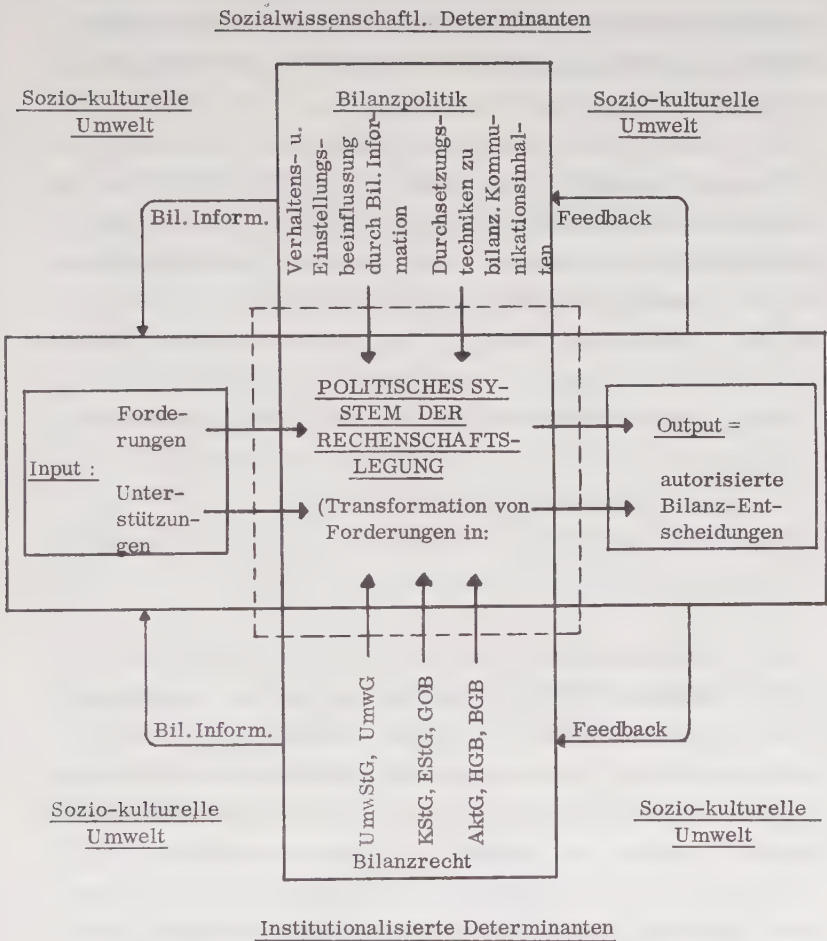
1) Bischofberger, W., Beeinflussung der Rechenschaftslegung, S. 102.

Zur Verdeutlichung der Determinanten bilanzieller Entscheidungsprozesse erscheint es deshalb zulässig, einen Systemgedanken von Easton aufzugreifen und in einem Modell des politischen Systems der Rechenschaftslegung bei der Einbringung eines Betriebes darzulegen (vgl. Abbildung 3). Dabei erweist es sich als zweckmäßig, zwischen bilanzrechtlichen und bilanzpolitischen Einflußfaktoren zu trennen. Beide Kategorien stellen unterschiedliche Arten bilanzieller Entscheidungsprämissen dar, die im Rahmen der Bilanzierung hervorgerufen und als Beschränkungen in das Modell der Entscheidungssituation eingehen können.

Mit den institutionalisierten Determinanten werden die allgemeinen und besonderen bilanzrechtlichen Entscheidungsprämissen angesprochen, die das Entscheidungsfeld des politischen Systems, in dessen Bereich die Transformationsprozesse der Behandlung von Forderungen und Wünschen der Bilanzinteressenten stattfinden, determinieren. Im Mittelpunkt institutionalisierter Determinanten stehen deshalb die für die bilanziellen Entscheidungsprozesse relevanten Rechtsnormen.

Die relevanten Rechtsnormen können dabei als eine Vielzahl von staatlichen Forderungen und Unterstützungen an bzw. für die internen Teilnehmer der Organisation interpretiert werden. Dadurch trägt der Gesetzgeber einerseits zu einer gewissen "Kanalisation" der bilanziellen Entscheidungsprozesse bei der Einbringung eines Betriebes innerhalb des formellen Rahmens bei. Andererseits verstärkt er mitunter den politischen Charakter der Bilanzierung der Sacheinlage durch die Tatsache, daß die bilanzielle Handhabung des Einbringungsvorgangs durch besonders weitreichende Aktionsspielräume geregelt ist. Dies wird deutlich, wenn die erfolgswirtschaftlichen Wirkungen auf den Bilanzgewinn der Folgeperioden, die die Interessen der Bilanzinteressenten berühren, einbezogen werden. Auch die Überlegung, daß der Gesetzgeber dabei fiskalische Ziele verfolgt, zeigt die Kehrseite der beabsichtigten Unterstützungen.

Abbildung 3: Das politische System der Rechenschaftslegung bei der Einbringung eines Betriebes



Mit den sozialwissenschaftlichen Determinanten werden die "eentlichen" politischen Elemente des bilanziellen Entscheidungsprozesses sichtbar. Die Rechenschaftslegung wird zum Politikum, wenn die Interessen der Bilanzinteressenten verschieden gelagert sind. Ausdruck der Handhabung interindividueller Konflikte sind Kommunikationsvorgänge, die durch gegenseitige Beeinflussungsversuche zur "machtvollen" Durchsetzung individueller Ziele gekennzeichnet sind.

Aus dieser Sicht erscheint es realistisch, daß die internen Teilnehmer der Organisation neben bilanzrechtlichen Beschränkungen auch bewertungs- und rücklagenpolitische Überlegungen bei der Bilanzierung des eingebrachten Betriebsvermögens berücksichtigen. Dabei wird die Tendenz vorhanden sein, die Forderungen und Wünsche der Bilanzinteressenten mit den für die "Existenz" der Organe und der Verfassung der Organisation systemnotwendigen Unterstützungen durch die Bilanzinteressenten in "Einklang" zu bringen.

3.3 Zusammenfassung

Durch die Beteiligung mehrerer Entscheidungsträger stellt die Bilanzierung der Sacheinlage einen kollektiven Entscheidungsprozeß dar. Kennzeichnend für die Beziehungen zwischen den Entscheidungsträgern ist ihre Entscheidungsinterdependenz. Die dabei auftretenden Konflikte bei der Bilanzierung der Sacheinlage resultieren in erster Linie aus der Erscheinung, daß je nach Bewertungsansatz die divergierenden Interessen der internen Teilnehmer berührt werden. Aus sozialwissenschaftlicher Sicht liegen bilanzielle Konflikte vor, wenn Entscheidungsträger bilanzielle Konfliktattitüden gegenüber anderen Entscheidungsträgern wahrnehmen oder hervorruhen. Im Rahmen der Konflikthandhabung werden aber die privaten und individuellen Interessen politisch wirksam, so daß davon auszugehen ist,

daß die Bilanzierung der Sacheinlage durch einen Prozeß der wechselseitigen Abstimmung und Manipulation gekennzeichnet ist.

Trotz oder gerade wegen unterschiedlicher Werte der einzelnen Entscheidungsträger werden der Organisation im Rahmen eines Aushandlungsprozesses bilanzielle Ziele auferlegt. Es leuchtet aber auch ein, daß das Individuum ebenso jenen bilanziellen Beschränkungen Rechnung tragen will, die den Bereich der individuellen Anreize und Beiträge betreffen. Vor allem wird bei jenen internen Teilnehmern Unzufriedenheit vorherrschen, die sich beim Aushandeln der Bilanzziele wegen der fehlenden Macht nicht durchsetzen konnten. Dies kann wiederum Anlaß sein, im Rahmen der Mitentscheidung "Ansatz der Sacheinlage" erneut für die individuellen Bilanzziele einzutreten.

Dieses Ergebnis fügt sich nahtlos an eine andere plausibel erscheinende These an, wonach sich die Beteiligten vor der Bilanzierung der Sacheinlage gar nicht erst auf gemeinsame Bilanzziele der Organisation einigen, um im Rahmen eines direkten Verhandels über den Bewertungsansatz der Sacheinlage den individuellen Bilanzzielen besser Rechnung tragen zu können.

Die Zugrundelegung derartiger Zielbildungsprozesse bei der Bilanzierung der Sacheinlage macht es allerdings erforderlich, politische Aspekte in die Erklärung miteinzubeziehen, zumal in der Realität auch Einflüsse externer Teilnehmer zu beobachten sind. Dabei erweist es sich als zweckmäßig, das politische System der Rechenschaftslegung bei der Einbringung eines Betriebes als Grundmodell zu wählen. Mit dessen Hilfe ist es möglich, den bilanziellen Entscheidungsträger als Adressaten einer Vielzahl von Forderungen und Unterstützungen sichtbar werden zu lassen und die Art und Herkunft der Kriterien darzulegen, die seine Entscheidung beeinflussen. Im Vordergrund stehen dabei bilanzrechtliche und bilanzpolitische Determinanten, die als Entscheidungsprämissen im Rahmen der Bilanzierung

der Sacheinlage hervorgerufen und als Beschränkungen in das Modell der Entscheidungssituation eingehen können.

Dieses Vorgehen weist den Vorteil auf, daß es die Individualentscheidung in den Mittelpunkt kollektiver und damit bilanzfeller Entscheidungsprozesse beim Ansatz der Sacheinlage stellt.

Der Begriff der Entscheidungsprämisse erhält dabei eine zentrale Bedeutung, da er als das verbindende Glied zwischen der Organisationstheorie und der Individualentscheidung anzusehen ist.¹⁾ Für diese These sprechen zwei Gründe. Einmal kann gezeigt werden, daß der aus dem sozialen Kontext der Organisation auf die Individualentscheidung resultierende Einfluß die Entscheidungsprämissen des Entscheidungsträgers "strukturiert". Andererseits sind organisationale Erscheinungen auf das Verhalten der beteiligten Individuen zurückzuführen (Forderung des Reduktionismus).²⁾

Umgekehrt wird aber der bilanzielle Entscheidungsträger versuchen, die Entscheidungsprämissen der übrigen Bilanzinteressenten im Rahmen der Bewertungs- und Rücklagenpolitik zu strukturieren. Durch die Beeinflussung der Attitüden der Empfänger von Bilanzinformationen mittels Bilanzinformationen, d. h. durch eine Politik der Attitüdenstrukturierung³⁾, erscheint es möglich, ein Verhalten der Bilanzinteressenten zu induzieren, das der Entscheidungsträger im Sinne seiner individuellen Bilanzziele als günstig erachtet.

1) Vgl. Kirsch, W., Entscheidungsprozesse III, S. 94.

2) Vgl. Szyperski-Winand, Entscheidungstheorie, S. 31; vgl. auch Kirsch, W., Entscheidungsprozesse III, S. 95 ff.

3) Vgl. z. B. Klis, der die empirischen Ergebnisse des "Communication Research Program" der Yale Universität unter Leitung des Psychologen Carl J. Hovland für die Diskussion betriebswirtschaftlicher Führungsstile auswertet; vgl. Klis, M., Überzeugung, S. 91 ff. und die dort angegebene Literatur. Vgl. ferner Kappler, E., Informationsverhalten.

Damit wird auch der Weg frei, Durchsetzungstechniken zu bilanziellen Kommunikationsinhalten in den Dienst einer attitudenbezogenen Bewertungs- und Rücklagenpolitik zu stellen. Die Überlegung, daß auch das "wie" des bilanziellen Ausweises der Sacheinlage (z. B. Erläuterungen im Geschäftsbericht oder Kommentierungen auf der Hauptversammlung), d. h. die Informationsdarbietung und -aufbereitung eine bedeutende Rolle spielt, läßt dies deutlich werden. Dabei ist allerdings zu beachten, daß nicht alle Informationen in einer konkreten Situation zu Prämissen der bilanziellen Entscheidung werden. Dies ist nur dann der Fall, wenn die Information in der konkreten Situation hervorgerufen und in die Definition der Situation eingeht. Bilanzielle Gestaltungstechniken können sich in diesem Zusammenhang als brauchbare Instrumente erweisen.

ZWEITES KAPITEL

BILANZRECHT ALS DETERMINANTE BILANZIELLER ENTSCHEIDUNGS- PROZESSE BEI DER EINBRINGUNG EINES BETRIEBES

1. Bilanzrecht und bilanzieller Entscheidungsprozeß bei der Einbringung eines Betriebes

Zentrale Einflußfaktoren bilanzieller Entscheidungsprozesse bei der Einbringung eines Betriebes sind die institutionalisierten Determinanten. Als institutionalisierte Determinanten sollen alle Rechtsnormen bezeichnet werden, die in irgendeiner Form bei der Bilanzierung der Sacheinlage zu beachten sind. Aufgrund ihres rechtsverbindlichen Charakters stellen sie Beschränkungen des bilanziellen Entscheidungsprozesses dar.

Die Präzisierung rechtlicher Beschränkungen bei der Bilanzierung der Sacheinlage enthält zwei Aspekte, die eng miteinander verbunden sind. Zum einen beinhalten Rechtsnormen abstrakte Obersätze und bedürfen für ihre Anwendung in der Realität einer Auslegung. Diese Tatsache erscheint besonders bei jenen Bilanzierungstatbeständen von zentraler Bedeutung, bei denen weder der Gesetzeswortlaut noch die höchstrichterliche Rechtsprechung eine eindeutige Klärung herbeigeführt hat. Zum anderen bieten noch nicht einer eindeutigen Lösung zugeführte Bilanzierungstatbestände für den Bilanzierenden im Rahmen der Rechtsauslegung und der Rechtsanwendung zusätzliche Freiheitsgrade, ohne daß a priori der Bereich der gesetzlichen Zulässigkeit verlassen wird. Die häufig in der Realität beobachtbare Erscheinung, daß bilanzrechtliche Gestaltungsspielräume erst zu einem späteren Zeitpunkt, d. h. nach der Bilanzentscheidung durch die Gerichte abgesteckt bzw. präzisiert werden, macht dies deutlich.

1.1. Aktionsfeld und Rechtsordnung als Elemente des Entscheidungsfeldes

1.11 Begriffsmerkmale des Entscheidungsfeldes

Grundlage bilanzieller Entscheidungsprozesse ist das Entscheidungsfeld¹⁾, dem sich der einzelne Entscheidungsträger gegenübersteht. Engels definiert es allgemein

"als die Menge und Art der Personen und Sachen, die durch einen Willensakt direkt oder indirekt beeinflusst werden können, und die Gegebenheiten der Umwelt, die den Erfolg der Willensakte beeinflussen."²⁾

Das Entscheidungsfeld setzt sich demnach aus einem beeinflussbaren Teil, der mit dem Begriff Aktionsfeld (Parameter, Freiheitsgrade) umschrieben wird, und einem nichtbeeinflussbaren Teil zusammen. Aus dem Aktionsfeld kann der bilanzielle Entscheidungsträger diejenige Alternative auswählen, die im Hinblick auf seine Zielvorstellungen die "besten" Konsequenzen aufweist. Mit dem nichtbeeinflussbaren Teil ist die Umwelt angesprochen, die als Daten das Entscheidungsfeld einengt.³⁾ Bei der Bilanzierung der Sacheinlage stehen handels- und steuerrechtliche Vorschriften in ihrem Mittelpunkt. Aktionsfeld und Umweltdaten sind durch die Tatsache miteinander verknüpft, daß die Rechnungslegungsvorschriften bilanzielle Aktionsspielräume enthalten, die es im Rahmen der Bilanzierung der Sacheinlage (teilweise durch Rechtsauslegung und Rechtsanwendung) auszufüllen gilt.

-
- 1) Vgl. Heinen, E., Industriebetriebslehre, S. 36 ff.; Scherpf-Reich, Wechsel der Unternehmensform, S. 136 ff.; Marettek, A., Steuerbilanz- und Unternehmenspolitik, S. 21 ff.
- 2) Engels, W., Betriebswirtschaftliche Entscheidungslehre, S. 94.
- 3) Vgl. Heinen, E., Zielsystem, S. 32.

Das bilanzpolitische Entscheidungsfeld der Einbringung eines Betriebes kann somit als die Menge aller bei der Bilanzierung durchführbaren bilanzpolitischen Einzelmaßnahmen und den daraus ableitbaren Strategien, die gemäß Gesetz, Satzung, den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung und eventueller unternehmensinterner Buchungsanweisungen variabel sind, bezeichnet werden.¹⁾ Sein dynamischer Charakter resultiert aus dem Umstand, daß die Bilanzierung der Sacheinlage zeitliche Folgewirkungen nach sich zieht, die später zu konträren Konsequenzen führen. So sind beispielsweise Steuervorteile in der Gegenwart (steuerneutrale Einbringung) in der Regel mit Belastungen in der Zukunft verbunden, so daß es zu einer Einengung des Entscheidungsfeldes künftiger Perioden kommt. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Beibehaltung stiller Reserven in der Periode der Einbringung, soweit diese im abschreibbaren Anlagevermögen enthalten sind, sich ergebnisverbessernd auf spätere Perioden auswirkt.

"Im Falle bilanzpolitischer Bewertungsmaßnahmen zu abschreibungs-pflichtigen Vermögensgegenständen, ... (die bei der Einbringung eines Betriebes in eine Kapitalgesellschaft im Vordergrund stehen, Anm. d. V.), müssen außerdem zwangsläufige konträre Folgewirkungen in die vollständige Beschreibung der bilanzpolitischen Strategien eingehen. So schränkt eine hohe bilanzpolitische Abschreibung ..., die auf eine Senkung des Jahresüberschusses gerichtet ist, automatisch den späteren Entscheidungsspielraum für weitere bilanzpolitische Maßnahmen zur Gewinnsenkung ein."²⁾

Damit wird andererseits auch deutlich, daß das bilanzpolitische Entscheidungsfeld neben den relevanten Rechnungslegungsvorschriften und -grundsätzen seine formalen Grenzen in der immanenten Zweischneidigkeit der Bilanz findet.³⁾

1) Vgl. Scheffler, H.E., Steuerbilanztaktik, S. 47 ff. Vgl. ferner Sieben-Haase, Jahresabschlußrechnung, S. 53 ff.; Altrogge, G., Entscheidungsbäume, S. 57 ff. und S. 94 ff.

2) Sieben-Haase, Jahresabschlußrechnung, S. 57.

3) Vgl. Pougín, E., Bilanzpolitik, S. 26.

1.12 Bilanzielle Manövriermasse¹⁾ vor und nach dem Einbringungszeitpunkt
als Alternativenpotential

Das Aktionsfeld des Entscheidungsträgers ist im Rahmen bilanzieller Entscheidungsprozesse durch die Rechnungslegungsvorschriften, die teils einheitlich für alle Unternehmen unabhängig von der Rechtsform, teils als Spezialvorschriften nur für bestimmte Rechtsformen gelten, determiniert. Die Rechnungslegungsvorschriften lassen sich danach unterscheiden, inwieweit sie zwingend oder dispositiv, kodifiziert oder nicht kodifiziert sind.²⁾ Für bilanzpolitische Zwecke sind in erster Linie die dispositiven Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften von Bedeutung, wobei die Frage der Kodifizierung unerheblich ist.

Die Rechnungslegungsvorschriften sind wiederum durch die Generalnorm des § 149 Abs. 1 AktG, die für alle Unternehmensformen gilt (vgl. auch § 38 Abs. 1 HGB) überlagert und somit eingeschränkt. Danach hat der Jahresabschluß den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung zu entsprechen und muß einen möglichst sicheren Einblick in die Vermögens- und Ertragslage gewährleisten. Wenngleich nicht übersehen werden kann, daß der geforderte "möglichst sichere Einblick in die Vermögens- und Ertragslage" nichtoperationale Merkmale aufweist, die die Abgrenzung zur Bilanzverschleierung oder Bilanzfälschung erschweren, übt der § 149 Abs. 1 AktG die Funktion einer "übergeordneten" Entscheidungsprämisse bilanzieller Entscheidungsprozesse aus. Willkürliche Wertansätze werden dadurch generell, also auch im Rahmen der Rechtsauslegung, ausgeschlossen.³⁾

-
- 1) Der Begriff der bilanziellen Manövriermasse umfaßt sämtliche rechtlich zulässigen Gestaltungsfreiheiten bei der Erstellung des Jahresabschlusses; vgl. hierzu Kupsch, P., Bilanzierung von Rückstellungen, S. 55.
 - 2) Vgl. Pougin, E., Bilanzpolitik, S. 6.
 - 3) Nicht nur steuerliche, sondern auch handelsrechtliche Willkürreserven sind nicht zulässig. Auch das AktG begrenzt durch ein System fester

Dabei sind die bilanzpolitischen Möglichkeiten in der Handelsbilanz auch für die Steuerbilanz relevant, soweit nicht ausdrücklich steuerliche Vorschriften entgegenstehen. Wegen des in § 5 EStG enthaltenen Grundsatzes der Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz setzen umgekehrt bilanzpolitische Maßnahmen in der Steuerbilanz regelmäßig eine entsprechende Gestaltung in der Handelsbilanz voraus.¹⁾ Eine isolierte Betrachtung des Aktionsfeldes, bezogen auf nur eine der beiden Bilanzen, würde sich aufgrund dieses Zusammenhangs als unrealistisch erweisen, wenngleich die jeweiligen bilanzpolitischen Zielsetzungen von Handelsbilanz und Steuerbilanz in der Regel voneinander abweichen.²⁾ Bewußte Gestaltung des Jahresabschlusses im Rahmen gesetzlich zulässiger Wahlrechte setzt insofern die Einbeziehung sowohl der Handelsbilanz und der Steuerbilanz als auch ihrer gegenseitigen Abhängigkeit voraus.

Wenngleich Systematisierungsansätze stets problematisch sind, erscheint unter dem Aspekt des Zeitpunktes der Einbringung die nachstehende tabellarische Übersicht noch am ehesten geeignet, das Aktionsfeld der bilanziellen Entscheidungsträger systematisch abzubilden.

Wertansätze die Bewertung nach oben und nach unten. Vgl. z. B. Fachgutachten 3/1937 des Instituts der Wirtschaftsprüfer, S. 115. Vgl. ferner Scheffler, H. E., Steuerbilanztaktik, S. 58 ff.

- 1) Vgl. Scheffler, H. E., Steuerbilanztaktik, S. 49; vgl. auch Döllerer, G., Maßgeblichkeit, S. 501 ff. Zur Gültigkeit des Maßgeblichkeitsprinzips der Handelsbilanz für die Steuerbilanz im Rahmen der Einbringung eines Betriebes nach § 17 UmwStG vgl. die Ausführungen S. 169 ff. dieser Arbeit.
- 2) Vgl. Coenenberg, A. G., Ziele und Zielkonflikte, S. 220 ff.; Kupsch, P., Bilanzierung von Rückstellungen, S. 96 ff.

Abbildung 4: Aktionsfeld bilanzieller Entscheidungsprozesse bei der Einbringung eines Betriebes¹⁾

- 1 Taktische Maßnahmen vor dem Zeitpunkt der Einbringung
 - Wahl des Einbringungszeitpunktes
 - Sachverhaltsgestaltungen vor der Einbringung
- 2 Taktische Maßnahmen nach dem Zeitpunkt der Einbringung
 - Ausübung von Bilanzierungswahlrechten
 - Ausübung von Bewertungswahlrechten
 - Bilanzänderung und Bilanzberichtigung
- 3 Rechtsauslegung und Rechtsanwendung

Bilanztaktische Maßnahmen vor dem Einbringungszeitpunkt spielen in erster Linie in jenen Fällen eine Rolle, in denen eine Fortführung des durch den Betrieb des Einzel- oder Personenunternehmens eingegangenen wirtschaftlichen und persönlichen Engagements - wenn auch in anderer Form - beabsichtigt ist.²⁾ Da für Maßnahmen vor dem Zeitpunkt der Einbringung der Einbringende zuständig ist, sind sie im Rahmen dieser Untersuchung nur insoweit von Bedeutung, als sie zu Auswirkungen auf den bilanziellen Ansatz bei der aufnehmenden Kapitalgesellschaft führen.³⁾

Bilanztaktische Maßnahmen vor dem Zeitpunkt der Einbringung beginnen in der Regel mit der Wahl des Einbringungszeitpunktes, da Gewinne, die nach

1) Vgl. Scheffler, H.E., Steuerbilanztaktik, S. 47 ff.; Harder, U., Bilanzpolitik, S. 154 ff.; vgl. auch Lücke, W., Bilanzstrategie, S. 2287 ff.

2) Vgl. BFH-Urteil v. 13.7.1965; RFH-Urteil v. 9.5.1933; BFH-Urteil v. 28.7.1960.

3) Vgl. hierzu die Ausführungen über institutionalisierte Bindungswirkungen auf S. 187 ff. dieser Arbeit.

diesem Datum entstehen, der Körperschaftsteuer unterliegen. Wird ertragsteuerlich der Bereich der Einkommensteuer verlassen, so beeinflußt der Einbringungszeitpunkt die Steuerbelastung insoweit, als Gewinne bis zur Einbringung als in dem Kalenderjahr bezogen anzusehen sind, in dem das Wirtschaftsjahr endet. Auch gelten vom Zeitpunkt der Sacheinlage an die Grundsätze zwischen einer Kapitalgesellschaft und ihren Gesellschaftern. Damit kommt im Hinblick auf die Möglichkeit von Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen Kapitalgesellschaft und Gesellschaftern, auf die Möglichkeit von Gehalts- und Mietzinszahlungen an die Gesellschafter unter steuerlichen Gesichtspunkten dem Einbringungszeitpunkt besondere Bedeutung zu.

Ausdruck weiterer bilanztaktischer Maßnahmen vor dem Einbringungszeitpunkt können bestimmte Sachverhaltsgestaltungen sein, um die möglichen oder zwingenden Auswirkungen einzelner Bilanzierungstatbestände zu antizipieren. Bürgerlich-rechtliche Gestaltungen, die ernsthaft gemeint und auch durchgeführt sind, werden, sofern sie im Rahmen der wirtschaftlichen Gestaltungsfreiheit liegen, durch das Steuerrecht anerkannt, selbst wenn sie nur aus Steuerersparnisgründen vorgenommen werden. Ein Gestaltungsmißbrauch im Sinne des § 6 StAnpG liegt insoweit nicht vor.¹⁾ So können beispielsweise Gegenstände der Sacheinlage, die nach dem Zeitpunkt der Einbringung an den Einbringenden zurückgewährt werden sollen, eine verdeckte Gewinnausschüttung darstellen, während eine Sachentnahme vorher problemlos möglich gewesen wäre.²⁾

Im Mittelpunkt bilanztaktischer Maßnahmen nach dem Zeitpunkt der Einbringung steht der Ansatz der Sacheinlage mit seinen Alternativen Buchwert,

-
- 1) Vgl. Scheffler, H.E., Steuerbilanztaktik, S. 51 ff.; v. Wallis, H., Grundzüge und Tendenzen der Rechtsprechung, S. 85 ff.; vgl. ferner Nolte, M., Anerkennung zivilrechtlicher Vereinbarungen, S. 356 ff.
 - 2) Vgl. Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 3973.

Zwischenwert oder Teilwert durch die aufnehmende Kapitalgesellschaft. Damit sind die bilanziellen Entscheidungsprozesse "im engeren Sinne" bei der Einbringung eines Betriebes in eine Kapitalgesellschaft angesprochen. Da dieses Bewertungswahlrecht ausschließlich der aufnehmenden Kapitalgesellschaft zusteht, kann es auch als Teilbereich der bilanziellen Entscheidungsprozesse "im weiteren Sinne", die die Gesamtheit der bilanziellen Gestaltungsmöglichkeiten bei der Erstellung des Jahresabschlusses ausmachen, interpretiert werden. Dabei erscheint es realistisch, die Bilanzierung der Sacheinlage nicht isoliert, sondern in den bilanziellen Gesamtzusammenhang integriert anzunehmen, da das vom Gesetzgeber eingeräumte Bewertungswahlrecht einen beachtlichen Aktionsparameter bei der Ausübung von Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten im Rahmen der Rechenschaftslegung darstellen kann. Die Annahme läßt sich auch damit begründen, daß der Ansatz des eingebrachten Betriebsvermögens nicht zuletzt davon abhängig ist, inwieweit sonstige bilanzielle Gestaltungsmöglichkeiten zum Einbringungszeitpunkt zur Verfügung stehen.¹⁾

Mit der Einreichung der steuerlichen Aufnahmebilanz oder der auf den Stichtag nach dem Einbringungszeitpunkt folgenden Bilanz beim Finanzamt hat die aufnehmende Kapitalgesellschaft endgültig über den Ansatz der Sacheinlage bzw. auch über die sonstigen mit dem Jahresabschluß in Zusammenhang stehenden Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte entschieden.²⁾ Eine Änderung dieser Entscheidung zugunsten eines anderen, ebenfalls erlaubten Bilanzansatzes ist nur mit Zustimmung des Finanzamtes im Wege der Bilanzänderung möglich (vgl. § 4 Abs. 2 Satz 2 EStG). Mit der Zustimmung des Finanzamtes steht aber das der aufnehmenden Kapitalgesellschaft zu-

1) Die nachfolgende Betrachtungsweise der bilanziellen Entscheidungsprozesse "im engeren Sinne" stellt insoweit einen methodischen Nachteil dar, da Einflüsse aus dem bilanziellen Gesamtzusammenhang wegen der notwendigen Breite der Untersuchung vernachlässigt werden müssen.

2) Vgl. Scheffler, H.E., Steuerbilanztaktik, S. 67.

stehende Bewertungswahlrecht erneut zur Disposition.¹⁾

1.13 Zur Erweiterung des bilanziellen Entscheidungsfeldes durch Einbeziehung der Rechtsauslegung und der Rechtsanwendung

Das durch die Rechnungslegungsvorschriften vorgegebene Aktionsfeld bilanzieller Entscheidungsprozesse bei der Einbringung eines Betriebes erscheint in einem neuen Lichte, wenn die Rechtsinstitute "Rechtsauslegung und Rechtsanwendung" als Aktionsparameter einbezogen werden. In dieser Betrachtungsweise enthalten einzelne bislang dem nichtbeeinflußbaren Teil des Entscheidungsfeldes zugerechnete Rechnungslegungsvorschriften, soweit sie noch nicht einer eindeutigen Lösung zugeführte Bilanzierungstatbestände erfassen, zusätzliche Freiheitsgrade des Bilanzierenden. Dies gilt besonders in jenen Fällen, in denen der Rechtsgedanke einer Bestimmung und der im Gesetz gebrauchte Ausdruck als abstrakter Obersatz nicht übereinstimmen. Ursache derartiger Erscheinungen ist die Unmöglichkeit der Erfassung aller möglichen Sonderfälle durch einen allgemeinen Rechtsatz.

Die für die Einbringung eines Betriebes relevanten Rechnungslegungsvorschriften enthalten eine Reihe derartiger Sonderfälle, deren höchstrichterliche Klärung noch aussteht. Eine Beurteilung (Rechtsauslegung) solcher Bilanzierungstatbestände, soweit sie in der nachstehenden Untersuchung durchgeführt wird, ist damit einer Interpretation einmal als Präzisierung bilanzrechtlicher Beschränkungen beim Ansatz der Sacheinlage und zum anderen im Sinne einer möglichen bilanzpolitischen Lösungsalternative zugänglich, ohne daß a priori der Bereich der gesetzlichen Zulässigkeit verlassen wird.

1) Vgl. Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 3285 ff. und RZi 4058 ff.

Rechtsauslegung bedeutet, den Rechtssatz als abstrakten Normbegriff auf seinen Inhalt und Sinn in bezug auf die Gegenwart des geltenden Rechts herauszuarbeiten. Sie hat

"den Sinn und Zweck des Gesetzeswortlauts im Hinblick auf den zeitgemäßen Inhalt des Gesetzes zu erforschen, ausgelöst durch die Prüfung, ob ein akuter Geschehensablauf seine abstrakten Tatbestandmerkmale erfüllt." ¹⁾

Rechtsanwendung ist dagegen Bejahung der syllogistischen Wirkung eines Rechtssatzes. ²⁾ Damit ist die Subsumtion eines konkreten Sachverhaltes als Untersatz zu einem abstrakten Tatbestand als Obersatz angesprochen.

"Sofern ich mir einen Sachverhalt mit den allgemeinen Merkmalen a, b, ... n zur Beurteilung vorgelegt denke, ist die Tätigkeit noch zur Auslegung zu rechnen; erst wenn mir ein wirklicher Sachverhalt entgegentritt, nach dessen Merkmalen ich zu forschen habe, ist meine Tätigkeit Anwendung." ³⁾

Diese Betrachtungsweise macht deutlich, daß bei Übereinstimmung zwischen dem auf der Grundlage der Tatsachenforschung festgestellten Sachverhalt und dem bereits "ausgelegten" Gesetzestatbestand die daran geknüpfte Rechtsfolge maßgebend ist. ⁴⁾

In Erkenntnis dieser Problematik treten zwangsläufig die von der Wissenschaft und der Rechtsprechung hervorgebrachten "objektiven und subjektiven" Beurteilungsmaßstäbe für das tatsächliche Geschehen und für die Ge-

1) Kaiser, J., Auslegungsgrundsätze, S. 30; vgl. auch Schwendy, K., Gleichheitssatz, S. 1681 ff.

2) Vgl. Kaiser, J., Auslegungsgrundsätze, S. 26; Becker, W., Rechtsvergleichende Notizen zur Auslegung, S. 47 ff.

3) Schreier, F., Interpretation der Gesetze, S. 2.

4) Vgl. Kaiser, J., Auslegungsgrundsätze, S. 31.

setzesbestimmungen in Widerstreit.¹⁾ Als "methodenveränderndes Ergebnis" kann dabei der Wechsel von der reinen Wort- zur Willens- und Sinninterpretation angesehen werden.

Ausgangspunkte zur Klarstellung des Sinngehalts einer Rechtsnorm sind die von der Rechtsprechung und der Rechtswissenschaft entwickelten subjektiven und objektiven Theorien. Unter der Annahme zwischenzeitlich unveränderter Verhältnisse stellt die subjektive Theorie auf den zum Ausdruck gelangten objektivierten Willen des Gesetzesgebers sowie auf den vom Gesetz nach seiner Entstehungsgeschichte verfolgten Sinn und Zweck ab. Die objektive Theorie dagegen fragt, losgelöst von den einstigen Vorstellungen des Gesetzgebers, nur nach dem Wortlaut des Gesetzes, dem Gesetzeszusammenhang und dem -zweck. Durch die Einbeziehung der Anschauung des Verkehrs tritt hier der Wille des Gesetzes in den Vordergrund.²⁾

Mit der Unterscheidung zwischen einschränkender und ausdehnender Rechtsauslegung und den damit in Zusammenhang stehenden Auslegungsmethoden ist die Problematik der Auslegung gegen den Wortlaut des Gesetzes eng verknüpft. Während die teleologische Methode versucht, "durch Ergründung des vom Gesetzgeber bei der Schaffung des Gesetzes verfolgten Zieles den Sinn der Rechtsnorm zu erfassen", will die historische Methode "das einmal gesetzte Recht ohne Rücksicht auf tatsächliche Veränderungen oder den Wandel der Anschauungen"³⁾ berücksichtigen. Im Gegensatz zur historischen Methode, die auch als Interessenjurisprudenz bezeichnet wird, greift die konstruktive Methode oder Begriffsjurisprudenz auf die Systematik des Gesetzes

1) Vgl. hierzu auch die Ausführungen auf S. 31 ff. dieser Arbeit; die dort getroffenen Aussagen hinsichtlich der beschränkten Informationsverarbeitungskapazität gelten im Rahmen der Rechtsauslegung und der Rechtsanwendung uneingeschränkt.

2) Vgl. Kaiser, J., Auslegungsgrundsätze, S. 39 ff.

3) Kaiser, J., Auslegungsgrundsätze, S. 41.

zurück. Die Ausdeutungstheorie beschränkt die Auslegung formal zwar auf den Gesetzeswortlaut, berücksichtigt den Willen des Gesetzes jedoch insofern als er im Gesetz "irgendwie" oder als "möglicher Wortlaut" zum Ausdruck kommt.¹⁾

Obwohl der Wortlaut des Gesetzes in Wissenschaft, und Rechtsprechung nicht immer als entscheidend angesehen wird²⁾, ist u. E. bei der Rechtsauslegung doch stets der wirkliche Zweck des Gesetzes zugrunde zu legen. Dieser ist wiederum in erster Linie aus dem Wortlaut des Gesetzes, den amtlichen Begründungen oder den Ausführungen in den gesetzgebenden Körperschaften zu entnehmen. In Sonderfällen, "die für den Gesetzgeber noch nicht übersehbar waren", und die daher auch keinen Eingang in den Gesetzeswortlaut gefunden haben, hält Spitaler es für erforderlich, daß "mit Hilfe der ergänzenden Auslegung unter Loslösung vom formalen Wortlaut nach der wirklichen Zielsetzung des Gesetzes"³⁾ vorgegangen wird.

Mit dem Hinweis auf die Konzeption des gesetzgeberischen Gedankens, der lediglich zu Ende gedacht werden müsse, werden zugleich die Grenzen der Rechtsauslegung gegenüber dem Bereich der Gesetzgebung selbst sichtbar.⁴⁾

Grenzen der Rechtsauslegung sind ebenfalls berührt, wenn Lücken im Gesetz selbst anzutreffen sind.

1) Vgl. Kaiser, J., Auslegungsgrundsätze, S. 43.

2) Vgl. BFH-Urteil v. 16. 4. 1953; vgl. auch Zitzlaff, Auslegung der Steuergesetze, S. 349 f.

3) Kaiser, J., Auslegungsgrundsätze, S. 47; vgl. auch Spitaler, A., Grenzen der Auslegung, S. 7 ff.; v. Wallis, H., Grundzüge und Tendenzen der Rechtsprechung, S. 82 ff.

4) Vgl. Spitaler, A., Steuerliche Auslegungslehre, S. 105 ff.
Zu den von der Rechtsprechung zu beachtenden Schranken für das Entscheiden gegen den Wortlaut des Gesetzes vgl. Spitaler, A., Geist des Steuerverfahrens, S. 479.

"Ein Anlaß zur Lückenausfüllung kann vorliegen, wenn bei der Fallprüfung der Wortlaut des Gesetzes für die Entscheidung zwar zutreffend erscheint, aber feststeht, daß der Fall im Zeitpunkt der Gesetzesfassung nicht berücksichtigt worden sein kann, weil das Ergebnis dem Sinn des Gesetzes widerspricht."¹⁾ 、

Gesetzeslücken können durch Analogie, d. h. durch ausdehnende Anwendung einer Rechtsnorm auf verwandte, nicht geregelte Fälle ausgefüllt werden. Von Bedeutung sind auch die Schließung von Gesetzeslücken durch Umkehrschluß aus einer vom Gesetz gewollten Ausnahme oder Einengung oder durch richterliche Rechtsschöpfung.²⁾

Mit den aufgezeigten Ansätzen und Methoden zur Rechtsauslegung wird deutlich, daß subjektive Einflüsse und Wertvorstellungen bei der Beurteilung von Bilanzierungstatbeständen beim Ansatz der Sacheinlage nicht ausgeschlossen werden können.³⁾ Diese Erkenntnis erscheint deshalb wichtig, weil damit die in der Realität beobachtbaren von einander abweichenden Kommentarmeinungen zu einzelnen Bilanzierungstatbeständen erklärt werden können. Unterschiedliche Kommentarmeinungen lassen sich aber als Beleg dafür anführen, daß durch höchstrichterliche Rechtsprechung nicht eindeutig geklärte Problemkreise bei der Bilanzierung der Sacheinlage zusätzliche Aktionsparameter des Bilanzierenden darstellen, ohne daß damit a priori der Bereich der gesetzlichen Zulässigkeit verlassen wird.

Diese Betrachtungsweise erweitert den Rahmen bilanzpolitischer Gestaltungsfreiheiten beträchtlich. Vor allem erscheint aber "die Beibehaltung der Vor-

1) Kaiser, J., Auslegungsgrundsätze, S. 52.

2) Vgl. Larenz, K., Richterliche Rechtsschöpfung, S. 275 ff.; vgl. auch Schwendy, K., Gleichheitssatz, S. 1688.

3) Vgl. Kaiser, J., Auslegungsgrundsätze, S. 32 ff.

stellung von der Bilanzpolitik als wohl-strukturiertem bzw. wohl-zu-strukturierendem Problem"¹⁾ fraglich. Dieser Aspekt wurde in der Diskussion zum Ansatz der Sacheinlage bislang weitgehend vernachlässigt.²⁾

1.2 Problemstruktur bilanzieller Entscheidungsprozesse bei der Einbringung eines Betriebes

Die betriebswirtschaftliche Literatur unterscheidet zwischen "wohl-strukturierten" und "schlecht-strukturierten Problemen".³⁾ Während wohl-strukturierte Probleme durch eine bestimmte Anzahl von Alternativen, hinreichend bekannte Konsequenzen, eindeutig formulierte Ziele und das Vorhandensein eines Lösungsalgorithmus gekennzeichnet sind, fehlt bei schlecht-strukturierten Problemen zumindest eines dieser Merkmale.

Obwohl die Strukturierung des bilanziellen Entscheidungsprozesses in der Literatur⁴⁾ vorwiegend als Problem der Analyse der rechtlichen Zulässigkeit bilanzieller Wahlmöglichkeiten und ihrer buchungstechnischen Auswirkungen in der Bilanz betrachtet wird, muß von wesentlich unvollkommeneren Voraussetzungen ausgegangen werden. So kann der bilanzielle Entscheidungsträger nicht von einem gegebenen Bestand an Bilanzierungsalternativen ausgehen, aus dem es lediglich eine suboptimale Lösung auszuwählen gilt. Das im Rahmen der Einbringung eines Betriebes im Mittelpunkt stehende Bewertungswahlrecht zwischen dem Ansatz zum Buchwert, Teilwert oder einem

1) Kappler, E., Informationsverhalten, S. 53.

2) Vgl. vor allem Dellmann, K., Optimale Wahl, S. 242 ff.

3) Vgl. z.B. Heinen, E., Industriebetriebslehre, S. 55 ff.; Kirsch, W., Entscheidungsprozesse II, S. 147 ff.; vgl. auch Kirsch, W. et al., Betriebswirtschaftliche Logistik, S. 51.

4) Vgl. z.B. Loos, G., Betriebseinbringung, S. 9 ff.; Fasold, R., Zweckmäßige Ausübung von Antrags- und Wahlrechten, S. 645 ff.

beliebig dazwischenliegenden Wert macht dies deutlich, da eindeutige Kriterien nicht angegeben werden können.¹⁾ Unter Einbeziehung der Rechtsauslegung und der Rechtsanwendung in das Aktionsfeld wird im Hinblick auf die Tatsache zum Teil offener bzw. umstrittener Bilanzierungsprobleme wie z. B. die Behandlung eines Geschäftswertes im eingebrachten Betriebsvermögen oder die Verteilung eines eventuellen Aufstockungsbetrages die Alternativenmenge für den Entscheidungsträger unüberschaubar. Auch der Hinweis sowohl auf die Unterscheidung als auch auf die Interdependenzbeziehungen zwischen der Handelsbilanz, der Steuerbilanz und verschiedenen Sonderbilanzen unterstreicht diese Aussage zusätzlich.

Charakteristisch ist, daß mit der Anzahl der am bilanziellen Entscheidungsprozeß beteiligten Individuen auch die wahrgenommenen Probleme zunehmen, für die in der Regel weder suboptimale Lösungen noch deren Konsequenzen für andere Teillösungen angegeben werden können. Nachdem der Entscheidungsträger nur einen Teil der bilanziellen Interdependenzbeziehungen zwischen Bilanzansatz des eingebrachten Betriebsvermögens und bilanziellen Einzelproblemen berücksichtigen kann, sind auch seine Kenntnisse bezüglich der Informationsbedürfnisse bei den einzelnen Entscheidungsproblemen beschränkt.²⁾ Operationale Problemdefinitionen und Lösungsalgorithmen fehlen. Der Entscheidungsträger des nur in Teilen bekannten Entscheidungsprozesses ist auf aus Erfahrungen erworbenen Faustregeln angewiesen, um auf diese Weise möglicherweise eine befriedigende Teillösung zu erzielen. Dabei führen Lerneffekte, die mit der Informationsbeschaffung verbunden sind, bereits zu neuen Situationen.

In diesem Zusammenhang weist Kupsch, der zwischen der sachlich-vertikalen und der zeitlich-horizontalen Bestimmtheit des bilanzpolitischen Ermes-

1) Vgl. Lohnert, F., Einbringung eines Betriebes, S. 253 f.

2) Vgl. Dietel, B., Koordination, S. 55 ff.

sensspielraumes unterscheidet, besonders auf die Indeterminiertheit des Teilwertes, dem im Rahmen der bilanziellen Entscheidungsprozesse beim Ansatz des eingebrachten Betriebsvermögens besondere Bedeutung zukommt, hin.

"Nach der Legaldefinition in § 6 Abs. 1 Nr. 1 Satz 3 EStG entspricht er dem Betrag, den ein Erwerber des ganzen Betriebes im Rahmen des Gesamtkaufpreises für das einzelne Wirtschaftsgut bei Fortführung der Unternehmung ansetzen würde. Seine Festlegung ist ... somit an die Fiktionen der Ermittlung eines Unternehmungsgesamtwertes durch einen Erwerber unter der Voraussetzung der Weiterführung des Betriebes und der Durchführung einer wirtschaftsgutbezogenen Aufteilung dieses Gesamtwertes gebunden. Die nicht-operationale Ermittlungsmethode - Unternehmungsverkäufe finden nur selten statt - verleiht dem Teilwert trotz der Teilwertvermutungen des RFH den Charakter eines hypothetischen Wertes, der sich nur schwer ermitteln läßt. Aus der Unmöglichkeit, seine Größe genau zu bestimmen, resultiert ein Schätzungsmoment, das Bilanzwerten dieser Art immer zukommt." ¹⁾

Damit nähert sich die Problemstruktur bilanzieller Entscheidungsprozesse bei der Einbringung eines Betriebes dem schlechtstrukturierten Zustand. Dieser Bereich wird endgültig erreicht, wenn das Vorhandensein möglicher Interessenkonflikte bei der Festlegung bilanzpolitischer Zielfunktionen Berücksichtigung findet. Kommt aber eine Einigung auf eine gemeinsame Zielvorstellung nicht zustande, sondern versuchen die bilanziellen Entscheidungsträger vielmehr ihre Eigeninteressen und/oder die vermuteten Informationswünsche, -erwartungen und -bedürfnisse der Bilanzadressaten durchzusetzen, so treten Manipulationsprozesse in den Vordergrund. Die begründete Annahme, daß auch die Präferenzfunktionen der internen Teilnehmer der aufnehmenden Kapitalgesellschaft inkonsistent, weitgehend unbekannt und schließlich manipulierbar sind, unterstreicht die Schlecht-Strukturiertheit bilanzieller Entscheidungsprobleme bei der Einbringung eines Betriebes.

1) Kupsch, P. Bilanzierung von Rückstellungen, S. 344; vgl. auch die dort angegebene Literatur.

1.3 Institutionalisierte Determinanten bilanzieller Entscheidungsprozesse

Bilanzierungsentscheidungen bei der Einbringung eines Betriebes in eine Kapitalgesellschaft können als Prozesse aufgefaßt werden, in deren Rahmen die Entscheidungen aus Entscheidungsprämissen abgeleitet werden. Dabei stellt die Entscheidungsprämisse einen Sammelbegriff für die verschiedenen Kategorien von Informationen dar, die im Rahmen der Bilanzierung des eingebrachten Betriebsvermögens beim Entscheidungsträger hervorgerufen und wahrgenommen werden.¹⁾ Soweit diese Informationen in die Definition der Situation des bilanziellen Entscheidungsträgers eingehen, werden sie zu Prämissen seiner Bilanzierung.

Die Menge der Entscheidungsprämissen wird in der betriebswirtschaftlichen Literatur danach unterteilt, ob sie Informationen bzw. Tatsachenaussagen über mögliche Handlungsalternativen, deren mußmaßlichen Konsequenzen sowie Daten als den nicht beeinflufßbaren Größen - im folgenden als Entscheidungsprämissen faktischer Art bezeichnet - oder ob sie Aussagen darüber enthalten, was gut bzw. erstrebenswert ist. Mit den Aussagen über Ziele, Werte, Motive oder Präferenzen sind die wertenden Entscheidungsprämissen (individuelle Wertprämissen) angesprochen.²⁾

Diese Differenzierung erlaubt es, die institutionalisierten Determinanten der Bilanzierung in Form von Handels- und Steuergesetzen mit ihren Aktionsspielräumen als Entscheidungsprämissen faktischer Art zu bezeichnen. Insbesondere das bei der Einbringung eines Betriebes im Mittelpunkt stehende UmwStG in Verbindung mit dem AktG enthält jene "faktischen" In-

1) Vgl. Heinen, E. et al., Informationswirtschaft, S. 686;

2) Vgl. Heinen, E. et al., Informationswirtschaft, S. 686; Kirsch, W., Entscheidungsprozesse I, S. 25 f.

formationen, die es bei der Bilanzentscheidung zu berücksichtigen gilt, sofern nicht behördliche Sanktionen bewußt in Kauf genommen werden sollen.

Der Zusatz "faktischer Art" soll deutlich machen, daß die Rechtsnormen selbst außerhalb des Beeinflussungsbereichs bilanzieller Entscheidungsträger liegen. Auf eine "gewisse" Relativierung dieser Betrachtungsweise deuten allerdings erforderliche und in der Realität beobachtbare Rechtsauslegungen bei der Bilanzierung der Sacheinlage hin. Ergebnisse der Rechtsauslegung können aber als Entscheidungsprämissen faktischer Art angesehen werden, wenn der Entscheidungsträger in seinem Modell der Entscheidungssituation die ihm zugegangenen Informationen über das Rechtsinstitut Rechtsauslegung und seiner Methoden als faktisch übernimmt. Daß dabei auch subjektive Einflüsse in Erscheinung treten, kann als nicht wesentliche Behinderung dieser Konzeption hingenommen werden.

2. Bilanzrechtliche Grundlagen der Einbringung eines Betriebes als Entscheidungsprämissen faktischer Art

Im Mittelpunkt institutionalisierter Determinanten bilanzieller Entscheidungsprozesse bei der Einbringung eines Betriebes in eine Kapitalgesellschaft stehen wegen der Gültigkeit des Maßgeblichkeitsprinzips¹⁾ die Bestimmungen des UmwStG. Mit diesen Vorschriften hat der Gesetzgeber relevante Tatbestände erfaßt, die bislang noch nicht in eine umfassende gesetzliche Regelung einbezogen waren. Bisher wurde die Einbringung eines Betriebes in eine Kapitalgesellschaft nach Grundsätzen behandelt, die die Rechtsprechung des RFH und des BFH entwickelt hat.²⁾

Diese Grundsätze gehen davon aus, daß

- ein Tauschgeschäft vorliegt, das grundsätzlich die Realisierung der in dem eingebrachten Betriebsvermögen befindlichen stillen Reserven zur Folge hat,
- bei wirtschaftlicher Betrachtungsweise von einer sofortigen Gewinnrealisierung abgesehen werden kann, wenn die aufnehmende Kapitalgesellschaft die Buchwerte fortführt und der Einbringende an der Kapitalgesellschaft wesentlich beteiligt wird oder zumindest die erworbene Beteiligung nicht so gering ist, daß sie dem Erwerber keinen irgendwie ins Gewicht fallenden Einfluß auf die Kapitalgesellschaft einräumt,
- die aufnehmende Kapitalgesellschaft bei der Wahl des Wertansatzes des eingebrachten Betriebsvermögens frei ist und damit auch einen Ansatz zum Teilwert oder zu einem zwischen Buchwert und Teilwert liegenden Wert wählen kann.

1) Vgl. hierzu die Ausführungen auf S. 169 ff. dieser Arbeit.

2) Vgl. RFH-Urteil v. 9.5.1933; RFH-Urteil v. 21.6.1933; RFH-Bescheid v. 12.4.1934; RFH-Urteil v. 31.10.1934; BFH-Urteil v. 4.2.1954; BFH-Urteil v. 24.3.1959; BFH-Urteil v. 28.7.1960; BFH-Urteil v. 13.7.1965.

In den Vorschriften des UmwStG wurde das von der Rechtsprechung entwickelte Gewohnheitsrecht weitgehend übernommen. Das UmwStG geht jedoch insoweit darüber hinaus, als die von der Rechtsprechung für eine erfolgsneutrale Einbringung geforderte Voraussetzung einer wesentlichen Beteiligung aufgegeben wurde. Neu ist auch die Begünstigung der Einbringung einer 100 %igen Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft.¹⁾ Schließlich wurde die Bedingung aufgegeben, nach der die Tarifvergünstigung gemäß § 34 EStG für den Einbringungsgewinn nur dann zur Anwendung kam, wenn die aufnehmende Kapitalgesellschaft alle eingebrachten Vermögensgegenstände zum Teilwert ansetzte.

2.1 Rechtliche Grundlagen des Einbringungsvorgangs

2.11 Zivilrechtliche Grundlagen

Zivilrechtlich ist die Einbringung eines Betriebes in eine Kapitalgesellschaft in erster Linie im UmwG geregelt. Generell unterscheidet das Umwandlungsrecht zwischen der formwechselnden Umwandlung und der übertragenden Umwandlung.²⁾ Während sich bei der formwechselnden Umwandlung lediglich die Rechtsform nicht aber die Identität des bzw. der Unternehmer ändert, wird bei der übertragenden Umwandlung die Übertragerin aufgelöst

1) Nach Loos und Rau war die Begünstigung der Einbringung einer 100 %igen Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft seit der Änderung des § 16 EStG gegeben; vgl. Loos, G., Umwandlungssteuergesetz 1969, RZi 1037; Rau, H.G., Umwandlungs-Steuergesetz 1969, S. 1432.

2) "Daß der Ausdruck 'Umwandlung' dem rechtlichen und auch dem steuerrechtlichen Vorgang nicht entspricht, ergibt sich daraus, daß das Personenunternehmen nicht in Gestalt der Kapitalgesellschaft fortbesteht, sondern erlischt, und die Kapitalgesellschaft entweder neu errichtet wird oder eine bestehende Kapitalgesellschaft das Betriebsvermögen des Personenunternehmens übernimmt und dafür Anteile an der Kapitalgesellschaft hergibt." V. Wallis, H., Einbringung eines Personenunternehmens, S. 1477.

und ihr Vermögen auf ein neues Rechtssubjekt, die übernehmende Gesellschaft, übertragen. Innerhalb der übertragenden Umwandlung ist wiederum zwischen der errichtenden und der verschmelzenden Umwandlung zu trennen. Bei der verschmelzenden Umwandlung wird das Vermögen der umzuwandelnden Gesellschaft auf eine bereits bestehende, bei der errichtenden Umwandlung auf eine neue, erst zu errichtende Gesellschaft übertragen.¹⁾

Bis zur Novellierung des UmwG waren keine handelsrechtlichen Sonderbestimmungen über die Einbringung eines Betriebes in eine Kapitalgesellschaft vorhanden, so daß Einzelübertragungen (Einzelrechtsnachfolge) der zum eingebrachten Betriebsvermögen gehörenden Wirtschaftsgüter erforderlich waren. Nach dem neuen UmwG kann nunmehr auch im Wege der Gesamtrechtsnachfolge ein Einzelunternehmen auf eine AG oder eine KGaA sowie eine oHG bzw. eine KG auf eine AG, KGaA oder eine GmbH umgewandelt werden. Zulässig ist allerdings nur die errichtend verschmelzende Umwandlung. Die Umwandlung eines Einzelunternehmens in eine GmbH bleibt ausgeschlossen.²⁾ Soweit das UmwG nicht eingreift, bleibt neben der Rechtsfigur der Anwachsung gemäß § 738 BGB lediglich der Weg über die Einzelrechtsnachfolge.

Einzelrechtsnachfolge

Einzelrechtsnachfolge liegt vor,

"wenn bei einer Übertragung bestimmter Wirtschaftsgüter jedes einzelne nach den dafür geltenden sachenrechtlichen Bestimmungen übertragen werden muß, damit der Erwerber rechtsgültig Eigentümer der übertra-

1) Vgl. Schneider-Schlaus, Umwandlungsrecht, S. 2213; vgl. auch Böttcher-Beinert-Hennerkes, Unternehmensform, S. 21 ff.

2) Zur Umgehung durch Aufnahme eines Strohmannes vgl. Böttcher-Beinert-Hennerkes, Unternehmensform, S. 144.

genen Wirtschaftsgüter wird: Grundstücke z. B. durch Auflassung und Eintragung, Forderungen durch Abtretung, bewegliche Sachen durch Einigung und Übergabe."¹⁾

Der umständliche und kostspielige Weg über die Einzelrechtsnachfolge ist bei der Umwandlung auf eine bereits bestehende Kapitalgesellschaft (übertragend verschmelzende Umwandlung) unumgänglich, soweit eine Anwachsung gemäß § 738 BGB nicht in Betracht kommt.

Es gelten die Bestimmungen des Aktienrechts. Maßgebend für die Umwandlung auf eine bereits bestehende Aktiengesellschaft ist § 183 AktG, der bei einer Kapitalerhöhung Sacheinlagen zuläßt. Eine Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen ist auch im Rahmen einer bedingten Kapitalerhöhung (vgl. § 194 AktG) und einer genehmigten Kapitalerhöhung (vgl. § 205 ff. AktG) möglich.²⁾ Unter Umständen ist bei der Einbringung in eine bestehende AG noch das sogen. Nachgründungsverbot zu beachten (vgl. § 52 AktG). Das Nachgründungsverbot greift ein, wenn eine AG innerhalb der ersten zwei Jahre seit der Eintragung der Gesellschaft für eine den zehnten Teil des Grundkapitals überschreitende Vergütung Vermögensgegenstände erwirbt.³⁾

Für den Übergang der Schulden auf die Übernehmerin bedarf es der Zustimmung des Gläubigers oder der Erfüllungsübernahme durch die aufnehmende Kapitalgesellschaft. Im Falle, daß die Wirtschaftsgüter des Einzelunternehmens im wesentlichen das gesamte Vermögen des Unternehmers im Sinne des § 419 BGB ausmachen oder der Einzelunternehmer überschuldet ist, bleibt die Umwandlung eines Einzelunternehmens in eine Kapitalgesellschaft versagt.

1) Böttcher-Beinert-Hennerkes, Unternehmensform, S. 28.

2) Vgl. Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 3779c.

3) Vgl. Böttcher-Beinert-Hennerkes, Unternehmensform, S. 142.

Gesamtrechtsnachfolge

Die handelsrechtlich durch die Gesamtrechtsnachfolge begünstigten Umwandlungsmöglichkeiten sind in Abbildung 5a und der zugehörigen tabellarischen Übersicht (Abbildung 5b) zusammengefaßt.

"Ein Übergang von Vermögen im Wege der Gesamtrechtsnachfolge liegt vor, wenn der Übergang eines Vermögens kraft Gesetzes mit allen Aktiven und Passiven erfolgt. Es bedarf dann keiner Übertragung einzelner Wirtschaftsgüter ... Aufgrund des entsprechenden Umwandlungsbeschlusses und des Nachweises seiner Eintragung im Handelsregister ist dann das Vermögen im ganzen, einschließlich der Schulden übergegangen; es sind keine Übertragungsakte im einzelnen notwendig. Öffentliche Bücher wie z. B. das Grundbuch, die Patentrolle sind lediglich zu berichtigen."¹⁾

Im Rahmen der Gesamtrechtsnachfolge tritt der Übergang des Vermögens der Personengesellschaft einschließlich der Verbindlichkeiten als Folge der neu gegründeten AG oder KGaA ein. Dabei wird das Gesellschaftsvermögen als gesamthänderisch gebundenes Sondervermögen der Gesellschafter der umgewandelten oHG oder KG von den Gesellschaftern durch gemeinsames Zusammenwirken im Wege der Sachgründung in die AG oder KGaA eingebracht. Die Anteile des einzelnen Gesellschafters am Gesellschaftsvermögen werden durch die Aktien ersetzt.

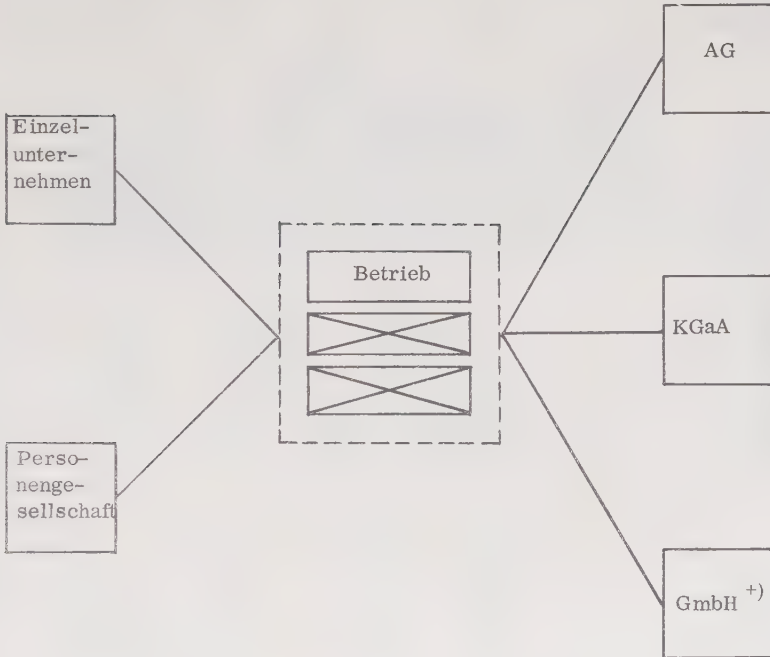
Die Rechtsfigur der Anwachsung gemäß § 738 BGB²⁾

Darüber hinaus, d. h. auch außerhalb des 2. bis 5. Abschn. des UmwG ist eine Einbringung im Wege der Gesamtrechtsnachfolge möglich. Die Einbringung einer Personengesellschaft in eine Kapitalgesellschaft wird dadurch

1) Böttcher-Beinert-Hennerkes, Unternehmensform, S. 28.

2) Vgl. Böttcher-Beinert-Hennerkes, Unternehmensform, S. 167 ff.

Abbildung 5a: Handelsrechtlich durch Gesamtrechtsnachfolge begünstigte
Sacheinlagen (Umwandlungsmöglichkeiten)¹⁾



1) Vgl. Felix, G., Umwandlungsteuer-Praktikum, S. 107.

⁺⁾ Nur Personengesellschaft. nicht Einzelunternehmen.

Abbildung 5b:

1. Umwandlung von Personengesellschaften (OHG, KG)¹⁾

Umwandlung in bzw. auf	Art der Umwandlung	Gesetzliche Grundlage	besondere Einschränkungen	Mehrheitser- fordernisse für die Um- wandlung	Behandlung der Minder- heit	Steuer- liche Vor- schriften
AG	ü(e)	§§ 40 ff. UmwG	-	Gesellschafter- versammlung un- ter Zustimmung aller Gesellschafter in not. beurk. Form erforderlich	-	§§ 17 ff., 23, 29 UmwStG
KGaA	ü(e)	§§ 40 ff. UmwG	-	Gesellschafter- versammlung unter Zustimmung aller Gesellschaf- ter in not. beurk. Form erforder- lich. Mind. ein Ge- sellschafter muß pers.haft. Gesell- schafter der KGaA werden	-	§§ 17 ff., 23, 29 UmwStG
GmbH	ü(e)	§§ 46 ff. UmwG	-	Gesellschafterver- sammlung unter Zustimm. aller Ge- sellschafter in not. beurk. Form erforderlich	-	§§ 17 ff., 23, 29 UmwStG

1) Schneider-Schlaus, Umwandlungsrecht, S. 2267; ü(e) = übertragend errichtende Umwandlung.

Abbildung 5b:

2. Umwandlung des Unternehmens eines Einzelkaufmanns						
1)						
Umwandlung in bzw. auf	Art der Umwandlung	Gesetzliche Grundlage	besondere Einschränkungen	Mehrheitserfordernisse für die Umwandlung	Behandlung der Minderheit	Steuerliche Vorschriften
AG	ü(e)	§§ 50 ff. UmwG	Umw. unzulässig, wenn Tatbestand des § 419 BGB oder Überschuld. vorliegt	Not. beurkundete Umwandlungserklärung erforderlich	-	§§ 17 ff., 23, 29 UmwStG
KGaA	ü(e)	§§ 50 ff. UmwG	Umw. unzulässig, wenn Tatbestand des § 419 BGB oder Überschuld. vorliegt	Not. beurkundete Umwandlungserklärung erforderlich, Einzelkfm. muß sowohl pers. haft. Gesellschaftler als auch Kommanditaktionär werden	-	§§ 17 ff., 23, 29 UmwStG

1) Schneider-Schlaus, Umwandlungsrecht, S. 2267; ü(e) = übertragend errichtende Umwandlung.

herbeigeführt, daß die Gesellschafter einer bestehenden Kapitalgesellschaft, die zusammen mit der Kapitalgesellschaft an der Personengesellschaft beteiligt sind, aus dieser Personengesellschaft ausscheiden. Sofern der Personengesellschaft keine weiteren Gesellschafter¹⁾ angehören, geht das Vermögen der Personengesellschaft infolge des Ausscheidens im Wege der Anwachsung gemäß § 738 BGB (§§ 138 und 142 HGB) auf die Kapitalgesellschaft über. Wenngleich die eigentliche Leistung der Gesellschafter nicht in der Übertragung eines Betriebes auf die Kapitalgesellschaft, sondern in dem Verzicht auf eine Abfindungsforderung zu sehen ist, kommt der Vorgang wirtschaftlich einer Sacheinlage gleich.¹⁾

Für die steuerliche Beurteilung des Einbringungsvorgangs ist die zivilrechtliche Vorfrage ohne jede Bedeutung.²⁾ Der 3. Teil des UmwStG regelt nicht nur die im 2. bis 5. Abschn. des UmwG erwähnten Umwandlungen, sondern jede Art von Einbringung eines Betriebes in eine Kapitalgesellschaft gegen Gewährung neuer Gesellschaftsrechte.³⁾ Die Anwendung des 3. Teils des UmwStG kann allerdings durch die Mitbestimmungsklausel in § 26 UmwStG ausgeschlossen sein.⁴⁾

2.12 Steuerrechtliche Grundlagen

Die steuerrechtlichen Bestimmungen über die Einbringung eines Betriebes in eine Kapitalgesellschaft sind im 3. Teil des UmwStG enthalten. Im Gegensatz zum handelsrechtlichen UmwG, das nur die errichtend verschmel-

1) Vgl. Thiel, R., Rechtsfigur der AG und Co oder der GmbH und Co, S. 11 ff.; Böttcher, C., Steuer- und Wirtschaftsrecht, S. 189 ff.

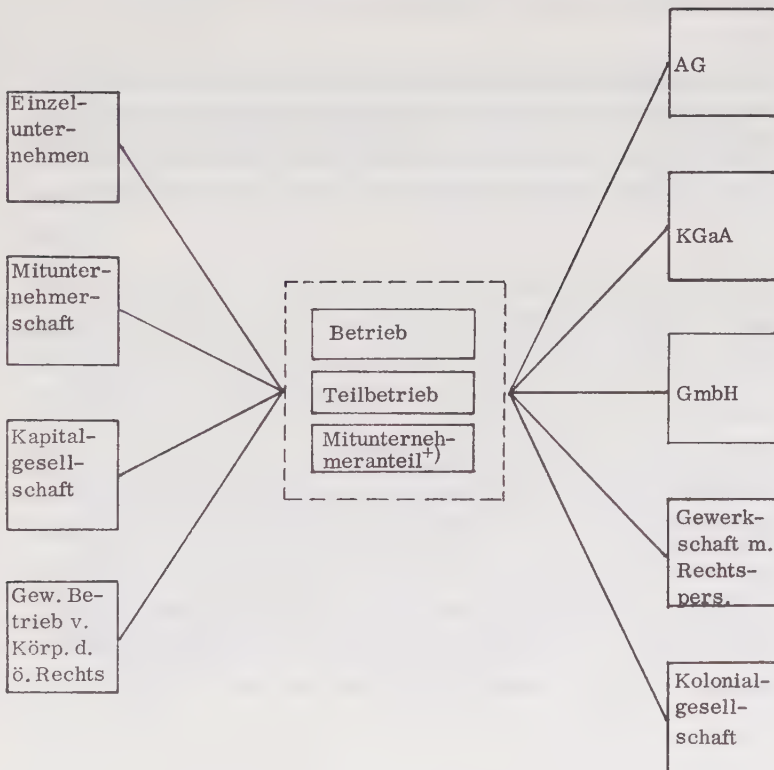
2) Vgl. Felix, G., Umwandlungsteuer-Praktikum, S. 1.

3) Vgl. Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 3762.

4) Zur Nichtanwendung des 3. Teils des UmwStG bei Einbringungen in Kapitalgesellschaften vgl. Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 6621 ff.; Loos, G., Mißbrauchsklausel, S. 543 ff.

zende Umwandlung erfaßt, begünstigt das UmwStG jegliche Sacheinlage eines Einzelunternehmens oder einer Beteiligung an einer Personengesellschaft in eine Kapitalgesellschaft, sofern diese gegen Gewährung neuer Gesellschaftsanteile erfolgt (vgl. Abbildung 6).

Abbildung 6: Steuerrechtlich erleichterte Sacheinlagen in Kapitalgesellschaften¹⁾



1) Felix, G., Umwandlungssteuer-Praktikum, S. 106.

+) KG-Anteil, oHG-Anteil, atypisch stille Gesellschaft, GbR-Anteil.

Da das UmwStG im wesentlichen lediglich als Kodifizierung der von der Rechtsprechung entwickelten Grundsätze anzusehen ist, richtet sich die dort vorgetragene Kritik insoweit auch gegen das UmwStG. Im Mittelpunkt stehen Bedenken gegen die Wertung des Einbringungsvergangs als tauschähnliches Rechtsgeschäft, das bei einer Aufdeckung der stillen Reserven durch die aufnehmende Kapitalgesellschaft zu einem Veräußerungsgewinn gemäß den §§ 16, 34 EStG führt.¹⁾ Der Vorwurf richtet sich in erster Linie darauf, daß die gesellschaftsrechtliche Beurteilung des Einlagetatbestandes nicht ausreichend im UmwStG berücksichtigt ist.

"Gegenseitiger Leistungsaustausch und gleichgerichtete Leistungsvereinigung sind aber nicht nur rechtssystematisch, sondern auch wirtschaftlich so verschieden, daß steuerlich auch nicht unter Berufung auf die wirtschaftliche Betrachtungsweise ein Leistungsaustausch bei gesellschaftsrechtlichen Gestaltungen angenommen werden kann."²⁾

Zweifellos hängt aber die ertragsteuerliche Wertung von der Lösung der Frage, wie die Einbringung eines Betriebes in eine Kapitalgesellschaft bürgerlichrechtlich zu bewerten ist, ab. Mit der Ablehnung des Einbringungsvergangs als Tausch, tauschähnliches Rechtsgeschäft oder als entgeltliches Veräußerungsgeschäft würde es folgerichtig an der Besteuerungsgrundlage fehlen. Daß sich der Gesetzgeber seines dogmatischen Ausgangspunktes keineswegs sicher war, ergibt sich aus § 8 Abs. 1 und § 10 UmwStG. Während in § 8 Abs. 1 UmwStG bestimmt ist, daß der Übernahmegewinn aus der Umwandlung einer Kapitalgesellschaft zu den Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb oder selbständiger Arbeit gehört, ermöglicht § 10 UmwStG ausdrücklich die Anwendung des § 6b EStG auf den Teil des Übernahmegewinns, der nicht als Gewinn aus der Veräußerung

1) Vgl. Keuk, B., Einbringung eines Personenunternehmens, S. 1643 ff.; vgl. auch Krause, W., Buchwertfortführung, S. 471 ff.

2) Böttcher-Beinert-Hennerkes, Unternehmensform, S. 40.

eines Teilbetriebes gilt. Beider Regelungen hätte es nicht bedurft, "wenn es für den Gesetzgeber zweifelsfrei festgestanden hätte, daß der Übernahme-
gewinn aus der Umwandlung einer Kapitalgesellschaft (bzw. aus der Ein-
bringung eines Betriebes, Anm. d. V.) ein Veräußerungsgewinn ist, der
durch ein entgeltliches tauschähnliches Geschäft realisiert wird"¹⁾.

2.13 Die Einbringung eines Betriebes als arteigener gesellschafts- rechtlicher Vorgang

Für die gesellschaftsrechtliche Beurteilung des Einbringungsvorgangs eines
Betriebes in eine Kapitalgesellschaft ist zunächst zu untersuchen, ob der
Empfang einer Sacheinlage für die aufnehmende Gesellschaft als Anschaf-
fung eines Vermögensgegenstandes im Sinne der §§ 153, 155 AktG anzu-
sehen ist.

Am Beispiel der errichtenden Umwandlung läßt sich zeigen, daß die Sach-
einlage ein Teil der Gründung selbst ist, da sie die Gesellschaft und damit
die Aktie erst zur Entstehung bringt.

"Sacheinlage und dafür zu gewährende Aktien erweisen sich damit als
Leistung und Gegenleistung im Sinne eines schuldrechtlichen gegen-
seitigen Vertrags. Weder entsteht eine schuldrechtliche Verpflichtung
der Gesellschaft, die Aktien auf den Gesellschafter zu übertragen,
noch findet eine solche Übertragung überhaupt statt. Die Aktien - hier
verstanden als die Anteilscheine an der Gesellschaft - entstehen viel-
mehr in der Hand der Gesellschafter unmittelbar und gleichzeitig mit
der Gesellschaft selbst durch die Eintragung in das Handelsregister
(§ 41 Abs. 1 Satz 1, Abs. 4 AktG)."2)

-
- 1) Böttcher-Beinert-Hennerkes, Unternehmensform, S. 41. Zur weiteren
Kritik vgl. Fasold, R., Doppelbelastung, S. 1238 f.; Fasold, R.,
Steuerbegünstigte Einbringung, S. 1771 ff.; Keuk, B., Einbringung
eines Personenunternehmens, S. 1643 ff.
 - 2) Döllerer, G., Aktienrecht und Steuerrecht, S. 334.

Insofern stellt der Einbringungsvertrag im bürgerlich-rechtlichen Sinne weder einen Kaufvertrag noch einen Tausch, "sondern ein Veräußerungsvertrag eigener, und zwar gesellschaftsrechtlicher Art"¹⁾ dar. Zu dem gleichen Ergebnis kommen Böttcher/Beinert, die die Einbringung freilich als gesellschaftsrechtliche Organisationsakte bezeichnen, die nicht Leistung und Gegenleistung, sondern Leistungsvereinigung beinhalten.²⁾ Diese Sicht impliziert gleichzeitig, daß der Einbringungsvorgang als gesellschaftsrechtlicher Einlagetatbestand zu werten ist, bei dem ein Engagement in anderer Rechtsform unterstellt werden kann.

Wenngleich bürgerlichrechtlich ein Tauschgeschäft³⁾ nicht vorliegt, bleibt dennoch zu prüfen, ob mit der Einbringung nicht ein Tatbestand gegeben ist, der eine Bewertung mit den Anschaffungskosten (§§ 153, 155 AktG) zur Folge haben muß. Eine Bewertung mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten kann auf zwei Gründen beruhen. Zum einen dürfen nicht realisierte Gewinne nicht ausgewiesen werden, so daß die Anschaffungs- oder Herstellungskosten die obere Grenze der Bewertung bilden. Zum anderen gilt die Vermutung, "daß die Gegenstände, die ein Kaufmann im Wege der Anschaffung oder der Herstellung erwirbt, wenigstens den Wert haben, der sich aus der Summe der Aufwendungen ergibt"⁴⁾. Damit bilden die Anschaffungs- oder Herstellungskosten zugleich die untere Bewertungsgrenze.

Die Frage nicht realisierter Gewinne kann bei der übertragend errichtenden Umwandlung vernachlässigt werden, da es sich um die Bewertung der Sacheinlage im Rahmen einer Eröffnungsbilanz handelt. Andererseits erscheint

1) Döllerer, G., Aktienrecht und Steuerrecht, S. 334; vgl. auch Fasold, R., Umwandlungsteuergesetz, S. 214.

2) Vgl. Böttcher-Beinert, Veräußerungsgeschäft, S. 1961 f.

3) Andere Ansicht vgl. Adler-Düring-Schmaltz, Rechnungslegung, § 153 AktG, Anm. 27 ff. und Anm. 92.

4) Döllerer, G., Aktienrecht und Steuerrecht, S. 334.

es realistisch, davon auszugehen, daß der Wert der Aufwendungen, d. h. der Sacheinlage, nicht aus dem Ausgabebetrag der Aktien hergeleitet werden kann. Vielmehr dürfte umgekehrt der Wert der Sacheinlage die Höhe des Ausgabebetrages der dafür zu gewährenden Aktien determinieren. Damit fehlt es auch aus dieser Sicht an der Möglichkeit, auf die Bewertungsmaßstäbe "Anschaffungs- und Herstellungskosten" für den Ansatz der Sacheinlage zurückzugreifen.

Es wird deutlich, daß die Betrachtungsweise des Einbringungsvorgangs als Tausch, tauschähnlichem Vorgang oder als entgeltliches Veräußerungsgeschäft einer näheren rechtlichen Prüfung nicht standhält, obwohl auch das Aktienrecht von Sacheinlagen und den "dafür zu gewährenden Aktien" spricht (vgl. § 34 Abs. 1 Nr. 2 und § 38 Abs. 2 Satz 2 AktG). Daß der Gesetzgeber dieser gesellschaftsrechtlichen Wertung im UmwStG nicht voll Rechnung getragen hat, ergibt sich daraus, daß nicht alle Einbringungsvorgänge, unabhängig von dem Wertansatz bei der aufnehmenden Kapitalgesellschaft, von Steuerbelastungen freigestellt hat. Aus dieser Erkenntnis erscheint es zulässig, die in § 17 Abs. 4 UmwStG geregelte Veräußerung als eine vom Gesetzgeber geschaffene Fiktion zu bezeichnen.

2.2 Die bilanzielle Manövriermasse der aufnehmenden Kapitalgesellschaft

Die bilanzielle Manövriermasse der aufnehmenden Kapitalgesellschaft kann sowohl handelsrechtlicher als auch steuerrechtlicher Natur sein. Aus handelsrechtlicher Sicht hat das AktG 1965 neue Maßstäbe für die aufnehmende Kapitalgesellschaft gesetzt. Neben den bislang vorherrschenden Grundsatz des Gläubigerschutzes ist der Grundsatz des Aktionärsschutzes gleichberechtigt hinzugetreten. Die bisherigen, teilweise verschärften Höchstwertvorschriften sind durch Bestimmungen, die den Bewertungsspielraum auch nach unten begrenzen, ergänzt worden.¹⁾

1) Vgl. Pougin, E., Bilanzpolitik, S. 7 ff.

Sowohl aus handelsrechtlicher als auch aus steuerrechtlicher Sicht kann an die bereits an früherer Stelle getroffene Unterscheidung zwischen Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten angeknüpft werden.¹⁾ Während sich die Bilanzierungswahlrechte auf die Frage konzentrieren, ob ein Vermögensgegenstand bzw. Wirtschaftsgut (Immaterielle Anlagewerte, Firmenwert, Kosten der Ingangsetzung, Disagio usw.) aktiviert werden kann oder passiviert werden muß, stehen Wertansatz- und Methodenwahlrechte (Anschaffungskosten, Herstellungskosten, Abschreibungsverfahren etc.) im Mittelpunkt der Bewertungsvorschriften.²⁾

Infolge des Grundsatzes der Bestimmtheit des Wertansatzes scheint es, daß unter der Herrschaft des neuen Aktienrechts für die Bewertungsfreiheit beim Ansatz des eingebrachten Betriebsvermögens gemäß § 17 Abs. 2 UmwStG kein Raum mehr besteht. Bilden Anschaffungs- oder Herstellungskosten handelsrechtlich obere und untere Bewertungsgrenze zugleich, so mündet die hier interessierende Problemstellung bilanzieller Aktionsspielräume in die Frage ein, ob und inwieweit die aktienrechtliche Betrachtungsweise bei der Einbringung eines Betriebes einer Modifikation oder Ausweitung bedarf. Wegen dem Einfluß des UmwStG ist für den Ansatz der Sacheinlage ebenso zu prüfen, ob eine Bewertung auch unterhalb ihres Zeitwertes noch mit der den aktienrechtlichen Bestimmungen inhärenten Zielsetzung vereinbart werden kann. Durch die steuerlichen Vergünstigungen des UmwStG bei der Einbringung eines Betriebes in eine Kapitalgesellschaft rückt schließlich die Lösung der Frage in den Vordergrund,

1) Vgl. S.105 dieser Arbeit.

2) Vgl. Pougin, E., Bilanzpolitik, S. 11 ff.; dort wird zwischen Bilanzierungs-, Bewertungs- und Ausweishwahlrechten unterschieden. Vgl. ferner Kupsch, P., Bilanzierung von Rückstellungen, S. 59 ff.

"ob die aus steuerlichen Gründen notwendige oder zweckmäßige Buchwertverknüpfung nicht auch bei der Bilanzierung der Aktiengesellschaft in allen Fällen maßgebend wird und die dadurch bewirkte Unterbewertung zur Wahrung steuerlicher Vorteile hingenommen werden muß." ¹⁾

Die angesprochenen Probleme stellen sich sowohl für die übertragend errichtende als auch für die übertragend verschmelzende Umwandlung.

2.21 Im Rahmen der handelsrechtlichen Bilanzierung

Die herrschende Meinung im Handelsrecht ²⁾ räumt der aufnehmenden Kapitalgesellschaft weitgehende Bewertungsfreiheit ein. V. Godin/Wilhelmi rechtfertigen diese Bewertungsfreiheit damit, daß bei Sacheinlagen eine Bewertung zu Anschaffungskosten nicht herangezogen werden könne. Wegen des Verbots der Unterpari-Emission sei deshalb der Nennbetrag der hingegebenen Aktien als untere Grenze zu beachten, während der wahre Wert der Sacheinlage die obere Grenze bilde. ³⁾ Adler/Düring/Schmaltz räumen für den Fall, daß der Zeitwert der Sacheinlagen höher ist als der Nennwert der zu gewährenden Aktien, mehrere Möglichkeiten der Bewertung ein, durch die gleichzeitig die Anschaffungskosten für die Zukunft festgelegt würden:

- Bewertung der Sacheinlage mit dem Betrag, der dem Nennbetrag der zu gewährenden Aktien entspricht; Wertansatz mit stiller Reserve (zulässig);
- Ansatz der Sacheinlage mit ihrem Zeitwert; der über den Nennbetrag der zu gewährenden Aktien hinausgehende Betrag ist dann gemäß § 150 Abs. 2 Nr. 2 AktG der gesetzlichen Rücklage zuzuführen;

1) Frey, G., Sacheinlage, S. 1490.

2) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, Rechnungslegung, § 153 AktG, Anm. 55; v. Godin-Wilhelmi, Aktiengesetz, § 27 AktG, Anm. 14.

3) Vgl. v. Godin-Wilhelmi, Aktiengesetz, § 27 AktG, Anm. 14.

- Bewertung der Sacheinlagen entsprechend den satzungsmäßigen Bestimmungen über die Höhe des Aufgeldes.

Unter Hinweis auf "vernünftige kaufmännische Grundsätze" erscheinen für den Fall der Buchwertfortführung auch andere Bewertungsansätze möglich.¹⁾

Im neueren Schrifttum kommt demgegenüber Döllerer unter Anwendung der allgemeinen Regel des § 40 Abs. 2 HGB zu dem Ergebnis, daß die Vermögensgegenstände mit dem Wert anzusetzen seien, der ihnen am Bilanzstichtag beizulegen ist, da er diesen für jenen Wert hält, "der dem Wesen einer Eröffnungsbilanz, insbesondere unter Beachtung der Auswirkungen auf die künftige Gewinnermittlung, am besten gerecht wird"²⁾. Mit Ballerstedt³⁾ vertritt er die Ansicht, daß im Falle der Unterbewertung der Sacheinlage ein Teil ihres Wertes der Bindung im Grundkapital oder in der gesetzlichen Rücklage entzogen würde, deren Folge wegen zu geringer Abschreibungen Scheingewinne sind.

Unter Einschluß der vom UmwStG begünstigten Einbringungsfälle unterscheidet Frey zwischen der freiwilligen Unterbewertung ohne Vermeidung der Besteuerung und der freiwilligen Unterbewertung zur Vermeidung der Besteuerung.⁴⁾ Wenngleich er der ersten Alternative kaum praktische Bedeutung einräumt, da die Fälle der Überbewertungen der Sacheinlage relevanter erscheinen, tritt er der Ansicht Döllerers bei, der für diesen Fall eine Bewertungsfreiheit ablehnt bzw. den Zeitwert für die Bilanzierung als maßgebend betrachtet. Für den Fall der freiwilligen Unterbewertung zur Vermeidung der Besteuerung, der bei der Einbringung eines Betriebes im Mit-

1) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, Rechnungslegung, § 153 AktG, Anm. 55.

2) Döllerer, G., Aktiengesetz und Steuerrecht, S. 335.

3) Vgl. Ballerstedt, K., Kapital, Gewinn und Ausschüttung, S. 69 ff.

4) Vgl. Frey, G., Sacheinlage, S. 1491 ff.

telpunkt steht, kommt Frey zu dem Ergebnis, daß vom Gesetzgeber gewollte steuerliche Erleichterungen nicht an formalrechtlichen Überlegungen scheitern dürfen, da die zu den §§ 154, 155 AktG gegebene amtliche Begründung auch hier Gültigkeit besitzt:¹⁾

Nach § 154 AktG können bei Gegenständen des Anlagevermögens und nach § 155 AktG bei Gegenständen des Umlaufvermögens außerplanmäßige Abschreibungen und Wertberichtigungen bzw. Unterbewertungen vorgenommen werden, soweit der niedrigere Wertansatz "für Zwecke der Steuern vom Einkommen und vom Ertrag für zulässig gehalten wird"²⁾. Damit wird deutlich, daß falls ein Wertansatz steuerlich für zulässig gehalten wird, er auch aktienrechtlich anzuerkennen ist.³⁾ Eine sinngemäße Übertragung dieses Grundgedankens der §§ 154, 155 AktG auf die handelsrechtliche Bilanzierung der Sacheinlage bei der aufnehmenden Kapitalgesellschaft ermöglicht u. E. die sofortige Einbuchung des eingebrachten Betriebsvermögens zum Buchwert. Es erscheint nicht notwendig, daß die aufnehmende Kapitalgesellschaft den steuerlich für zulässig gehaltenen Wert über Abschreibungen erreichen muß.

"Andernfalls müßte in diesen Vermögensgegenständen für eine logische Sekunde - nämlich in der Eröffnungsbilanz - eine Aufbuchung bis zum Zeitwert Platz greifen, woraus die Finanzverwaltung den Willen zur Realisierung der stillen Reserven folgern oder in den Fällen, in denen die strikte Fortführung der Buchwerte verlangt wird, die Inanspruchnahme der steuerlichen Vergünstigungen en bloc verweigern könnte."⁴⁾

Für eine ausdehnende Anwendung der Zulässigkeit handelsrechtlicher Unterbewertungen im Rahmen der Einbringung eines Betriebes spricht schließlich

1) Vgl. Frey, G., Sacheinlage, S. 1492.

2) § 154 Abs. 2 Ziff. 2 und § 155 Abs. 3 Ziff. 2 AktG.

3) Vgl. Scherpf, P., Aktienrechtliche Rechnungslegung, RZi 227.

4) Frey, G., Sacheinlage, S. 1492.

auch die Begründung zum Regierungsentwurf der §§ 154, 155 AktG. Dort will der Gesetzgeber ausdrücklich Unterbewertungen, die das Steuerrecht gestattet, billigen, "mögen sie auch über das an sich zulässige Maß hinausgehen"¹⁾. Der Inanspruchnahme steuerlicher Vergünstigungen dürfen handelsrechtliche Hindernisse insoweit nicht entgegenstehen. Dieses Ergebnis muß nach Frey hingenommen werden, weil ansonsten das mit dem UmwStG verfolgte Ziel des Gesetzgebers, nämlich die Einräumung eines Aktionsspielraumes bei der Gestaltung der Rechtsform, nicht erreichbar erscheint.²⁾

2.22 Im Rahmen der §§ 17 ff. UmwStG

Wird der Grundgedanke der §§ 154, 155 AktG, daß handelsrechtlich gilt, was steuerlich zulässig ist, akzeptiert, so rücken die steuerrechtlichen Aktionsspielräume und die damit verbundenen steuerlichen Konsequenzen ihrer Ausfüllung für die aufnehmende Kapitalgesellschaft in den Mittelpunkt der Betrachtung. Steuerrechtliche Aktionsspielräume für die aufnehmende Kapitalgesellschaft können sich einmal hinsichtlich des Ansatzes der Sacheinlage insgesamt und zum anderen für einzelne Wirtschaftsgüter ergeben. Für den Ansatz der Sacheinlage insgesamt stehen der aufnehmenden Kapitalgesellschaft grundsätzlich drei Alternativen zur Wahl: Ansatz des eingebrachten Betriebsvermögens zum Buchwert, Ansatz zum Teilwert oder Ansatz zu einem Wert zwischen Buchwert und Teilwert (§ 17 Abs. 2 UmwStG).

Werden mehrere Betriebe, Teilbetriebe, Mitunternehmeranteile oder 100 %ige Beteiligungen eingebracht, so kann das Wahlrecht von der aufnehmenden Kapitalgesellschaft unterschiedlich ausgeübt werden. Eine unter-

-
- 1) Begründung zum Regierungsentwurf eines Aktiengesetzes und eines Einführungsgesetzes zum Aktiengesetz, Bundestagsdrucksache IV/171, in: Kropff, B., Aktiengesetz, S. 247.
 - 2) Vgl. Frey, G., Sacheinlage, S. 1492; so auch im Ergebnis Fasold, R., Umwandlungsteuergesetz, S. 221.

schiedliche Ausübung des Wahlrechts ist im Falle der Übertragung des gesamten Vermögens einer Mitunternehmerschaft auch hinsichtlich des einzelnen eingebrachten Mitunternehmeranteils zulässig.¹⁾

Mit der Ausübung des Bewertungswahlrechts beim Ansatz der Sacheinlage insgesamt präjudiziert die aufnehmende Kapitalgesellschaft andererseits steuerliche Rechtsfolgen hinsichtlich einzelner Wirtschaftsgüter. Gemäß § 20 Abs. 1 UmwStG in Verbindung mit § 7 UmwStG tritt die aufnehmende Kapitalgesellschaft in die Rechtsstellung des Einbringenden ein, wenn sie die Buchwerte fortführt. Dies gilt gemäß § 20 Abs. 2 UmwStG, allerdings unter Berücksichtigung von Beschränkungen und Abweichungen, ebenso für den Ansatz zum Zwischenwert.²⁾

Die in § 7 Abs. 1 UmwStG genannten steuerlichen Merkmale und Vorbehalte, die für die Ermittlung des laufenden Gewinns von Bedeutung sind, werden von der aufnehmenden Kapitalgesellschaft im Wege der Gesamtrechtsnachfolge in vollem Umfange übernommen. Dort aufgeführte steuerrechtliche Aktionsspielräume leben durch die Einbringung nicht wieder auf, soweit sie vom Einbringenden bereits ausgefüllt waren. Lediglich der übliche Übergang von der degressiven zur linearen Abschreibung ist weiterhin zulässig.

Wird das eingebrachte Betriebsvermögen demgegenüber zum Teilwert angesetzt, kommen gemäß § 20 Abs. 3 UmwStG die Grundsätze des § 7 UmwStG nicht zur Anwendung. Die aufnehmende Kapitalgesellschaft tritt nicht in die Rechtsstellung des Einbringenden ein. Die eingebrachten Wirtschaftsgüter gelten als im Zeitpunkt der Einbringung zum Teilwert angeschafft, sofern die Sacheinlage insgesamt zum Teilwert angesetzt wird.³⁾

1) Vgl. Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 4050 f.

2) Vgl. Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZ 4497 und 4503; bezüglich der Einschränkungen und Abweichungen vgl. S. 217 ff. dieser Arbeit.

3) Vgl. Kamprad, B., Einbringung Berliner Betriebe, S. 1291 ff.

Die aufnehmende Kapitalgesellschaft ist insoweit an die vom Einbringenden bisher gewählten Abschreibungsverfahren nicht gebunden. Das Wahlrecht zwischen degressiver und linearer Abschreibung kann erneut ausgeübt werden, auch wenn bisher linear abgeschrieben wurde.¹⁾

Beim Ansatz des eingebrachten Betriebsvermögens zum Teilwert ist auf der Grundlage des § 6 Abs. 1 Ziff. 1 Satz 3 EStG der Teilwert sämtlicher Wirtschaftsgüter zu ermitteln, die dem eingebrachten Betrieb im Zeitpunkt der Einbringung zuzurechnen sind. Als Objekt des Teilwertes ist das einzelne Wirtschaftsgut anzusehen. Daher ist das eingebrachte Betriebsvermögen grundsätzlich mit der Summe der Teilwerte anzusetzen.²⁾

Mit dem Teilwert, der eine spezifisch steuerrechtliche Wertkategorie verkörpert, rückt bilanzpolitische Manövriermasse in den Vordergrund, deren Ursache in der nicht-operationalen Legaldefinition für die praktische Bewertung begründet ist. Nach der Legaldefinition entspricht er dem Betrag, den ein Erwerber eines ganzen Betriebes bei Fortführung desselben im Rahmen des Gesamtkaufpreises für das einzelne Wirtschaftsgut ansetzen würde. Wenngleich der RFH den Teilwert durch Teilwertvermutungen,³⁾ die in erster Linie Preiszuordnungen aus Beschaffungsmärkten sowie die Anschaffungs- und Herstellungskosten enthalten, präzisiert hat, räumt die Mehrdeutigkeit der Wertbestimmung dem Ermessen des bilanziellen Entscheidungsträgers - zumindest theoretisch - einen gewissen Spielraum ein.

"Bei der Ermittlung des Teilwertes für Gegenstände des Anlagevermögens ist so vorzugehen, daß zunächst die fortgeführten unter den Anschaffungs- oder Herstellungskosten liegenden Wiederbeschaffungskosten zu

-
- 1) Vgl. Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 2687 und 4527. Bezüglich der Konsequenzen des Ansatzes der Sacheinlage zum Teilwert vgl. S. 207 ff. dieser Arbeit.
 - 2) Vgl. Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 2870.
 - 3) Zu den Teilwertvermutungen vgl. Bühler-Scherpf, Bilanz und Steuer, S. 521 ff.; vgl. ferner Lausberg, F.-W., Teilwertansätze in Steuergesetzgebung, S. 2176 ff.

bestimmen sind. Davon können wegen 'Unrentierlichkeit' des Betriebes und des Bewertungsobjekts Abschläge vorgenommen werden, so daß der Teilwert unter den fortgeführten Wiederbeschaffungskosten liegen kann und in Einzelfällen mit dem Einzelveräußerungspreis zusammenfällt.

Auch bei den Gegenständen des Umlaufvermögens wird der niedrigere Teilwert aus Beschaffungsmärkten abgeleitet. Weichen Verkaufsaufwendungen und Anschaffungsnebenkosten nur wenig voneinander ab, so führt die Beschaffungsmarktorientierung zum gleichen Ergebnis wie die Bewertung zu Veräußerungswerten. ¹⁾

Durch die Bezugnahme der Teilwertdefinition auf die "Fiktion des Gesamtkaufpreises" enthält der Teilwert auch Merkmale einer Gesamtbewertung, die die Problematik seiner Ermittlung verdeutlichen. ²⁾ Sie beruht auf dem Verhältnis von Gesamtwert der Unternehmung zur Einzelbewertung von Vermögensgegenständen und damit auf der Zwecksetzung, die Betriebsbezogenheit der einzelnen Wirtschaftsgüter bei der Bewertung zu berücksichtigen. Ausgehend von der praktischen und theoretischen Schwierigkeit der Ermittlung eines Gesamtwertes, der der Summe der Einzelwerte entspricht, ist es nach dem Grundsatz der Einzelbewertung nicht zulässig, den Gesamtwert einer Unternehmung auf die einzelnen Wirtschaftsgüter zu verteilen. ³⁾

Andererseits setzt der Ansatz des eingebrachten Betriebsvermögens zum Teilwert voraus, "daß ein selbst geschaffener Firmenwert in der steuerlichen Aufnahmebilanz angesetzt wird" ⁴⁾ Mit dem Ansatz eines Firmenwertes werden im Gesamtkaufpreis enthaltene Kapitalisierungsmehrwerte erfaßt,

1) Kupsch, P., Bilanzierung von Rückstellungen, S. 92.

2) Vgl. hierzu z. B. Schneider, D., Betriebswirtschaftliche Teilwertlehren, S. 305 ff.; Scherpf, P., Beurteilung neuer Teilwertvorschläge, S. 75 ff.; Lausberg, F.-W., Teilwertansätze in Steuergesetzgebung, S. 2176 ff.

3) Vgl. Hermann-Heuer, Einkommensteuer, § 6 EStG, Anm. 9.

4) Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 4221 (Hervorhebungen im Original sind weggelassen); vgl. außerdem BdF-Schreiben v. 20. 7. 1970.

die nicht den einzelnen Wirtschaftsgütern zurechenbar sind.¹⁾ Ohne die besondere Problematik des Firmenwertes an dieser Stelle weiter vertiefen zu wollen, erscheint es zulässig, die Vielfalt der in der Literatur diskutierten Ermittlungsmethoden als Ausdruck eines weiteren bilanziellen Aktionsspielraumes zu werten.

Meinungsverschiedenheiten bestehen bereits hinsichtlich des Charakters des Unternehmenswertes. Während in der älteren Literatur²⁾ die Betrachtungsweise, daß bei der Unternehmensbewertung ein objektiver Wert zu bestimmen sei, im Vordergrund stand, wird im neueren Schrifttum³⁾ die Zukunfts- und Subjektbezogenheit der Unternehmensbewertung betont. Der BFH sieht im Geschäftswert einen objektbezogenen Wert, der von den persönlichen Eigenschaften des Unternehmers losgelöst und mit dem Unternehmen veräußerlich ist.⁴⁾ Für ihn ist der Ansatz von Wirtschaftsgütern zum Teilwert der Höhe nach eine Frage der Beweisführung und der tatsächlichen Feststellungen.⁵⁾ Trotz Einbeziehung des Unsicherheitsmomentes in das Bewertungskalkül kann u. E. eine Berechnung des Unternehmenswertes bestenfalls Annäherungswerte an den "richtigen" oder "wahren" Wert liefern, da Zukunftserwartungen bei der Wahl des Verfahrens zur Bewertung des eingebrachten Unternehmens berücksichtigt werden müssen.

Andererseits ist das Bewertungswahlrecht gemäß § 17 Abs. 2 Satz 1 UmwStG

1) Vgl. Kolbe, K., Geschäftswert, S. 845 ff.

2) Vgl. z. B. Schmalenbach, E., Beteiligungsfinanzierung, S. 35 ff.; Jacob, H., Zukunftserfolgsbegriff, S. 231 ff.; Busse v. Colbe, W., Der Zukunftserfolg.

3) Vgl. z. B. Coenenberg, A. G., Unternehmensbewertung, S. 793 ff. und die dort angegebene Literatur; vgl. ferner Hintner, O., Unternehmensbewertung und Bewertungsgesetz, S. 205 ff.

4) Vgl. BFH-Urteil v. 10. 11. 1960.

5) Vgl. BFH-Urteil v. 28. 9. 1962.

für den Ansatz der Sacheinlage an bestimmte Voraussetzungen geknüpft, die die bilanziellen Aktionsspielräume wiederum einschränken.

2.3 Bilanzrechtliche Beschränkungen des Aktionsspielraums

Bilanzrechtliche Beschränkungen des Aktionsspielraums betreffen einmal jene Merkmale, die erfüllt sein müssen, damit die in § 17 UmwStG aufgeführten Tatbestände der Einbringung vorliegen. Von der Erfüllung dieser Merkmale hängt es ab, ob der 3. Teil des UmwStG und die damit verbundenen Steuervergünstigungen überhaupt zur Anwendung kommen, oder ob die in der Sacheinlage enthaltenen stillen Reserven realisiert werden müssen. Dies hat für die bilanziellen Entscheidungsprozesse der aufnehmenden Kapitalgesellschaft insoweit Bedeutung, als im letzteren Fall das Bewertungswahlrecht entfällt.

Zum anderen hat der Gesetzgeber das sehr weit gefaßte Bewertungswahlrecht der aufnehmenden Kapitalgesellschaft in bestimmten Fällen kraft Gesetzes eingeschränkt. Im Mittelpunkt stehen dabei Mindestwertvorschriften, die von Bilanzierenden zu beachten sind.

2.31 Begriffliche Voraussetzungen

Der Einbringungsvorgang wird in der Literatur teils mit dem Begriff "Sacheinlage" teils mit dem Begriff "Sachübernahme" umschrieben. "Als Einbringung im Sinne des § 17 Abs. 1 (UmwStG, Anm. d. V.) ist die sogenannte Sachübernahme anzusehen, wenn sie einen Betrieb, Teilbetrieb, Mitunternehmeranteil oder eine 100 %ige Beteiligung erfaßt und auf die zu erbringende Sacheinlage angerechnet wird."¹⁾

1) Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 3914 (Hervorhebungen im Original sind weggelassen).

Bei Anwendung der wirtschaftlichen Betrachtungsweise ist davon auszugehen, daß zwischen Sacheinlage und Sachübernahme kein Unterschied besteht.¹⁾ Auf die Frage, ob der Leistende ein Gesellschafter oder ein Dritter ist, der die Interessen eines Gesellschafters wahrnimmt, kommt es insoweit nicht an.²⁾ Für steuerliche Zwecke ist es auch unbeachtlich, daß die rechtliche Konstruktion beim Sachübernahmevertrag eine andere ist als bei der Sacheinlage. Während bei der Sachübernahme zwei Rechtsvorgänge vorliegen - Verkauf der Sachwerte durch den oder die Einbringenden an die Gesellschaft und Aufrechnung der entstandenen Kaufpreisforderung mit der Einlagenforderung - , ist bei der Sacheinlage lediglich ein Einbringungsvertrag gegeben.³⁾

"Steuerlich wird der Ankauf der Sachwerte durch die aufnehmende Kapitalgesellschaft bei dieser nicht als Anschaffungsvorgang den allgemeinen Regeln unterworfen, sondern als Einlage behandelt, die, wenn sie in einem Betrieb, Teilbetrieb, Mitunternehmeranteil oder einer 100 %igen Beteiligung besteht, nach dem 3. Teil des UmwStG beurteilt wird."⁴⁾

Der Tatbestand der Sacheinlage gemäß § 17 Abs. 1 UmwStG setzt voraus, daß als Gegenleistung für die Einbringung neue Anteile, die aus einer Neugründung (§ 27 AktG) oder aus einer Kapitalerhöhung (§§ 183, 194 und 205 AktG) stammen, an der aufnehmenden Kapitalgesellschaft gewährt werden. Bereits im Verkehr befindliche Anteile, die von der aufnehmenden Gesellschaft erworben wurden, gelten nicht als neue Anteile im Sinne des § 17 Abs. 1 UmwStG.⁵⁾ Desgleichen sind Anteile, die im Rahmen einer Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln aufgrund des bisherigen Besitzstandes zugeteilt werden (§ 215 Abs. 1 AktG, § 12 Abs. 1 KapErhG), nicht als neue Anteile anzusehen.⁶⁾

1) Vgl. Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 3915.

2) So im Ergebnis das BFH-Urteil v. 4.10.1966.

3) Vgl. Böttcher-Beinert-Hennerkes, Unternehmensform, S. 141.

4) Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 3916 (Hervorhebungen im Original sind weggelassen).

5) Vgl. Rau, H.G., Umwandlungs-Steuergesetz 1969, S. 1432.

6) Vgl. Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 3913.

Bei der aufnehmenden Kapitalgesellschaft muß es sich um eine unbeschränkt steuerpflichtige Kapitalgesellschaft im Sinne des § 1 Abs. 1 Nr. 1 KStG handeln. Dazu zählen: AG, KGaA, GmbH, Kolonialgesellschaften und bergrechtliche Gewerkschaften. Nicht in Betracht kommen Stiftungen, Genossenschaften, Versicherungsvereine aG sowie Körperschaften des öffentlichen Rechts. Bei derartigen Rechtsgebilden kommen die allgemeinen Grundsätze zur Anwendung, die die Realisierung der stillen Reserven vorsehen.¹⁾

Die Anwendung des UmwStG kommt auch im Rahmen der sog. verschleierte Sachgründung in Betracht, sofern ein Betrieb, Teilbetrieb, Mitunternehmeranteil oder eine 100 %ige Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft eingebracht wird und die Beteiligten den wirtschaftlichen Erfolg bestehen lassen.²⁾ Die bürgerlich-rechtliche Nichtigkeit des Vorgangs³⁾ steht dem nicht entgegen (§ 5 Abs. 2 StAnpG).

2.32 Ausprägungsformen der Sacheinlage und ihre Abgrenzung

Gegenstand der Einbringung kann nach § 17 UmwStG ein Betrieb, ein Teilbetrieb, ein Mitunternehmeranteil oder eine 100 %ige Beteiligung an einer anderen Kapitalgesellschaft sein. Dies gilt grundsätzlich auch hinsichtlich des im Ausland belegenen Vermögens, das zu einem in- oder ausländischen Betrieb, Teilbetrieb oder einem Mitunternehmeranteil gehört.⁴⁾

1) Vgl. Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 3864.

2) Vgl. BFH-Urteil v. 5.12.1950.

3) Vgl. BGH-Urteil v. 10.11.1958.

4) Vgl. Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 4084.

2. 321 Einbringung eines Betriebes

Der Betrieb im Sinne des UmwStG ergibt sich aus den von der Rechtsprechung und der Literatur zu den §§ 14, 16 und 18 Abs. 3 EStG entwickelten Abgrenzungsmerkmalen. Die Einbringung eines Betriebes liegt danach vor, wenn die Wirtschaftsgüter, die zu den wesentlichen Grundlagen des einzubringenden Betriebes gehören, in der Weise übertragen werden, daß der Betrieb als geschäftlicher Organismus fortgeführt werden kann.¹⁾ Was als die wesentlichen Grundlagen anzusehen ist, liegt weitgehend auf tatsächlichem Gebiet des Einzelfalles.²⁾

Voraussetzung für die Einbringung eines Betriebes im Sinne des § 17 ff. UmwStG ist, daß die einzelnen zum Betrieb gehörenden Wirtschaftsgüter in einem einheitlichen Vorgang auf die aufnehmende Kapitalgesellschaft übertragen werden.³⁾ Dies bedeutet zwar nicht, daß die Übertragung an einem einzigen Tag stattfinden muß. Nicht als Einbringung eines Betriebes ist jedoch anzusehen, wenn nacheinander und über mehrere Jahre hinweg übertragen wird.⁴⁾

"Werden Wirtschaftsgüter, die beim Einbringenden zum Betriebsvermögen des eingebrachten Betriebes gehört haben, in die Kapitalgesellschaft nicht miteingebracht, so sind sie bei der Einbringung grundsätzlich als entnommen zu behandeln mit der Folge der Realisierung der in ihrem Buchwert enthaltenen stillen Reserven, es sei denn, daß die nicht miteingebrachten Wirtschaftsgüter weiterhin Betriebsvermögen sind."⁵⁾

1) Vgl. BFH-Urteil v. 6. 2. 1962; Abschnitt 139 EStR 1968, BdF-Schreiben v. 20. 7. 1970; vgl. auch Glade, A., Einzelfragen zum Umwandlungssteuergesetz, S. 2050 f.

2) Vgl. Hermann-Heuer, Einkommensteuer, § 16 EStG, Anm. 3 f.; BFH-Urteil v. 28. 10. 1964.

3) Vgl. Böttcher-Beinert-Hennerkes, Erlaß zum Umwandlungssteuergesetz, B 4, S. 172.

4) Vgl. Widmann-Mayer, Umwandlungssteuerrecht, RZi 3802.

5) BdF-Schreiben v. 20. 7. 1970.

Dieser Tatbestand wird für die Frage der Anwendung der §§ 17 ff. UmwStG relevant, wenn die nicht miteingebrachten Wirtschaftsgüter die wesentliche Grundlage des Betriebes darstellen. Nicht schädlich für die Anwendung des 3. Teils des UmwStG ist es, wenn unwesentliche Teile des Betriebes nicht auf die Kapitalgesellschaft übertragen werden.¹⁾ Während Loos in diesem Zusammenhang für eine großzügige Auslegung des Begriffes Betrieb plädiert, sucht Felix einen Ausweg dadurch, daß die nicht miteinzubringenden wesentlichen Wirtschaftsgüter vorher an Angehörige verkauft oder verschenkt werden.²⁾

Kommt der 3. Teil des UmwStG nicht zur Anwendung, so liegt die Übertragung einzelner Wirtschaftsgüter vor, die hinsichtlich dieser Wirtschaftsgüter zur Gewinnrealisierung führt. Dies gilt auch für den Fall, daß das zurückbehaltene Wirtschaftsgut an die Kapitalgesellschaft vermietet wird.³⁾

Zu einem Betrieb im Sinne des § 17 UmwStG gehören land- und forstwirtschaftliche Betriebe, gewerbliche Betriebe und Betriebe von Körperschaften des öffentlichen Rechts. Das Vermögen, das einer selbständigen Tätigkeit dient, ist ebenfalls dazu zu rechnen.⁴⁾ Die Einbringung eines Betriebes kommt auch dann noch in Betracht, wenn die Liquidation zwar beabsichtigt bzw. beschlossen ist, der Wille zur Betriebsaufgabe jedoch nach außen noch nicht erkennbar wurde. Desgleichen gilt für einen in Vorbereitung befindlichen Betrieb.⁵⁾ Für den Fall, daß der einzubringende Betrieb das gesamte Vermögen einer Mitunternehmerschaft ausmacht, ist nicht von der

1) Vgl. RFH-Urteil v. 9.5.1933; v. Wallis, H., Einbringung eines Personenunternehmens, S. 1480.

2) Vgl. Loos, G., Umwandlungsteuergesetz 1969, RZi 891; Felix, G., Umwandlungsteuer-Praktikum, S. 135 ff.

3) Vgl. BdF-Schreiben v. 20.7.1970.

4) Vgl. Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 3781.

5) Vgl. Glade, A., Steuererleichterungen, S. 2026.

Einbringung eines Betriebes, sondern von der Einbringung mehrerer Mitunternehmeranteile auszugehen.

Fraglich erscheint, ob die Einbringung eines Betriebes im Sinne des § 17 UmwStG möglich ist, wenn die Voraussetzungen einer Betriebsaufspaltung vorliegen. Das Wesen einer "echten" Betriebsaufspaltung besteht darin, daß ein bisher wirtschaftlich und rechtlich einheitliches Unternehmen unter Beibehaltung der wirtschaftlichen Einheit in zwei rechtlich selbständige Unternehmen aufgeteilt wird.¹⁾ Eine Betriebsaufspaltung liegt beispielsweise vor, "wenn ein Unternehmen in eine Betriebskapitalgesellschaft und in ein wesentliche Teile des Anlagevermögens an die Kapitalgesellschaft verpachtendes Besitzunternehmen aufgeteilt wird, die verpachteten Wirtschaftsgüter notwendige Betriebsgrundlage der Kapitalgesellschaft bilden und an beiden Unternehmen dieselben Personen maßgebend beteiligt sind"²⁾.

Da die Einbringung eines Betriebes im Sinne von § 17 UmwStG ex definitione die Übertragung der wesentlichen Grundlagen zur Voraussetzung hat, bei der Betriebsaufspaltung in der Regel eine Zurückbehaltung der wesentlichen Grundlagen mit dem Ziel der Verpachtung vorgesehen ist, kann u. E. in diesen Fällen eine Einbringung eines Betriebes nicht angenommen werden. Die Übertragung des Umlaufvermögens auf die Kapitalgesellschaft gegen Gewährung neuer Anteile reicht insoweit nicht aus.³⁾ Diesem Ergebnis trägt auch das BdF-Schreiben vom 20. 7. 1970 Rechnung, indem darauf hingewiesen

1) Vgl. BVerfG-Beschluß v. 14. 1. 1969.

2) Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 3804 (Hervorhebungen im Original sind weggelassen); vgl. auch BFH-Urteil v. 24. 6. 1969; BFH-Urteil v. 24. 1. 1968; BFH-Urteil v. 8. 11. 1960.

3) Vgl. Uelner, A., Betriebseinbringung, S. 2048.

wird, daß die steuerliche Behandlung der Betriebsaufspaltung sich weiterhin nach den hierfür von der Rechtsprechung entwickelten Grundsätzen richtet.¹⁾

Beide Vorgänge, Betriebseinbringung und Betriebsaufspaltung, erscheinen nur für jene Fälle miteinander vereinbar, wenn entweder "aus einem Unternehmen die einen Teilbetrieb darstellende Vertriebsorganisation ausgegliedert und gegen Gewährung neuer Anteile auf eine Kapitalgesellschaft übertragen wird"²⁾, oder wenn die Rückgängigmachung einer gegebenen Betriebsaufspaltung im Wege der Sacheinlage gemäß § 17 UmwStG beabsichtigt ist. Die Rückgängigmachung der Betriebsaufspaltung ist durch Übertragung des Betriebes des Besitzunternehmens auf die Betriebskapitalgesellschaft möglich,³⁾ wobei die Vereinfachungsregelung des BdF-Schreibens vom 20. 7. 1970 in Betracht kommen kann. Danach ist es nicht zu beanstanden, wenn die Anteile an der übernehmenden Betriebskapitalgesellschaft nicht mitgebracht werden.⁴⁾

Für die Frage der Einbringung eines Betriebes im Sinne des § 17 UmwStG ist auch der Vorgang der Betriebsverpachtung im ganzen von Bedeutung. Nach der BFH-Rechtsprechung ist die Verpachtung eines gewerblichen oder land- und forstwirtschaftlichen Betriebes im ganzen nach Wahl des Verpächters u. a. als Fortführung des Betriebes in anderer Form zulässig.⁵⁾

-
- 1) Vgl. BdF-Schreiben vom 20. 7. 1970. Mit den von der Rechtsprechung entwickelten Grundsätzen ist nach Uelner die Folgerung gemeint, daß bei einer Betriebsaufspaltung keine Gewinnrealisierung angenommen wird, obwohl der Tatbestand der Betriebseinbringung im Sinne von § 17 UmwStG nicht vorliegt. Vgl. hierzu Uelner, A., Betriebseinbringung, S. 2048.
 - 2) Widmann - Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 3805 (Hervorhebung im Original ist weggelassen).
 - 3) Vgl. Uelner, A., Betriebseinbringung, S. 2048.
 - 4) Vgl. BdF-Schreiben v. 20. 7. 1970. Bezüglich der steuerlichen Behandlung einbringungsgeborener Anteile vgl. S. 226 ff. dieser Arbeit.
 - 5) Vgl. BFH-Urteil v. 13. 11. 1963; BFH-Urteil v. 18. 3. 1964.

Dadurch werden die stillen Reserven im Wertansatz des verpachteten Betriebsvermögens nicht im Zeitpunkt der Verpachtung realisiert, sondern erst wenn der Verpächter dem Finanzamt gegenüber seinen Willen zur Betriebsaufgabe bekannt gibt, oder wenn das Verpachtungsobjekt keinen Betrieb mehr darstellt.¹⁾ Diese Rechtsfolgen kommen auch für den Fall in Betracht, wenn und solange nur die wesentlichen Grundlagen des Betriebes verpachtet werden. Damit ist u. E. auch eine auf die Verpachtung der wesentlichen Grundlagen reduzierte Betriebsverpachtung noch als Betrieb des Verpächters zu werten. Sofern die übrigen Voraussetzungen erfüllt sind, kann es sich bei dem noch als Betrieb anzusehenden Verpachtungsobjekt um eine Sacheinlage im Sinne des § 17 UmwStG handeln, wenn der Verpächter als Gegenleistung neue Anteile der aufnehmenden Kapitalgesellschaft erhält.²⁾

2.322 · Einbringung eines Teilbetriebes

Was unter einem Teilbetrieb im Sinne des § 17 UmwStG zu verstehen ist, kann aus der Rechtsprechung und dem Schrifttum zu § 16 EStG entnommen werden. Ein Teilbetrieb ist gegeben, wenn die Merkmale eines mit einer gewissen Selbständigkeit ausgestatteten, organisatorisch geschlossenen und für sich lebensfähigen Teils des Gesamtbetriebes erfüllt sind.³⁾ Damit setzt der Begriff "Teilbetrieb" neben dem Merkmal eines geschlossenen betrieblichen Teilorganismus eine gewisse Eigenständigkeit voraus, die die allgemeinen Merkmale eines Betriebes im Sinne des Einkommensteuerrechts impliziert, da auch ein Teilbetrieb begrifflich als Betrieb anzusehen ist.

1) Vgl. auch FinMin NRW, Erlaß vom 28.12.1964.

2) Vgl. Uelner, A., Betriebseinbringung, S. 2049.

3) Vgl. BFH-Urteil v. 27.3.1969; BFH-Urteil v. 24.4.1969; Blümich-Falk, Einkommensteuergesetz, § 16 EStG, Anm. 3; Abschnitt 139 Abs. 3 EStR 1969.

Maßgebend hierfür ist die Funktion im Rahmen des Gesamtbetriebes. Nicht gefordert wird eine völlig selbständige Organisation mit eigener Buchführung.¹⁾

Wie bei der Einbringung eines Betriebes im ganzen wird auch bei der Einbringung eines Teilbetriebes vorausgesetzt, daß die wesentlichen Grundlagen des Teilbetriebes miteingebracht werden. Sind diese Merkmale nicht erfüllt, so ist von der Übertragung einzelner Wirtschaftsgüter auszugehen, die eine Realisierung der stillen Reserven "entweder in der Form, daß die Beteiligung an der Kapitalgesellschaft im Betriebsvermögen des Einbringenden mit dem Teilwert der eingebrachten Wirtschaftsgüter anzusetzen ist oder in der Weise, daß die Beteiligung an der Kapitalgesellschaft mit dem Teilwert der eingebrachten Wirtschaftsgüter als entnommen anzusehen ist",²⁾ zur Folge hat.

Für den Fall, daß ein Teilbetrieb verpachtet wird, erscheint es nicht zweifelsfrei, ob das von der Rechtsprechung bei der Verpachtung eines Betriebes im ganzen gebilligte Wahlrecht des Verpächters ebenso zum Zuge kommt, da bei der Teilbetriebsverpachtung ein Betriebsvermögen vorhanden ist, dem das Verpachtungsobjekt zugerechnet werden kann. Außerdem muß die Verpachtung eines Teilbetriebes im Rahmen eines gewerblichen Betriebes als gewerbliche Tätigkeit angesehen werden. Dabei fragt es sich, ob die zur Betriebsverpachtung entwickelten Grundsätze auf eine Teilbetriebsverpachtung überhaupt übertragbar sind.

Der BFH hat in seinen Überlegungen offensichtlich darauf abgestellt, ob der Verpächter oder sein Rechtsnachfolger den Betrieb nach Beendigung des Pachtverhältnisses fortführen kann oder nicht. Dies erscheint dem BFH

1) Vgl. Hermann-Heuer, Einkommensteuer, § 16 EStG, Anm. 7a.

2) Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 3819.

möglich, wenn die wesentlichen Grundlagen des Betriebes noch verpachtet sind, obwohl unter Umständen ein geschlossener Organismus nicht (mehr) vorhanden ist.¹⁾ Eine analoge Anwendung dieser Überlegung auf die Verpachtung eines Teilbetriebes erscheint zulässig, denn auch hier dürfte u. E. entscheidend sein, "ob der Verpächter des bei Pachtbeginn einen geschlossenen betrieblichen Teilorganismus darstellenden Pachtobjekts (Teilbetrieb) die Möglichkeit hat, diesen Organismus nach Beendigung des Miet- oder Pachtverhältnisses in seiner Hand neu zu beleben ..."²⁾ Solange die wesentlichen Grundlagen noch vorhanden sind, erscheint dies möglich. Demzufolge ist von der Einbringung eines Teilbetriebs und damit von einer Sacheinlage im Sinne von § 17 UmwStG auszugehen, wenn neben den sonstigen Voraussetzungen die wesentlichen Grundlagen des verpachteten Teilbetriebs gegen Gewährung von neuen Anteilen in eine Kapitalgesellschaft eingebracht werden.

Bei dem Teilbetrieb kann es sich um einen land- und forstwirtschaftlichen, einen gewerblichen Teilbetrieb oder um einen Teilbetrieb einer Körperschaft des öffentlichen Rechts handeln. Desgleichen gilt für das Vermögen, das einer selbständigen Tätigkeit dient.

2.323 Einbringung eines Mitunternehmeranteils

Als Mitunternehmeranteil ist die Beteiligung an einer Mitunternehmerschaft anzusehen, die eine Land- und Forstwirtschaft, einen Gewerbebetrieb oder eine freie Berufstätigkeit betreibt. Charakteristisch für eine Mitunternehmerschaft ist die Erscheinung, daß die Gesellschafter am Vermögen der Gesellschaft einschließlich der stillen Reserven beteiligt sind.³⁾ Für die

1) Vgl. BFH-Urteil v. 4.11.1965.

2) Uelner, A., Betriebseinbringung, S. 2050.

3) Vgl. BFH-Urteil v. 12.1.1953.

Anerkennung einer Mitunternehmerschaft wird eine Beteiligung des Gesellschafters weder am Gewinn oder Verlust noch am Firmenwert vorausgesetzt.¹⁾ Nach dem BFH-Urteil vom 16. 7. 1964 ist auch die Regelung, daß der ausscheidende Gesellschafter in bestimmten Fällen nur zum Buchwert ausscheidet, mit der Rechtsfigur der Mitunternehmerschaft vereinbar.²⁾

Die neuere Rechtsprechung stellt demgegenüber bei der Frage, ob eine Mitunternehmerschaft vorliegt, in erster Linie auf das Vorhandensein eines Unternehmerrisikos ab, während die Beteiligung am Verlust sowie an den stillen Reserven unter Umständen nebensächlich sein soll.³⁾ Die Überprüfung der Frage des Vorhandenseins einer Mitunternehmerschaft muß stets unter Berücksichtigung der Umstände nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgen.⁴⁾

Mitunternehmerschaften begründen in der Regel folgende Rechtsformen: oHG, KG, BGB-Gesellschaften oder Partenreedereien. Nicht ausdrücklich erwähnt sind im UmwStG die Einbringung von atypisch stillen Beteiligungen und Unterbeteiligungen in eine Kapitalgesellschaft, obwohl diese Beteiligungsformen in der Realität häufig anzutreffen sind.

Da die atypische stille Beteiligung steuerlich als Mitunternehmerschaft im Sinne des § 15 Ziff. 2 EStG zu behandeln ist, kommt für sie § 17 UmwStG zur Anwendung. Dagegen ist der Tatbestand der Mitunternehmerschaft und damit der des § 17 UmwStG nicht erfüllt, wenn eine typisch stille Gesellschaft in eine Kapitalgesellschaft eingebracht wird. Dies ergibt sich daraus, daß eine typisch stille Beteiligung zivilrechtlich lediglich eine mit be-

1) Vgl. BFH-Urteil v. 9. 9. 1954; BFH-Urteil v. 14. 2. 1956.

2) Vgl. BFH-Urteil v. 16. 7. 1964.

3) Vgl. BFH-Urteil v. 9. 10. 1969.

4) Vgl. BFH-Urteil v. 21. 3. 1961.

sonderen Rechten ausgestattete Kapitalforderung darstellt. Bei der Einbringung einer typisch stillen Beteiligung handelt es sich insofern um einen Tausch, der eine Gewinnrealisierung zur Folge hat.¹⁾

Für die Behandlung der Einbringung einer atypischen Unterbeteiligung kann unterschieden werden zwischen der Einbringung einer atypischen Unterbeteiligung allein oder zusammen mit der Hauptbeteiligung. Im ersten Fall kommt § 17 UmwStG zur Anwendung, da der Unterbeteiligte im Verhältnis zum Hauptbeteiligten als Mitunternehmer gilt, während im zweiten Fall es darauf ankommt, ob das Unterbeteiligungsverhältnis fortgesetzt wird oder nicht. Im Falle der Fortsetzung des Unterbeteiligungsverhältnisses bleibt die steuerliche Rechtsposition des Unterbeteiligten unberührt.²⁾ Erhält der Unterbeteiligte dagegen Anteile an der aufnehmenden Kapitalgesellschaft, so liegt eine Einbringung eines Mitunternehmeranteils im Sinne des § 17 UmwStG vor.³⁾ Damit wird dem Grundsatz Rechnung getragen, daß ein Teilanteil steuerlich das Schicksal des ganzen Anteils teilt.⁴⁾

Sofern im Betriebsvermögen der Mitunternehmerschaft Wirtschaftsgüter enthalten sind, die sich zivilrechtlich im Alleineigentum einzelner Gesellschafter befinden und die im Rahmen ihrer betrieblichen Nutzung zu den wesentlichen Grundlagen des Betriebes zu rechnen sind, ist es für die Anwendung des § 17 Abs. 1 UmwStG erforderlich, daß auch diese als Sonderbetriebsvermögen zu behandelnden Wirtschaftsgüter miteingebracht werden.⁵⁾ Die

1) Vgl. Böttcher-Hennerkes, Stille Beteiligungen, S. 2393 f.

2) Die Fortsetzung des Unterbeteiligungsverhältnisses ist dabei so zu interpretieren, daß der Hauptbeteiligte schuldrechtlich verpflichtet wird, dem Unterbeteiligten auch an den gewährten Anteilen der aufnehmenden Kapitalgesellschaft eine Unterbeteiligung einzuräumen. Vgl. Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 3842 ff. und die dort angegebene Literatur.

3) Vgl. Böttcher-Hennerkes, Stille Beteiligungen, S. 2393 f.

4) Vgl. Hermann-Heuer, Einkommensteuer, § 16 EStG, Anm. 5.

5) Vgl. Loos, G., Betriebseinbringung, S. 11 f.; Felix, G., Umwandlungssteuer-Praktikum, S. 115.

Nichtübertragung derartiger Wirtschaftsgüter auf die aufnehmende Kapitalgesellschaft hat zur Folge, daß sie mit dem Zeitpunkt der Sacheinlage als entnommen gelten.¹⁾

Die Mitunternehmerschaft erlischt, wenn alle Mitunternehmeranteile einer Mitunternehmerschaft in eine Kapitalgesellschaft eingebracht werden und die Mitunternehmerschaft bürgerlich-rechtlich ihr gesamtes Betriebsvermögen überträgt. Steuerlich ist nicht von der Einbringung eines Betriebes auszugehen, da nach der Bilanzbündeltheorie nicht die Mitunternehmerschaft als solche, sondern die Mitunternehmer einzeln als Einbringende anzusehen sind. Damit wird der Überlegung Rechnung getragen, daß jeder Mitunternehmer für sich genommen eine Land- und Forstwirtschaft, einen Gewerbebetrieb oder eine selbständige Tätigkeit betreibt.²⁾ Dies erklärt auch, warum für jeden Mitunternehmeranteil gesondert das Bewertungswahlrecht beim Ansatz der Sacheinlage in Anspruch genommen werden kann.

2.324 Einbringung einer 100 %igen Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft

Unter die Regelung des 3. Teils des UmwStG fällt auch eine Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft, wenn diese das gesamte Nennkapital bzw. alle Kuxe umfaßt, und wenn sie gegen Gewährung neuer Anteile an der aufnehmenden Kapitalgesellschaft eingebracht wird (§ 17 Abs. 6 UmwStG). Für das Vorliegen einer 100 %igen Beteiligung sind die eigenen Anteile der Kapitalgesellschaft, an der die Beteiligung besteht, nicht mitzuzählen, da eine erfolgsneutrale Einziehung möglich ist.³⁾ Allerdings führt die Zurück-

1) Vgl. Rau, H. G., Umwandlungs-Steuer-gesetz 1969, S. 1433.

2) Vgl. Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 3825 ff.

3) Vgl. BFH-Urteil v. 24.9.1970; Loos, G., Umwandlungssteuergesetz 1969, RZi 899.

behaltung eines auch nur geringfügigen Teils der Beteiligung zur Nichtanwendung des § 17 Abs. 6 UmwStG. Diese Schlußfolgerung ergibt sich aus der analogen Anwendung des § 16 EStG, nach der "der Veräußernde, dem 100 % der Beteiligung gehören, auch alles veräußern müsse, wenn er in den Genuß des Tarifvorteils kommen wolle"¹⁾.

Zweifelhaft erscheint, ob § 17 Abs. 6 UmwSt in Anspruch genommen werden kann, wenn mehrere Einbringende, die nicht gesellschaftsrechtlich miteinander verbunden sind, deren Anteile zusammen aber 100 % des Nennkapitals umfassen, in einem einheitlichen Akt ihre Gesellschaftsanteile in dieselbe Kapitalgesellschaft einbringen und dafür neue Anteile an der aufnehmenden Gesellschaft erhalten. Auch hier dürfte u.E. die Übertragung des Veräußerungsgedankens in § 16 EStG zu einer ablehnenden Beurteilung führen, da § 17 Abs. 6 UmwStG nach der Begründung zum Regierungsentwurf an die rechtsähnliche Vorschrift des § 16 Abs. 1 Nr. 1 zweiter Halbsatz EStG anknüpfen soll.²⁾

Dieser Fall ist zu unterscheiden von der Möglichkeit, daß eine Mitunternehmerschaft eine zu ihrem Betriebsvermögen gehörige 100 %ige Beteiligung in eine Kapitalgesellschaft gegen Gewährung neuer Anteile einbringt. Hier ist es für die Anwendung des § 17 Abs. 6 UmwStG unschädlich, ob sich die 100 %ige Beteiligung im Gesamthandsvermögen oder im Bruchteilsvermögen befindet, oder ob sie sich auf diese Vermögensarten verteilt, da stets die Mitunternehmerschaft als Einbringende anzusehen ist.³⁾ Die Einbringung einer 100 %igen Beteiligung im Sinne von § 17 Abs. 6 UmwStG liegt allerdings nicht vor, wenn die Mitunternehmerschaft das gesamte Vermögen überträgt

1) Meyer-Arndt, L., Hundertprozentige Beteiligung, S. 841; vgl. Hermann - Heuer, Einkommensteuer, § 16 EStG, Anm. 7b.

2) Vgl. Begründung zum Entwurf eines Gesetzes über Steuererleichterungen bei Änderung der Unternehmensform zu § 15 Abs. 5, Deutscher Bundesrat, Drucksache 292/68.

3) Vgl. Meyer-Arndt, L., Hundertprozentige Beteiligung, S. 841.

oder wenn die 100 %ige Beteiligung zu einem von der Mitunternehmerschaft eingebrachten Betrieb, Teilbetrieb oder Mitunternehmeranteil gehört. § 17 Abs. 6 UmwStG hat insoweit lediglich subsidiären Charakter.¹⁾

Als weitere Voraussetzung für die Inanspruchnahme des § 17 Abs. 6 UmwStG wird in der Literatur die Beschränkung auf 100 %ige Beteiligungen an inländischen Kapitalgesellschaften gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 1 KStG mit der Begründung angeführt, daß der Gesetzgeber andernfalls hätte einen klaren Hinweis geben müssen, "wenn innerhalb einer Bestimmung dem Begriff 'Kapitalgesellschaft' eine andere Bedeutung zukommen sollte"²⁾. Dieser engeren Auffassung wurde mit dem BMWF-Schreiben vom 2.3.1972 entgegengetreten, in dem ausdrücklich betont wird, daß die einzubringende Beteiligung nicht ausschließlich an einer unbeschränkt körperschaftsteuerpflichtigen Kapitalgesellschaft bestehen müsse.³⁾

Selbst bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 17 Abs. 6 UmwSt besteht für den Einbringenden einer 100 %igen Beteiligung die Möglichkeit, nach dem sog. Tauschgutachten des BFH⁴⁾ zu verfahren, wenn 100 %ige Beteiligung und gewährte Anteile wert-, art- und funktionsgleich sind. Damit ist für den Einbringenden der Weg frei, die Einbringung auch außerhalb des UmwStG erfolgsneutral zu gestalten, ohne daß an die negativen Auswirkungen der §§ 18, 19 UmwStG angeknüpft wird.⁵⁾ Zur Wahrung der Erfolgsneutralität muß die aufnehmende Kapitalgesellschaft in diesem Falle die Buchwerte nicht fortführen.

1) Vgl. Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 3852.

2) Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 3847; vgl. auch Würdinger, H., Änderung der Unternehmensform, S. 68.

3) Vgl. BMWF-Schreiben v. 2.3.1972; schon so bisher Loos, G., Umwandlungssteuergesetz 1969, RZi 899.

4) Vgl. Tauschgutachten des BFH v. 16.12.1958.

5) Zu den negativen Auswirkungen der §§ 18, 19 UmwStG vgl. Felix, G., Umwandlungssteuer-Praktikum, S. 108 ff.; vgl. ferner Keuk, B., Einbringung eines Personenunternehmens, S. 1643 ff.

2.33 Gesetzliche Beschränkungsfaktoren der Bilanzierung in bestimmten Fällen

Die bilanziellen Aktionsspielräume der aufnehmenden Kapitalgesellschaft sind in bestimmten Fällen eingeschränkt. Gesetzliche Beschränkungen bestehen sowohl hinsichtlich des Ansatzes einzelner zum eingebrachten Betriebsvermögen gehöriger Wirtschaftsgüter als auch für den Ansatz der Sacheinlage insgesamt. Im Mittelpunkt stehen dabei gesetzlich vorgeschriebene Ansätze über dem Buchwert der Sacheinlage.

2.331 Negatives Kapital des eingebrachten Betriebsvermögens

In jenen Fällen, in denen der eingebrachte Betrieb, Teilbetrieb oder Mitunternehmeranteil buchmäßig überschuldet ist, d. h. ein negatives Kapital vorliegt, muß die aufnehmende Kapitalgesellschaft gemäß § 17 Abs. 2 Satz 3 UmwStG die Sacheinlage mindestens so ansetzen, daß sich Aktiva und Passiva ohne Berücksichtigung des Eigenkapitals ausgleichen. Dabei dürfen die Teilwerte der zur Sacheinlage gehörenden Wirtschaftsgüter nicht überschritten werden (§ 17 Abs. 2 Satz 5 UmwStG). Reichen die stillen Reserven nicht aus, um den Mindestwertansatz von DM null zu erreichen, so ist ein selbstgeschaffener Firmenwert anzusetzen. Der Mindestwertansatz von DM null kann gleichermaßen in Handels- und Steuerbilanz angesetzt werden.¹⁾

Bei der Einbringung eines negativen Mitunternehmeranteils ist die Aufstockung nur insoweit zulässig als die stillen Reserven auf den Einbringen den und damit auf die aufnehmende Kapitalgesellschaft entfallen. Eine Aufstockung ist bereits dann erforderlich, wenn im Rahmen der Einbringung des gesamten Betriebsvermögens einer Mitunternehmerschaft nur ein Mitunternehmeranteil negativ ist.²⁾

1) Vgl. Fasold, R., Handels- und Steuerbilanz, S. 222.

2) Vgl. Loos, G., Betrieb oder Teilbetrieb, S. 306.

Nicht aufzustocken ist dagegen im Falle der gleichzeitigen Einbringung von mehreren Sacheinlagen durch eine Person, von denen ein Teil positiv und ein anderer Teil negativ ist, wenn die Summe der Buchwerte und Anschaffungskosten der Sacheinlagen einen positiven Wert ergibt. Für diesen Fall genügt der Ansatz dieses positiven Wertes, selbst wenn einzelne Sacheinlagen buchmäßig überschuldet sind.¹⁾

2.332 Gewährung von anderen Wirtschaftsgütern neben den neuen Gesellschaftsrechten

Die Anwendung des 3. Teils des UmwStG setzt voraus, daß die aufnehmende Kapitalgesellschaft für die Sacheinlage des Einbringenden neue Anteile gewährt, da ansonsten grundsätzlich die stillen Reserven zu realisieren sind. Neben den neuen Anteilen können auch andere Wirtschaftsgüter gewährt werden, wobei es unerheblich ist, in welchem Verhältnis neue Anteile und andere Wirtschaftsgüter als Gegenleistung stehen.²⁾ Als Gewährung anderer Wirtschaftsgüter im Sinne des § 17 Abs. 2 Satz 4 und Abs. 4 Satz 2 UmwStG ist jeglicher wirtschaftlicher Vorteil anzusehen.³⁾ Dieser kann sowohl in der Hingabe von Geld als auch in der Hingabe von Sachwerten (Gewährung alter Anteile, Grundstücke, Beteiligungen usw.) bestehen. Sofern es sich um die Übernahme von Schulden handelt, kommt es in ertragsteuerlicher Sicht darauf an, daß diese nicht Betriebsschulden des eingebrachten Betriebes, Teilbetriebes oder der Mitunternehmerschaft sind.

Diese Frage bringt in der Realität erhebliche Schwierigkeiten mit sich, da bei der Einbringung eines Teilbetriebes die Zuordnung der Betriebsschulden

1) Vgl. Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 4169; vgl. auch Littmann, E., Steuerliche Maßnahmen, S. 588.

2) Vgl. Würdinger, H., Änderung der Unternehmensform, S. 78; v. Wallis, H., Umwandlung von Personengesellschaften, S. 470.

3) Vgl. Loos, G., Umwandlungsteuergesetz 1969, RZi 924.

kaum lösbar erscheint. Aus diesem Grunde wird in der Literatur davon ausgegangen, daß als Passiva des Teilbetriebes alle Passiva des Gesamtbetriebes behandelt werden können¹⁾, oder daß es auch zulässig sei, nur die Besitzposten einzubringen, da wegen der Austauschbarkeit der Finanzierung ein bestimmtes Mindestmaß an Passiva nicht für erforderlich gehalten wird.²⁾

Für die Beurteilung, ob in der Übernahme von Schulden durch die aufnehmende Kapitalgesellschaft die Gewährung anderer Wirtschaftsgüter zu erblicken ist, kann u. E. das Kriterium der Schuldenherkunft herangezogen werden. Danach ist die Gewährung anderer Wirtschaftsgüter anzunehmen, wenn die übernommenen Schulden außerhalb des Betriebes, Teilbetriebes oder der Mitunternehmerschaft begründet sind, da die befreiende Wirkung für den Einbringenden einen wirtschaftlichen Vorteil darstellt.³⁾ Dieses Ergebnis läßt sich auch damit begründen, daß stets der Nettowert des Betriebes, Teilbetriebes oder Mitunternehmeranteils eingebracht wird, so daß die Übernahme der Passiva keine Gegenleistung begründen kann.

Für die Anwendung des § 17 UmwStG ist es unerheblich, ob die neben den neuen Anteilen für die Sacheinlage gewährten anderen Wirtschaftsgüter unter Umständen von dritter Seite erbracht werden. Gegenleistungen von dritter Seite kommen vor allem im Rahmen eines Spitzenausgleichs, wenn mehrere Einbringende auftreten, in Betracht. Leistungen dieser Art stellen zusätzliche Anschaffungskosten für die neuen Anteile an der aufnehmenden Kapitalgesellschaft dar.⁴⁾

1) Vgl. Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 3818.

2) Vgl. Loos, G., Umwandlungssteuergesetz 1969, RZi 917 und die dort angegebene Literatur.

3) Vgl. Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 3924.

4) Vgl. Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 3922 und 4173.

Von zentraler Bedeutung für die Bilanzierung bei der aufnehmenden Kapitalgesellschaft ist die Vorschrift des § 17 Abs. 2 Satz 4 UmwStG. Danach ist bei Gewährung anderer Wirtschaftsgüter neben den neuen Anteilen die Sacheinlage mindestens mit dem gemeinen Wert dieser anderen Wirtschaftsgüter zu bilanzieren. Dieser Mindestbetragsregelung steht der Teilwert als absolute Obergrenze, die nicht überschritten werden darf, gegenüber. Liegt der gemeine Wert der gewährten anderen Wirtschaftsgüter über dem Buchwert der Sacheinlage, so ist eine Aufstockung vorzunehmen, soweit stille Reserven und ein selbstgeschaffener Firmenwert hierzu ausreichen. Insofern ist auch für die aufnehmende Kapitalgesellschaft eine den allgemeinen Grundsätzen unterliegende Gewinnrealisierung möglich, da eine Begünstigung der in den gewährten anderen Wirtschaftsgüter enthaltenen stillen Reserven durch § 17 Abs. 2 Satz 4 nicht bezweckt ist. Bei einer Behandlung des entstehenden Gewinnes innerhalb der Bilanz der aufnehmenden Kapitalgesellschaft erscheint die Einstellung in eine Rücklage gemäß § 6 b EStG zulässig.¹⁾

2.333 Beschränkte Steuerpflicht des Einbringenden

Einbringende können natürliche Personen oder jede der in § 1 KStG genannten Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen sein. Bei beschränkter Steuerpflicht des bzw. der Einbringenden treten spezielle Rechtsfolgen ein, die es im Rahmen der Bilanzierung bei der aufnehmenden Kapitalgesellschaft zu beachten gilt.

Gemäß § 17 Abs. 3 Satz 1 UmwStG ist der Ansatz der Sacheinlage zum Teilwert vorgeschrieben, wenn der Einbringende im Zeitpunkt der Sacheinlage

1) Vgl. Loos, G., Betriebseinbringung, 15 ff.; Fasold, R., Handels- und Steuerbilanz, S. 223.

beschränkt einkommensteuerpflichtig oder beschränkt körperschaftsteuerpflichtig ist.¹⁾ Dies gilt ebenso für den Fall, daß die für die Sacheinlage gewährten Anteile in ein inländisches Betriebsvermögen übergehen und damit eine Besteuerung der stillen Reserven insoweit sichergestellt ist.²⁾

Wird das gesamte Betriebsvermögen einer Mitunternehmerschaft eingebracht, so kommt der Teilwertansatz nur hinsichtlich des Mitunternehmeranteils zum Zuge, dessen Inhaber beschränkt steuerpflichtig ist. Diese Folgerung ergibt sich aus der Bilanzbündeltheorie, nach der jeder Mitunternehmer als Einbringender gilt.³⁾

Dagegen besteht kein Zwang zum Ansatz eines Teilwertes, wenn die Einbringende eine Mitunternehmerschaft mit Sitz und Geschäftsleitung im Inland ist, "selbst wenn sämtliche Mitunternehmer beschränkt steuerpflichtig sind (entsprechende Heranziehung des § 7 a Abs. 1 Nr. 1 Satz 1 KStG); es sei denn, die gewährten Anteile unterliegen teilweise nicht der deutschen Besteuerung".⁴⁾

Nicht unter die Regelung des § 17 Abs. 3 Satz 2 UmwStG fallen Körperschaften des öffentlichen Rechts, die gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 2 KStG beschränkt steuerpflichtig sind. Desgleichen gilt für Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die gemäß § 4 Abs. 1 Nr. 6 KStG kirchlichen, gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken dienen, soweit sie einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb unterhalten. Das Bewertungswahlrecht der aufnehmenden Kapitalgesellschaft gilt für diese Fälle uneingeschränkt.

1) Zur beschränkten Einkommensteuerpflicht vgl. § 1 Abs. 2 EStG; zur beschränkten Körperschaftsteuerpflicht vgl. § 2 KStG.

2) Vgl. Curtius-Hartung, R., Bericht über die Fachtagung 1971, S. 392 ff.

3) Vgl. BdF-Schreiben v. 20.7.1970

4) Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 4193.

2.334 Doppelbesteuerungsabkommen

Sofern das Besteuerungsrecht hinsichtlich des Gewinnes aus der Veräußerung der dem Einbringenden gewährten Anteile durch ein Doppelbesteuerungsabkommen ausgeschlossen ist, muß die Sacheinlage gemäß § 17 Abs. 3 Satz 1/2. Satzteil UmwStG ebenfalls mit dem Teilwert angesetzt werden. Da beim beschränkt Steuerpflichtigen bereits § 17 Abs. 3 Satz 1/1. Satzteil UmwStG zum Zuge kommt, d. h. zum Teilwertansatz führt, erfaßt diese Regelung nur den zum Zeitpunkt der Sacheinlage unbeschränkt Steuerpflichtigen.¹⁾ Vorausgesetzt wird dabei, daß sich nach einem Doppelbesteuerungsabkommen der Wohnsitz des Einbringenden in Abweichung von der Regelung des StAnpG nicht im Inland befindet und das Doppelbesteuerungsabkommen die Gewinne aus der Veräußerung von Beteiligungen an Kapitalgesellschaften dem Wohnsitzstaat des Veräußerers zuweist.²⁾

3. Die Einbringung eines Betriebes als bilanzrechtliches Abbildungsproblem

Mit der Frage der gesetzlichen Beschränkungsfaktoren der Bilanzierung ist das bilanzrechtliche Abbildungsproblem bei der aufnehmenden Kapitalgesellschaft eng verknüpft. Ihre ineinandergreifenden Beziehungen ergeben sich aus der Erscheinung, daß bilanzielle Rechnungslegungsvorschriften im Rahmen der Rechtsauslegung häufig mehrere Deutungen zulassen.

Bei der Bilanzierung der Sacheinlage steht vor allem die "mehrdeutige" Bilanzierungsregel der Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuer-

1) Vgl. Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 4201.

2) Vgl. auch Hundertmark, D., Verschmelzung von Gesellschaften mbH, S. 1345.

bilanz bzw. deren Umkehrung im Vordergrund. Die Frage, inwieweit die steuerlichen Bilanzansätze der aufnehmenden Kapitalgesellschaft für die handelsrechtliche Bilanzierung bindend sind, drängt sich vor allem aus bewertungs- und rücklagenpolitischen Überlegungen, die ebenfalls in die bilanziellen Entscheidungsprozesse im "engeren Sinne" eingehen, auf. Die Erkenntnis, daß handelsrechtlich gilt, was steuerlich zulässig ist, ermöglicht bislang lediglich die Beantwortung der Frage der handelsrechtlichen Zulässigkeit steuerlicher Bewertungsansätze bei der Einbringung eines Betriebes. Damit ist aber das Verhältnis der Handelsbilanz zur Steuerbilanz noch nicht beantwortet.

Im Rahmen der Sacheinlage gemäß § 17 UmwSt mündet diese Problemstellung in die Frage, inwieweit die anlässlich der Einbringung zu erstellenden Sonderbilanzen sich gegenseitig beeinflussen - eine Fragestellung, der in der Literatur bislang wenig Raum gewidmet wurde, deren Beantwortung aber von wesentlicher Bedeutung für das bilanzielle Verhalten der Entscheidungsträger sein dürfte. Gelingt es, die eingangs aufgestellte These über die Gültigkeit des Maßgeblichkeitsprinzips für den Einbringungsvorgang zu belegen, so erscheint die Folgerung zulässig, daß das steuerliche Bewertungswahlrecht als durch den handelsrechtlichen Bilanzansatz der aufnehmenden Kapitalgesellschaft ausgeübt zu betrachten ist.

3.1 Zur Problematik der bilanziellen Abbildung des Einbringungsvorgangs

Das bilanzielle Abbildungsproblem steht in engem Zusammenhang mit dem Begriff der bilanzpolitischen Manövriermasse, die sämtliche Gestaltungsfreiheiten bei der Erstellung des Jahresabschlusses umfaßt. "Grundlage der Manövriermasse ist die Mehrdeutigkeit des Abbildungsvorgangs, der den Unternehmensprozeß als Abrechnungsgegenstand auf das Nominalgut Geld

projiziert."¹⁾ Die Mehrdeutigkeit des Abbildungsvorgangs ergibt sich entweder aus dem Inhalt der angewandten Regel selbst oder aus der Tatsache, daß der bilanzielle Entscheidungsträger zwischen mehreren sich unter Umständen widersprechenden Regeln auswählen kann.

Für das bilanzielle Entscheidungsverhalten bei der Einbringung eines Betriebes spielt das Maßgeblichkeitsprinzip als allgemeine Bilanzierungsregel eine zentrale Rolle. Zwei Gründe lassen sich dafür anführen. Zum einen ist der Inhalt des Maßgeblichkeitsprinzips umstritten, wie die in jüngster Zeit wiederauflebende Diskussion deutlich macht.²⁾ Zum anderen zerfällt der Einbringungsvorgang in mehrere Sonderbilanzen, die von unterschiedlichen Personenkreisen mit unter Umständen konträren Zielsetzungen zu erstellen sind.

Im Rahmen der Einbringung eines Betriebes sind verschiedene Sonderbilanzen zu erstellen, die sowohl handelsrechtlicher als auch steuerrechtlicher Art sind. Unter der Herrschaft des Maßgeblichkeitsprinzips wären diese Sonderbilanzen interdependent, insbesondere die vom Einbringenden zu erstellende handelsrechtliche und steuerrechtliche Einbringungsbilanz sowie die von der aufnehmenden Kapitalgesellschaft zu erstellende handelsrechtliche und steuerliche Aufnahmebilanz. Da aber auch bindende Beziehungen zwischen den Entscheidungen bei der aufnehmenden Kapitalgesellschaft und den zeitlich vorgelagerten Entscheidungen des Einbringenden zu beachten sind, schränkt das Maßgeblichkeitsprinzip je nach Inhalt die zu untersuchenden bilanziellen Entscheidungsprozesse "im engeren Sinne" unter Umständen ein.

1) Kupsch, P., Bilanzierung von Rückstellungen, S. 55.

2) Vgl. z. B. Maaßen, K., Maßgeblichkeitsgrundsatz, S. 1285 ff.; Saage, G., Veränderte Grundlagen, S. 1661 ff.; Döllerer, G., Maßgeblichkeit, S. 501 ff.; Schneider, D., Sieben Thesen zum Verhältnis von Handels- und Steuerbilanz, S. 1697 ff.

Schließlich determinieren Sonderbilanzen trotz ihres "einmaligen" Charakters die Jahresabschlüsse späterer Perioden. Durch die Wahrnehmung bilanzpolitischer Aktionsparameter wird insoweit bilanzielle Manövriermasse späterer Perioden präjudiziert, da wegen der der Bilanz inhärenten Zweischneidigkeit bilanzielle Maßnahmen der Gegenwart zwangsläufig zur Verengung oder Erweiterung bilanzieller Aktionsspielräume späterer Perioden führen. Diese Erscheinung hebt aber andererseits die Bedeutung der bilanzrechtlichen Beziehungen zwischen den Sonderbilanzen, die im folgenden als institutionalisierte Bindungswirkungen bezeichnet werden sollen,¹⁾ besonders hervor. Vor allem wird deutlich, daß bereits Bilanzansätze des Einbringenden sich auch auf spätere Bilanzergebnisse der aufnehmenden Kapitalgesellschaft auswirken.

3.2 Das Maßgeblichkeitsprinzip der Handelsbilanz für die Steuerbilanz

Das Ausmaß der Abhängigkeit steuerlicher Gewinnermittlung von der handelsrechtlichen Bilanzierung bestimmt sich nach dem in § 5 Abs. 1 EStG verankerten Maßgeblichkeitsprinzip. Durch die Neufassung der §§ 5, 6 EStG, das Grundsatzurteil des BFH vom 3. 2. 1969 und den Vorschlägen der Steuerreformkommission zur Aufhebung dieses Prinzips erscheint seine Aktualität in Frage gestellt, wenn auch eine eindeutige Meinungsbildung noch nicht erkennbar ist.²⁾ Dabei gehört die Frage nach der Bedeutung der handelsrechtlichen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung für die Steuerbilanz zu den am meisten umstrittenen Gebieten des Bilanzrechts. Nicht nur, daß die einschlägigen gesetzlichen Vorschriften zu den Voraussetzungen der Aufnahme von Gegenständen in die Bilanzrechnung keine oder wenn überhaupt, dann nur sehr allgemeine Aussagen machen, sondern auch die

1) Vgl. hierzu die Ausführungen auf S. 187 ff. dieser Arbeit.

2) Vgl. Beschluß des großen Senats des BFH vom 3. 2. 1969; Steuerreformkommission, Abschn. V Gewinnermittlung, RZi 3 ff.

Tatsache, daß über das Verhältnis der Zwecke von Handels- und Steuerbilanz unterschiedliche Auffassungen bestehen, ist charakteristisch.¹⁾

In der Literatur²⁾ werden verschiedene Versionen des Maßgeblichkeitsprinzips vertreten, deren unterschiedliche Interpretationen vor allem an die Frage der steuerbilanziellen Bindung an die handelsrechtlichen Bilanzierungswahlrechte geknüpft ist. Bilanzierungswahlrechte können in Aktivierungs- und Passivierungswahlrechte unterteilt werden. Insoweit berühren sie im Rahmen bilanzieller Entscheidungsprozesse bei der Einbringung eines Betriebes in erster Linie Fragen des Ansatzes eines selbstgeschaffenen Firmenwertes, der Vermögensabgabeschuld und eines steuerlichen Ausgleichspostens.

Zur Beurteilung dieser Problemkreise, die an anderer Stelle vorgenommen werden soll, erscheint eine kurze Charakterisierung der verschiedenen Betrachtungsweisen zum Maßgeblichkeitsgrundsatz an Hand der Bilanzierungswahlrechte erforderlich. Damit wird es zugleich möglich, die Frage der Gültigkeit des Maßgeblichkeitsgrundsatzes und seiner Auswirkungen im Rahmen der Bilanzierung der Sacheinlage zu beurteilen.

3. 21 Zur Gültigkeit des Maßgeblichkeitsprinzips im Rahmen der Einbringung eines Betriebes

3. 211 Uneingeschränktes und eingeschränktes Maßgeblichkeitsprinzip

Im wesentlichen lassen sich das uneingeschränkte und das eingeschränkte Maßgeblichkeitsprinzip der Handelsbilanz für die Steuerbilanz unterscheiden.

1) Vgl. Maaßen, K., Maßgeblichkeitsgrundsatz, S. 1285.

2) Vgl. den Überblick bei Kupsch, P., Bilanzierung von Rückstellungen, S. 87 ff.; vgl. auch die dort angegebene Literatur.

Die Vertreter des "uneingeschränkten" Maßgeblichkeitsprinzips gehen davon aus, daß die Ausübung handelsrechtlicher Bilanzierungswahlrechte auch für die Steuerbilanz bindend sei. ¹⁾ Zur Begründung wird die Absicht des Gesetzgebers, die sich aus dem Bericht des Finanzausschusses zum Gesetz vom 26. 2. 1969 (Neufassung der §§ 5, 6 EStG) ergibt, herangezogen.

"Der Finanzausschuß teilt die Auffassung der Bundesregierung und der Antragsteller zu Drucksache V/2773, daß die Handelsbilanz für die Steuerbilanz, soweit nicht ausdrücklich in § 5 EStG Ausnahmen vorgeschrieben sind, maßgeblich sein muß und daß sich Änderungen der handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften, soweit es sich um Bilanzierungsvorschriften handelt, auch auf die Steuerbilanz auswirken müssen.

Insbesondere unterliegt aber eine vom Handelsrecht abweichende Aktivierung in der Steuerbilanz deshalb gewichtigen Bedenken, weil sie den Kaufmann dazu anhält, sein Vermögen durch den Ansatz unwägbarer immaterieller Werte hochzurechnen und damit gegen das dem Handelsrecht innewohnende konkurs- und strafrechtlich geschützte Vorsichtsprinzip zu verstoßen." ²⁾

Aus der Beibehaltung des Wörtchens "nur" ließe sich darauf schließen, daß der materielle Gehalt des § 153 Abs. 3 AktG unverändert in das Steuerrecht übernommen werden sollte. "Im § 6 EStG würde bestimmt, wie das (wirtschaftsgut, Anm. d. V.) zu bewerten ist, was nach § 4 und § 5 EStG zu bilanzieren ist." ³⁾ Dabei bestimme sich nach den handelsrechtlichen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung, was zu bilanzieren ist, und das wiederum ist in den §§ 151 - 153 AktG festgelegt. Auch soll durch die Formulierung "auszuweisen ist" die Berücksichtigung handelsrechtlicher Wahlrechte nicht ausgeschlossen sein. ⁴⁾

1) Vgl. z.B. Saage, G., Veränderte Grundlagen, S. 1714.

2) Deutscher Bundestag, Bundestagsdrucksache V/3852.

3) Saage, G., Veränderte Grundlagen, S. 1713.

4) Vgl. Saage, G., Veränderte Grundlagen, S. 1714.

Diese Betrachtungsweise ist nicht unbestritten, da die steuerlichen Besonderheiten, die sich auf den Ansatz oder Nichtansatz entgeltlich erworbener Vermögensgegenstände beziehen, nicht ausreichend Berücksichtigung finden. Die Regelung des uneingeschränkten Maßgeblichkeitsgrundsatzes ist in jenen Fällen durchbrochen, in denen die handelsrechtlichen Aktivierungswahlrechte steuerlich unbeachtlich bleiben, weil die Aktivierung dieser Vermögensgegenstände gemäß der in § 5 Abs. 2 EStG enthaltenen Ausnahmeregelung steuerrechtlich zwingend vorgeschrieben ist.¹⁾

Das vom BFH vertretene "eingeschränkte" Maßgeblichkeitsprinzip hält demgegenüber lediglich eine Koppelung an handelsrechtliche Bilanzierungsverbote, nicht aber an Bilanzierungswahlrechte für zulässig. Ausgangspunkt ist die Überlegung, daß es nicht im Belieben des Kaufmanns stehen könne, "sich durch Nichtaktivierung von Wirtschaftsgütern, die handelsrechtlich aktiviert werden dürfen, oder durch den Ansatz eines Passivpostens, der handelsrechtlich nicht geboten ist, ärmer zu machen, als er ist"²⁾. Dem Sinn und Zweck der steuerlichen Gewinnermittlung entspräche es aber, den vollen Gewinn zu erfassen. Darüber hinaus stünden Bilanzierungswahlrechte auch schwerlich im Einklang mit dem verfassungsrechtlichen Grundsatz der Gleichheit der Besteuerung (Art. 3 GG).

Die Auffassung, handelsrechtliche Aktivierungswahlrechte verwandelten sich automatisch in steuerliche Aktivierungsverbote bzw. handelsrechtliche Bilanzierungswahlrechte seien steuerlich unbeachtlich, wenn sie in der Handelsbilanz ausgeübt wurden, läuft allerdings den Absichten des Gesetzgebers

1) Vgl. Thiel, R., Bilanzierungsnormen, S. 279.

2) BFH-Urteil vom 3. 2. 1969; zustimmend zum Standpunkt des BFH Döllerer und Littmann; vgl. Döllerer, G., Maßgeblichkeit, S. 501 ff.; Littmann, E., Zur Tragweite der neugefaßten §§ 5, 6 EStG, S. 321 ff.; vgl. auch Schneider, D., Sieben Thesen zum Verhältnis der Handels- und Steuerbilanz, S. 1697 ff.

zuwider. Es war die eindeutige Absicht des Gesetzgebers, mit der Aufnahme der wichtigsten Aktivierungsverbote in das Einkommensteuergesetz der mit dem am Gegenständlichen orientierten Handelsrecht unvereinbaren "Aktivierungswelle", die durch eine "autonome" Ausdeutung des Begriffes Wirtschaftsgut ausgelöst wurde, entgegenzuwirken. Auch

"... für die These, daß überall da, wo handelsrechtlich ein Aktivierungswahlrecht novelliert ist, steuerrechtlich eine Aktivierungspflicht besteht und daß überall da, wo keine Passivierungspflicht expressis verbis zwingend geboten ist, steuerrechtlich auf Passivierungsverbot erkannt werden muß, fehlt in der Gesetzesbegründung ... jeder Hinweis."¹⁾

Bereits der Begriff der Steuerbilanz ist in keiner der gesetzlichen Vorschriften, die die steuerliche Gewinnermittlung regeln, enthalten. Nur im Falle, daß entweder infolge steuerlicher Sonderbilanzierungsvorschriften oder infolge der steuerlichen Bewertungsvorschriften Änderungen der Handelsbilanz erforderlich werden, kann überhaupt von der Steuerbilanz gesprochen werden.

Auch die begriffliche Differenzierung zwischen dem dem Handelsrecht eigenen Begriff "Vermögensgegenstand" und dem dem Steuerrecht eigenen Begriff "Wirtschaftsgut" deutet nur scheinbar auf den von der Handelsbilanz abweichenden, autonomen Charakter der Steuerbilanz hin.²⁾ "Würden sich beide Begriffe nicht grundsätzlich decken, so könnte die Handelsbilanz überhaupt nicht den Ausgangspunkt für die Steuerbilanz bilden."³⁾ Dabei muß das Argument, daß sich der Kaufmann durch Nichtaktivierung von Wirt-

1) Saage, G., Veränderte Grundlagen, S. 1714.

2) Vgl. Littmann, E., Zur Tragweite der neu gefaßten §§ 5, 6 EStG, S. 321 ff.; vgl. auch Schneider, D., Sieben Thesen zum Verhältnis der Handels- und Steuerbilanz, S. 1699 ff.

3) Maaßen, K., Maßgeblichkeitsgrundsatz, S. 1288.

schaftsgütern, die aktivierungsfähig sind, oder durch den Ansatz eines Passivpostens, der handelsrechtlich nicht zwingend ist, nicht ärmer machen dürfe, als er sei, "hinter der paritätischen Betrachtung des Wirtschaftsgutsbegriffs auf beiden Bilanzen zurückstehen"¹⁾.

Ebenso kann es keine "richtige" Gewinnermittlung geben, die unter Nichtbeachtung handelsrechtlicher Bilanzierungsvorschriften für steuerliche Zwecke zustandekommt. Nicht nur daß diese Folge dem Gesetzgeber bekannt war, sondern auch die Tatsache, daß steuerliche Gewinnermittlungswahlrechte legal zur Verfügung stehen, angefangen von den zahlreichen Steuervergünstigungen wie z. B. § 6 b EStG, § 10 d EStG, den Tatbeständen des § 51 Abs. 1 EStG (§§ 75 ff. EStDV) bis hin zur steuerrechtlichen Kategorie des gewillkürten Betriebsvermögens, läßt eine "richtige Gewinnermittlung" fraglich erscheinen, wie sie als Sinn und Zweck der Steuerbilanz gefordert wird.²⁾

Eine abschließende Beurteilung der Gültigkeit des Maßgeblichkeitsprinzips ist zweifellos problematisch. Soweit sie im Rahmen dieser Untersuchung vorgenommen wird, soll damit gleichzeitig die Frage nach der Gültigkeit des Maßgeblichkeitsgrundsatzes im Rahmen der Einbringung eines Betriebes beantwortet werden.

3.212 Das Maßgeblichkeitsprinzip im Rahmen der Einbringung eines Betriebes

Die Begründung zum Entwurf des EStG-Änderungsgesetzes vom 26.7.1968 stellt klar, daß die Frage, ob ein Wirtschaftsgut im Rahmen des steuerrechtlichen Betriebsvermögensvergleichs anzusetzen ist, allein nach § 5

1) Kupsch, P., Bilanzierung von Rückstellungen, S. 90 f.

2) Vgl. Maaßen, K., Maßgeblichkeitsgrundsatz, S. 1288.

ESTG und damit nach den handelsrechtlichen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung zu beurteilen ist, und nur die Frage, wie ein bilanzierungsfähiges Wirtschaftsgut zu bilanzieren ist, nach den Bewertungsvorschriften des Steuerrechts zu entscheiden ist.¹⁾ Durch die Anwendung der sog. intensiven Implikation (nur dann, wenn-so) verläßt § 5 EStG den Ansatz aller Wirtschaftsgüter, die in der Handelsbilanz ausgewiesen werden müssen und verbietet den Ansatz aller Wirtschaftsgüter, die in der Handelsbilanz nicht ausgewiesen werden dürfen. Damit dürfen aber "immaterielle Wirtschaftsgüter, die unentgeltlich erworben wurden oder Rechnungsabgrenzungsposten, die sich nur auf eine unbestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag beziehen"²⁾, in der Steuerbilanz nicht ausgewiesen werden. Selbst wenn die aus § 5 Abs. 2 EStG ableitbare Verpflichtung zur Aktivierung entgeltlich erworbener Wirtschaftsgüter nur als beispielhafte Aufzählung aufgefaßt wird, so daß handelsrechtliche Aktivierungswahlrechte steuerlich zu Aktivierungsgeboten werden, erscheint die Schlußfolgerung zweifelhaft, daß Passivierungswahlrechte in der Handelsbilanz steuerlich als Bilanzierungsverbote zu deuten sind.

Die weitere Fassung des steuerlichen Begriffes "Wirtschaftsgut" als die des handelsrechtlichen Begriffes "Vermögensgegenstand" für den Bereich der Aktivseite müßte konsequenterweise auch für die Passivseite Gültigkeit besitzen, so daß Passivierungswahlrechte in der Handelsbilanz in Bilanzierungsgebote der Steuerbilanz umzudeuten wären. Die unterschiedliche Interpretation des Begriffes über eine gegenüber dem Handelsrecht ausgedehnte Fassung des entgeltlichen Erwerbs stellt insoweit eine künstliche Grenzziehung dar.³⁾ Die Annahme eines entgeltlichen Erwerbs setzt jedoch ein

1) Vgl. Döllerer, G., Maßgeblichkeit, S. 503; Deutscher Bundestag, Bundestagsdrucksache V/3187, Anlage 1.

2) Maaßen, K., Maßgeblichkeitsgrundsatz, S. 1289.

3) Vgl. Kupsch, P., Bilanzierung von Rückstellungen, S. 90.

Rechtsgeschäft, das unmittelbar auf den Erwerb gerichtet ist und dafür eine entrichtete Leistung erkennen läßt, voraus.

Dagegen schaffen allgemeine Aufwendungen für betriebliche Chancen und Vorteile aus handelsrechtlicher Sicht allenfalls einen originären Geschäftswert, jedoch kein verkehrsmäßig anerkanntes, abgrenzbares Wirtschaftsgut. Unter der Herrschaft des Vorsichtsprinzips werden handelsrechtliche Passivierungswahlrechte auch für die Steuerbilanz anzuerkennen sein,¹⁾ wenngleich die Grenze zwischen handelsrechtlichen Passivierungsgeboten und -wahlrechten als flüssig angenommen werden kann.

Gleichwohl fragt es sich, ob aus den Auswechslungen des Wortes "darf" (§ 153 Abs. 3 AktG) gegen das Wort "ist", das in § 5 Abs. 2 EStG verwendet wird, und des Wortes "dürfen" in § 152 Abs. 9 AktG gegen das Wort "sind" in § 5 Abs. 3 EStG die von Döllerer vertretene Auffassung, daß für ein Wahlrecht steuerrechtlich grundsätzlich kein Raum ist, abgeleitet werden kann.²⁾ Unter Heranziehung der Gesetzesbegründung, die dazu ausführt, daß der materielle Gehalt der aktienrechtlichen Vorschriften aus den §§ 153 Abs. 3 und 152 Abs. 9 AktG in das EStG übernommen worden ist, kann dieser Wortauswechslung keine dem Willen des Gesetzgebers entgegenstehende Bedeutung zukommen.³⁾ Insofern spricht auch die im Einleitungssatz des § 6 Abs. 1 EStG getroffene Aussage, daß diese Vorschrift für die Bewertung der Wirtschaftsgüter gelte, die u. a. nach § 5 EStG anzusetzen sind, für die steuerliche Anerkennung der handelsrechtlichen Bilanzierungswahlrechte.⁴⁾

1) "Wenngleich überzeugter Anhänger der BFH-Rechtsprechung, was die Bilanzierung handelsrechtlicher Aktivierungswahlrechte anbetrifft", kommt Littmann zu dem gleichen Ergebnis. Maaßen, K., Maßgeblichkeitsgrundsatz, S. 1290.

2) Vgl. Döllerer, G., Maßgeblichkeit, S. 504.

3) Vgl. Saage, G., Veränderte Grundlagen, S. 1714.

4) Vgl. Thiel, R., Bilanzierungsnormen, S. 277.

Damit erscheint die Frage der Gültigkeit des Maßgeblichkeitsgrundsatzes der handelsrechtlichen Aufnahmebilanz für die steuerliche Aufnahmebilanz lösbar, da die Auffassung von der beschränkten Maßgeblichkeit einer näheren Prüfung nicht stand hält. Insofern ist auch die aufnehmende Kapitalgesellschaft an eine in der handelsrechtlichen Aufnahmebilanz hinsichtlich der Sacheinlage getroffene Wahl gebunden.¹⁾ Diese Rechtslage wurde inzwischen durch das BMWF-Schreiben vom 14. 12. 1971 bestätigt, indem ausdrücklich bei der Anwendung des § 17 UmwStG die Beachtung des Maßgeblichkeitsprinzips gefordert wird.²⁾ Sofern die aufnehmende Gesellschaft die Einbringung als einen laufenden Geschäftsvorfall behandelt, d. h. auf den Zeitpunkt der Sacheinlage wird keine handelsrechtliche Aufnahmebilanz erstellt, kann die Bindung an die Handelsbilanz dadurch erreicht werden, daß von dem zu dem Zeitpunkt der Einbringung nachfolgenden Stichtag zu bildenden handelsbilanziellen Wertansatz zurückgerechnet wird.³⁾ Diese Möglichkeit ist durch das Prinzip der formellen Bilanzidentität gewährleistet.

Die Auffassung von der Bindung an die handelsrechtliche Aufnahmebilanz ist nicht unbestritten.⁴⁾ Rau will es zulassen, daß der Ansatz der Sacheinlage in der Handelsbilanz steuerlich teilweise durch einen nicht abschreibungsfähigen aktiven Ausgleichsposten kompensiert wird.⁵⁾ Die abweichende Hand-

-
- 1) Vgl. Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 4054; vgl. auch RFH-Urteil v. 24. 3. 1931; RFH-Urteil v. 18. 10. 1938.
 - 2) Vgl. BMWF-Schreiben v. 14. 12. 1971.
 - 3) Vgl. RFH-Urteil v. 10. 12. 1935.
 - 4) Vgl. z. B. Böttcher-Beinert-Hennerkes, Erlaß zum Umwandlungssteuergesetz, B 4, S. 29 ff.; und B 8, S. 39 ff.; Kamprad, B., Einbringung Berliner Betriebe, S. 1292; Glade-Steinfeld, UmwStG 69, RZi 481; Schleicher, R., Gewinnrealisierung, S. 1503 ff.
 - 5) Rau, H. G., Vortrag auf einer Arbeits- und Diskussionstagung der Arbeitsgemeinschaft der Fachanwälte für Steuerrecht e. V. in Düsseldorf vom 26. - 28. 11. 1969, zitiert nach Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 3930.

habung von der Handelsbilanz wird damit begründet, daß § 17 Abs. 2 Satz 3 und Satz 4 UmwStG eine Abweichung zwingend nahelege, da bei Identität von Handels- und Steuerbilanz das Nichtvorhandensein eines buchmäßigen Eigenkapitals nicht zur Ausgabe neuer Anteile führen könne. Insoweit erscheine es möglich, daß der handelsbilanziellen Aufstockung nicht gefolgt werden müsse.

Daß eine Abweichung von der Handelsbilanz nicht zwingend ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß Fälle denkbar sind, in denen die Regelungen in § 17 Abs. 2 Satz 3 und 4 UmwStG und die Bindung der Steuerbilanz an die Handelsbilanz beachtet sind.¹⁾

Für den Ansatz eines steuerlichen Ausgleichspostens, der den Unterschied zwischen dem niedrigeren Ansatz der Sachanlage und dem höheren Nennbetrag der gewährten Gesellschaftsanteile ausgleicht, könnte der Grundsatz sprechen, daß die Wirkung des Maßgeblichkeitsprinzips nur insoweit zu beachten ist, als in der steuerlichen Eröffnungsbilanz keine höheren Werte ausgewiesen werden dürfen, als in der handelsrechtlichen Eröffnungsbilanz.²⁾ Wegen des Verbots einer Interpari-Emission schlägt Frey³⁾, der von der Bindung der Steuerbilanz an die Handelsbilanz ausgeht, im Falle der buchmäßigen Unterbilanz (§ 17 Abs. 2 Satz 3 UmwStG) den Ansatz eines Ausgleichspostens in der Handelsbilanz mindestens in Höhe des Nennwertes der ausgegebenen neuen Anteile vor. Unter der Voraussetzung, daß der wahre Wert der Sacheinlage mindestens gleich hoch oder höher ist, solle der Ausgleichsposten analog § 348 Abs. 2 AktG aktiviert und handelsrechtlich innerhalb von fünf Jahren abgeschrieben werden.

1) Vgl. Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 3933 ff.

2) Vgl. RFH-Urteil v. 18.10.1938; Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 3936.

3) Vgl. Frey, G., Sacheinlage, S. 1493.

Gegen den Ansatz eines aktiven Ausgleichspostens in der Handelsbilanz kann eingewendet werden, daß dieser insoweit systemwidrig ist, als er in der am Gegenständlichen orientierten und auf selbständige Veräußerbarkeit von Vermögensgegenständen abgestellten handelsbilanzrechtlichen Bilanzierung widerspricht. Nicht nur die Tatsache, daß dieser Posten keine Substanz beinhaltet, sondern auch die engere Begriffsfassung im Handelsrecht, die zudem an der Annahme eines entgeltlichen Erwerbs anknüpft,¹⁾ setzt hier eine Grenze, da es an dem Merkmal eines verkehrsmäßig anerkannten, abgrenzbaren Wirtschaftsgutes fehlt. Das von Frey²⁾ ins Spiel gebrachte Verbot der Unterpari-Emission kommt nur dann zum Zuge, wenn der wahre Wert unter dem Nennbetrag der gewährten Gesellschaftsanteile liegt. Es besagt nicht, daß der Nennbetrag der gewährten Anteile den Ansatz der Sacheinlage, der ja unter deren Wert liegen kann, nicht übersteigen darf.³⁾

Soweit der Nennbetrag der gewährten Anteile den Ansatz des eingebrachten Betriebsvermögens übersteigt, entsteht handelsrechtlich ein Verlust bei der aufnehmenden Kapitalgesellschaft.⁴⁾ Da der Verlust aufgrund einer gesellschaftsrechtlichen Einlage zustande kommt, kann er steuerlich nicht anerkannt werden und stellt deshalb einen reinen Buchverlust dar, der durch ein steuerliches Minuskapital auszugleichen ist.⁵⁾ Obwohl der Ansatz dieses Postens steuerlich zum gleichen Ergebnis führt wie der des steuerlichen Ausgleichspostens bei Rau, erhöht er den Ansatz des eingebrachten Betriebsvermögens nicht.

Gleichwohl bleibt es abzuwarten, ob die Rechtsprechung den von Rau vorge-

1) Vgl. Schleicher, R., Gewinnrealisierung, S. 1505.

2) Vgl. Frey, G., Sacheinlage, S. 1493.

3) Vgl. Fasold, R., Umwandlungsteuergesetz, S. 221.

4) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, Rechnungslegung, § 153 AktG, Anm. 136.

5) Vgl. Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 3944 a.

schlagenen steuerlichen Ausgleichsposten anerkennen wird. Zumindest birgt er ein erhebliches Risiko, da nicht auszuschließen ist, ob der steuerliche Ausgleichsposten nicht als Aufstockung mit den bekannten steuerlichen Konsequenzen gewertet werden wird.

3.22 Ausnahmen

Während das BMWF-Schreiben vom 14. 12. 1971 sowohl bei der Einbringung in eine bereits bestehende Kapitalgesellschaft als auch bei Neugründungen von der Bindung der steuerlichen Aufnahmebilanz an die handelsrechtliche Aufnahmebilanz ausgeht, können nach Widmann/Mayer in der steuerlichen Eröffnungsbilanz niedrigere Werte angesetzt werden als in der handelsrechtlichen Eröffnungsbilanz.¹⁾ Mit der Zulassung dieses Ausnahmefalles bei der Neugründung von Kapitalgesellschaften würde das gleiche steuerliche Ergebnis wie bei der Zugrundelegung der Ansicht Raus entstehen, da der niedrigere Ansatz in der Steuerbilanz durch ein steuerliches Minuskapital auszugleichen wäre.

Die ausnahmsweise zugelassene Abweichung in der Steuerbilanz bei der Neugründung ist zu unterscheiden von der Erscheinung, daß die Ansätze in der Handelsbilanz des Einbringenden die Ansätze in der Steuerbilanz zulässigerweise übersteigen. Die Abweichung kann in diesem Fall auf der Inanspruchnahme einer Steuervergünstigung wie z. B. einer Preissteigerungsrücklage gemäß § 74 EStDV oder einer Rücklage nach dem Gesetz zur Förderung der Verwendung von Steinkohle in Kraftwerken vom 12. 8. 1965 beruhen, die in der Handelsbilanz nicht berücksichtigt zu werden brauchte.²⁾ Wenngleich

1) Vgl. BMWF-Schreiben v. 14. 12. 1971; Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 4329.

2) Vgl. Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 4329a.

die handelsrechtliche Aufnahmebilanz nicht direkt an die handelsrechtliche Einbringungsbilanz gebunden ist, kann das eingebrachte Betriebsvermögen, wenn die Wertansätze der handelsrechtlichen Einbringungsbilanz fortgeführt werden, in der "Steuerbilanz der Kapitalgesellschaft mit dem in der Steuerbilanz des Einbringenden im Zeitpunkt der Einbringung ausgewiesenen niedrigeren Wertansatz übernommen werden"¹⁾. Der Differenzbetrag, der damit von der aufnehmenden Gesellschaft fortgeführt werden kann, ist zum formellen Bilanzausgleich in der steuerlichen Aufnahmebilanz zu aktivieren. Insoweit stellt dies eine mögliche Ausnahme der von Rau vertretenen Konzeption des aktiven Ausgleichspostens dar, der jedoch keine Substanz und kein Betriebsvermögen beinhaltet. Seine Auflösung erfolgt parallel zur Auflösung der zugehörigen Rücklage auf der Passivseite der Steuerbilanz.

3.3 Sonderbilanzen anlässlich der Einbringung eines Betriebes

Die Betrachtung des Einbringungsvorgangs als bilanzrechtliches Abbildungsproblem läßt es zweckmäßig erscheinen, nunmehr die unterschiedlichen Funktionen der erforderlichen Sonderbilanzen zu untersuchen, um daraus eventuell Rückschlüsse für bilanzrechtliche Aspekte, die bislang umstritten geblieben sind, ableiten zu können. Aus dem Blickwinkel der gesetzgeberischen Absicht hinsichtlich der Funktionen der Sonderbilanzen erscheint es möglich, derartige Bilanzierungstatbestände in einem differenzierteren Lichte erscheinen zu lassen.

Unter der Herrschaft des Maßgeblichkeitsgrundsatzes und aufgrund ihrer unterschiedlichen Funktionen ergeben sich andererseits institutionalisierte Bindungswirkungen zwischen den einzelnen zu erstellenden Sonderbilanzen, deren Nichtbeachtung im Rahmen der bilanziellen Entscheidungsprozesse

1) BMWF-Schreiben v. 14.12.1971.

bei der Einbringung eines Betriebes in den hier ausgeklammerten Bereich der Bilanzverschleierung oder Bilanzfälschung führen kann.

Dabei erweist es sich als zweckmäßig, den Begriff der Bilanzerstellerebene einzuführen, da unterschiedliche Zielvorstellungen bei den einzelnen Personen bzw. Personengruppen, die mit der Erstellung bestimmter Sonderbilanzen befaßt sind, anzunehmen sind. Mit der 1. Bilanzerstellerebene soll die Tatsache erfaßt werden, daß für die handelsrechtliche Umwandlungsbilanz, die steuerliche und die handelsrechtliche Einbringungsbilanz der bzw. die Einbringenden zuständig sind. Demgegenüber fällt die steuerliche Überleitungsbilanz, die steuerliche und die handelsrechtliche Aufnahmebilanz in den Zuständigkeitsbereich der aufnehmenden Kapitalgesellschaft (2. Bilanzerstellerebene).

3.31 Vom Einbringenden zu erstellende Sonderbilanzen

Steuerliche Einbringungsbilanz

Eine steuerliche Einbringungsbilanz zum Zeitpunkt der Sacheinlage ist nicht nur in den Fällen erforderlich, in denen ein ganzer Betrieb oder alle Mitunternehmeranteile einer Mitunternehmerschaft eingebracht werden, sondern auch bei der Einbringung eines Teilbetriebes oder eines Mitunternehmeranteils. Dabei ist das Betriebsvermögen mit den Werten auszuweisen, die nach den allgemeinen Vorschriften über die Gewinnermittlung anzusetzen sind. Diese Erfolgsdeterminationsfunktion wird ergänzt durch eine Vermögensdeterminationsfunktion, die sich daraus herleiten läßt, daß die Teilmenge der nicht in die aufnehmende Kapitalgesellschaft eingebrachten Wirtschaftsgüter nicht mehr in der Einbringungsbilanz anzusetzen sind. Dabei ist es zulässig, daß eine Rücklage, die gemäß § 6 b Abs. 3 EStG anlässlich der Veräußerung von Wirtschaftsgütern vor dem Einbringungszeitpunkt

gebildet wurde, zurückbehalten wird.¹⁾ Sonderbetriebsvermögen, das mit-
übertragen werden soll, ist dagegen in der steuerlichen Einbringungsbilanz
auszuweisen.

Neben der Abgrenzung der Menge der Vermögensgegenstände, die auf die
Kapitalgesellschaft übergehen sollen, dient die steuerliche Einbringungsbilanz
der wertmäßigen Ermittlung des Buchwertes des eingebrachten Betriebs-
vermögens, der gemäß § 17 Abs. 2 Satz 1 als Mindestwert für den Ansatz
der Sacheinlage bei der aufnehmenden Kapitalgesellschaft vorgeschrieben
ist (Wertdeterminationsfunktion). Beim Ansatz zum Buchwert durch die auf-
nehmende Kapitalgesellschaft ist es nicht zulässig, einzelne Bilanzpositionen
zu erhöhen und dafür andere Positionen zu verringern, da die aufnehmende
Kapitalgesellschaft in die steuerliche Rechtsposition des Einbringenden ein-
tritt. Für diese Fälle ergibt sich die steuerliche Rechtsposition der aufneh-
menden Kapitalgesellschaft ebenfalls aus der steuerlichen Einbringungsbilanz.
Durch die Übernahme der Buchwerte aus der Einbringungsbilanz wird
die spätere steuerliche Erfassung der stillen Reserven gewährleistet (Be-
steuerungsdeterminationsfunktion).²⁾

Bei der Einbringung des gesamten Vermögens einer Mitunternehmerschaft
ergibt sich der Buchwert der eingebrachten Mitunternehmeranteile ebenfalls
aus der nach den allgemeinen steuerlichen Vorschriften erstellten Einbrin-
gungsbilanz der Mitunternehmerschaft. Diese ist wegen der Bilanzbündel-
theorie als Zusammenfassung der einzelnen Einbringungsbilanzen der ver-
schiedenen Mitunternehmer anzusehen. Im Rahmen der Einbringung eines
Teilbetriebes genügt es dagegen, zur Feststellung des Buchwertes der Sach-

1) Vgl. Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 4116.

2) Zur Frage der Notwendigkeit, einzelne Wirtschaftsgüter in der Einbrin-
gungsbilanz und damit auch bei der aufnehmenden Kapitalgesellschaft zum
Teilwert anzusetzen vgl. S. 192 ff. dieser Arbeit.

einlage eine Teilbilanz zu erstellen.¹⁾ Damit ist zugleich die die vorstehenden Funktionen überlagernde Abbildungs determinationsfunktion angesprochen, die für jede Bilanz gilt.

Änderungen der Buchansätze in der Einbringungsbilanz etwa aufgrund einer Betriebsprüfung ziehen eine Folgeberichtigung gemäß § 4 Abs. 3 Nr. 2 StAnpG nach sich, sofern die aufnehmende Kapitalgesellschaft die Sacheinlage zum Buchwert übernommen hat.²⁾

Handelsrechtliche Einbringungsbilanz

Als handelsrechtliche Einbringungsbilanz wird die Bilanz eines(r) eingebrachten Betriebes, Teilbetriebes, Mitunternehmerschaft bezeichnet, die nach handelsrechtlichen Gesichtspunkten vom Einbringenden auf den Zeitpunkt der Sacheinlage zu erstellen ist. Dabei handelt es sich um eine handelsrechtliche Erfolgsbilanz des eingebrachten Betriebsvermögens, für die die allgemeinen Grundsätze des Handelsrechts zur Anwendung kommen.³⁾ Wegen der Gültigkeit des Maßgeblichkeitsprinzips gelten die Erörterungen zur steuerlichen Einbringungsbilanz entsprechend.⁴⁾ Lediglich der Besteuerungs determinationsfunktion kommt im Rahmen der handelsrechtlichen Einbringungsbilanz keine direkte Bedeutung zu.

1) Vgl. Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 4074.

2) Vgl. Loos, G., Umwandlungsteuergesetz 1969, RZi 948.

3) Vgl. Loos, G., Umwandlung des Unternehmens eines Einzelkaufmanns, S. 807 ff.

4) Bezüglich der zulässigen Durchbrechung vgl. S. 175 f. dieser Arbeit.

Handelsrechtliche Umwandlungsbilanz

Im Gegensatz zur erfolgsorientierten handelsrechtlichen Einbringungsbilanz stellt die handelsrechtliche Umwandlungsbilanz eine Vermögensbilanz dar, die "dem Nachweis des Vermögens, das für die Einbringung zur Verfügung steht"¹⁾, dient. Durch die Offenlegung des Umfanges des übergehenden Vermögens und der betrieblichen Verbindlichkeiten sind Gründungsprüfer und Registerrichter in der Lage, die Frage zu prüfen, ob der Einzelkaufmann überschuldet ist bzw. ob das eingebrachte Betriebsvermögen sein gesamtes Vermögen nach § 419 BGB ausmacht. Im Falle der Einbringung in eine neu zugründende Kapitalgesellschaft kann die handelsrechtliche Umwandlungsbilanz den Nachweis der Deckung des Grundkapitals durch das Reinvermögen erbringen. Durch ihren vermögensorientierten Charakter kommt der Vermögensdeterminationsfunktion insoweit zentrale Bedeutung zu.

Im Unterschied zur steuerlichen Einbringungsbilanz, bei der die Frage der Vermögenszuordnung im Vordergrund steht, dient die handelsrechtliche Umwandlungsbilanz in erster Linie dem Vermögensnachweis. Im Interesse der Bilanzwahrheit und des Gläubigerschutzes gilt der Zeitwert als Höchstwert (Wertdeterminationsfunktion). Während bei der handelsrechtlichen Umwandlungsbilanz die Fortführung des Unternehmens zu unterstellen ist, stellt die davon zu unterscheidende Liquidationsbilanz auf den Einzelveräußerungspreis der einzelnen Wirtschaftsgüter ab. Durch diese Betrachtungsweise entspricht der Höchstwert dem Teilwert, da auch der Ansatz eines originären Firmenwertes als zulässig betrachtet wird.²⁾

Vermögensdeterminationsfunktion in dem hier verstandenen Sinne und Wertdeterminationsfunktion können jedoch eingeschränkt sein, wenn die Vermö-

1) Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 4324.

2) Vgl. Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 148

gensgegenstände in der handelsrechtlichen Umwandlungsbilanz zulässigerweise unter dem Zeitwert ausgewiesen werden, da ein Zwang zum Ausweis der Höchstwerte und damit zur Aufdeckung der stillen Reserven nicht gegeben ist.¹⁾

Die Auffassung, daß die handelsrechtliche Umwandlungsbilanz eine Vermögensbilanz sei, ist nicht unbestritten. Müller kommt zu dem Ergebnis, daß die handelsrechtliche Umwandlungsbilanz, über die das Gesetz lediglich besagt, daß bei der Anmeldung des Umwandlungsbeschlusses die der Umwandlung zugrunde gelegte Bilanz beizufügen ist, als Gewinnermittlungsbilanz erstellt werden könne. Aus handelsrechtlicher Sicht diene sie dann lediglich der Rechnungsabgrenzung zwischen dem bzw. den Einbringenden und der übernehmenden Personengesellschaft.²⁾

Eine abschließende Beurteilung erscheint problematisch, da Hinweise auf die Vorschriften, nach welchen Grundsätzen die Umwandlungsbilanz zu erstellen ist, im Wortlaut des Gesetzes fehlen. Die Akzeptierung der Ansicht Müllers würde bedeuten, daß die der steuerlichen Einbringungsbilanz zugrundeliegenden Funktionen auch bei der handelsrechtlichen Umwandlungsbilanz Geltung hätten. Ein Unterschied zur handelsrechtlichen Einbringungsbilanz, für die die allgemeinen handelsrechtlichen Grundsätze anzuwenden sind, wäre nicht mehr erkennbar, wenn eine die Zeitwerte ausweisende Bilanz nicht für notwendig gehalten wird.

Für die Auffassung, daß die handelsrechtliche Umwandlungsbilanz eine Vermögensbilanz ist, spricht jedenfalls die Tatsache, daß eine Bestimmung dieser Bilanzwerte als gesetzliche Anschaffungskosten entsprechend § 348

1) Vgl. Müller, H. P., Vorschriften des handelsrechtlichen Umwandlungsgesetzes, S. 593.

2) Vgl. Müller, H. P., Vorschriften des handelsrechtlichen Umwandlungsgesetzes, S. 590 ff.

Abs. 1 AktG bei der Verschmelzung im UmwStG nicht vorliegt.¹⁾ Daß dieser Sachverhalt dem Gesetzgeber bekannt war, kann durch die Regelung in § 5 UmwStG - wenngleich für den umgekehrten Fall - belegt werden, wonach "die Wertansätze der steuerlichen Umwandlungsbilanz der umgewandelten Kapitalgesellschaft von der Personengesellschaft zu übernehmen sind"²⁾. Eine solche Regelung ist jedoch nur deshalb erforderlich, weil handelsrechtliche und steuerliche Umwandlungsbilanz nicht identisch sind. Hätte dem Gesetzgeber an einer grundsätzlichen Klärung im Sinne von Müller gelegen, so hätte es nahe gelegen, die Bilanzbestimmungen des UmwStG denen des AktG anzupassen. Gegen das Argument, daß bei der Festsetzung des Wertes in der handelsrechtlichen Umwandlungsbilanz lediglich das Verbot der Unterpari-Emission zu beachten sei, kann - wie bereits an anderer Stelle - eingewendet werden, daß für die Beurteilung dieser Frage nicht der bilanzielle Ansatz, sondern nur der wahre Wert des eingebrachten Betriebsvermögens maßgebend sein kann.³⁾

Andererseits schreibt das AktG, soweit es von Umwandlungsbilanzen spricht, keine Vermögensbilanzen vor (vgl. die §§ 366 Abs. 3 und 386 Abs. 2 AktG). Es gelten vielmehr die Grundsätze, die für die Auseinandersetzung mit den persönlich haftenden Gesellschaftern bestimmt sind. Das bedeutet jedoch unter Umständen, daß andere Gesichtspunkte heranzuziehen sind als für Vermögensbilanzen, die lediglich Annäherungen an den Substanzwert eines Unternehmens abbilden. Wenngleich eine Vermögensbilanz den Werten der Aktiven und Passiven näherkommt, die für eine Unternehmensbewertung zugrunde zu legen sind, kommt dem mit der Substanz voraussichtlich erzielbaren Erfolg in der Zukunft eine entscheidende Bedeutung zu. Die auf der Vergangenheit beruhenden Bilanzzahlen einer Vermögensbilanz bieten insoweit nur einen Anhaltspunkt für die Abfindung eines ausscheidenden Gesell-

1) Vgl. Mutze, O., Bilanzen, S. 1055 ff.

2) Mutze, O., Bilanzen, S. 1055.

3) Vgl. Fasold, R., Umwandlungsteuergesetz, S. 221.

schafters, selbst wenn sie die Zeitwerte beinhalten.¹⁾ Schließlich scheint der Fall auch anders gelagert zu sein als bei der Umwandlung von Kapitalgesellschaften in Personengesellschaften, wo die Umwandlungsbilanz dazu dient, den Gläubigern eine Übersicht über den Vermögensstand zu verschaffen, damit sie gegebenenfalls Sicherheit verlangen können.²⁾

Unter Berücksichtigung der Argumente, die gegen eine "strenge" Behandlung der handelsrechtlichen Umwandlungsbilanz als Vermögensbilanz sprechen, wollen deren Vertreter auch eine Interpretation als handelsrechtliche Erfolgsbilanz zulassen, insbesondere im Hinblick auf die Tatsache, daß im Umwandlungsbeschluß festgelegt werden kann, daß ab dem Stichtag der Umwandlungsbilanz die Geschäfte des bzw. der Einbringenden als für Rechnung der Kapitalgesellschaft geführt gelten sollen.³⁾ Nicht gegen die Auffassung von der Vermögensbilanz kann dagegen eingewendet werden, daß die Bindungswirkung des Maßgeblichkeitsprinzips eine handelsrechtliche Erfolgsbilanz voraussetze. "Eine zu einem bestimmten Stichtag erstellte reine Vermögensbilanz bildet auch für die zum selben Stichtag errichtete Steuerbilanz die Grundlage."⁴⁾ Einer möglichen Umgehung durch abweichende Stichtage kann mit dem Argument der Rückrechnung begegnet werden.⁵⁾

Mit der Zulassung beider Interpretationen mündet aber die weitere Untersuchung in die Frage nach den Folgerungen hinsichtlich der Gültigkeit des Maßgeblichkeitsprinzips, da es nunmehr möglich erscheint, daß die handelsrecht-

1) Vgl. Mutze, O., Bilanzen, S. 1056.

2) Vgl. Müller, H. P., Vorschriften des handelsrechtlichen Umwandlungsgesetzes, S. 593.

3) Vgl. Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 863.

4) Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 2364.

5) Vgl. RFH-Urteil v. 10. 12. 1935.

liche Umwandlungsbilanz verstanden als Vermögensbilanz und/oder die handelsrechtliche Einbringungsbilanz bindend ist für die steuerliche Einbringungsbilanz.¹⁾

3.32 Von der aufnehmenden Kapitalgesellschaft zu erstellende Sonderbilanzen

Steuerliche Überleitungsbilanz

Eine steuerliche Überleitungsbilanz ist nicht vorgeschrieben, erweist sich jedoch als zweckmäßig, wenn mehrere Sacheinlagen gleichzeitig in eine Kapitalgesellschaft eingebracht werden.

"Sie dient dazu, die Sacheinlage mit dem Wert zu fixieren, mit dem sie bei der aufnehmenden Kapitalgesellschaft angesetzt wird."²⁾

Aus praktischer Sicht erleichtert sie die Einbuchung der Sacheinlage und dient damit quasi als Arbeitsunterlage für die Vorbereitung der steuerlichen Aufnahmebilanz.

Steuerliche Aufnahmebilanz

In der steuerlichen und in der handelsrechtlichen Aufnahmebilanz finden die bilanziellen Entscheidungsprozesse bei der Einbringung eines Betriebes in eine Kapitalgesellschaft ihren sichtbaren Niederschlag (Entscheidungsdeterminationsfunktion).

Die steuerliche Aufnahmebilanz stellt die auf den Zeitpunkt der Sacheinlage erstellte Bilanz der aufnehmenden Kapitalgesellschaft entsprechend den Be-

1) Zu dieser Fragestellung wird auf S. 189 dieser Arbeit verwiesen.

2) Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 4327.

stimmungen des § 17 UmwStG dar. Da sie jenen steuerlichen Wert abbildet (Abbildungsdeterminationsfunktion), mit dem die aufnehmende Kapitalgesellschaft das eingebrachte Betriebsvermögen ansetzt, liegt ihre zentrale Bedeutung naturgemäß in der Besteuerungsdeterminationsfunktion, denn sowohl für den Einbringenden als auch für die aufnehmende Kapitalgesellschaft knüpfen die steuerlichen Konsequenzen an die Wertansätze dieser Bilanz an. Durch das im Mittelpunkt stehende steuerliche Bewertungswahlrecht für den Ansatz der Sacheinlage übernimmt die steuerliche Aufnahmebilanz auch Wertdeterminationsfunktionen, zumal damit gleichzeitig die Anschaffungskosten der neuen Anteile des Einbringenden wertmäßig festgelegt werden.

Für den Fall der Einbringung in eine neu zu gründende Kapitalgesellschaft hat sie den Charakter einer Eröffnungsbilanz (vgl. 2. - 5. Abschn. des UmwG), während sie im Falle der Einbringung in eine bestehende Kapitalgesellschaft als Zwischenbilanz gekennzeichnet werden kann. Damit wird auch deutlich, daß es im letzteren Falle nicht unbedingt einer steuerlichen Aufnahmebilanz bedarf, da die Einbringung als laufender Geschäftsvorfall anzusehen ist. Dadurch wirkt sich der Ansatz der Sacheinlage erst in der dem Einbringungsstichtag folgenden steuerlichen Jahresbilanz aus.

Handelsrechtliche Aufnahmebilanz

Als handelsrechtliche Aufnahmebilanz wird nach h. M. jene Handelsbilanz bezeichnet, die die aufnehmende Kapitalgesellschaft auf den Zeitpunkt der Sacheinlage erstellt.¹⁾ Wie die steuerliche Aufnahmebilanz hat die handelsrechtliche Aufnahmebilanz den Charakter einer Eröffnungsbilanz, wenn mit der Einbringung die Neugründung der Kapitalgesellschaft verbunden ist.

1) Vgl. Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 4332.

Während in diesen Fällen die handelsrechtliche Aufnahmebilanz zwingend erforderlich ist, kann bei der Einbringung in eine bereits bestehende Kapitalgesellschaft von einem laufenden Geschäftsvorfall ausgegangen werden.

Bei der handelsrechtlichen Aufnahmebilanz stehen im wesentlichen zwei Grundsätze im Vordergrund. Zum einen darf aufgrund des Verbots der Überbewertung die Sacheinlage nicht über ihrem Zeitwert ausgewiesen werden (Wertdeterminationsfunktion), wobei die Aktivierung eines Firmenwertes zulässig erscheint.¹⁾ Zum anderen darf die Sacheinlage "grundsätzlich nicht höher ausgewiesen werden als der Nennbetrag der ausgegebenen Aktien bzw. der höhere Ausgabebetrag"²⁾.

Eine publizitätspolitische Wirkung der handelsrechtlichen Aufnahmebilanz kann aus dem Umstand abgeleitet werden, daß der Ansatz der Sacheinlage sich in der dem Einbringungszeitpunkt nachfolgenden Handelsbilanz niederschlägt. Die dieser Handelsbilanz zugrunde liegende Informationsdeterminationsfunktion gilt insoweit auch für die handelsrechtliche Aufnahmebilanz. Dies ergibt sich auch aus der Erscheinung, daß die handelsrechtliche Umwandlungsbilanz, die bei Umwandlungen nach dem 2. - 5. Abschn. des UmwG bei der Anmeldung zum Handelsregister vorzulegen ist, eine gewisse Publizität erlangt und gleichzeitig infolge institutionalisierter Bindungswirkungen für die handelsrechtliche Aufnahmebilanz von gewichtiger Bedeutung sein kann.

1) Vgl. LG Köln - Beschluß v. 26. 2. 1959; vgl. auch Loos, G., Umwandlungsteuergesetz 1969, RZi 946 b; Fasold, R., Umwandlungsteuergesetz, S. 183 ff.

2) Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 4333 b (Hervorhebungen im Original sind weggelassen); vgl. Schlegelberger-Quassowski, Aktiengesetz, § 133 AktG, Anm. 7 Abs. 6; andere Auffassung vgl. z. B. Kuhn, K., Sacheinlage bei Kapitalgesellschaften, S. 647 ff.

3.4 Institutionalisierte Bindungswirkungen zwischen den Sonderbilanzen

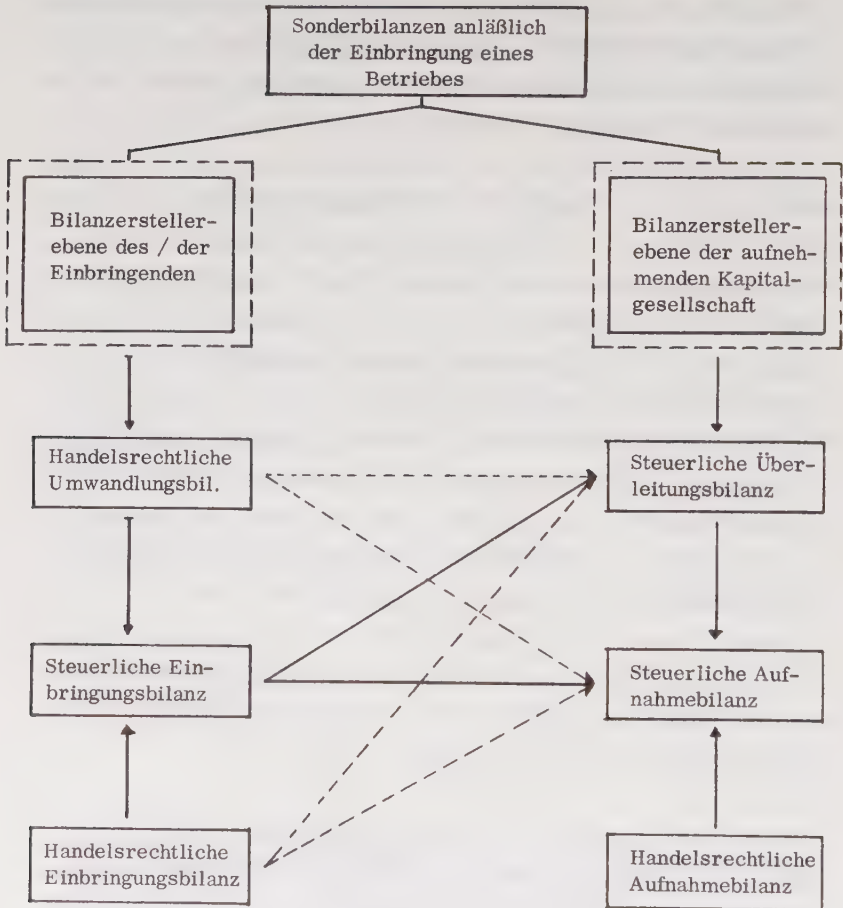
Wie die vorstehenden Erörterungen bereits angedeutet haben, sind die anlässlich der Einbringung eines Betriebes relevanten Sonderbilanzen, unabhängig von der Frage, ob diese von dem bzw. den Einbringenden oder der aufnehmenden Kapitalgesellschaft zu erstellen sind, bilanzrechtlich miteinander verknüpft. Grundlage bilanzrechtlicher Beziehungen zwischen einzelnen Sonderbilanzen ist neben den im UmwStG aufgeführten Tatbeständen die Gültigkeit des Maßgeblichkeitsgrundsatzes.

Institutionalisierte Bindungswirkungen können sowohl horizontaler als auch vertikaler Natur sein. Von horizontalen Bindungswirkungen kann gesprochen werden, wenn es sich um bilanzrechtliche Beziehungen zwischen einzelnen Sonderbilanzen handelt, die auf gleicher Bilanzerstellerebene wie beispielsweise der des Einbringenden oder der der aufnehmenden Kapitalgesellschaft liegen. Grundlage horizontaler Bindungswirkungen ist die Gültigkeit des Maßgeblichkeitsprinzips. Merkmal vertikaler Bindungswirkungen ist demgegenüber das Vorhandensein von mindestens zwei Bilanzerstellerebenen. Damit wird der Erscheinung Rechnung getragen, daß Entscheidungen in Sonderbilanzen, die vom Einbringenden erstellt werden, die Bilanzierung bei der aufnehmenden Kapitalgesellschaft beeinflussen.

Die anlässlich der Einbringung eines Betriebes relevanten (institutionalisierten) Bindungswirkungen zwischen den den Einbringungsvorgang abbildenden Sonderbilanzen sind in Abbildung 7 dargestellt.

Auf der Bilanzerstellerebene des Einbringenden sind die Ansätze in der steuerlichen Einbringungsbilanz wegen des Maßgeblichkeitsprinzips an die Ansätze in der Handelsbilanz gebunden, soweit diese steuerlich zulässig sind. Diese horizontale Bindungswirkung kommt vor allem bei jenen Wertansätzen in Betracht, bei denen steuerlich ein Wahlrecht besteht, da der

Abbildung 7: Institutionalisierte Bindungswirkungen zwischen den Sonderbilanzen anlässlich der Einbringung eines Betriebes



Ansatz in der Handelsbilanz dabei als Ausübung des Wahlrechts gilt. Als maßgebliche Handelsbilanz können die handelsrechtliche Einbringungsbilanz und/oder die handelsrechtliche Umwandlungsbilanz angesehen werden, so daß sich die Frage erhebt, welche der beiden Bilanzen vorgeht, wenn die handelsrechtliche Umwandlungsbilanz im Sinne einer reinen Vermögensbilanz verstanden wird. Da eine zu einem bestimmten Stichtag erstellte Vermögensbilanz als Grundlage für eine zum gleichen Stichtag erstellte Steuerbilanz anzusehen ist und das Maßgeblichkeitsprinzip nicht unbedingt eine handelsrechtliche Erfolgsbilanz voraussetzt, gehen die Bilanzansätze der handelsrechtlichen Umwandlungsbilanz denen der handelsrechtlichen Einbringungsbilanz vor, sofern Abweichungen gegeben sind.¹⁾

Auf der Bilanzerstellerebene der aufnehmenden Kapitalgesellschaft ist die steuerliche Aufnahmebilanz mit der handelsrechtlichen Aufnahmebilanz insoweit horizontal gekoppelt, als die Wertansätze der handelsrechtlichen Aufnahmebilanz grundsätzlich auch für die steuerliche Aufnahmebilanz bindend sind, soweit nicht zwingende steuerrechtliche Bestimmungen entgegenstehen.²⁾ Dies gilt auch hinsichtlich des Bewertungswahlrechts der aufnehmenden Kapitalgesellschaft beim Ansatz der Sacheinlage, das durch die handelsrechtliche Aufnahmebilanz als ausgeübt gilt. Niedrigere Wertansätze erscheinen nur in der steuerlichen Eröffnungsbilanz zulässig. Die steuerliche Aufnahmebilanz braucht auch der handelsrechtlichen Aufnahmebilanz dann nicht zu folgen, wenn die Ansätze in der handelsrechtlichen Einbringungsbilanz die Ansätze in der steuerlichen Einbringungsbilanz zulässigerweise übersteigen.³⁾

1) Vgl. Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 4322.

2) Vgl. RFH-Urteil v. 24. 3. 1931; RFH-Urteil v. 18. 10. 1938.

3) Vgl. hierzu S. 175 f. dieser Arbeit.

Vertikale Bindungswirkungen zwischen den Wertansätzen der steuerlichen Einbringungsbilanz und der steuerlichen Aufnahmebilanz bestehen in zweifacher Hinsicht. Zum einen stellt der sich aus der steuerlichen Einbringungsbilanz ergebende Buchwert gemäß § 17 Abs. 2 Satz 2 UmwStG den Mindestwert des eingebrachten Betriebsvermögens dar. Zum anderen muß das eingebrachte Betriebsvermögen, sofern es in der steuerlichen Einbringungsbilanz als negatives Kapital abgebildet ist, gemäß § 17 Abs. 2 Satz 3 UmwStG in der steuerlichen Aufnahmebilanz mindestens so angesetzt werden, daß sich Aktivseite und Passivseite der Bilanz entsprechen.

Kein direkter Zusammenhang (vgl. Abbildung 7 durchbrochene Linien) besteht zwischen den Wertansätzen der handelsrechtlichen Umwandlungsbilanz und der handelsrechtlichen Einbringungsbilanz einerseits und der steuerlichen Aufnahmebilanz andererseits. Ein indirekter Einfluß kommt dadurch zum Tragen, daß die Ansätze der handelsrechtlichen Umwandlungsbilanz und/oder die der handelsrechtlichen Einbringungsbilanz über das Maßgeblichkeitsprinzip die steuerliche Einbringungsbilanz, die wiederum mit der steuerlichen Aufnahmebilanz zusammenhängt, beeinflussen.

Dagegen wirkt sich der handelsrechtliche Ansatz des Einbringenden (handelsrechtliche Einbringungsbilanz, handelsrechtliche Umwandlungsbilanz) nicht auf den Wertansatz in der handelsrechtlichen Aufnahmebilanz aus, da die Sacheinlage zu jedem unter dem Teilwert liegenden Wert angesetzt werden darf. Das Gemeinsame kann lediglich darin erblickt werden, daß entsprechend den allgemeinen Grundsätzen (Verbot der Überbewertung) eine Überschreitung des Zeitwertes nicht zulässig ist.¹⁾

Sofern von der steuerlichen Überleitungsbilanz, der lediglich praktische Bedeutung zukommt, abgesehen wird, läßt Abbildung 7 darüber hinaus deut-

1) Vgl. Loos, G., Umwandlungsteuergesetz 1969, RZi 946 b.

lich werden, daß die institutionalisierten Bindungswirkungen entweder direkt oder indirekt bei der steuerlichen Aufnahmebilanz enden. Dieses Ergebnis unterstreicht damit die eingangs aufgestellte These, daß wegen der Gültigkeit des Maßgeblichkeitsprinzips bzw. dessen Umkehrung die Bestimmungen des Umwandlungsteuergesetzes im Mittelpunkt institutionalisierter Determinanten bilanzieller Entscheidungsprozesse bei der Einbringung eines Betriebes stehen.

Eine zentrale Rolle spielt dabei das der aufnehmenden Kapitalgesellschaft zustehende Bewertungswahlrecht beim Ansatz der Sacheinlage, da an dessen Ausübung die steuerlichen Rechtsfolgen anknüpfen. Mit der Ausübung des Bewertungswahlrechts sind andererseits eine Reihe von Zweifelsfragen verknüpft, die bislang in Literatur und Rechtsprechung umstritten geblieben sind. Aus dieser Sicht erscheint es erforderlich, unter Einbeziehung der Rechtsauslegung die sich als bilanzrechtliches Alternativenpotential abzeichnenden bilanziellen Aktionsspielräume auf der Basis der gesetzlichen Zulässigkeit zu untersuchen.

4. Das Bewertungswahlrecht der aufnehmenden Kapitalgesellschaft als bilanzrechtliches Alternativenpotential

Das Bewertungswahlrecht der aufnehmenden Kapitalgesellschaft als bilanzrechtliches Alternativenpotential stellt sich einmal hinsichtlich des Ansatzes der Sacheinlage insgesamt und zum anderen für den Ansatz einzelner Wirtschaftsgüter.

4.1 Ansatz zum Buchwert

Der Ansatz der Sacheinlage bestimmt sich grundsätzlich nach § 17 Abs. 2 UmwStG. Gemäß § 17 Abs. 2 Sätze 1 und 2 UmwStG kann die aufnehmende Kapitalgesellschaft das eingebrachte Betriebsvermögen zum Buchwert ansetzen, der ihm im Zeitpunkt der Sacheinlage nach den allgemeinen Vorschriften über die steuerliche Gewinnermittlung zukommt. Sofern nicht der Teilwert der Sacheinlage zu einer niedrigeren Bewertung zwingt, ist es nicht möglich, den Buchwert der Sacheinlage zu unterschreiten. Dies erscheint auch dann nicht zulässig, wenn in der handelsrechtlichen Aufnahmebilanz das eingebrachte Betriebsvermögen niedriger angesetzt wird.¹⁾ Eine Einbringung zum Buchwert ist ebenso gegeben, wenn einzelne Wirtschaftsgüter im Rahmen der Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 2 EStG in der Einbringungsbilanz, die als Grundlage für die Ermittlung des Buchwertes dient, über ihrem letzten Bilanzansatz (Teilwert) eingestellt werden. Diese Aufstockung, die vor allem für die Neutralisierung eines ansonsten unter Umständen verlorengehenden Verlustvortrags von Bedeutung ist, hängt insoweit nicht mit dem Wahlrecht der aufnehmenden Kapitalgesellschaft zusammen.

4.11 Beschränkungen beim Ansatz zum Buchwert

Das Wahlrecht der aufnehmenden Kapitalgesellschaft bezüglich des Ansatzes der Sacheinlage zum Buchwert ist in bestimmten Fällen eingeschränkt. Zum einen besteht nach den allgemeinen Grundsätzen die Notwendigkeit, einzelne Wirtschaftsgüter in der Einbringungsbilanz und damit bei der aufnehmenden

1) Vgl. Hermann-Heuer, Einkommensteuer, § 17 UmwStG, RZi 32 ff. Bezüglich der aktienrechtlichen Zulässigkeit der Einbuchung zum Buchwert wird auf S. 133 ff. dieser Arbeit verwiesen.
Vgl. außerdem Fasold, R., Umwandlungsteuergesetz, S. 183 ff.

Kapitalgesellschaft mit dem Teilwert anzusetzen. Andererseits sind in bestimmten Fällen im Rahmen des Wertansatzes der Sacheinlage insgesamt über dem Buchwert liegende Werte vorgeschrieben, wobei allerdings der Teilwert ebensowenig überschritten werden darf. Letztere Fälle, die die gesetzlich vorgeschriebenen Ansätze über dem Buchwert betreffen, wurden bereits an anderer Stelle untersucht, so daß sich die folgenden Erörterungen auf die mit der Einbringungsbilanz zusammenhängenden Wirtschaftsgüter, die zum Teilwert anzusetzen sind, beschränken können.¹⁾

Gehört zu einem Betrieb, Teilbetrieb oder Mitunternehmeranteil auch ausländisches Vermögen, so ist es in der Einbringungsbilanz grundsätzlich mit dem Buchwert, der sich nach den allgemeinen Gewinnermittlungsvorschriften zum Zeitpunkt der Sacheinlage ergibt, zu bilanzieren. Diese Regelung kommt jedoch für ausländisches Vermögen insoweit nicht zum Zuge, als es zu einer Betriebsstätte gehört, die in einem Staat belegen ist, mit dem ein Doppelbesteuerungsabkommen vorliegt. In diesem Falle ist der Ansatz zum Teilwert erforderlich, da "der Ansatz des eingebrachten Betriebsvermögens den Anschaffungskosten der durch die Einbringung erlangten Anteile entspricht"²⁾ (§ 17 Abs. 4 Satz 1 UmwStG). Damit soll verhindert werden, daß im Falle der Veräußerung der gewährten Anteile bei gleichzeitiger Fortführung der Buchwerte durch die aufnehmende Kapitalgesellschaft auch jene stille Reserven besteuert werden, die sich im Laufe der Zugehörigkeit zu einer ausländischen Betriebsstätte gebildet haben. Das Besteuerungsrecht hinsichtlich dieser stillen Reserven steht dem ausländischen Staat zu.

Eine weitere Besonderheit ergibt sich für die Einbringung von Grund und Boden, wenn der Einbringende den Gewinn gemäß § 4 EStG ermittelt. Wäh-

1) Zu den gesetzlich vorgeschriebenen Ansätzen über den Buchwert vgl. S. 156 ff. dieser Untersuchung.

2) Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 4085.

rend bei Einbringungen bis vor dem 1. 7. 1970 für land- und forstwirtschaftliches Vermögen oder bis vor dem 15. 8. 1971 für das der selbständigen Tätigkeit dienende Betriebsvermögen der Teilwert des Grund und Bodens anzusetzen war, sind bei Einbringung ab diesen Terminen die gemäß § 55 EStG zu ermittelnden Ausgangsbeträge als Buchwerte maßgebend.¹⁾

4.12 Konsequenzen der Buchwertfortführung

Mit der Ausübung des Bewertungswahlrechts in Form der Buchwertfortführung sind bilanzrechtliche Konsequenzen verbunden, die für das Entscheidungsverhalten des Entscheidungsträgers von wesentlicher Bedeutung sind. Grundlage der Auswirkungen bei der aufnehmenden Kapitalgesellschaft ist der vom Gesetzgeber beabsichtigte Eintritt in die steuerliche Rechtsposition des Einbringenden.

Die bilanzrechtlichen Folgen der Einbringung für die aufnehmende Kapitalgesellschaft sind in § 20 Abs. 1 bis 4 UmwStG geregelt. Im Falle der Buchwertfortführung wird dort in vollem Umfang auf § 7 UmwStG verwiesen. Soweit trotz Buchwertfortführung in Einzelfällen der Teilwertansatz vorgeschrieben ist, gelten diese Wirtschaftsgüter gemäß § 20 Abs. 1 in Verbindung mit § 7 Abs. 2 UmwStG als zum Teilwert angeschafft. Bedeutung erlangt diese Regelung dadurch, daß erhöhte Absetzungen und Bewertungsfreiheiten erneut zur Disposition stehen, da die daran geknüpfte Bedingung der Anschaffung als erfüllt anzusehen ist. Im Gegensatz dazu gelten die von der aufnehmenden Kapitalgesellschaft zu Buchwerten fortgeführten Wirtschaftsgüter nicht als angeschafft. In diesen Fällen wird der aufnehmenden Kapitalgesellschaft die teilweise geforderte Herstellereigenschaft (vgl. z. B. § 7

1) Vgl. auch Speich, G., Zweifelsfragen der Gewinnverwirklichung, S. 2108.

Abs. 5 EStG) eingeräumt, soweit sie auch beim Einbringenden vorgelegen hat.

Im einzelnen ergeben sich für die aufnehmende Kapitalgesellschaft folgende Konsequenzen hinsichtlich der Bilanzierung der Sacheinlage:

Normale Absetzung für Abnutzung

§ 7 Abs. 1 UmwStG schreibt vor, daß die vom Einbringenden gewählte Afa-Methode fortzusetzen ist. Dies bedeutet für die aufnehmende Kapitalgesellschaft, daß wenn vom Einbringenden für ein Wirtschaftsgut die degressive Abschreibung gewählt wurde, diese von der Übernehmerin mit dem sich aus der gesamten Nutzungsdauer ergebenden Prozentsatz fortgeführt werden muß. Lediglich der Übergang zur linearen Afa erscheint zulässig. Wurde vom Einbringenden bereits linear abgeschrieben, ist eine Änderung nicht gestattet. Im Rahmen der Gebäudeabschreibung gemäß § 7 Abs. 5 EStG gilt die aufnehmende Kapitalgesellschaft als Bauherrin. Sie kann die erhöhten Absetzungen von 3, 5 % während der ersten 12 Jahre nach Herstellung insoweit beanspruchen, als sie noch nicht vom Einbringenden ausgeschöpft wurde. Als Bemessungsgrundlage sind die Herstellungskosten des Einbringenden zugrunde zu legen.¹⁾

Erhöhte Abschreibungen und Sonderabschreibungen

Für erhöhte Abschreibungen und Sonderabschreibungen kommen in erster Linie die §§ 7 b, 54 EStG und § 14 a BHG in Betracht. Sofern der Einbringende die in § 7 b Abs. 1 EStG bezeichneten Objekte hergestellt hat, kann

1) Vgl. Loos, G., Umwandlungsteuergesetz 1969, RZi 331.

die aufnehmende Kapitalgesellschaft noch nicht ausgenützte erhöhte Abschreibungen in Anspruch nehmen, obwohl davon auszugehen ist, daß sie nicht Ersterwerberin im Sinne des § 7 b Abs. 3 EStG ist.¹⁾ Entsprechendes gilt für § 54 EStG.

Die Anwendung des § 14 a BHG für die aufnehmende Kapitalgesellschaft setzt deren Herstellereigenschaft voraus. Sofern der Einbringende diese Herstellereigenschaft besitzt, geht sie auf die Übernehmerin über. Für diesen Fall kann die erhöhte Abschreibung von der aufnehmenden Kapitalgesellschaft in dem Maße fortgeführt werden, als sie bis zum Einbringungszeitpunkt noch nicht ausgeschöpft wurde. Auf die in § 14 a BHG genannte Bedingung der "Bauherrin" wird insoweit verzichtet.

Bewertungsfreiheiten

Bewertungsfreiheiten gemäß § 7 e EStG, den §§ 75, 76, 79, 81, 82, 82 d, 82 f EStDV bedeuten, daß bei den dort bezeichneten Wirtschaftsgütern außer der normalen Abschreibung noch bestimmte Prozentsätze der Anschaffungs- oder Herstellungskosten abgesetzt werden können. Die Anzahl der Wirtschaftsjahre ist dabei jeweils begrenzt. Bei der Einbringung eines Betriebes mit Buchwertfortführung kann die Übernehmerin die noch nicht ausgenutzte Bewertungsfreiheit in Anspruch nehmen, allerdings nur insoweit, als auch die persönlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Bewertungsfreiheit gemäß § 6 Abs. 2 EStG kommt für die aufnehmende Kapitalgesellschaft nicht in Betracht, da es an der dort geforderten "Anschaffung" fehlt.

1) Vgl. Loos, G., Umwandlungssteuergesetz 1969, RZi 332.

Die den steuerlichen Gewinn mindernden Rücklagen

Was zu den den steuerlichen Gewinn mindernden Rücklagen zu zählen ist, kann aus der einschlägigen Literatur entnommen werden.¹⁾ Durch die Regelung des § 7 Abs. 1 UmwStG können diese Rücklagen von der aufnehmenden Kapitalgesellschaft übernommen werden, obwohl die maßgebenden Voraussetzungen zur Schaffung dieser Rücklagen unter Umständen nur beim Einbringenden vorlagen. Dabei ist es möglich, daß sich die Auflösungszeiträume in Folge eines Rumpfwirtschaftsjahres verkürzen, da davon auszugehen ist, daß die Übernehmerin die Rücklagen selbst gebildet hat.

Als eine der wichtigsten den steuerlichen Gewinn mindernden Rücklagen sei hier stellvertretend die Rücklage gemäß § 6 b EStG aufgeführt. Durch den Eintritt in die Rechtstellung des Einbringenden nach § 7 Abs. 1 UmwStG ist es zulässig, daß auch von der aufnehmenden Kapitalgesellschaft angeschaffte oder hergestellte Wirtschaftsgüter auf diese Rücklage übertragen werden. Dabei ist jedoch zu beachten, daß nur solche Wirtschaftsgüter in Betracht kommen, die auch der Einbringende hätte übertragen können. Darüber hinaus wird eine ordnungsgemäße Buchführung für die Übertragung der Rücklage auf die von der aufnehmenden Kapitalgesellschaft angeschafften oder hergestellten Wirtschaftsgüter vorausgesetzt (§ 6 b Abs. 4 Nr. 1 EStG).

Anwendung der Vorschrift des § 6 Abs. 1 Ziff. 2 Satz 2 und 3 EStG

Unschädlich für die Buchwertfortführung durch die aufnehmende Kapitalgesellschaft ist die Anwendung des § 6 Abs. 1 Nr. 2 Sätze 2 und 3 EStG. Durch die Verweisung des § 20 Abs. 1 UmwStG auf § 7 UmwStG erscheint es zu-

1) Vgl. z. B. Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 2707.

lässig, daß die Übernehmerin den Grund und Boden, die Beteiligungen, den Firmenwert und das Umlaufvermögen an den auf den Zeitpunkt der Sacheinlage folgenden Bilanzstichtagen höher ansetzt als die Wertansätze der steuerlichen Einbringungsbilanz, wobei grundsätzlich der Teilwert bzw. die vom Einbringenden aufgewendeten Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten nicht überschritten werden dürfen. Durch den höheren Wertansatz kann ein ansonsten verlorengelender Verlustabzug unter Umständen ausgeglichen werden.¹⁾

Zeitraum der Zugehörigkeit eines Wirtschaftsgutes zum Betriebsvermögen

Durch die Regelung des § 20 Abs. 1 UmwStG in Verbindung mit § 7 Abs. 3 UmwStG wird der aufnehmenden Kapitalgesellschaft die Besitzzeit eines Wirtschaftsgutes des bzw. der Einbringenden angerechnet, wenn dies für die Besteuerung von Bedeutung ist.

- § 6 b EStG und Investitionszulagen:

Die Übertragung eines Veräußerungsgewinns gemäß § 6 b Abs. 1 und Abs. 3 EStG ist gemäß § 6 b Abs. 4 Nr. 2 EStG nur dann zugelassen, wenn das veräußerte Wirtschaftsgut im Zeitpunkt der Veräußerung mindestens 6 Jahre ununterbrochen zum Anlagevermögen einer inländischen Betriebsstätte gehört hat. § 7 Abs. 3 UmwStG ermöglicht eine Anrechnung der Zeit für die aufnehmende Kapitalgesellschaft, in der das Wirtschaftsgut ununterbrochen zum Anlagevermögen des bzw. der Einbringenden gehört hat. Entsprechendes gilt für die Anwendung des § 19 BHG und des § 2 des Investitionszulagengesetzes.²⁾

1) Vgl. Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, 2719.

2) Vgl. das Investitionszulagengesetz v. 18.8.1969, BGBl 1969 I, S. 1211.

- Schachtelprivileg gemäß § 9 KStG und § 102 BewG:

Die Anwendung des Schachtelprivilegs setzt unter anderem voraus, daß die mindestens 25 % des Grund- oder Stammkapitals betragende Beteiligung zumindest 12 Monate vor dem Ende des Wirtschaftsjahres ununterbrochen an der ausschüttenden Gesellschaft bestanden hat. Für die Berechnung der Besitzzeit sind die Besitzzeiten des bzw. der Einbringenden der aufnehmenden Kapitalgesellschaft anzurechnen. Trotz Fehlens der zeitlichen Voraussetzung kann damit die Übernehmerin das Schachtelprivileg für sich in Anspruch nehmen, wenn sie und der bzw. die Einbringenden zusammen die Bedingungen der 25 %igen Beteiligung und die der 12monatigen Besitzzeit erfüllen.¹⁾ Für die Anwendung des Schachtelprivilegs gemäß § 102 BewG gilt entsprechendes.

- Organschaft und Ergebnisabführungsvertrag § 7 a KStG:

Ein wirksamer Ergebnisabführungsvertrag gemäß § 7 a Abs. 1 Nr. 1 KStG liegt vor, wenn der Organträger an der Organgesellschaft vom Beginn ihres Wirtschaftsjahres an ununterbrochen in einem solchen Maße beteiligt ist, daß ihm die Mehrheit der Stimmrechte aus den Anteilen an der Organgesellschaft zusteht. Wird der Organträger in eine Kapitalgesellschaft eingebracht, so wird die Zeit angerechnet, in der der bisherige eingebrachte Organträger die erforderliche Stimmenmehrheit bei der Organgesellschaft ununterbrochen besaß. Auch die Tatsache, daß die Organgesellschaft seit Beginn ihres Wirtschaftsjahres ununterbrochen nach dem Gesamtbild der tatsächlichen Verhältnisse wirtschaftlich und organisatorisch in das Unternehmen des Einbringenden eingegliedert war, kommt insoweit der aufnehmenden Gesellschaft zugute.²⁾

1) Vgl. Haass, D., Schachtelvergünstigung und Organschaft, S. 275 f.

2) Vgl. Haass, D., Zugehörigkeit eines Wirtschaftsgutes, S. 576 ff.

Der in § 7 Abs. 1 UmwStG aufgeführte Katalog ist dem Wortlaut nach erschöpfend. Loos will jedoch eine Erweiterung im Wege der Analogie zulassen.¹⁾ Mit dem Eintritt in die Rechtsstellung des Einbringenden und der bilanziellen Abbildung des Einbringungsvorgangs in Form der Buchwertfortführung durch die aufnehmende Kapitalgesellschaft werden die im eingebrachten Betriebsvermögen enthaltenen stillen Reserven fortgeführt. Erst mit dem Ablauf der Nutzungsdauer der eingebrachten abnutzbaren Wirtschaftsgüter bzw. durch Veräußerung erfolgt die Auflösung dieser stillen Reserven. Die damit verbundene Gewinnerhöhung führt zu einer entsprechenden Belastung durch Körperschaft- und Gewerbesteuer.

4.2 Ansatz zum Teilwert

Das zweite Extremum des breiten Kontinuums bewertungsrechtlicher Alternativen bei der Einbringung eines Betriebes in eine Kapitalgesellschaft bildet der Teilwert. Auf die besondere Problematik seiner Ermittlung, die Betriebsbezogenheit der einzelnen Wirtschaftsgüter bei der Bewertung einzubeziehen, wurde bereits hingewiesen.²⁾ Auch besteht in der Literatur keine Einigkeit darüber, inwieweit § 6 Abs. 1 Nr. 5 und 6 EStG bei der Bewertung der Sacheinlage zum Teilwert anzuwenden ist, da § 17 Abs. 2 UmwStG von einem "höheren Wert" spricht, wobei die "Teilwerte der einzelnen Wirtschaftsgüter nicht überschritten werden" dürfen.

Im Vordergrund der unterschiedlichen Standpunkte steht dabei die Frage, ob im Rahmen der Bewertung der Sacheinlage die zusätzlichen Beschränkungen, daß höchstens die Anschaffungs- oder Herstellungskosten angesetzt werden dürfen, "wenn das zugeführte Wirtschaftsgut innerhalb der letzten

1) Vgl. Loos, G., Umwandlungsteuergesetz 1969, RZi 321.

2) Vgl. hierzu die Ausführungen auf S.138 f. dieser Arbeit.

drei Jahre vor dem Zeitpunkt der Zuführung angeschafft oder hergestellt worden ist oder ein Anteil an einer Kapitalgesellschaft ist und der Steuerpflichtige an der Gesellschaft im Sinne des § 17 Abs. 1 UmwStG beteiligt ist"¹⁾, zur Anwendung kommen.

Nach herrschender Meinung²⁾ ist die Bewertung der Sacheinlage zu dem den Buchwert bzw. die Anschaffungskosten übersteigenden Teilwert mit der Vorschrift des § 17 Abs. 2 UmwStG zu begründen. Eine Beschränkung im Sinne des § 6 Abs. 1 Nr. 5 und 6 EStG ist dort nicht vorgesehen, so daß sie auch im Rahmen des 3. Teils des UmwStG ohne jede Bedeutung ist. Die Anwendung des § 6 Abs. 1 Nr. 5 und 6 EStG könnte lediglich in jenen Fällen eine Rolle spielen, in denen die Einlage nicht in einer Sacheinlage besteht, da dann die allgemeinen Vorschriften zu beachten sind.

Wenngleich damit die Anschaffungs- oder Herstellungskosten gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 5 EStG als Beschränkungen nicht in Betracht kommen, setzt der Ansatz zum Teilwert die Beachtung einiger gesetzlicher Begrenzungsfaktoren voraus. Neben handelsrechtlichen Erfordernissen geht es zum einen darum, daß in bestimmten Fällen der Teilwertansatz zwingend geboten ist, und zum anderen um die Erscheinung, daß der Teilwertansatz insgesamt den Ansatz eines selbst geschaffenen Firmenwertes zur Voraussetzung hat.

1) v. Wallis, H., Einbringung eines Personenunternehmens, S. 1479; vgl. auch Döllerer, G., Aktienrecht und Steuerrecht, S. 335 unter Berufung auf das BFH-Urteil v. 4. 10. 1966; OFD-Düsseldorf, Verfügung v. 9. 5. 1960.

2) Vgl. z.B. Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 4096.

4. 21 Voraussetzungen für den Ansatz zum Teilwert

Gemäß § 17 Abs. 2 Satz 1 UmwStG kann die aufnehmende Kapitalgesellschaft die Sacheinlage mit dem Teilwert ansetzen. Dies gilt sowohl für die steuerliche als auch für die handelsrechtliche Aufnahmebilanz, da der Teilwert, der zwar eine typisch steuerliche Wertkategorie darstellt, auch Eingang in die Handelsbilanz finden kann.¹⁾

Aus handelsrechtlicher Sicht ist zu beachten, daß der Wertansatz der Sacheinlage nicht höher ist als der Wert, mit dem die Sacheinlage im Falle der Neugründung in der Satzung oder im Falle der Einbringung in eine bereits bestehende Kapitalgesellschaft im Kapitalerhöhungsbeschluß festgesetzt wurde. Dabei darf der Nennbetrag bzw. der höhere Ausgabebetrag nicht überschritten werden.²⁾

Die Anerkennung des Nennbetrages bzw. des höheren Ausgabebetrages als Höchstgrenze für den Ansatz der Sacheinlage ist nicht unbestritten. Während Thiel³⁾ in Übereinstimmung mit der Verfügung der OFD-Düsseldorf vom 9. 5. 1960 dafür plädiert, daß der Nennbetrag bzw. der höhere Ausgabebetrag zugleich die Höchst- und Mindestgrenze bilde, da Nennbetrag bzw. höherer Ausgabebetrag Anschaffungskosten darstellen würden, lehnt Fasold⁴⁾ eine Bindung an den Nennbetrag bzw. den höheren Ausgabebetrag ab mit der u. E.

1) Vgl. Döllerer, G., Aktienrecht und Steuerrecht, S. 335; Scherpf, P., Aktienrechtliche Rechnungslegung, RZi 227.

2) Vgl. Schlegelberger-Quassowski, Aktiengesetz, § 133 AktG., Anm. 7, Abs. 6.

3) Vgl. Thiel, R., Bewertung von Sacheinlagen, S. 300 ff.; OFD-Düsseldorf, Verfügung v. 9. 5. 1960.

4) Vgl. Fasold, R., Umwandlungsteuergesetz, S. 220; vgl. auch Loos, G., Umwandlungsteuergesetz 1969, RZi 946 b.

zutreffenden Begründung, daß zumindest handelsrechtlich ein Anschaffungsvorgang nicht vorliege. Auch Adler/Düring/Schmaltz¹⁾ sehen den Nennbetrag nicht als Höchstgrenze an. Diese ist im Zeitwert der Sacheinlage zu sehen, da ansonsten nicht vorhandene Vermögenswerte zum Ausweis kommen würden (Grundsatz des Verbots der Überbewertung).

Die an sich grundsätzlich freie Wahl der aufnehmenden Kapitalgesellschaft beim Ansatz der Sacheinlage ist auch aus steuerlicher Sicht eingeschränkt, da in bestimmten Fällen ein Zwang besteht, die Sacheinlage mit dem Teilwert anzusetzen. Der Teilwertansatz ist zwingend für den Fall, daß der Einbringende entweder beschränkt steuerpflichtig ist (§ 17 Abs. 3 Satz 1 UmwStG) oder der Gewinn aus der Veräußerung der erworbenen Anteile aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens der deutschen Besteuerung entzogen ist und nicht der Ausnahmetatbestand des § 17 Abs. 3 Satz 2 UmwStG vorliegt. Der Ansatz zum Teilwert ist auch für den Fall vorgeschrieben, wenn er die in § 17 Abs. 2 Sätze 3 und 4 UmwStG vorgeschriebenen Mindestwerte erreicht.²⁾

Die Entscheidung für den Teilwertansatz bedeutet für die aufnehmende Kapitalgesellschaft, daß auf der Grundlage des § 6 Abs. 1 Nr. 1 Satz 3 EStG der Teilwert sämtlicher Wirtschaftsgüter zu ermitteln ist, die dem eingebrachten Betriebsvermögen im Zeitpunkt der Sacheinlage zuzurechnen sind. Da als Objekt des Teilwertes das einzelne Wirtschaftsgut gilt, entspricht das eingebrachte Betriebsvermögen der Summe der Teilwerte. Durch die in der Legaldefinition des Teilwertes enthaltene "Erwerberfiktion" ist im Gesamtkaufpreis eines Unternehmens auch ein Mehrwert enthalten, der nicht den einzelnen Wirtschaftsgütern zugeordnet werden kann, sondern

1) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, Rechnungslegung, § 153 AktG, Anm. 55.

2) Vgl. Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 4218.

einen originären Firmenwert widerspiegelt. Aus dieser Sicht ist es unzulässig, daß einzelne Wirtschaftsgüter über und zum Ausgleich dafür einzelne Wirtschaftsgüter unter dem Teilwert angesetzt werden. Andererseits macht diese Betrachtungsweise deutlich, daß der Ansatz zum Teilwert ex definitione den Ansatz eines selbstgeschaffenen Firmenwertes mitumfaßt. Ohne Berücksichtigung eines selbstgeschaffenen Firmenwertes läge insoweit kein Ansatz zum Teilwert vor.¹⁾

4.22 Originärer Firmenwert

Mit dem (originären) Firmenwert wird ein weiterer Aktionsspielraum beim Ansatz der Sacheinlage sichtbar, der in der Mehrdeutigkeit seiner Ermittlung begründet ist. So kann bereits der Begriff des Firmenwertes nur indirekt umschrieben werden. Danach umfaßt der Firmenwert jenen Wert, "um den der Wert des Gesamtunternehmens den Wert der einzelnen Wirtschaftsgüter des Betriebsvermögens an materiellen oder sonstigen immateriellen Wirtschaftsgütern übersteigt"²⁾. Wie der Teilwertbegriff enthält auch der Firmenwert Merkmale einer Gesamtbewertung, die die Problematik seiner Ermittlung unterstreichen.

Die von der herrschenden Meinung³⁾ vertretene Ansicht, daß ein etwaiges handelsrechtliches Verbot, in der Aufnahmebilanz der Kapitalgesellschaft einen selbstgeschaffenen Firmenwert anzusetzen, dem steuerlichen Ansatz nicht entgegensteht, ist nicht unbestritten geblieben. Nach v. Godin/Wilhelmi⁴⁾ kann der Firmenwert handelsrechtlich Gegenstand einer Sachein-

1) Vgl. BdF-Schreiben v. 20.7.1970.

2) Glade, A., Behandlung des Firmenwertes, S. 289; vgl. auch Kolbe, K., Geschäftswert, S. 846.

3) Vgl. z.B. Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 4205.

4) Vgl. v. Godin-Wilhelmi, Aktiengesetz, § 27 AktG, Anm. 14.

lage sein, soweit eine Gegenleistung durch Gewährung von Gesellschaftsrechten erbracht wird. Für die handelsrechtliche Zulässigkeit kommt es aber nach Auffassung des LG-Köln entscheidend darauf an, ob bei der Einbringung der Erwerb des eingebrachten Unternehmens durch die aufnehmende Gesellschaft als entgeltlicher Vorgang zu werten und ob in dem gewährten Entgelt auch eine Vergütung für den Kapitalisierungsmehrwert (goodwill) enthalten sei.¹⁾ Wenngleich dies im entschiedenen Fall der Sachgründung abgelehnt wurde, da Gesellschaftergleichheit zwischen Einbringern und Gründern vorlag, sei grundsätzlich eine Aktivierung dieses Mehrwertes zu gestatten. Auch die weitere Urteilsbegründung, die auf die rechtliche Selbständigkeit der aufnehmenden Kapitalgesellschaft abstellt, bejaht die Möglichkeit, den Firmenwert der einzubringenden Personengesellschaft als fremden Wert zu betrachten. Dabei sei der Firmenwert allerdings nur insoweit bilanzierungsfähig, als der Gesamtbetrag der gewährten Gesellschaftsrechte den Wert der einzelnen Vermögensgegenstände übersteigt.

Nach Fasold²⁾ bewirkt dagegen die rechtliche Selbständigkeit der Übernehmerin lediglich, daß das rechtliche und wirtschaftliche Eigentum an der Sacheinlage auf einen anderen übergeht, womit jedoch kein entgeltlicher Leistungsaustausch verbunden sei. Auch im BFH-Urteil v. 4.10.1966 wird unterstellt, daß beim Erwerb eines Unternehmens gegen Gewährung neuer Anteile keine Gegenleistung nach Art eines Kaufpreises gegeben sein könne.³⁾ Liegen aber keine Anschaffungskosten vor, so bleibt auch die Möglichkeit des entgeltlichen Erwerbs im Sinne von § 153 AktG ausgeschlossen, da unter Anschaffungskosten die Kosten des entgeltlichen Erwerbs zu verstehen sind.⁴⁾

1) Vgl. LG-Köln, Beschluß v. 26. 2. 1959; im Ergebnis gleich BFH-Urteil v. 4. 4. 1968.

2) Vgl. Fasold, R., Der originäre Geschäftswert, S. 1430.

3) Vgl. BFH-Urteil v. 4. 10. 1966; vgl. außerdem die gesellschaftsrechtliche Wertung des Einbringungsvorgangs auf S. 129 ff. dieser Arbeit.

4) Vgl. die Begründung zum Einkommensteuergesetz 1934, RStB1 1935, S. 38.

Damit erlangt die Frage Bedeutung, ob ein etwaiges handelsrechtliches Verbot, das als Ergebnis einer gesellschaftsrechtlichen Wertung des Einbringungsvorgangs begründet erscheint, auch für die steuerliche Behandlung gemäß § 17 Abs. 4 UmwStG maßgebend ist. Widmann/Mayer¹⁾ lehnen dies ab mit der Begründung, daß die Möglichkeit des Ansatzes in der steuerlichen Aufnahmebilanz durch die steuerliche Betrachtungsweise der Einbringung als Erwerbsvorgang auf seiten der aufnehmenden Kapitalgesellschaft zulässig sei.

Eine abschließende Bewertung dieser Frage erscheint problematisch. Für die Auffassung, daß einem etwaigen handelsrechtlichen Verbot ein steuerlicher Ansatz nicht entgegensteht, spricht die Erscheinung, daß es sich in § 17 Abs. 4 Satz 1 UmwStG insoweit um eine dem Gesetzgeber bekannte Erwerberfiktion handelt, die bei anderer gesetzgeberischer Absicht hätte leicht vermieden werden können. Außerdem ist nach § 17 Abs. 5 Satz 2 UmwStG die Vorschrift des § 16 Abs. 4 EStG nur dann anzuwenden, wenn die Kapitalgesellschaft das eingebrachte Betriebsvermögen mit dem Teilwert ansetzt. Die damit verbundene Frage, ob § 16 Abs. 4 EStG nur dann zur Anwendung kommt, wenn die Übernehmerin auch einen originären Firmenwert ansetzt - wenngleich nicht neu - hat sich in der Vergangenheit allerdings ausschließlich im Hinblick auf § 34 EStG gestellt. Dabei wurde für seine Anwendung in der Regel eine sofortige Realisierung aller wesentlichen stillen Reserven einschließlich eines (originären) Firmenwertes als maßgebend angesehen.²⁾ Schließlich kann gegen das Argument der gesellschaftsrechtlichen Wertung des Einbringungsvorgangs als "nicht entgeltlicher Erwerb" eingewendet werden, daß das Maßgeblichkeitsprinzip nur insoweit

1) Vgl. Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 4205; vgl. auch Würdinger, H., Änderung der Unternehmensform, S. 76 ff.; Hübl, L., Umwandlungsteuergesetz 1969, S. 220.

2) Vgl. Hübl, L., Umwandlungsteuergesetz 1969, S. 220; vgl. auch das BFH-Urteil v. 4. 4. 1968.

Geltung, hat, als nicht zwingende steuerrechtliche Bestimmungen dem widersprechen.¹⁾ Die Betrachtungsweise des UmwStG in Verbindung mit § 6 Abs. 1 Nr. 1 EStG als den handelsrechtlichen Bestimmungen vorgehende Bewertungsvorschrift trägt diesem Gedanken Rechnung, so daß das handelsrechtliche Erfordernis des entgeltlichen Erwerbs auch insoweit hinter die den originären Firmenwert mitumfassende Teilwertdefinition zurücktreten muß. Gegen die Auffassung des steuerlichen Ansatzes eines originären Firmenwertes könnte andererseits vorgebracht werden, daß die Fiktion der Anschaffung zum Teilwert gemäß § 20 UmwStG sich nur auf die eingebrachten Wirtschaftsgüter beziehe, wozu aber ein originärer Firmenwert mangels Wirtschaftsguteigenschaft nicht gehören kann.²⁾

Das bilanzrechtliche Erfordernis, auch einen originären Firmenwert im Rahmen des Teilwertansatzes zu aktivieren, bringt unter Umständen erhebliche praktische Schwierigkeiten mit sich, da die einzelnen Wirtschaftsgüter bis zu ihrem Teilwert aufzustocken sind. Der Teilwert als Höchstgrenze bezieht sich auf jedes einzelne Wirtschaftsgut.

4.23 Konsequenzen des Teilwertansatzes

Grundlage bilanzrechtlicher Konsequenzen des Teilwertansatzes bei der aufnehmenden Kapitalgesellschaft ist die Vorschrift des § 20 Abs. 3 UmwStG. Die Grundsätze des § 7 UmwStG gelten nicht, da die Übernehmerin nicht in die steuerliche Rechtsposition des bzw. der Einbringenden eintritt. Aus der vom Gesetzgeber beabsichtigten "Anschaffung" durch die aufnehmende Kapitalgesellschaft ergeben sich im einzelnen folgende Konsequenzen hinsichtlich der Bilanzierung der Sacheinlage:

1) Vgl. RFH-Urteil v. 24.3.1931; RFH-Urteil v. 18.10.1938.

2) Vgl. Fasold, R., Der originäre Geschäftswert, S. 1430.

Normale Absetzung für Abnutzung

Das Wahlrecht zwischen degressiver und linearer Abschreibung entsprechend den allgemeinen Grundsätzen steht für die aufnehmende Kapitalgesellschaft erneut zur Disposition, da aus steuerlicher Sicht ein Anschaffungsvorgang vorliegt. Sofern der Zeitpunkt der Sacheinlage in die erste Hälfte des Wirtschaftsjahres der aufnehmenden Gesellschaft fällt, kommt nach der Vereinfachungsregelung des Abschn. 43 Abs. 10 Satz 3 EStR die volle Jahresabschreibung in Betracht. § 7 Abs. 5 EStG (Gebäude-Afa) kann für vom Einbringenden hergestellte Gebäude nicht in Anspruch genommen werden, da es an der Herstellereigenschaft insoweit fehlt.¹⁾

Erhöhte Absetzungen, Sonderabschreibungen und Bewertungsfreiheiten

Ebenfalls wegen Fehlens der Herstellereigenschaften ist eine nochmalige Begünstigung in Form erhöhter Absetzung für Gebäude gemäß § 14 Abs. 2 Ziff. 2 BHG und § 14 a BHG nicht vorgesehen, während erhöhte Absetzung nach § 14 BHG zulässig erscheint, soweit es sich um bewegliche, abnutzbare Wirtschaftsgüter handelt.²⁾ Hinsichtlich der zum eingebrachten Betriebsvermögen gehörenden Gebäude gilt die aufnehmende Kapitalgesellschaft als Ersterwerberin, so daß § 7 b Abs. 3 EStG zur Anwendung kommen kann. Dabei ist zu beachten, daß die Anzahl der Objekte, in die die eingebrachten und die bereits vorhandenen Gebäude einzubeziehen sind, zahlen- und wertmäßigen Beschränkungen unterliegen.

Wegen der steuerlichen Wertung der Einbringung als Anschaffungsvorgang stehen der aufnehmenden Kapitalgesellschaft die Bewertungsfreiheiten zur

1) Vgl. Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 4520 ff.

2) Vgl. Kamprad, B., Einbringung Berliner Betriebe, S. 1291 ff.

Verfügung, soweit die sonstigen Voraussetzungen erfüllt sind (vgl. die §§ 75, 76, 79, 81, 82, 82 d, 82 e und 82 f EStDV). Die Behandlung der aufnehmenden Kapitalgesellschaft ist dabei unabhängig von der Frage, ob der Einbringende bereits Bewertungsfreiheit in Anspruch genommen hat.¹⁾ Während die Anwendung einer Bewertungsfreiheit gemäß § 7 e EStG mangels Herstellereigenschaft ausgeschlossen bleibt, können Wirtschaftsgüter mit einem "Anschaffungswert" von weniger als DM 800, -- gemäß § 6 Abs. 2 EStG sofort in voller Höhe abgeschrieben werden, sofern auch die übrigen Voraussetzungen gegeben sind.

Die den steuerlichen Gewinn mindernden Rücklagen

Eine Fortführung der den steuerlichen Gewinn mindernden Rücklagen, die die Sacheinlage buchmäßig gemindert haben, kommt für die aufnehmende Kapitalgesellschaft im Rahmen des Teilwertansatzes insgesamt nicht in Betracht. Als Bestandteil des zum Teilwert angesetzten Betriebsvermögens sind sie aufzulösen.²⁾

Zeitraum der Zugehörigkeit eines Wirtschaftsgutes zum Betriebsvermögen

Zeiträume, in denen eingebrachte Wirtschaftsgüter zum Betriebsvermögen des Einbringenden gehört haben, kommen der aufnehmenden Kapitalgesellschaft nach dem Wortlaut des § 20 Abs. 3 UmwStG nicht zugute. Dies ist für die Voraussetzungen zur Anwendung des § 6 b EStG und des Schachtelprivilegs (§ 9 KStG und § 102 BewG), sowie eines Ergebnisabführungsver-

1) Vgl. v. Wallis, H., Einbringung eines Personenunternehmens, S. 1479.

2) Vgl. Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 4530.

trags gemäß § 7 a KStG von Bedeutung. Die von Loos¹⁾ vorgetragenen Bedenken, daß in diesem Falle ein Redaktionsfehler vorliegen würde, erscheinen nicht haltbar. Die von Haass²⁾ erhobene Forderung nach einer einheitlichen Regelung, unabhängig von der Ausübung des Bewertungswahlrechts durch die aufnehmende Kapitalgesellschaft, kann dagegen zumindest den Grundsatz der steuerlichen Gleichbehandlung für sich in Anspruch nehmen. Bezüglich des Schachtelprivilegs dürften die sog. "Mitternachtserlasse" Anwendung finden.³⁾ Hinsichtlich des Merkmals der mindestens dreijährigen Zugehörigkeit zum Betriebsvermögen, das für die Gewährung einer Investitionszulage gemäß § 19 BFG und den §§ 1, 2 InvzulG sowie die Sonderabschreibung gemäß § 3 ZRFG gefordert wird, geht das BdF bzw. BMWF davon aus, daß mit dem Teilwertansatz keine schädliche Veräußerung vorliegt.⁴⁾

Eine derartige Behandlung, die von Widmann/Mayer⁵⁾ bezweifelt wird, steht unter Umständen im Widerspruch zur rechtssystematischen Konzeption des UmwStG, da der Gesetzgeber beim Teilwertansatz eben gerade einen steuerlichen Erwerbsvorgang gewollt hat. Gibt es aber einen steuerlichen Erwerber, so müßte auch ein steuerlicher Veräußerer vorhanden sein.

1) Vgl. Loos, G., Umwandlungsteuergesetz 1969, RZi 974.

2) Vgl. Haass, D., Schachtelvergünstigung und Organschaft, S. 276.

3) Vgl. den sog. "Mitternachtserlaß" der OFD Kiel, Verfügung v. 20. 5. 1958.

4) Vgl. BdF-Schreiben v. 12. 2. 1970; BMWF-Schreiben v. 18. 8. 1971, Abschn. I Nr. 3.

5) Vgl. Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 4532.

4.3 Ansatz zum Zwischenwert (Teilaufstockung)

Zwischen den beiden Extrempunkten des steuerlichen Bewertungswahlrechts Ansatz zum Buchwert und Ansatz zum Teilwert besteht ein breites Kontinuum bewertungsrechtlicher Alternativen, da die aufnehmende Kapitalgesellschaft grundsätzlich jeden beliebigen Wert zwischen diesen beiden Bewertungsansätzen wählen kann (Zwischenwert).

4.31 Mindestwertvorschriften

Die Vielfalt bilanzrechtlicher Alternativen beim Ansatz der Sacheinlage zum Zwischenwert ist durch die Vorschriften des § 17 Abs. 2 Sätze 3 und 4 UmwStG eingeschränkt. In diesen Fällen¹⁾ ist eine Teilaufstockung zwingend vorgeschrieben, da es sich hierbei um Mindestwerte bzw. um die untere Grenze für die Wahl des Wertansatzes der Sacheinlage handelt.

Sofern die übrigen vorhandenen stillen Reserven nicht ausreichen, um auf den vorgeschriebenen Zwischenwert aufzustocken, ist der Ansatz eines originären Firmenwertes erforderlich.²⁾ Die vorstehenden Ausführungen zum Ansatz eines originären Firmenwertes gelten insoweit auch für den Ansatz eines Zwischenwertes.

1) Die Sacheinlage ist mindestens so anzusetzen, daß sich Aktiva und Passiva ausgleichen (§ 17 Abs. 2 Satz 3 UmwStG). Bei Gewährung anderer Wirtschaftsgüter darf der Wertansatz der Sacheinlage deren gemeinen Wert nicht unterschreiten (§ 17 Abs. 2 Satz 4 UmwStG).

2) Vgl. Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 4208.

4.32 Verteilung des Aufstockungsbetrages

Eines der umstrittensten Bilanzierungsprobleme bei der Einbringung eines Betriebes ist die Frage nach der Verteilung des Aufstockungsbetrages durch die aufnehmende Kapitalgesellschaft beim Ansatz der Sacheinlage zu einem Zwischenwert. Obgleich der Gesetzeswortlaut des UmwStG keinen Anhaltspunkt hierfür liefert, werden in Literatur und Verwaltung im wesentlichen zwei Methoden der Aufstockung vertreten. Sowohl von den Vertretern der gleichmäßigen Aufstockung als auch von den Vertretern der selektiven oder gezielten Aufstockung ist unbestritten, daß eine Aufstockung nur insoweit in Betracht kommt, als in den Buchwerten des eingebrachten Betriebsvermögens stille Reserven enthalten sind und die Teilwerte der einzelnen Wirtschaftsgüter nicht überschritten werden.

Die gleichmäßige Aufstockung bedeutet, daß

"die in den Buchwerten enthaltenen stillen Reserven prozentual gleichmäßig aufzustocken sind. Zu diesem Zweck muß zunächst festgestellt werden, in welchen Buchwerten der übernommenen Wirtschaftsgüter stille Reserven enthalten sind und wieviel sie insgesamt betragen. Diese stillen Reserven sind dann gleichmäßig um den Vmhundertertsatz aufzulösen, der dem Verhältnis des aufzustockenden Betrags ... zum Gesamtbetrag der vorhandenen stillen Reserven der übernommenen Wirtschaftsgüter entspricht." ¹⁾

Wenngleich die Begriffe der selektiven oder gezielten Aufstockung in der Literatur ²⁾ nicht einheitlich verwendet werden, steht bei dieser Methode die Frage im Vordergrund, "ob die Wertansätze der einzelnen Wirtschafts-

1) FinMin NRW, Gemeinsamer Ländererlaß v. 25.6.1959.

2) Vgl. z. B. Würdinger, H., Änderung der Unternehmensform, RZi 83; Loos, G., Umwandlungsteuergesetz 1969, RZi 956 ff.; Felix, G., Umwandlungsteuer-Praktikum, RZi 150; Gail, W., Einzelfragen zum Umwandlungsteuergesetz, S. 2041 ff.

güter nach freiem Ermessen der Beteiligten unterschiedlich - selektiv - aufgestockt werden dürfen"¹⁾. Damit wird zugleich deutlich, daß dieses Problem für die aufnehmende Kapitalgesellschaft von zentraler Bedeutung ist, da die gewählten Wertansätze die Basis künftiger Abschreibungsmöglichkeiten darstellen.

Nach Ansicht der Finanzverwaltung²⁾, die sich auf die Anwendung des RFH-Urteils vom 14. 1. 1942 und des BFH-Urteils vom 22. 6. 1965 stützt, ist grundsätzlich gleichmäßig im Verhältnis des aufzustockenden Betrags zu den vorhandenen stillen Reserven aufzustocken. Dabei ist sowohl das Anlagevermögen als auch das Umlaufvermögen in die Aufstockung einzubeziehen, sie kann allerdings auch auf das Anlagevermögen beschränkt bleiben.

Widmann/Mayer³⁾ gehen ebenfalls davon aus, daß ein gewählter Zwischenwert einheitlich sein muß, wollen jedoch eine unterschiedliche Aufstockung hinsichtlich einzelner Wirtschaftsgüter für den Fall zulassen, daß die Auflösung der stillen Reserven sich im Rahmen des § 6 Abs. 1 Nr. 2 EStG hält. In Anlehnung an Veith/Börnstein⁴⁾ verlange bereits der Grundsatz der ordnungsmäßigen Buchführung, daß die Aufteilung, d. h. die Verteilung des Gesamtanschaffungspreises auf die einzelnen Wirtschaftsgüter nicht willkürlich erfolgt, sondern mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns durchgeführt wird.

1) Kamprad, B., Einbringung Berliner Betriebe, S. 1291.

2) Vgl. BdF-Schreiben v. 20. 7. 1970.

3) Vgl. Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 4209.

4) Vgl. Veith-Börnstein, Umwandlungsgesetz und Umwandlungs-Steuer-gesetz 1958, § 4 UmwStG 57, RZi 42.

Auch Rau¹⁾ befürwortet unter Hinweis auf die "allgemeinen Grundsätze" die gleichmäßige Aufstockung der Buchwerte.

Gegen eine gleichmäßige Aufstockung wendet sich vor allem Loos,²⁾ der darauf hinweist, daß der Gesetzeswortlaut keinen Anhaltspunkt für eine Beschränkung der Kapitalgesellschaft bei der Auswahl ihrer Buchansätze biete, so daß die Vertreter der Gegenmeinung eine im Buchstabenwortlaut des Gesetzes nicht enthaltene Beschränkung in das Gesetz erst hineininterpretieren müßten. Dabei gehe es nicht darum, einen vorgegebenen Kaufpreis oder eine Abfindungssumme auf verschiedene Wirtschaftsgüter zu verteilen, sondern um die Entscheidung, welche der in den Buchwerten liegenden Reserven aufgelöst und damit versteuert werden sollen. Unter Anspielung auf die von der Finanzverwaltung zitierten Urteile, die einmal beim Ausscheiden eines Gesellschafters eine anteilmäßige Verteilung des Abfindungsbetrages auf die übrigen Gesellschafter fordern und im anderen Fall eine gleichmäßige Verteilung einer Abstockungssumme vorsehen, dürfe nicht an einer äußerlichen Ähnlichkeit hängen geblieben werden, "die darin gesehen werden könnte, daß eine Gesamtheit von Gegenständen bewegt wird und Wertansätze für einzelne Bestandteile festgesetzt werden"³⁾. Ferner sei zu bedenken, daß Zuschreibungen im Rahmen der steuerlichen Gewinnermittlungsvorschriften (§ 6 Abs. 1 Nr. 2 EStG) selektiv zulässig sind, so daß auf der Grundlage der gleichmäßigen Aufstockung unterschied-

1) Vgl. Rau, H.G., Umwandlungs-Steuer-gesetz 1969, S. 1433; ebenfalls für gleichmäßige Aufstockung Hübl, L., Umwandlungsteuergesetz 1969, S. 221 ff.; Uelner, A., Änderung der Unternehmensform, S. 57.

2) Vgl. Loos, G., Betriebseinbringung, S. 9 und die dort angegebene Literatur, insbesondere Hermann-Heuer und Littmann.

3) Loos, G., Betriebseinbringung, S. 10; vgl. RFH-Urteil v. 14.1.1942; BFH-Urteil v. 22. 6. 1965.

liche Regeln für Teilbeträge einer Teilaufstockung vorliegen würden.

Auch Würdinger¹⁾ wendet sich gegen einen Zwang zur schematischen Aufstockung der Buchwerte, da die Entscheidung des RFH einer inzwischen überwundenen Einstellung des Gesetzgebers entspringe. Schließlich seien keine Anschaffungskosten, sondern ein frei gewählter Wertansatz zu verteilen und "ist die Wahl des ganzen frei, so ist es auch die Wahl der Teile"²⁾.

Eine abschließende Beurteilung dieser Frage erscheint kaum möglich, da in der Tatsache, daß das Gesetz eine gleichmäßige Aufstockung ex presis verbis nicht vorschreibt, noch keine Begründung für eine selektive Aufstockung gesehen werden kann, wenngleich dem Gesetzgeber des UmwStG 1969 die Streitfrage bekannt war.

Auf den ersten Blick spricht für eine gleichmäßige Aufstockung die Überlegung, daß der das UmwStG beherrschende Grundsatz des Bewertungswahlrechts nicht soweit gehen kann, daß Willkür in der Bewertung des eingebrachten Betriebsvermögens Platz greifen darf. Diesem Argument kann entgegengehalten werden, daß es zumindest fraglich erscheint, ob der Zwang des prozentual gleichen Hinaufschreibens der einzelnen Wirtschaftsgüter den tatsächlichen Wertverhältnissen eher gerecht wird als eine gezielte Bewertung einzelner Wirtschaftsgüter bis zu ihrem Teilwert.

Im Rahmen des Verbots der Bewertungswillkür ist schließlich ebenso zu beachten, daß bei der Methode der gleichmäßigen Aufstockung zuerst die Teilwerte der einzelnen Wirtschaftsgüter zu ermitteln sind. In Bilanzwer-

1) Vgl. Würdinger, H., Änderung der Unternehmensform, S. 74.

2) Würdinger, H., Änderung der Unternehmensform, S. 74.

ten dieser Art liegt aber immer ein Schätzungsmoment, da der Teilwert ein hypothetischer Wert ist.¹⁾ Auch stellt eine Beschränkung der Aufstockung auf das Anlagevermögen, wie es nach Auffassung der Finanzverwaltung zulässig sein soll, insoweit eine künstliche Grenzziehung dar, die schwerlich mit dem Verbot der Bewertungswillkür vereinbar erscheint.

Damit bleibt in diesem Zusammenhang noch der Einwand, daß die gezielte Aufstockung auf Wirtschaftsgüter mit großen Abschreibungsmöglichkeiten beschränkt wird, das unter Umständen zu einer "manipulativen" Beeinflussung des Jahresergebnisses der folgenden Perioden führen kann. Die Bedeutung dieses u. E. an sich berechtigten Einwandes scheint in der Realität allerdings in Frage gestellt, da solche Wirtschaftsgüter jederzeit durch Vorwegveräußerung auf die aufnehmende Kapitalgesellschaft übertragbar sind. Dieser "Umweg" über die Vorwegveräußerung ermöglicht insoweit die Übertragung der stillen Reserven.

Entscheidend für die Anwendung einer bestimmten Aufstockungsmethode könnte auch die Frage sein, welche wirtschaftliche und materielle Bedeutung der Festsetzungsakt für den das Handels- und Steuerrecht beherrschenden Grundsatz der Einzelbewertung hat. Der Zwang zur Anwendung eines gleichen Aufstockungsprozentsatzes für alle Wirtschaftsgüter, die stille Reserven enthalten, ist offensichtlich nicht mit diesem Prinzip zu vereinbaren. Merkmal dieses Grundsatzes ist es, daß die Anschaffungskosten für jedes Wirtschaftsgut einzeln zu ermitteln sind. Aus dieser Sicht erscheint es zulässig, "daß die aufgelösten stillen Reserven insgesamt - nach Ermessen der übernehmenden Gesellschaft - auf die einzelnen Wirtschaftsgüter zu verteilen sind"²⁾, da ansonsten von einer Einzelbewertung nicht gesprochen werden kann.

1) Vgl. Bühler-Scherpf, Bilanz und Steuer, S. 514.

2) Kamprad, B., Einbringung Berliner Betriebe, S. 1291.

Dafür spricht auch die Überlegung, daß sich mit der selektiven Methode der Teilwert der einzelnen Wirtschaftsgüter, d. h. deren Betriebsbezogenheit eher berücksichtigen läßt als durch eine gleichmäßige Verteilung des Aufstockungsbetrages. Gemäß § 17 Abs. 2 Satz 5 UmwStG dürfen aber die jeweiligen Teilwerte der einzelnen Wirtschaftsgüter nicht überschritten werden. Reichen die aufstockungsfähigen stillen Reserven nicht aus, um den Aufstockungsbetrag zu erreichen, muß auch ein originärer Firmenwert aktiviert werden.¹⁾

4.33 Konsequenzen der Teilaufstockung

Mit der Übernahme der Sacheinlage zu einem Zwischenwert tritt die aufnehmende Kapitalgesellschaft gemäß § 20 Abs. 2 UmwStG in Verbindung mit § 7 UmwStG grundsätzlich in die Rechtsstellung des Einbringenden ein. Aus diesem Grunde kann hinsichtlich der Absetzungen für Abnutzung, erhöhten Abschreibungen, Bewertungsfreiheiten, Sonderabschreibungen, den steuerlichen Gewinn mindernden Rücklagen sowie hinsichtlich des Zeitraumes der Zugehörigkeit eines Wirtschaftsgutes zum Betriebsvermögen auf die Ausführungen zur Buchwertfortführung verwiesen werden. Die folgenden Erörterungen beschränken sich deshalb auf die Abweichungen, die aufgrund der zusätzlichen Anschaffungskosten bei der Teilaufstockung zu beachten sind.

Absetzungen für Abnutzung

Für den Ansatz der Sacheinlage zum Zwischenwert ergeben sich für die aufnehmende Kapitalgesellschaft zusätzliche unter Umständen abschreibungs-

1) Vgl. OFD-Düsseldorf, Verfügung v. 20.3.1969.

fähige Anschaffungskosten. Dieser Tatsache wurde durch die Sonderregelung des § 20 Abs. 2 Nr. 1 UmwStG Rechnung getragen. Danach sind zur Berechnung der Absetzung für Abnutzung die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten des Einbringenden um den Unterschiedsbetrag zwischen dem jeweiligen Buchwert und dem gewählten Zwischenwert zu erhöhen.

Die dabei sich ergebende Streitfrage, ob durch die zusätzlichen Anschaffungskosten die Abschreibungsdauer oder der Abschreibungsbetrag beeinflusst wird, kann u. E. im Sinne einer Verlängerung der Abschreibungszeit beantwortet werden. Wenngleich die wirtschaftliche Betrachtungsweise für eine konstante Nutzungsdauer spricht, erscheint diese Auslegung insofern zulässig, als ansonsten die Bestimmung des § 20 Abs. 2 Nr. 1 überflüssig gewesen wäre.¹⁾ Sofern eine Absetzung für Substanzverringerung in Betracht kommt, ist auch für den aufgestockten Betrag auf den tatsächlichen Wertverzehr abzustellen.²⁾

In den Fällen der §§ 6 b Abs. 5, 7 b Abs. 1 Satz 2 und Abs. 7, 7 e Abs. 1 Satz 2, 54 Abs. 1 Satz 3 EStG und den §§ 7, 10 a, 11 d, 75, 76, 79, 81, 82, 82 d, 82 e EStDV sind die Anschaffungs- oder Herstellungskosten durch die um den Aufstockungsbetrag erhöhten Anschaffungs- oder Herstellungskosten zu ersetzen, da die Aufstockung den Restwert erhöht.³⁾ Abschnitt 42 a Abs. 1 EStR gilt entsprechend. Im Rahmen der degressiven Abschreibung gemäß § 7 Abs. 2 EStG ist von der aufnehmenden Kapitalgesellschaft der gleiche Abschreibungssatz anzuwenden, den auch der Einbringende hätte anwenden müssen (§ 20 Abs. 2 Nr. 2 UmwStG).

1) Vgl. Würdinger, R., Sacheinlage unter dem Teilwert, S. 259.

2) Vgl. Glade-Steinfeld, UmwStG 69, RZi 577 f.

3) Vgl. Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 4511.

4. 4 Zweifelsfragen hinsichtlich des Ansatzes einzelner zum eingebrachten Betriebsvermögen gehöriger Bilanzpositionen

Die bisherigen Erörterungen zum bilanzrechtlichen Alternativenpotential konzentrierten sich vornehmlich auf die Untersuchung des Bewertungswahlrechts beim Ansatz der Sacheinlage insgesamt. Durch die Betrachtungsweise, daß Rechtsauslegung und Rechtsanwendung zu einer Erweiterung des Aktionsfeldes des Bilanzierenden führen können, erscheint es erforderlich, auch Zweifelsfragen hinsichtlich des Ansatzes einzelner zum eingebrachten Betriebsvermögen gehöriger Bilanzpositionen in die Untersuchung miteinzubeziehen.

4. 41 Pensionsverpflichtungen

Nach dem Urteil des BFH vom 16. 2. 1967 sind Pensionszusagen an Gesellschafter-Geschäftsführer in Personenunternehmen steuerlich als Gewinnverteilungsabreden zu werten, so daß entsprechende Rückstellungen nicht in Betracht kommen.¹⁾ Die Nichtzulassung dieser Rückstellungen in der Steuerbilanz steht der zivilrechtlichen Verpflichtung des Personenunternehmens durch das Pensionsversprechen nicht entgegen. Zugleich bedingen die Rechtsfolgen, die durch den Einbringungsvorgang ausgelöst werden, eine Übernahme der betrieblichen Schulden des bzw. der Einbringenden und damit auch der Pensionsverpflichtungen durch die aufnehmende Kapitalgesellschaft. Entsprechendes gilt für die Einbringung eines Teilbetriebes.

Durch die Erfüllung des Merkmals der zivilrechtlichen Schuldenübernahme ist es erforderlich, daß die übernommenen Pensionsverbindlichkeiten in

1) Vgl. BFH-Urteil v. 16. 2. 1967.

der Aufnahmebilanz der Übernehmerin passiviert werden.¹⁾ Als Anschaffungskosten finden die Pensionsverbindlichkeiten deshalb in der handelsrechtlichen Aufnahmebilanz und wegen des Maßgeblichkeitsgrundsatzes auch in der steuerlichen Aufnahmebilanz ihren Niederschlag. Dabei ist strittig, ob das sog. Nachholverbot (§ 6a Abs. 2 EStG in Verbindung mit Abschn. 41 Abs. 8 Satz 4 EStR) im Rahmen der Einbringung zum Buchwert bzw. zum Zwischenwert zur Anwendung kommen soll.²⁾

Während nach Herrmann/Heuer in diesen Fällen das Nachholverbot zu beachten ist, kommen Widmann/Mayer u. E. zutreffend zu dem Ergebnis, daß es dem Ansatz auch bei der Einbringung zum Buchwert bzw. zum Zwischenwert nicht entgegensteht. Gegen eine solche Handhabung kann zwar eingewendet werden, daß die aufnehmende Kapitalgesellschaft auch insoweit in die Rechtsstellung des Einbringenden eintritt, als nach Abschn. 41 Abs. 8 Satz 4 EStR eine unterlassene Zuführung zur Rückstellung nicht mehr nachgeholt werden darf. Der Fall der Einbringung zum Buchwert bzw. zum Zwischenwert scheint jedoch insofern anders gelagert zu sein, als es hier um die Nachholung von Pensionsrückstellungen für Mitunternehmer geht, die aufgrund der zwingenden Rechtsprechung des BFH untersagt war. Durch den Wechsel in die Sphäre der Kapitalgesellschaft wird diese Nichtzulassung aufgehoben, so daß u. E. das für freiwillig unterlassene Zuführungen zur Pensionsrückstellung gültige Nachholverbot hinter das Erfordernis des Maßgeblichkeitsgrundsatzes zurücktreten kann.

Hinsichtlich der steuerlichen Behandlung der von der aufnehmenden Kapitalgesellschaft zu bilanzierenden Pensionsverbindlichkeiten bieten sich - zu-

1) Das BGH-Urteil v. 27. 2. 1961 steht diesem Ergebnis nicht entgegen.

2) Vgl. z. B. Hermann-Heuer, Einkommensteuer, § 17 UmwStG, RZi 40 ff.; Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 4117.

mindest theoretisch - mehrere Möglichkeiten. Während Widmann/Mayer¹⁾ nur eine erfolgsneutrale Einstellung in die Einbringungsbilanz zulassen wollen, ist nach v. Wallis²⁾ auch die Auffassung vertretbar, daß der Ansatz der Pensionsverbindlichkeit durch die aufnehmende Kapitalgesellschaft den Ansatz des eingebrachten Betriebsvermögens mindere, so daß sich ein Veräußerungsverlust ergibt. Nach dieser Meinung soll es ebenso möglich sein, daß durch eine Aufstockung der Aktiva das Nominalkapital wieder erreicht wird. Auch in diesem Fall wirkt die Pensionsverpflichtung erfolgsbeeinflussend, da höhere Abschreibungs- oder Veräußerungsbeträge zur Verfügung stehen.

Eine Beurteilung, die in der Übernahme der Pensionsverbindlichkeiten eine Gewährung anderer Wirtschaftsgüter im Sinne von § 17 Abs. 2 Satz 4 UmwStG sieht, kommt dagegen deshalb nicht in Betracht, weil die Pensionsverbindlichkeit eine unmittelbare Belastung der Sacheinlage darstellt und nur aus steuerlichen Gründen bei den Einbringenden nicht bilanziert werden durfte.³⁾

Soweit andere, d. h. nicht die Mitunternehmer betreffende Pensionsverpflichtungen beim Einbringenden nach den Grundsätzen des § 6 a EStG erfaßt sind, können diese mit diesem Wert übernommen werden. Die Buchwertübernahme bedeutet in diesem Zusammenhang, daß das Nachholverbot insoweit eingreift und die vom Einbringenden gewählte Bilanzierung fortgesetzt werden muß.⁴⁾ Loos⁵⁾ hält unter Berufung auf v. Wallis den Ansatz mit dem höheren

1) Vgl. Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 4117 b und c.

2) Vgl. v. Wallis, H., Einbringung eines Personenunternehmens, S. 1481.

3) Vgl. Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 4117 c.

4) Vgl. BdF-Schreiben v. 20.7.1970; BMWF-Schreiben v. 14.12.1971.

5) Vgl. Loos, G., Umwandlungssteuergesetz 1969, RZi 950 ff.; v. Wallis, H., Einbringung eines Personenunternehmens, S. 1481.

Teilwert (ohne Verpflichtung hierzu) für möglich, wodurch ein Verlust realisiert werden würde. Dieses Ergebnis scheine zulässig, wenn die Einbringung eines Betriebes als Veräußerungsvorgang interpretiert wird (vgl. Abschn. 41 Abs. 13 Sätze 6 und 7 EStR). Daß diese Betrachtungsweise bei näherer Prüfung nicht haltbar ist, wurde bereits an früherer Stelle dargelegt.¹⁾ Auch steht der Argumentation Loos' die zwingende Regelung in § 17 Abs. 2 UmwStG entgegen. Damit muß aber die aufnehmende Kapitalgesellschaft die übernommene Pensionsverpflichtung mit dem Wert ansetzen, mit dem sie der Einbringende im Zeitpunkt der Sacheinlage zulässigerweise ausweisen durfte.²⁾

Für den Ansatz zum Zwischenwert gilt entsprechendes mit der Maßgabe, daß die Nachholung eines Fehlbetrages insoweit zulässig erscheint, als dies der allgemeinen Teilaufstockung entspricht.³⁾ Da beim Ansatz zum Teilwert § 7 UmwStG keine Anwendung findet, sind bei bereits laufenden Pensionszahlungen der versicherungsmathematische Barwert und bei Pensionsansparungen der versicherungsmathematische Gegenwartswert der Pensionsverpflichtung auszuweisen. Das Nachholverbot gemäß § 6 a Abs. 2 EStG gilt insoweit nicht.⁴⁾

4. 42 Bilanzielle Behandlung der Vermögensabgabe

Das Problem der bilanziellen Behandlung der Vermögensabgabe ist eng verknüpft mit dem der Pensionsverpflichtungen. Ihr Unterscheidungsmerkmal

1) Vgl. die Ausführungen auf S. 129 ff. dieser Arbeit.

2) Vgl. BdF-Schreiben v. 20. 7. 1970.

3) Vgl. Böttcher-Beinert-Hennerkes, Erlaß zum Umwandlungsteuergesetz, B 12, S. 101 ff.

4) Vgl. BMWF-Schreiben v. 14. 12. 1971.

besteht letztlich darin, daß die Übernahme der Vermögensabgabeschuld als erfolgsneutrale Gewährung anderer Wirtschaftsgüter im Sinne von § 17 Abs. 2 Satz 4 UmwStG und damit als zusätzliches Entgelt zu beurteilen ist, während die übernommenen Pensionsverpflichtungen eine unmittelbare Belastung der eingebrachten Sacheinlage darstellen.

Für die bilanzielle Behandlung der Vermögensabgabeschuld bei der Einbringung eines Betriebes ist entscheidend, ob der Einbringende eine natürliche Person oder eine Kapitalgesellschaft ist. Wenngleich die Vermögensabgabe, die ihrer Entstehung nach eine einmalige Abgabe darstellt, ihrem Charakter nach eine Personensteuer ist, so daß eine betriebliche Erfassung bei natürlichen Personen nicht in Betracht kommt, verkörpert sie bei Kapitalgesellschaften regelmäßig eine Betriebsschuld.¹⁾

Insofern ist es unzulässig, daß die Vermögensabgabeschuld in der steuerlichen Einbringungsbilanz natürlicher Personen aufgenommen wird, soweit sie originärer Natur ist. Dagegen ist für die Bilanzierung der aufnehmenden Kapitalgesellschaft entscheidend, daß die übernommene Vermögensabgabeschuld als Gegenleistung anzusehen ist, die neben den neuen Anteilen gewährt wird. Durch diese Tatsache rückt sie in den Status einer betrieblichen Schuld der aufnehmenden Kapitalgesellschaft, die grundsätzlich keine andere Behandlung erfahren kann, als der Übergang sonstiger Betriebsschulden. Widmann/Mayer²⁾ ziehen daraus den Schluß, daß die Vermögensabgabe insoweit mit ihrem Zeitwert passiviert werden müsse (§ 77 des Lastenausgleichsgesetzes). Für diese Auffassung spricht, daß bei der Übernahme der Vermögensabgabe nicht eine entgeltliche Schuldauflegung, sondern eine erfolgsneutrale Vermögensumschichtung vorliegt.

1) Vgl. Rau, H.G., Berücksichtigung der Vermögensabgabe, S. 457; Dornfeld-Rose, Teilbetriebsausgliederung und Vermögensabgabe, S. 1998.

2) Vgl. Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 4138.

Eine Nicht-Bilanzierung würde dazu führen, daß eine Vermögensumschichtung bei der aufnehmenden Kapitalgesellschaft als Vermögenszuwachs ausgewiesen wird. Auch die Möglichkeit der steuerneutralen Fortführung der Buchwerte wird durch eine erstmalige Passivierung bei der Übernehmerin nicht beeinträchtigt, da es sich bei der Vermögensabgabe um ein zusätzliches Entgelt handelt.¹⁾ Durch die Erfüllung des Merkmals der Gewährung anderer Wirtschaftsgüter muß die aufnehmende Kapitalgesellschaft die Sacheinlage mindestens in Höhe der übernommenen Vermögensabgabeschuld ansetzen (§ 17 Abs. 2 Satz 4 UmwStG).

Umstritten ist dagegen die bilanzielle Behandlung der Vermögensabgabeschuld für den Fall, daß Einbringende eine Kapitalgesellschaft ist, da hier danach unterschieden werden kann, ob die Vermögensabgabeschuld bei der einbringenden Gesellschaft passiviert war oder nicht. Die Passivierung der Vermögensabgabe in der Einbringungsbilanz legt eine Behandlung entsprechend den allgemeinen Grundsätzen für Betriebsschulden zwingend nahe, da sie den Charakter einer Betriebsschuld hat.²⁾ Im Falle der Nicht-Passivierung beim Einbringenden ist nach Auffassung der Finanzverwaltung die Vermögensabgabeschuld so zu behandeln, als wäre sie von der einbringenden Kapitalgesellschaft unmittelbar vor der Einbringung erfolgsneutral passiviert worden, so daß das gleiche Ergebnis eintritt wie im Falle der Passivierung.

Demgegenüber kommen Dornfeld/Rose³⁾ für den Fall, daß die Vermögens-

1) Vgl. Fasold, R., Umwandlungsteuergesetz, S. 223.

2) Vgl. BdF-Schreiben v. 20.7.1970.

3) Vgl. Dornfeld-Rose, Teilbetriebsausgliederung und Vermögensabgabe, S. 1997 ff. So auch im Ergebnis Rau, H.G., Berücksichtigung der Vermögensabgabe, S. 458; v. Wallis, H., Einbringung eines Personenunternehmens, S. 1480.

abgabeschuld beim Einbringenden in der Vorspalte der Bilanz ausgewiesen - nicht aber passiviert - ist, unter Berufung auf das Prinzip der Buchwertverknüpfung gemäß § 17 Abs. 2 Satz 2 UmwStG zu dem steuerlichen Ergebnis, daß eine Passivierung bei der aufnehmenden Kapitalgesellschaft nicht in Betracht komme. Eine abweichende Interpretation im Sinne einer Passivierungspflicht würde dem Sinn einer erfolgsneutralen Einbringung widersprechen. Unter Hinweis auf die Beurteilung als gesellschaftsrechtliche Organisationsakte komme auch die Annahme einer bindenden Verpflichtung zu einem gesonderten Ausweis der Vermögensabgabe als Passivposten in der Handelsbilanz der Übernehmerin nicht in Betracht. Dies ergebe sich aus der Gültigkeit des Maßgeblichkeitsgrundsatzes, denn ein steuerlich an sich zulässiger Wertansatz darf infolge dieses Prinzips nur dann tatsächlich in der Steuerbilanz angesetzt werden, wenn er in der Handelsbilanz angesetzt ist. Ein selbständiges handelsrechtliches Wahlrecht könne es aber nicht geben, da ansonsten die Wirkungen der steuerneutralen Buchwertverknüpfung teilweise aufgehoben werden. Auch die Grundsätze der Bilanzwahrheit und der -klarheit stünden einer solchen Behandlung nicht entgegen, da die Übernahme des Vermerks in der Vorspalte der Aufnahmebilanz die Aussagefähigkeit der Bilanz sicherstellen würden.

Die "strenge" Nicht-Passivierung für den Fall, daß die Vermögensabgabeschuld bei der einbringenden Kapitalgesellschaft nicht passiviert war, erscheint u. E. zu eng. Dieser Betrachtungsweise kann entgegengehalten werden, daß wegen des handelsrechtlichen Passivierungswahlrechts und wegen der Tatsache, daß sich die Ansätze insbesondere in der Einbringungsbilanz nach den allgemeinen steuerlichen Vorschriften richten, die ebenfalls eine Passivierung der Vermögensabgabe zulassen, bereits der Einbringende eine Passivierung vornehmen kann. Der sich daraus ergebende buchmäßige Verlust ist außerhalb der Bilanz wieder zuzurechnen.¹⁾

1) Vgl. Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 4151.

Dieser Handhabung steht auch die Gültigkeit des Maßgeblichkeitsgrundsatzes nicht entgegen, da sich die Ansätze in der handelsrechtlichen und der steuerlichen Einbringungsbilanz insoweit entsprechen. Für die Übernahme durch die aufnehmende Kapitalgesellschaft kommen in diesem Falle die allgemeinen Grundsätze für die Behandlung von Betriebsschulden zur Anwendung. Im Gegensatz zum Vermerk in der Vorspalte der Bilanz entspricht diese Handhabung dann zweifellos eher der gesetzlichen Form des Ausweises einer Betriebsschuld nach den Grundsätzen der Bilanzwahrheit und der Bilanzklarheit.

4. 43 Beteiligung an aufnehmender Kapitalgesellschaft

Problematisch erscheint auch die bilanzrechtliche Behandlung der Einbringung eines Betriebes, wenn zum steuerlichen Betriebsvermögen des Einbringenden auch Anteile an der aufnehmenden Kapitalgesellschaft gehören. Fälle solcher Art liegen in der Regel dann vor, wenn der Betrieb einer Besitzpersonengesellschaft in eine Betriebskapitalgesellschaft eingebracht wird. Komplizierend ist dabei die Tatsache, daß aufgrund der Rechtsprechung des BFH die Anteile an der aufnehmenden Kapitalgesellschaft steuerlich zum notwendigen Betriebsvermögen der Besitzpersonengesellschaft gerechnet werden müssen. Damit erscheint es aber zwingend geboten, daß solche Anteile miteingebracht werden, da andernfalls unter Umständen eine entsprechende Entnahme mit der Folge der Versteuerung der in den Anteilen enthaltenen stillen Reserven zu unterstellen wäre.

Einer Einbringung in die aufnehmende Kapitalgesellschaft stehen aber andererseits gesellschaftsrechtliche Bedenken entgegen. § 71 Abs. 1 AktG läßt den Erwerb eigener Aktien durch die aufnehmende Aktiengesellschaft nicht zu, da der Vorgang letztlich als Scheinkapitalerhöhung zu werten wäre. Gegen die Ausgabe junger Anteile würden im gleichen Zeitpunkt bestehende

Anteile zurückgenommen, während die Summe des tatsächlich zur Verfügung stehenden Kapitals keine Änderung erfährt.

Daß die Beurteilung dieser Frage schwierig ist, ergibt sich bereits aus der Tatsache, daß in der Literatur die verschiedensten Auffassungen vertreten werden. Rau,¹⁾ der für den Fall der Nichteinbringung dieser Anteile Gewinnrealisierung annimmt, da eine Fortführung der Anteile für sich als Teilbetrieb wegen des vermögensverwaltenden Charakters ebenfalls eine Gewinnrealisierung nach sich ziehe, will eine Einbringung zulassen. Dies hätte unter Umständen zur Folge, daß die Pauschsteuer nach § 6 des Gesetzes über steuerrechtliche Maßnahmen bei Erhöhung des Nennkapitals aus Gesellschaftsmitteln und bei Überlassung von eigenen Anteilen an Arbeitnehmer in der Fassung v. 10.10.1967 ausgelöst wird, soweit die Anteile aus einer Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln stammen und die fünfjährige Sperrfrist noch nicht abgelaufen ist. Da die zu eigenen Anteilen werdenden Aktien steuerlich erfolgsneutral eingezogen werden können, erscheine es zulässig, daß die in diesen Anteilen enthaltenen stillen Reserven ohne den mit der Einbringung verbundenen Verdoppelungseffekt steuerlich untergehen. Die Verdoppelung der stillen Reserven bzw. ihre doppelte steuerliche Erfassung sei nicht unmittelbarer Gesetzeszweck, sondern ergebe sich nur aus dem Umstand, daß für die erfolgsneutrale Einbringung auf die Methode der Buchwertfortführung zurückgegriffen werde.

Felix²⁾ geht dagegen davon aus, daß die nicht miteingebrachten Anteile grundsätzlich Betriebsvermögen bleiben, da durch die Zurückbehaltung weder die Anwendung des UmwStG ausgeschlossen noch die Anteile entnommen würden.

1) Vgl. Rau, H.G., Anteile an der aufnehmenden Gesellschaft, S. 1882 f.; vgl. auch Kohlenbach, K., Steuerliche Realisierung stiller Reserven, S. 1696 ff.

2) Vgl. Felix, G., Umwandlungssteuer-Praktikum, S. 128.

Dem Vorschlag von Loos¹⁾ entspricht es, daß den nicht miteingebrachten Anteilen auch ohne den gesellschaftsrechtlich verbotenen Umweg der Einbringung und Neuausgabe der Sonderstatus zugbilligt werde, den die jungen Anteile erhalten, die als Gegenleistung für die Einbringung eines Betriebes gewährt werden. Wenngleich damit kein Betriebsvermögen im Sinne von Felix vorliegt, seien ihre Anschaffungskosten mit den letzten Buchwerten identisch, wobei die Veräußerungsregel gemäß § 18 UmwStG eingreifen würde. Wie bei Rau wäre der Verdoppelungseffekt, der als unbeabsichtigter Nebeneffekt angesehen wird, durch die sinngemäße Anwendung der §§ 18 und 19 UmwStG vermieden.

Auch Widmann/Mayer²⁾ wollen es zulassen, daß die in der Einbringungsbi-
lanz mit dem ihnen zukommenden Buchwert erfaßten Anteile an der aufneh-
menden Kapitalgesellschaft eingebracht werden können. Da diese Handha-
bung aber ein Vorgang ohne wirtschaftlichen Inhalt sei, erscheine es auch
zulässig, von einer Einbringung abzusehen. Bei Nichteinbringung der An-
teile komme es darauf an, ob die aufnehmende Kapitalgesellschaft die Sach-
einlage mit dem Teilwert ansetze oder nicht. Während im ersteren Fall
eine Realisierung der stillen Reserven unterstellt wird, finde bei einem An-
satz unter dem Teilwert keine gewinnrealisierende Entnahme statt, wobei
die Sonderstatusregelung wie bei Loos zur Anwendung kommen soll.

Wenngleich das BdF mit Schreiben v. 20. 7. 1970 eine Vereinfachungsrege-
lung zuläßt, wonach es nicht zu beanstanden sei, wenn die Anteile an der
aufnehmenden Kapitalgesellschaft nicht miteingebracht werden mit den von

1) Vgl. Loos, G., Betriebseinbringung, S. 12 f.; Loos, G., Umwandlung-
steuergesetz 1969, RZi 914 ff.

2) Vgl. Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 4087 ff.; vgl. ferner
Uelner, A., Betriebseinbringung, S. 2048; Glade-Steinfeld, UmwStG
69, RZi 477.

Widmann/Mayer für den Fall des Ansatzes der Sacheinlage unter dem Teilwert vorgeschlagenen Konsequenzen, wird deutlich, daß der in den §§ 18 und 19 UmwStG verankerte Verdoppelungseffekt nicht in das rechtssystematische Konzept des Gesetzgebers paßt.¹⁾ Insoweit ist u.E. auch denjenigen Auffassungen zuzustimmen, die davon ausgehen, daß die Verdoppelung der stillen Reserven bzw. ihre doppelte steuerliche Erfassung nicht unmittelbarer Gesetzeszweck, sondern Ausfluß von Mißbrauchsüberlegungen ist. Dies ergibt sich bereits aus der Entstehungsgeschichte der doppelten Erfassung der stillen Reserven, nach der durch den Zeitpunkt der Veräußerung der Anteile an der Kapitalgesellschaft nur das Ende der Steuerstundung festgelegt war.²⁾

Steuerliche Rechtsfolgen und gesellschaftsrechtliche Beschränkungen stehen sich diametral gegenüber, so daß eine Beantwortung nur aus dem Sinn und Zweck des Gesetzes hergeleitet werden kann, ohne am Buchstabenwortlaut direkt festzuhalten. Eine Einbringung der Anteile an der aufnehmenden Kapitalgesellschaft kann u.E. nicht in Betracht kommen, weil zum einen die wirtschaftliche Betrachtungsweise zu keinem sinnvollen Ergebnis führt und zum anderen, weil gesellschaftsrechtliche Verbote auch steuerlich zu beachten sind. Unter Einbeziehung der gesetzgeberischen Absicht, erfolgsneutrale Einbringungen zu ermöglichen, erscheint die Zubilligung des Sonderstatus, die die jungen Anteile erhalten, noch am ehesten gerechtfertigt, da im UmwStG nicht gefordert wird, daß die Buchwertfortführung auch tatsächlich zu einer doppelten Versteuerung der stillen Reserven führt.³⁾

1) Dies ergibt sich bereits aus der Vorschrift des § 18 Abs. 2 UmwStG, deren es ansonsten nicht bedurft hätte. Vgl. auch die Kritik von Keuk, B., Einbringung eines Personenunternehmens, S. 1643 ff.

2) Vgl. Keuk, B., Einbringung eines Personenunternehmens, S. 1643 f.

3) Vgl. Rau, H.G., Anteile an der aufnehmenden Gesellschaft, S. 1883.

4.5 Änderungen der getroffenen Wahl

Mit der Einreichung der steuerlichen Aufnahmebilanz oder der auf den Stichtag nach dem Zeitpunkt der Sacheinlage folgenden Bilanz beim Finanzamt finden die bilanziellen Entscheidungsprozesse beim Ansatz der Sacheinlage normalerweise ihren Abschluß. Änderungen zugunsten anderer, ebenfalls zulässiger Bilanzansätze sind nur mit Zustimmung des Finanzamtes, die im allgemeinen eine nachträgliche Änderung der Umwandlungsgrundlagen voraussetzt, zulässig. Dabei ist von zentraler Bedeutung, daß mit der Zustimmung des Finanzamtes auch das bei der Einbringung eines Betriebes im Mittelpunkt stehende Bewertungswahlrecht für die aufnehmende Kapitalgesellschaft erneut zur Disposition steht.

Wegen der horizontalen Bindungswirkung der handelsrechtlichen Aufnahmebilanz für die steuerliche Aufnahmebilanz ist insoweit auch eine Änderung der handelsrechtlichen Aufnahmebilanz notwendig. Damit ist aber zu prüfen, ob nicht handelsrechtliche Beschränkungen nachträglichen Bilanzänderungen entgegenstehen.

Grundlage für eine Änderung der handelsrechtlichen Aufnahmebilanz sind die hierfür geltenden Grundsätze.¹⁾ Danach erscheint eine Änderung nur zulässig, "wenn wirtschaftliche Gründe vorliegen, die so gewichtig sind, daß bei verständiger Würdigung das Interesse der Öffentlichkeit und der Aktionäre an der Aufrechterhaltung der Aufnahmebilanz zurücktreten"²⁾. Als gewichtige wirtschaftliche Gründe sind nach herrschender Meinung³⁾ erheb-

1) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, Rechnungslegung, § 172 AktG, Anm. 19; BGH-Urteil v. 24.1.1957.

2) Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 4337 da.

3) Vgl. z. B. Adler-Düring-Schmaltz, Rechnungslegung, § 172 AktG, Anm. 23.

liche steuerliche Vorteile anzusehen. Grundsätzlicher Natur ist dabei die Beschränkung, daß eine Änderung ausgeschlossen bleibt, wenn die bereits zwischenzeitlich beschlossenen Gewinnausschüttungen durch die Konsequenzen der Änderung auf die Folgebilanzen nicht gedeckt wären. Im übrigen kommt es darauf an, ob eine Änderung der Höhe insgesamt oder eine bloße Änderung der Aufteilung des Gesamtansatzes auf die einzelnen Wirtschaftsgüter beabsichtigt ist.

Für den ersten Tatbestand beschränken sich Adler/Düring/Schmaltz¹⁾ auf den Hinweis, daß eine Erhöhung des gewählten Ansatzes nicht in Betracht komme, da es sich um Anschaffungskosten handele. Lediglich für den Fall, daß die Übernahme zu steuerlichen Buchwerten beabsichtigt ist und diese sich nachträglich aufgrund Betriebsprüfung erhöhten, sei eine andere Betrachtungsweise gerechtfertigt. Darüber hinaus steht Änderungen, durch die sich die Substanz der Sacheinlage verringert, die Regelung des § 57 Abs. 1 AktG entgegen, da es sich insoweit um eine unzulässige Einlagenrückgewähr handeln würde. Steuerlich wären solche Vorgänge als verdeckte Gewinnausschüttung zugunsten des Einbringenden zu werten, sofern dieser im Zeitpunkt der Bilanzänderung Aktionär der aufnehmenden Kapitalgesellschaft ist.²⁾

Aus steuerlicher Sicht kommen in erster Linie Änderungen aufgrund Betriebsprüfung gemäß § 222 AO in Betracht, da dies als Hauptfall der nachträglichen Änderung der Umwandlungsgrundlagen angesehen werden kann. Sofern die Betriebsprüfung lediglich neue Tatsachen zu Ungunsten der aufnehmenden Kapitalgesellschaft feststellt, "kann die getroffene Wahl nur in-

1) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, Rechnungslegung, § 153 AktG, Anm. 56.

2) Vgl. BFH-Urteil v. 18. 2. 1970; Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 4337 ib.

soweit geändert werden, als sich keine niedrigere Steuer als die bisher rechtskräftig festgestellte ergibt"¹⁾. Soweit bereits rechtskräftige Veranlagungen bei der aufnehmenden Kapitalgesellschaft vorliegen, löst dies Folgeberichtigungen gemäß § 4 Abs. 3 Nr. 2 StAnpG aus.

Der Fall der nachträglichen Änderung aufgrund einer Betriebsprüfung ist zu unterscheiden von der Möglichkeit, daß ein unrichtiger und damit ein unzulässiger Bilanzansatz gewählt wurde. Unrichtige Bilanzansätze sind von der aufnehmenden Kapitalgesellschaft, soweit sie zu einer Verkürzung der Steuereinnahmen des Fiskus führen, gemäß § 165 e AO der zuständigen Finanzbehörde anzuzeigen.²⁾

5. Zum Spannungsfeld zwischen Bilanzrecht und Bilanzpolitik bei der Einbringung eines Betriebes

Mit dem Begriff "Spannungsfeld" wird allgemein eine Menge von unverträglichen Beziehungen zwischen Elementen eines Systems umschrieben.³⁾ Auf den Abbildungsvorgang der Einbringung eines Betriebes bezogen impliziert er unterschiedliche, zumindest teilweise gegensätzliche Interessenlagen zwischen den internen und/oder externen Teilnehmern der aufnehmenden Kapitalgesellschaft. Als Ausdruck der unterschiedlichen Interessenlagen können die Forderungen und Unterstützungen, die in das politische System

1) Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 4059; vgl. auch Glade-Steinfeld, UmwStG 69, RZi 468.

2) Vgl. Scheffler, E., Steuerbilanztaktik, S. 67.

3) Der Begriff "Spannungsfeld" in dem hier verstandenen Sinne ist zu unterscheiden von dem Begriff "Dissonanz", der eine psychologische Unverträglichkeit zwischen kognitiven Elementen umschreibt. Vgl. auch Weisser, K.-F., Gewinn der Aktiengesellschaft, S. 15 ff.

der Rechenschaftslegung bei der Einbringung eines Betriebes eingehen, betrachtet werden.

Soweit es sich um Forderungen und Unterstützungen des Gesetzgebers handelt, manifestieren sich diese in den handels- und steuerrechtlichen Abbildungsregeln des Bilanzrechts. Den Forderungen und Unterstützungen des Gesetzgebers stehen die der internen Teilnehmer gegenüber. Über die Bilanzziele für die Organisation bzw. der Organisation finden die Forderungen und Unterstützungen der internen Teilnehmer ihren sichtbaren Niederschlag in der verfolgten Bilanzpolitik.

Diese Betrachtungsweise ermöglicht es, das Spannungsfeld zwischen Bilanzrecht und Bilanzpolitik als ein System zu charakterisieren, in dem die Forderungen der internen Teilnehmer durch die Forderungen des Gesetzgebers eingeschränkt werden. Auf den Tatbestand der Einbringung eines Betriebes bezogen bedeutet dies, daß beim Ansatz der Sacheinlage Bilanz- bzw. Bewertungs- und Rücklagenpolitik nur insoweit möglich ist, als sie mit den handels- und steuerrechtlichen Abbildungsregeln vereinbar erscheint.

Inwieweit dabei handelsrechtliche oder steuerrechtliche Vorschriften als zu beachtende Beschränkungen im Vordergrund stehen, hängt weitgehend von der Gültigkeit des Maßgeblichkeitsprinzips ab. Verschiedentlich wird die Auffassung vertreten, daß wegen des Maßgeblichkeitsgrundsatzes und dessen gesetzlich verankerten Umkehrung durch die Zulässigkeit steuerlicher Wertansätze in der Handelsbilanz eine eigenständige Steuerbilanz nicht möglich sei.¹⁾ Diese Auffassung kann jedoch mit gleicher Berechtigung durch die These umgekehrt werden, "daß eine eigenständige Handelsbilanzpolitik nicht möglich sei, weil der Gestaltungsrahmen in erster Linie von steuer-

1) Vgl. z.B. Harder, U., Bilanzpolitik, S. 85.

lichen Vorschriften eingeschränkt wird"¹⁾. Schließlich erscheint die Annahme von zwei relativ selbständigen Bereichen der Bilanzpolitik zulässig, wenn der Nachweis gelingt, daß Handelsbilanz und Steuerbilanz unterschiedliche Zielsetzungen verfolgen.

"Hierbei können sich trotz der Verklammerung der handels- und steuerbilanziellen Manövriermasse durch das Maßgeblichkeitsprinzip, wonach auf der Aktivseite die handelsrechtlichen Wertansätze nicht höher sein dürfen als die steuerlichen Werte und auf der Passivseite die umgekehrte Beziehung gilt, durchaus gegensätzliche Gestaltungstendenzen ergeben. Sie deuten eigenständige bilanzpolitische Entscheidungsbereiche an, wenn z.B. Zuschreibungen auf das Bilanzvermögen bis zur steuerlich gesetzten Grenze vorgenommen werden, während steuerlich die Aktionsparameter zur Gewinnverkürzung eingesetzt werden."²⁾

Daß bei der Einbringung eines Betriebes in eine Kapitalgesellschaft unter Umständen unterschiedliche Zielsetzungen zwischen Handels- und Steuerbilanz denkbar sind, ergibt sich aus der Überlegung, daß die Steuerbilanz in der Regel eine Minimierung des steuerlichen Bilanzgewinns anstrebt. Demgegenüber kommt in der Handelsbilanz auch eine Erfolgsregulierung "nach oben" in Frage. So kann es beispielsweise aus finanzierungs- und publizitätspolitischen Gründen erstrebenswert sein, zur Aufrechterhaltung einer stabilen Dividendenpolitik einen handelsrechtlichen Gewinn auszuweisen, der in Übereinstimmung mit einer als "angemessen" angesehenen Rücklagenpolitik die Ausschüttung der geplanten Dividende rechtfertigt, während andererseits die Steuerbelastung möglichst niedrig sein soll.

Auch die These, wonach die Steuerbilanz als Informationsinstrument dienen kann, erscheint realistisch. Dies ist dann der Fall, wenn beispielsweise

1) Kupsch, P., Bilanzierung von Rückstellungen, S. 96.

2) Kupsch, P., Bilanzierung von Rückstellungen, S. 96 f.

Erfolgsbeteiligungen der Arbeitnehmer vom steuerpflichtigen Gewinn abhängen oder wenn Kreditzusagen potentieller Gläubiger mit der Einsichtnahme in die Steuerbilanz gekoppelt werden.¹⁾

Mit diesen Überlegungen rückt die Frage nach der Bedeutung des Maßgeblichkeitsgrundsatzes im Rahmen der Einbringung eines Betriebes für die Bilanzpolitik in den Vordergrund. Diese Fragestellung erscheint um so relevanter, als die bisherigen Erörterungen gezeigt haben, daß das Steuerrecht im Rahmen der Bilanzierung der Sacheinlage bei der aufnehmenden Kapitalgesellschaft die engeren Grenzen setzt. Daraus läßt sich die Folgerung ziehen, daß die bilanzpolitischen Aktionsparameter der Steuerbilanzpolitik, insbesondere das der aufnehmenden Kapitalgesellschaft zustehende Bewertungswahlrecht, als Teilmenge des handelsrechtlichen Gestaltungsspielraums interpretiert wird. Insofern erscheint es auch plausibel, daß beim Ansatz der Sacheinlage

"bilanzpolitische Probleme der Erfolgsbeeinflussung vorrangig vom steuerlichen Standpunkt aus behandelt und eine sachliche Überordnung der Steuerbilanzpolitik konstatiert (wird, Anm. d. V.), wobei lediglich aus dividenden- und finanzpolitischen Gründen eine Modifizierung der steuerlichen Gewinnplanung geboten sein kann, um bei den externen Informationsempfängern Verhaltensweisen zu induzieren, die den Zielen der Unternehmungsleitung förderlich sind."²⁾

Diese Betrachtungsweise fügt sich nahtlos an die Feststellung an, daß infolge der Gültigkeit des Maßgeblichkeitsprinzips das steuerliche Bewertungswahlrecht als durch den handelsrechtlichen Bilanzansatz der aufnehmenden Kapitalgesellschaft ausgeübt zu betrachten ist. Damit ist es aber

-
- 1) Bei der Beurteilung der Kreditwürdigkeit wird nach Wöhe die Steuerbilanz der Handelsbilanz in der Regel deshalb vorgezogen, weil erstere regelmäßig der steuerlichen Betriebsprüfung unterliegt; vgl. Wöhe, G., Bilanzierung, S. 457.
 - 2) Kupsch, P., Bilanzierung von Rückstellungen, S. 34.

andererseits dem Maßgeblichkeitsprinzip bzw. dessen Umkehrung zuzuschreiben, daß die Bilanzierung der Sacheinlage in erster Linie von den steuerlichen Bilanzierungsnormen beeinflusst wird.

Zugleich wird deutlich, daß neben den Bilanzierungsnormen auch politische Überlegungen der Unternehmungsleitung zur Übermittlung von Rechnungslageinformationen in die bilanziellen Entscheidungsprozesse bei der Einbringung eines Betriebes eingehen. Wegen des im Mittelpunkt stehenden Bewertungswahlrechtes der aufnehmenden Kapitalgesellschaft lassen sich diese Überlegungen dem Gegenstand der Bewertungs- und Rücklagenpolitik zuordnen. Bewertungs- und Rücklagenpolitik stellen insoweit den relevanten Teilbereich bilanzpolitischer Determinanten bei der Bilanzierung der Sacheinlage dar.

DRITTES KAPITEL

BEWERTUNGS- UND RÜCKLAGENPOLITIK ALS DETERMINANTE BILANZIELLER ENTSCHEIDUNGSPROZESSE BEI DER EIN- BRINGUNG EINES BETRIEBES

Grundgedanke der Einbeziehung der Bewertungs- und Rücklagenpolitik für die Erklärung bilanzieller Entscheidungsprozesse bei der Einbringung eines Betriebes ist die in der Realität beobachtbare Erscheinung, daß die bilanzstellenden Organe der Unternehmung in der Regel darauf angewiesen sind, systemnotwendige Unterstützungen der Bilanzinteressenten zu induzieren. Bemühungen dieser Art manifestieren sich vor allem in einer überzeugenden und/oder manipulativen Beeinflussung der fordernden und wünschenden Bilanzinteressenten.¹⁾

Verhaltensbeeinflussung ist um so eher von Erfolg begleitet, je besser es gelingt, die Entscheidungsprämissen der zu Beeinflussenden zu strukturieren. Wie die Erörterungen zum theoretischen Bezugsrahmen gezeigt haben, stellen Attitüden Entscheidungsprämissen dar. Ihre Veränderung durch Rechnungslegungsinformationen, insbesondere in der designativen und valuativen Dimension, erweisen sich als starke Antriebskraft zum Handeln. Aus dieser Sicht kommt es darauf an, daß die in den übertragenen Rechnungslegungsinformationen implizierten Schlußfolgerungen durch die Empfänger akzeptiert werden. Voraussetzung hierfür ist allerdings, daß die

1) Potentieller Bilanzempfänger des aktienrechtlichen Jahresabschlusses ist wegen der Publizitätspflicht grundsätzlich jedermann. Der Teil der potentiellen Bilanzempfänger, der an einer Unterrichtung auch interessiert ist, stellt die Bilanzinteressenten dar. Noch kleiner ist schließlich der Kreis der Bilanzadressaten. Das ist jener Teil der Bilanzinteressenten, deren Informationsbedürfnisse den vom Gesetz gewollten Jahresabschlußinhalt prägen; vgl. hierzu Moxter, A., Bilanzlehre, S. 418 f.

bewertungs- und rücklagenpolitisch relevanten Attitüden der zu beeinflussenden Bilanzinteressenten identifiziert werden können.

1. Zur Betonung des zugrundeliegenden Politikbegriffs

Die Erkenntnis, daß Bewertungs- und Rücklagenpolitik vornehmlich auf die Beeinflussung der Bilanzinteressenten abzielt, läßt es zweckmäßig erscheinen, einen den sozialwissenschaftlichen Nachbardisziplinen entstammenden Politikbegriff zugrunde zu legen. Seine Betonung liegt auf der Analyse politischer Verhaltensweisen zur "machtvollen" Durchsetzung von individuellen Interessenlagen. Im Mittelpunkt steht damit der Aspekt der "Interessenbezogenheit", der für die Erklärung bilanzieller Entscheidungsprozesse bei der Einbringung eines Betriebes von zentraler Bedeutung ist. Mit der Mittelentscheidung Bilanzierung der Sacheinlage soll bei den Bilanzinteressenten ein zielkonformes Verhalten im Sinne der Bilanzersteller herbeigeführt werden.

Dieser vorwiegend sozialwissenschaftlich zu erfassende Aspekt der Bewertungs- und Rücklagenpolitik wird im Rahmen der vorliegenden bilanzpolitischen Grundsatzdiskussion durch eine verkürzte Mittel-Zweck-Betrachtung mit instrumentellem Charakter weitgehend vernachlässigt.¹⁾ Bewertungs- und Rücklagenpolitik erscheint nicht als die Summe der politischen Aktivitäten der in der Organisation tätigen Menschen, sondern als instrumentelle Teilbereichspolitik. Diese wird ihrerseits als Mittel zur Verfolgung übergeordneter Ziele der Bilanzpolitik angesehen.

1) Vgl. z. B. Wöhe, G., Bilanzierung, S. 457 ff.; Mellerowicz, K., Unternehmenspolitik, S. 384 ff. Für den Einbringungsvorgang vgl. insbesondere Dellmann, K., Optimale Wahl, S. 242 ff.

"Die Vorstellung, daß die Mittelwahl (Bewertungsansatz der Sacheinlage, Anm. d. V.) ein Verhalten anderer induzieren oder verändern soll, weil die Zielerreichung durch das Verhalten von Menschen beeinflußt wird, die der Entscheidungsträger durch Inhalt und 'Kommunikationsform' seines Mitteleinsatzes zu beeinflussen versucht, ist bisher nicht Gegenstand bilanzpolitischer Untersuchungen. Die Interdependenz zwischen Zielen und Handlungsweisen bzw. -möglichkeiten auf der Seite der Bilanzierenden und entsprechenden Attitüden auf der Seite der Bilanzinteressenten findet keine Beachtung."1)

Daraus kann geschlossen werden, daß eine Kritik an diesen instrumentellen Betrachtungsweisen dort einsetzen muß, wo die in den politischen Handlungsweisen der Bilanzierenden zum Ausdruck kommenden Interessenlagen nicht reflektiert werden. Aus dieser Sicht erscheint es erforderlich, daß die "politische" Verbindung der Bilanzziele für die Organisation mit den Zielen bzw. den Mitteln der Bilanzpolitik Eingang in die bewertungs- und rücklagenpolitische Diskussion findet.

2. Mögliche Referenzpunkte bewertungs- und rücklagenpolitischer Aussagen bei der Einbringung eines Betriebes

Auf der Grundlage eines interessenbezogenen Politikbegriffs ist es zunächst zweckmäßig, eine bereichspolitische Zuordnung der Bewertungs- und Rücklagenpolitik in den Objektbereich der Bilanzpolitik vorzunehmen (2.1.). Im Anschluß daran lassen sich bewertungs- und rücklagenpolitische Ziele angeben (2.2), die als Mittel zur Handhabung der Interessenlagen der Bilanzinteressenten interpretiert werden können (2.3). Vor diesem Interessenhintergrund erscheint es schließlich für die Durchsetzung der Ziele von zentraler Bedeutung, daß die bewertungs- und rücklagenpolitisch relevanten Informationswünsche der Bilanzadressaten erkannt werden.

1) Kappler, E., Informationsverhalten, S. 52; vgl. auch den Überblick zum Stand der "Theorie der Bilanzpolitik", S. 36 ff.

2.1. Bewertungs- und Rücklagenpolitik als Teilbereich der Bilanzpolitik

Die Einordnung bewertungs- und rücklagenpolitischer Aussagen in die Unternehmungspolitik bzw. deren Teilbereiche erscheint problematisch.¹⁾ Ein Blick in die Literatur zeigt, daß das Spektrum, innerhalb dessen sich die Meinungen bewegen, weitgespannt ist. Im wesentlichen werden drei Grundrichtungen vertreten.

Findeisen²⁾, der als Vertreter der älteren Literatur anzusehen ist, nimmt eine Zuordnung in die umfassende Unternehmungspolitik vor. Ebenso ist Harder³⁾ der Auffassung, daß die Zwecksetzungen der Reservepolitik stets der übergeordneten betriebspolitischen Sphäre angehören.

Im Gegensatz dazu neigt der überwiegende Teil der Vertreter des neueren Schrifttums dazu, die Bewertungs- und Rücklagenpolitik als Bereichspolitik der Bilanzpolitik zu betrachten. So bezeichnet beispielsweise Bouffier die Aufgabe der Bilanzpolitik, "den ausgewiesenen Gewinn möglichst niedrig zu halten und gleichzeitig durch Legung stiller Reserven oder durch Bildung oder Vergrößerung offener Rücklagen eine Anreicherung des Eigenkapitals zu erzielen"⁴⁾. Ähnlich ordnet Kofahl⁵⁾ die Rücklagenpolitik, die er in die

1) Da begriffliche Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen Bewertungs- und Rücklagenpolitik in erster Linie auf der Erscheinung beruhen, daß die Bildung stiller Rücklagen in der Regel auf Bewertungsentscheidungen zurückzuführen sind, wird im folgenden von einer synonymen Verwendung ausgegangen. Zum Begriff der Unternehmungspolitik vgl. Rühl, E., Unternehmungsführung und Unternehmungspolitik, S. 30 ff.

2) Vgl. Findeisen, F., Reserven der Unternehmung, S. 179.

3) Vgl. Harder, U., Bilanzpolitik, S. 50.

4) Bouffier, W., Bilanzpolitik, Sp. 1146.

5) Vgl. Kofahl, G., Bilanzierungspolitik, S. 542.

Bewertungspolitik integriert, der Bilanzpolitik zu. Auch bei Mellerowicz¹⁾ stellt die Rücklagenpolitik einen Teilbereich der Bilanzpolitik dar, da Rücklagen Ziel und Mittel der Bilanzpolitik zugleich sein können.

Als dritte Richtung kann schließlich die Zuordnung zur Finanzpolitik angeführt werden, "da alle aus dem Gewinn gebildeten Passivrücklagen letztlich eine Kapitalbeschaffung darstellen"²⁾.

Gegen eine unmittelbare Einordnung in die allgemeine Unternehmungspolitik kann eingewendet werden, daß es ein geschlossenes System der Betriebswirtschaftspolitik bei realistischer Betrachtungsweise nicht geben kann, weil es unmöglich ist, alle Zielsetzungen und Entscheidungen aus einer "Wurzel" zu erklären.³⁾ Eine ausschließliche Zuordnung zur Finanzpolitik dürfte insoweit nicht befriedigen, als bewertungs- und rücklagenpolitische Maßnahmen auch auf bilanzpolitische (publizitätspolitische) Wirkungen bei den Bilanzinteressenten abstellen.

Für die Erklärung bilanzieller Entscheidungsprozesse bei der Einbringung eines Betriebes erscheint es deshalb zweckmäßig, die Bewertungs- und Rücklagenpolitik der Bilanzpolitik unterzuordnen. Bilanzpolitik in dem hier verstandenen Sinne umfaßt dabei nicht nur die Gestaltung der Bilanz, sondern auch die Gestaltung der Kommunikationsbeziehungen zwischen den beteiligten internen Teilnehmern und den Adressatengruppen (z. B. Anteilseigner, Gläubiger, Öffentlichkeit) durch Bilanzen. Mit dieser erweiterten Begriffs-

1) Vgl. Mellerowicz, K., Unternehmungspolitik, S. 386.

2) Brunner, D., Rücklagenpolitik, S. 142; eine synonyme Verwendung von Bewertungs- und Rücklagenpolitik ist hier ebenfalls nicht gegeben; vgl. auch Marettek, A., Steuerbilanz- und Unternehmenspolitik, S. 143 ff.

3) Vgl. Sandig, C., Betriebswirtschaftspolitik, S. 29.

fassung findet auch der Einfluß der externen Teilnehmer und die Möglichkeit ihrer Beeinflussung Berücksichtigung.¹⁾

In der hier in Anlehnung an Kupsch²⁾ vertretenen Konzeption erscheint die Bilanzpolitik eingebettet in die Publizitäts- sowie die Investitions- und Finanzpolitik der Unternehmung (vgl. Abbildung 8). Der Vorteil dieses Ansatzes ist darin zu erblicken, daß durch die Einbeziehung der betrieblichen Steuerpolitik als weiteren eigenständigen Planungsbereich die Bilanzpolitik als Instrument der Verhaltensbeeinflussung der Bilanzinteressenten im Schnittpunkt der drei Partialpolitiken liegt.

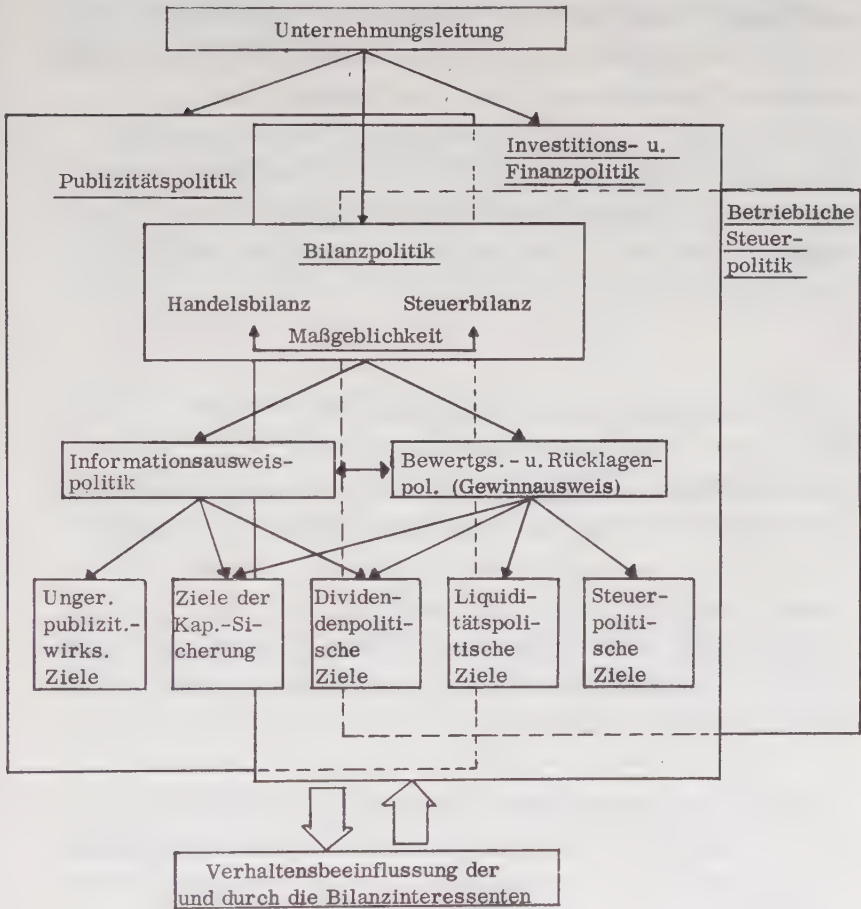
Durch die Zuordnung der Bewertungs- und Rücklagenpolitik zur Bilanzpolitik wird der Erscheinung Rechnung getragen, daß mit dem Ansatz der Sacheinlage nicht der vom Einbringenden bzw. der aufnehmenden Kapitalgesellschaft erzielte, sondern nur der aus der Aufnahmebilanz bzw. den Folgebilanzen ersichtliche Gewinn als Residualgröße ausgewiesen wird. Bewertungs- und Rücklagenpolitik zielen insoweit auf die Höhe des Gewinnausweises in der Bilanz. Mit der Informationsausweispolitik ergibt sich ebenfalls eine enge Verbindung, da bewertungs- und rücklagenpolitische Entscheidungen in erster Linie darauf gerichtet sind, Verhaltensweisen der Bilanzinteressenten zu beeinflussen. Eine Beschränkung der Bilanzpolitik nur auf die Publizitätswirksamkeit einzelner Bilanzpositionen wäre insoweit zu eng.

Investitions- und Finanzpolitik einerseits und Publizitätspolitik andererseits überschneiden sich dadurch, daß die aufnehmende Kapitalgesellschaft (als

1) Ein schematischer Abschluß des Zahlenwerks im Rechnungswesen stellt in dem hier verstandenen Sinne noch kein bilanzpolitisches Handeln dar.

2) Vgl. Kupsch, P., Bilanzierung von Rückstellungen, S. 35 ff.; eine weitergehende Übereinstimmung ergibt sich auch zu Neth, der das Problem der Berechnung der Herstellungskosten als bilanzpolitisches Mittel untersucht; vgl. Neth, M., Herstellungskosten, S. 11 ff.

Abbildung 8: Ziele und Zusammenhänge der Bewertungs- und Rücklagenpolitik bei der Einbringung eines Betriebes¹⁾



1) Vgl. Kupsch, P., Bilanzierung von Rückstellungen, S. 35.

Publikumsgesellschaft) durch publizitätspolitisch wirksame Anreize um die Beiträge der (potentiellen) Bilanzinteressenten in Form von Teilnahmeentscheidungen werben muß. Die Notwendigkeit der Bereitschaft der Aktionäre, ihre Aktien weiterhin zu behalten oder an künftigen Kapitalerhöhungen teilzunehmen, und das Erfordernis, daß sich potentielle Aktionäre und Gläubiger engagieren, spiegelt die Bedeutung des Zusammenhangs wider. Damit erhebt sich aber zugleich die Frage nach den bewertungs- und rücklagenpolitischen Zielen der Verhaltensbeeinflussung betreibenden Entscheidungsträger, die sich möglicherweise mit dem Ansatz der Sacheinlage realisieren lassen.

2.2 Bewertungs- und rücklagenpolitische Ziele

Die Unsicherheit in der Literatur über die konkreten Ziele der Bilanzpolitik gilt auch für die Ziele der Bewertungs- und Rücklagenpolitik. Eindeutige Kriterien zu ihrer vollständigen Erfassung sind kaum formulierbar und Versuche einer Systematisierung erscheinen nahezu aussichtslos. Dies beruht nicht zuletzt darauf, daß sowohl enge als auch weite Auffassungen hinsichtlich des bilanzpolitischen Mittelrepertoires vertreten werden, die bis zur Einbeziehung von Bilanzverschleierung und Bilanzfälschung hinreichen.¹⁾

Für den konkreten Bilanzierungsvorgang der Einbringung eines Betriebes kann die Ableitung eines Zielsystems der Bewertungs- und Rücklagenpolitik aus den übergeordneten Partialpolitiken erfolgen (vgl. Abbildung 8). Damit wird der dienende Charakter der Bewertungs- und Rücklagenpolitik erkennbar.

1) Vgl. z. B. Sandig, C., Betriebswirtschaftspolitik, S. 266; Bouffier, W., Bilanzpolitik, Sp. 1146; vgl. auch Ludewig, R., Bilanzpolitik, S. 49 ff.

Bewertungs- und rücklagenpolitisches Handeln bei der Bilanzierung der Sacheinlage richtet sich vorwiegend auf die Beeinflussung des Bilanzserfolges (vor allem der Folgeperioden), der Bilanzstruktur und der Erläuterungen im Geschäftsbericht.

Bildet die Beeinflussung des Bilanzserfolges den unmittelbaren Referenzpunkt bewertungs- und rücklagenpolitischer Planungsüberlegungen, so rücken mehrere Handlungsziele in den Mittelpunkt. Als mögliche Ausprägungen können Steuerbelastung, Gewinnnivellierung, Verwirklichung der beabsichtigten Gewinnverwendung und Risikovorsorge genannt werden.

Im Rahmen der Finanzpolitik wird in der Regel die Absicht verfolgt, eine zielgerichtete Beeinflussung der Ansprüche Außenstehender, denen ein Recht am Bilanzserfolg zusteht, zu verwirklichen.¹⁾ Da auch der an die Unternehmung gerichtete Steueranspruch dazu zu rechnen ist, kommt der Bilanzierung der Sacheinlage besondere Bedeutung zu.

Sofern im eingebrachten Betriebsvermögen bereits stille Rücklagen gelegt sind, besteht im Zeitpunkt der Einbringung die Möglichkeit, diese steuerneutral fortzuführen (Buchwertansatz). Aber auch ihre Auflösung (Teilwertansatz) kann unter Umständen über erhöhte Abschreibungen in den Folgeperioden eine Beeinflussung des steuerpflichtigen Bilanzserfolges mit der Folge eines Steueraufschubs mit sich bringen. Die Verschiebung der Besteuerung bedeutet für die aufnehmende Kapitalgesellschaft je nach Umfang unter Umständen eine erhebliche Zinsersparnis und unter liquiditätspolitischen Gesichtspunkten einen nicht zu unterschätzenden Vorteil.

1) Vgl. Neth, M., Herstellungskosten, S. 13 ff.; Harder, U., Bilanzpolitik, S. 73 f.

Wie das Vogtsche "Gesetz der Normallinie"¹⁾ zeigt, stehen Steuerbelastung und Gewinnivellierung im Rahmen bewertungs- und rücklagenpolitischer Maßnahmen in einer engen Beziehung. Ausgangspunkt ist die Überlegung, daß die steuerliche Gesamtbelastung der Totalperiode bei progressivem Tarifablauf am geringsten ist bzw. minimiert wird, wenn es insbesondere auch durch bewertungs- und rücklagenpolitische Maßnahmen gelingt, den Gesamtgewinn gleichmäßig auf die Planungsperiode zu verteilen. Damit soll den nachteiligen Wirkungen einer unbeschränkten Gewinnverlagerung in spätere Perioden bei progressivem Steuertarif, die bei hohen Gewinnen in Jahren der Rücklagenauflösung in einer Steuermehrbelastung zu sehen sind, begegnet werden.²⁾

Kritikansätze gegen das Prinzip der Gewinnivellierung lassen sich allerdings sowohl aus den Prämissen³⁾ als auch aus der Vernachlässigung liquiditätspolitischer Gesichtspunkte herleiten. Haupteinwand dürfte jedoch die Tatsache sein, daß der Zinsgedanke keine Berücksichtigung findet.

Andererseits kann die Unternehmungsleitung nicht unbedingt damit rechnen, daß sie ihre Vorstellungen hinsichtlich der Verwendung des Bilanzserfolges verwirklichen kann. Ob die Hauptversammlung dem Vorschlag über die Verwendung des Bilanzgewinns zustimmt, hängt weitgehend davon ab, inwieweit die Einkommensinteressen der Anteilseigner berührt werden. Die Unternehmungsleitung wird deshalb bestrebt sein, den buchmäßigen Gewinn-ausweis durch bewertungs- und rücklagenpolitische Maßnahmen zu beein-

1) Vgl. Vogt, F.J., Bilanztaktik, S. 17 und S. 24 ff.; Marettke, A., Steuerbilanz- und Unternehmungspolitik, S. 187 ff.

2) Vgl. Kupsch, P., Bilanzierung von Rückstellungen, S. 40; Wöhe, G., Bilanzierung, S. 471.

3) Das Vogtsche Gesetz der Normallinie geht u. a. von den unrealistischen Annahmen aus, daß die Bilanzersteller hinreichend genaue Vorstellungen über den Gesamterfolg der Planungsperiode haben, und daß die bilanziellen Gestaltungsfreiheiten dazu ausreichen, in jeder Abrechnungsperiode die durchschnittliche Gewinnziffer auszuweisen.

flussen, um auf diese Weise unter Umständen von vornherein den Verhandlungsspielraum über die Forderungen der Bilanzinteressenten (insbesondere der Aktionäre und der Belegschaft) einzuengen. Damit ist die wechselseitige Beziehung zwischen dem bilanziellen Ansatz der Sacheinlage bzw. den dabei beizubehaltenden oder aufzulösenden stillen Rücklagen und dividendenpolitischen Überlegungen angesprochen, deren Ziel es sein kann, den Aktionär als Empfänger einer gleichbleibenden Nominalverzinsung erscheinen zu lassen.¹⁾ Gerade bei schwankenden Erfolgen ist es möglich, den Umfang der durch die Bewertungsentscheidung beim Ansatz der Sacheinlage aufzulösenden stillen Rücklagen mit dem Bestreben auf künftige Dividendenstabilisierung in Einklang zu bringen. Der Vorteil einer derartigen Dividendenpolitik kann darin erblickt werden, daß der Aktionär auch in schlechten Jahren mit einer konstanten Dividende rechnen kann und insoweit gegen eine Thesaurierung der über die Dividende hinausgehenden Gewinnanteile kaum opponieren wird, während die Unternehmensleitung die auf sie zukommende Liquiditätsbelastung langfristig einzuplanen in der Lage ist.

Gewichtige Einwände gegen eine solche Dividendenpolitik ergeben sich allerdings aus der Erscheinung, daß bei schlechter Ertragslage künftige bilanzielle Entscheidungen darauf abzielen, einen für die Dividendenzahlung ausreichenden Bilanzgewinn auszuweisen. Wegen zu hoher Gewinnausschüttungen beinhaltet dies letztlich eine zusätzliche Schwächung der Unternehmung.²⁾

Im Rahmen der Bilanzierung der Sacheinlage erscheint auch das Handlungsziel Risikovorsorge bedeutungsvoll.³⁾ Wird dabei Risiko mit Verlustgefahr

1) Vgl. Brunner, D., Rücklagenpolitik, S. 59 ff.; Diederich-Lintzhöft, Rücklagenpolitik, S. 44.

2) Vgl. Wöhe, G., Bilanzierung, S. 473.

3) Vgl. auch Forster, K.-H., Rücklagendotierung, S. 203 ff.

gleichgesetzt, so handelt es sich um das Ziel der Kapitalsicherung. Diese läßt sich beispielsweise fördern, wenn durch die Beibehaltung stiller Rücklagen (Buchwertansatz) das Grundkapital durch weitere aus der Bilanz nicht ersichtliche Kapitalbeträge erweitert wird. Wenngleich die vermögensmäßigen Wirkungen von Verlusten künftiger Perioden damit nicht verhindert werden können, besteht über die Auflösung stiller Rücklagen unter Umständen jedoch die Möglichkeit, diese nach außen nicht erkennbar werden zu lassen, um Ansehensverluste bei den Bilanzinteressenten zu vermeiden.

Wird demgegenüber Risikovorsorge mit Liquiditätssicherung gleichgesetzt, so werden die bilanziellen Entscheidungsträger vermutlich bestrebt sein, durch die Beibehaltung stiller Reserven den buchmäßigen Gewinn künftiger Perioden zu verringern, um damit den dividendenpolitischen Spielraum einzuengen. Auf die liquiditätsmäßigen Vorteile durch den Steueraufschub wurde bereits hingewiesen.

Die Minimierung von Ansehensverlusten für Gesellschaft und Unternehmensleitung bildet zugleich den Ausgangspunkt bewertungs- und rücklagenpolitischer Überlegungen im Rahmen der Beeinflussung der Bilanzstruktur. Mit den Rechnungslegungsinformationen kann, je nach der wirtschaftlichen Lage und dem künftigen Vorhaben der Gesellschaft, die Unterrichtung oder Nichtunterrichtung der Bilanzinteressenten angestrebt werden. Die Tendenz zur Unterrichtung dürfte in jenen Fällen zu unterstellen sein, in denen sich die Unternehmung um die Zuführung von Kapital bemüht. Damit tritt die Realisierung der beabsichtigten Außenfinanzierung in den Vordergrund, die ihrerseits vom guten Ruf der Gesellschaft als Kapitalnehmer abhängt. Als Ursache für die Nichtunterrichtung läßt sich beispielsweise die Absicht anführen, einer unter Umständen "berechtigten" Kritik an einer hohen Selbstfinanzierungsquote vorzubeugen.¹⁾

1) Vgl. Neth, M., Herstellungskosten, S. 15 f.

Neben diesen bewertungs- und rücklagenpolitisch relevanten Zielsetzungen strebt die Unternehmensleitung aus "optischen Gründen" häufig ungerichtete publizitätswirksame Ziele an, die im Meinungsbild der bilanzinteressierten "Öffentlichkeit" ihren sichtbaren Niederschlag finden. Diese Art von Informationsausweispolitik richtet sich nicht nur auf die Schaffung von "Meinungsvorteilen" gegenüber Konkurrenten, sondern in erster Linie darauf, positive Wertvorstellungen gegenüber der bilanzierenden Unternehmung selbst hervorzurufen oder sogar zu verstärken. Konsequenzen und Adressatenkreis einer derartigen Öffentlichkeitsarbeit stellen dabei unbekannte Größen dar.¹⁾

Zwischen den einzelnen Zielen dieses Systems können mitunter Konfliktsituationen auftreten. So erscheint es beispielsweise denkbar, daß das angestrebte Verhältnis von Eigen- zu Fremdkapital mit einer zweckmäßigen Erfolgsregulierung beim Ansatz der Sacheinlage in Widerspruch tritt. Eine derartige Konfliktsituation ergibt sich, wenn das angestrebte Verhältnis von Eigen- zu Fremdkapital nur dadurch erreichbar ist, daß das eingebrachte Betriebsvermögen zum Buchwert angesetzt wird. Der auf diese Weise gegebene Verzicht auf ein unter Umständen hohes Abschreibungspotential erscheint aber unvereinbar mit der zweckmäßigen Erfolgsregulierung, wenn diese zu einer Einengung der künftigen Forderungen der Bilanzinteressenten beitragen soll. In derartigen Fällen besteht die Möglichkeit, daß der bilanzielle Entscheidungsträger sich zusätzliche Informationen über die Zielgewichte beschafft, um unter Umständen zu einer Kompromißlösung zu gelangen.²⁾ Dabei erweist sich die Machtverteilung zwischen den Interessen Teilnehmern als entscheidend.

1) Vgl. Kupsch, P., Bilanzierung von Rückstellungen, S. 37; vgl. auch Kofahl, G., Bilanzierungspolitik, S. 544 f.; Sieben-Haase, Jahresabschlußrechnung, S. 53 ff.; Brunner, D., Rücklagenpolitik, S. 67 ff.

2) Vgl. Heinen, E., Zielsystem, S. 140 ff.

Als Grundlage der Planungsüberlegungen und damit auch für die Zielgewichtung können die individuellen oder privaten Interessen der an der Bilanzierung der Sacheinlage beteiligten Entscheidungsträger je nach ihrer relativen Machtstellung angesehen werden, da diese motivierend für deren Handlungsweisen wirken.

Damit wird zugleich der organisationstheoretischen Deutung der Ziele im Rahmen des politischen Prozesses der Bilanzierung des eingebrachten Betriebsvermögens Rechnung getragen, die eine Zurückführung organisatorischer Phänomene auf das Verhalten der Individuen fordert. Der Grundgedanke besteht darin, daß der Entscheidungsträger jene bewertungs- und rücklagenpolitischen Zielsetzungen präferieren wird, die seine individuellen Bilanzziele weitestgehend unterstützen.

Andererseits wird der Bilanzierende auch die Interessenlagen der übrigen Bilanzinteressenten beim Ansatz der Sacheinlage berücksichtigen. Diese finden zumindest insoweit Eingang in die Bilanzierung als sie für das "Überleben" unbedingt für erforderlich gehalten werden.

2.3 Die Interessenlagen der Bilanzinteressenten als Input des politischen Systems der Rechenschaftslegung bei der Einbringung eines Betriebes

Die Interessenlagen der Bilanzinteressenten können als das "politische Bindeglied" zwischen den Zielen und den Mitteln der Bewertungs- und Rücklagenpolitik bei der Bilanzierung der Sacheinlage angesehen werden. Aus dieser Sicht lassen sich Aussagen formulieren, die die Interessenlagen derjenigen für die Bewertungs- und Rücklagenpolitik betrieben wird, mit den Attitüden bzw. Attitüdenvermutungen über und für die Bilanz verknüpfen.

Heinen nennt als "Interessenten am Bilanzinhalt": "Unternehmer und Unternehmensleitung, Überwachungs-, Prüfungs- und Beratungsorgane, Finanzbehörden, Gläubiger, Gerichte und Rechtsvertreter, wirtschaftliche Organe des Staates, Wirtschaftsverbände, private Investoren, Öffentlichkeit, Betriebsangehörige, Kunden und Lieferanten, Konkurrenten Wirtschaftspublizisten, wissenschaftliche Institutionen"¹⁾. Sie stellen potentielle und in der Regel auch tatsächliche Bilanzinteressenten dar,

"weil sie für ihre Dispositionen bezüglich einer Unternehmung und/oder zur Vervollständigung und Aktualisierung ihres Bildes von der sozial-ökonomischen Realität Informationen über diese Unternehmung benötigen und weil die Bilanz für sie unter Umständen die einzig zugängliche Quelle der Information darstellt ..."²⁾

Mit dem Aufgreifen der Interessenlagen einer konkreten Bilanzinteressentengruppe wird im folgenden lediglich die diesem Personenkreis zuzuordnende realtypische Rolle als Referenzpunkt angesprochen. Wird beispielsweise die Rolle der Aktionäre betrachtet, so wird damit deutlich, daß grundsätzlich auch die anderen Bilanzinteressenten zusätzlich diese Rolle einnehmen können.

Dies gilt naturgemäß auch für den Einbringenden der Sacheinlage in die Kapitalgesellschaft. Wenngleich mit der Einbringung eines Betriebes in der Regel eine leitende Betätigung bei der aufnehmenden Gesellschaft angestrebt wird, insbesondere im Falle der Neugründung einer Aktiengesellschaft, werden der bzw. die Einbringenden in jedem Falle zu Aktionären der Unternehmerin. Erhält der Einbringende im Rahmen der Gewährung anderer Wirtschaftsgüter (§ 17 Abs. 2 UmwStG) zusätzliche Geldleistungen, die in

1) Heinen, E., Handelsbilanzen, S. 18.

2) Kappler, E., Informationsverhalten, S. 144; vgl. auch die Zusammenfassung der in der Literatur vertretenen Systematisierungsbemühungen von Bilanzinteressenten auf S. 144 ff.; vgl. außerdem Seicht, G., Kapitaltheoretische Bilanz, S. 353 ff. und die dort angegebene Literatur.

Raten zur Auszahlung kommen sollen, so erscheint dieser Personenkreis ebenfalls in die Rolle der Gläubiger der aufnehmenden Kapitalgesellschaft einordenbar. Damit wird aber deutlich, daß eine Zuordnung des Einbringenden zu einer bestimmten Bilanzinteressentengruppe kaum möglich ist.

Die Interessenlagen der Bilanzinteressenten finden in Form von Forderungen und Unterstützungen Eingang in das politische System der Rechenschaftslegung bei der Einbringung eines Betriebes. Grundlage dieses Zusammenhanges ist die Instrumentalthese, nach der die internen und externen Teilnehmer der Organisation die Unternehmung als Mittel zur individuellen Zielerreichung nützen.¹⁾ Für die Bilanzierung der Sacheinlage stehen die wechselseitigen Beziehungen zwischen Einkommens-, Sicherheits- und Informationsinteressen der Bilanzinteressenten im Vordergrund.²⁾

Interessenlagen der Unternehmungsleitung

Ein auf kurze Dauer engagierter Vorstand wird an einer Gewinnverschiebung in diese Perioden interessiert sein, wenn gewinnabhängige Tantiemen vereinbart sind. Zugleich kann damit das Streben nach einer Weiterbeschäftigung verbunden sein, weil ein hoher Jahresüberschuß in der Regel als Hervorhebung seiner Qualifikation gewertet wird.³⁾

1) Vgl. Schmidt, R.-B., Wirtschaftslehre, S. 49 ff.

2) Für die Untersuchung von Durchsetzungsprozessen bei der Bilanzierung der Sacheinlage erscheint es zweckmäßig, die Reihenfolge der im folgenden zu untersuchenden Interessenlagen der Bilanzinteressenten dem zeitlichen Ablauf der Bilanzerstellung und damit der Richtung des Informationsflusses anzupassen.

3) Vgl. Bischofberger, W., Beeinflussung der Rechenschaftslegung, S. 122. Vgl. auch Moxter, A., Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung, S. 37.

Die Regulierungsmöglichkeit des Jahresüberschusses durch das Bewertungswahlrecht beim Ansatz des eingebrachten Betriebsvermögens deutet deshalb darauf hin, daß Vorstände mit dominierenden Interessen an kurzfristig hohem Einkommen vermutlich eine Buchwertfortführung präferieren werden. Durch die Fortführung der stillen Rücklagen im Bewertungsansatz sind die Abschreibungen der folgenden Perioden entsprechend niedriger, so daß ceteris paribus höhere Jahresüberschüsse zum Ausweis kommen. Das Ausmaß derartiger Wirkungen hängt dabei entscheidend von der Zusammensetzung und der Höhe des eingebrachten abschreibbaren Vermögens und dessen Restnutzungsdauer ab.¹⁾

Dagegen wird ein Vorstand, der auf lange Sicht an hohem Einkommen interessiert ist, auch Sicherheitsüberlegungen bei der Bilanzierung der Sachelage berücksichtigen.²⁾ Da Einkommen- und Sicherheitsstreben in diesem Falle miteinander konkurrieren, besteht allgemein die Tendenz, einen durchschnittlichen Gewinn auszuweisen.³⁾ Dies hat zugleich den Vorteil, daß im Falle einer Ergänzung durch eine "branchenübliche Dividende" der Konkurrenz nicht zu viel Einblick gewährt wird.

Interessenlagen der Abschlußprüfer

Interessenlagen des Abschlußprüfers werden sichtbar, wenn ein eigenes Interesse an dem Ergebnis vorhanden ist oder die Rücksichtnahme auf ein fremdes Interesse am Prüfungsergebnis konstatiert werden kann.⁴⁾ Diese

1) Vgl. Lohnert, F., Einbringung eines Betriebes, S. 253 f.

2) Vgl. Schmidt, R.-B., Wirtschaftslehre, S. 98.

3) Vgl. Stützel, W., Bemerkungen zur Bilanztheorie, S. 337.

4) Vgl. v. Wysocki, K., Betriebswirtschaftliches Prüfungswesen, S. 113 ff.

die Gefahr der Besorgnis der Befangenheit begründenden Abhängigkeitstatbestände resultieren in erster Linie aus finanziellen oder kapitalmäßigen Bindungen des Wirtschaftsprüfers gegenüber dem zu prüfenden Unternehmen und manifestieren sich im Interesse am Fortbestand bzw. an einer ungehinderten wirtschaftlichen Entwicklung des Prüfungsobjektes.

Im Falle, daß der Abschlußprüfer bei der Erstellung der Bilanz mitwirkt, werden derartige Interessenlagen bei der Bewertung der Sacheinlage vermutlich zu einer Unterstützung des Teilwertansatzes führen. Einerseits wird dadurch die Bemessungsgrundlage für das Prüfungshonorar in der Einbringungsperiode erhöht. Zum anderen können infolge höherer Abschreibungen in den Folgeperioden unter Umständen noch höhere Forderungen "Außenstehender"¹⁾, denen ein Recht am Bilanzenerfolg zusteht, von vornherein vermieden werden, so daß der Fortbestand der Unternehmung gefördert wird.

Interessenlagen der Aufsichtsratsmitglieder

Nach Eingang des Prüfungsberichts der Abschlußprüfer hat der Vorstand den Jahresabschluß, den Geschäftsbericht und den Prüfungsbericht dem Aufsichtsrat als Kontrollorgan unverzüglich vorzulegen.²⁾ Kennzeichnend für den Aufsichtsrat in dem Großaktionäre, Banken als Großgläubiger und/oder als Vertreter der Depotaktionäre, Kleinaktionärsvereinigungen, Arbeitnehmervertreter (in mitbestimmten Aktiengesellschaften) als Repräsentanten interessenpluralistischer Gruppen sitzen, ist die Erscheinung,

1) Dies betrifft neben den Steueransprüchen des Fiskus vor allem die bei entsprechend höherem Bilanzgewinn zu erwartenden Dividendenforderungen der Aktionäre.

2) Vgl. § 170 Abs. 1 AktG.

daß realtypische Interessenlagen der Aufsichtsräte als solche kaum feststellbar sind. Vielmehr dürften jeweils die Interessen jener Gruppen dominierend sein, als deren Vertreter sie gelten.¹⁾

Für das Wechselspiel zwischen den Forderungen und den systemnotwendigen Unterstützungen im Rahmen der "politischen" Handhabung der Bilanzierung der Sacheinlage können die Aufsichtsräte dennoch einen beachtlichen Einflußfaktor darstellen. Gemäß § 111 Abs. 4 AktG bedürfen bestimmte Arten von Geschäften der Zustimmung des Aufsichtsrates, so daß eine Beeinflussung der Geschäftsführung und damit der Rechenschaftslegung nicht auszuschließen ist.²⁾

Interessenlagen der Aktionäre³⁾

In Anlehnung an die Weissersche Typisierung der Aktionäre⁴⁾ kann zwischen der Gruppe der Daueraktionäre und jener der Spekulations- und Nomadenaktionäre unterschieden werden. Die Gruppe der Daueraktionäre, die von Weisser auch als Idealaktionäre des Aktiengesetzes angesehen werden, setzt sich wiederum aus Publikums- und Unternehmeraktionären zusammen.

Kennzeichnend für den Publikumsaktionär ist die Erscheinung, daß dieser sein Stimmrecht in der Regel einer Bank überträgt, so daß deren Interessenlagen bewertungs- und rücklagenpolitisch relevant werden.⁵⁾ Voraussetzung ist

-
- 1) Aus diesem Grunde kann auf die Ausführungen zu den realtypischen Interessenlagen der durch den Aufsichtsrat repräsentierten Gruppen verwiesen werden.
 - 2) Vgl. Bischofberger, W., Beeinflussung der Rechenschaftslegung, S. 124.
 - 3) Vgl. außerdem die Ausführungen zu den interessenbezogenen Attitüdenvermutungen auf S. 283 ff. dieser Arbeit.
 - 4) Vgl. Weisser, K.-F., Gewinn der Aktiengesellschaft, S. 30 ff.
 - 5) Vgl. Kappler, E., Informationsverhalten, S. 172.

allerdings, daß bewertungs- und rücklagenpolitische Maßnahmen, wie beispielsweise die der Bilanzierung der Sacheinlage, eine angemessene Rendite nicht gefährden.

"Aktiver und wohl auch aufgeschlossener gegenüber dem Sinn bilanzpolitischer Maßnahmen dürften die Unternehmeraktionäre sein, die Einfluß auf die Unternehmungsleitung haben oder gewinnen möchten"¹⁾. Handelt es sich bei dem Großaktionär um einen freien Aktionär (im Gegensatz zum Konzernaktionär), so kommt in dem großen Aktienbesitz eine "gewisse" Bindung an die Unternehmung zum Ausdruck, da beim Verkauf normalerweise Kursverluste vermieden werden sollen.²⁾ Dies deutet darauf hin, daß dominierende Interessen an einer Weiterentwicklung der Unternehmung unterstellt werden können, die zu einer verstärkten Gewinnthesaurierung führen dürfte. Dazu kann bei der Bilanzierung der Sacheinlage sowohl der Teilwertansatz über die Beeinflussung des Bilanzserfolges als auch der Buchwertansatz über die Bildung stiller Rücklagen beitragen.

Dagegen beurteilen Spekulations- und Nomadenaktionäre die Bilanzierung der Sacheinlage in erster Linie an Hand der zu erwartenden Auswirkungen auf Ausschüttungen und/oder Kurssteigerungen. Weitere Interessen an der Unternehmung bestehen nicht.³⁾ Mit der Ertragskraft (Zukunftserfolg) als wichtigstem Faktor der Aktienkursbildung⁴⁾ steht der Ansatz der Sacheinlage insoweit in einer engen Beziehung als durch den Bewertungsansatz zukünftige Jahresüberschüsse und damit auch die Ertragserwartungen be-

1) Kappler, E., Informationsverhalten, S. 172 (Hervorhebung nicht im Original).

2) Vgl. Weisser, K.-F., Gewinn der Aktiengesellschaft, S. 34; Weisser, stellt dem durch "machtvolle" Interessendurchsetzung gekennzeichneten Unternehmeraktionär den reinen Kapitalaktionär gegenüber.

3) Vgl. auch Kappler, E., Informationsverhalten, S. 172.

4) Vgl. Sigloch, J., Unternehmenswachstum durch Fusion, S. 68 ff.

einflußt werden. Kurssteigerungen sind zu erwarten, wenn die durch die Einbringung eines Betriebes zu unterstellende relative Zunahme des Ertragswertes größer ist als die der mit der Gewährung neuer Anteile verbundene Erhöhung des Grundkapitals.¹⁾

Interessenlagen der Arbeitnehmer

Die Arbeitnehmer leiten ihre Interessen an der Unternehmung aus der Tatsache ab, daß sie wesentlich zum Ergebnis der Unternehmung beitragen. Neben dem Bedürfnis nach einem befriedigenden Arbeitserlebnis stehen im Rahmen der Erwerbsinteressen die Forderungen nach Sicherheit des Arbeitsplatzes, einer bestimmten Lohnhöhe und Lohngerechtigkeit im Vordergrund. Sichtbarer Ausdruck dieser Forderungen ist der Wunsch nach betrieblicher Mitbestimmung mit seinen Grundstufen Mitsprache, Mitwirkung und Mitentscheidung.²⁾

Dem Wunsch nach Mitbestimmung liegt ein Informationsinteresse der Arbeitnehmerschaft an der Rechenschaftslegung zugrunde.³⁾ Das Informationsinteresse läßt ein Eintreten für den Teilwertansatz vermuten, weil in diesem Falle ein Geschäftsrückgang früher erkennbar ist. Demgegen-

1) Vgl. Büschgen, H. E., Wertpapieranalyse, S. 83; weitere Faktoren der Aktienkursbildung sind z. B. psychologische Einflüsse, Spekulation, Substanzwert, Gewinnausschüttungen usw.

2) Vgl. Maier, K., Mitbestimmung und betriebliche Partnerschaft, S. 33; vgl. außerdem Fäßler, K., Betriebswirtschaftliche Mitbestimmungsdiskussion.

3) Vgl. Moxter, A., Publizitätsvorschriften, S. 136 ff. Unter dem Blickwinkel von Informationswünschen konstatiert Bischofberger ein Eintreten der Arbeitnehmerschaft für eine vorsichtige und kontinuierliche Bewertung (d. h. weitestgehende Vermeidung stiller Reserven), vgl. Bischofberger, W., Beeinflussung der Rechenschaftslegung, S. 128.

über entspricht der Buchwertansatz der Sacheinlage eher den Erwerbsinteressen, da Lohnforderungen oder Gewinnbeteiligungen infolge der gewinn-erhöhenden Wirkung des Buchwertansatzes leichter realisierbar erscheinen.

Interessenlagen der Gläubiger

Der entscheidende Unterschied zwischen Aktionären und Gläubigern kann in der Tatsache gesehen werden, daß die Aktionäre das Risiko des Kapitalverlustes zu übernehmen bereit sind, während die Gläubiger Garantien für die Rückgewähr ihres hingegebenen Kapitalbetrages fordern. Damit werden die Gläubigerinteressen sichtbar, die als erfüllt angesehen werden können, solange die Haftungsmasse für die Tilgung ausreichend erscheint und ihre Bevorrechtigung vor den Interessen der Aktionäre gesichert ist.¹⁾

Diese Überlegungen machen deutlich, daß der Gläubiger bei seinen Forderungen gegenüber der aufnehmenden Kapitalgesellschaft in erster Linie die Vermögensdeterminationsfunktion der Bilanz anspricht. Bei der Bewertung des eingebrachten Betriebsvermögens dürfte deshalb das Bestreben darauf gerichtet sein, durch eine Verlagerung der Aktivwerte möglichst weit nach unten bzw. der Passivwerte möglichst weit nach oben die Gläubigerschutzfunktion des Grundkapitals durch einen zusätzlichen Sicherheitsfaktor zu erweitern.²⁾ Bei der Bilanzierung der Sacheinlage kann dieser Forderung durch Buchwertverknüpfung Rechnung getragen werden.

1) Vgl. Bischofberger, W., Beeinflussung der Rechenschaftslegung, S. 135 f.; zur Garantiefunktion des Grundkapitals vgl. Stützel, W., Entscheidungstheoretische Elementarkategorien, S. 787 f.; Diedrich-Lintzhöft, Rücklagenpolitik, S. 42.

2) Vgl. Brunner, D., Rücklagenpolitik, S. 58; Brunner spricht in diesem Zusammenhang von einer Pufferwirkung der Passivrücklagen.

Daß andererseits die Legung stiller Rücklagen durch die Buchwertverknüpfung für den Gläubiger nicht unbedingt eine echte Sicherung darstellt,¹⁾ ergibt sich aus der Möglichkeit ihrer stillen Auflösung, die in der Regel nach außen kaum erkennbar ist. Dies erklärt nicht zuletzt die in der Realität häufig beobachtbare Erscheinung, daß sich Gläubiger (insbesondere Banken) in Kreditverträgen Mitwirkungs- und Kontrollrechte bei unternehmerischen Entscheidungen²⁾ einräumen lassen. Zusätzliche Absicherungen durch Hypotheken, Grundschulden, Eigentumsvorbehalte und ähnliches dürften allerdings wiederum den Umfang der Gläubigerforderungen bei der Bilanzierung der Sacheinlage reduzieren.³⁾

Interessenlagen der Öffentlichkeit

Obwohl in der Literatur die Meinungen überwiegen, daß auch die Interessenlagen der Öffentlichkeit Eingang in die Rechenschaftslegung großer Aktiengesellschaften finden müssen, erscheint die Frage, ob und wie der Inhalt des öffentlichen Interesses bestimmt werden kann, kaum lösbar.⁴⁾ Eine Überwindung dieses Dilemmas läßt sich nur dadurch herbeiführen, daß nach Teilgruppen unterschieden wird.

Gesteigerte Interessen der Konkurrenten können in der Regel an einem möglichst detaillierten Einblick bis zu einzelnen Produkttypen und deren Erfolgsrechnung unterstellt werden.⁵⁾ Die Abhängigkeit des Erfolgsgrades

1) Vgl. Pougin, E., Bilanzpolitik, S. 7.

2) Zum Begriff der unternehmerischen Entscheidung vgl. Wild, B., Interessen bei unternehmerischen Entscheidungen.

3) Vgl. Bischofberger, W., Beeinflussung der Rechenschaftslegung, S. 138.

4) Vgl. Scherrer, G., Auswertung der Rechnungslegungspublizität, S. 170 ff.; Saage, G., Führung und Verantwortung, S. 39; Steinmann, H., Publizitätszweck in Europäischen Aktienrechten, S. 190 f.

5) Vgl. Bischofberger, W., Beeinflussung der Rechenschaftslegung, S. 141.

ihrer Wirtschaftsprozesse reflektiert jedoch noch keinen unmittelbaren Zusammenhang mit der Bilanzierung der Sacheinlage, zumal ein publizitätspflichtiger Unternehmer bemüht sein wird, "seinen Gegnern (bei gegebenen Vorteilen für sich selbst) ein Minimum an Informationen zu gewähren"¹⁾.

Daß die Konkurrenz brancheninterne Bilanzvergleiche vornimmt, ist kaum zu bezweifeln. Beeinflussungsversuche der Konkurrenten haben jedoch schwerlich Aussicht auf Erfolg. Es lassen sich auch keine Anhaltspunkte dafür anführen, daß die Unternehmungsleitung die Bilanzierung des eingebrachten Betriebsvermögens von der Gefahr abhängig machen würde, durch die Publizierung einer günstigen Ertragslage neue Konkurrenten anzulocken.²⁾

Die Geschäftsbeziehungen mit den Kunden und Lieferanten begründen in der Regel von sich aus noch kein Recht auf die Mitwirkung bei bilanziellen Entscheidungen. Sofern diese im Rahmen der Bewertung der Sacheinlage aber ceteris paribus zu hohen Gewinnen führen, kann nicht ausgeschlossen werden, daß damit die künftige preispolitische Verhandlungsposition der aufnehmenden Kapitalgesellschaft beeinträchtigt wird.³⁾ Damit treten jedoch Interessenlagen an dem Gewinn aus der Beschaffung bzw. dem Absatz von Wirtschaftsgütern in den Vordergrund. Diese Interessen lassen sich durch die Forderung nach einem möglichst exakten Erfolgsausweis unterstützen, wenn Kunden und Lieferanten dadurch "eher" in der Lage sind, "die Höhe der Preise zu beurteilen"⁴⁾. Die Bewertung des eingebrachten Betriebsvermögens zum tatsächlichen Wert käme dem entgegen.

1) Moxter, A., Publizitätsvorschriften, S. 29; (Hervorhebungen im Original sind weggelassen).

2) Moxter nennt hierfür eine Reihe von Gründen; vgl. Moxter, A., Publizitätsvorschriften, S. 4 ff.

3) Vgl. Kappler, E., Informationsverhalten, S. 179.

4) Bischofberger, W., Beeinflussung der Rechenschaftslegung, S. 142.

Auswirkungen auf das bewertungs- und rücklagenpolitische Verhalten der aufnehmenden Kapitalgesellschaft können schließlich aus der Furcht vor einer ungünstigen, beispielsweise von den Abnehmern beeinflussten, öffentlichen Meinung hergeleitet werden. Hohe Gewinne der Lieferanten, unter Umständen verursacht durch eine Buchwertfortführung, signalisieren in der Regel ihren Abnehmern die Möglichkeit einer günstigeren Beschaffung, sofern von monopolistischen Markterscheinungen abgesehen wird. Daraus kann gefolgert werden, daß Kunden mit Hilfe der öffentlichen Meinung in der Regel ihre Position verbessern können. "Es genügt (und ist die Regel geworden), daß die 'Funktionäre' von bedeutsamen Gruppen sich eine Meinung bilden und diese in den ihnen nahestehenden Organen, vornehmlich der Presse, im Rundfunk oder in anderer Weise 'öffentlich' verbreiten"¹⁾.

2. 4 Das Bewertungswahlrecht der aufnehmenden Kapitalgesellschaft als bewertungs- und rücklagenpolitisches Mittel

Vor dem Interessenhintergrund der Bilanzinteressenten erscheint nunmehr die Frage von Bedeutung, inwieweit die zulässigen Ausprägungen des Ansatzes der Sacheinlage geeignet sind, ein Verhalten der Bilanzinteressenten zu induzieren, das aus der Sicht der Bilanzierenden für die Realisierung eigener Interessen als günstig anzusehen ist. Um hierüber Aufschluß zu gewinnen, müssen, wie die Ausführungen zur Informationsverarbeitungstheorie gezeigt haben, die bewertungs- und rücklagenpolitisch relevanten Informationswünsche der Bilanzinteressenten erkannt werden.²⁾

Dies setzt einmal voraus, daß überhaupt ein Interesse an Bilanzinformationen konstatiert werden kann, und zum anderen, daß die Bilanzinteressen-

1) Moxter, A., Publizitätsvorschriften, S. 70; vgl. auch die dort angegebene Literatur.

2) Vgl. auch Kosiol, E., Entscheidung, Information und Prognose, S. 283 ff.

ten auch in der Lage sind, Bilanzen zu lesen und zu interpretieren.¹⁾ Neben den Relevanzkriterien, mit denen bestimmte Attitüden beispielsweise gegenüber dem Informationswert der Bilanz, ergänzenden Nebenrechnungen, dem Prüfungsvermerk des Wirtschaftsprüfers, bestimmten Bilanzkennziffern und der Vergangenheits- oder Zukunftsbezogenheit der Bilanz²⁾ angesprochen sind, ist zugleich die Frage von Bedeutung, ob das Verhalten bzw. ob Entscheidungen der Bilanzinteressenten auch durch einzelne Ausprägungen beim Ansatz der Sacheinlage beeinflusst werden.

Buchwert, Zwischenwert oder Teilwert der Sacheinlage oder die Bewertung einzelner Bilanzpositionen als bewertungs- und rücklagenpolitisches Mittel zielen insoweit auf das Informationsinteresse an Bilanzwerten ab. Ihre "politische" Wirksamkeit beim Ansatz der Sacheinlage hängt letztlich davon ab, ob bei den Bilanzinteressenten Attitüden zu einzelnen Ausprägungen der Bilanz bzw. in deren Gefolge des Bewertungsansatzes vorhanden sind und gegebenenfalls verändert werden können.

3. Attitüden und Attitüdenstrukturierung im Rahmen der Bewertungs- und Rücklagenpolitik bei der Einbringung eines Betriebes

Die Erklärung des Bewertungswahlrechts der aufnehmenden Kapitalgesellschaft als bewertungs- und rücklagenpolitisches Mittel enthält noch keine unmittelbare Aussage zum "Wie" einer Induzierung zielkonformen Verhaltens der Bilanzinteressenten. Dazu ist es erforderlich, zunächst vermutliche oder tatsächliche, d. h. wie sie in der Realität vorkommen, be-

1) Zur Informationsrelevanz der Bilanz vgl. die Ausführungen über empirische Untersuchungen bilanzpolitisch relevanter Attitüdenhypothese bei Kappler, E., Informationsverhalten, S. 191 ff.

2) Vgl. Kappler, E., Informationsverhalten, S. 105.

wertungs- und rücklagenpolitisch relevante Attitüden der Bilanzinteressenten und deren vermutliche Verhaltenskonsequenzen zu identifizieren.¹⁾ Auf diese Weise wird zugleich der Anschluß an die Ergebnisse des eingangs referierten allgemeinen Bezugsrahmens hergestellt, in dessen Mittelpunkt das von seiner Einstellung geprägte Informationsverhalten des Menschen steht. Anknüpfungspunkt ist das kognitive Modell der Situation bzw. der Einstellung, da Beeinflussungsversuche (-erfolge oder -mißerfolge) damit eine plausible Erklärung finden können.

Als einen ersten Versuch ist schließlich die anschließende Untersuchung der Möglichkeiten einer aktiven Attitüdenstrukturierung durch die Bilanzierung der Sacheinlage zu werten. Mit diesem Modellansatz, der politische Durchsetzungsprozesse als Attitüdenstrukturierung erklärt, wird ein wichtiges Bindeglied zwischen Ursache und Wirkung bilanzieller Entscheidungen bei der Einbringung eines Betriebes erfaßt. Die dabei im Mittelpunkt stehenden Aussagen zur Beeinflussungssituation und zur Beeinflussungstechnik sollen zugleich die Komplexität der Attitüdenbildung und der Attitüdenstrukturierung verdeutlichen.

3.1 Beispiele relevanter Attitüden und Attitüdenvermutungen²⁾

Mit der Unterscheidung zwischen dem Informationsinteresse der Bilanzinteressenten über und für die Bilanz ist die Differenzierung in Globalattitüden (Attitüden über die Bilanz) und Partialattitüden (Attitüden für die

- 1) Dabei wird in dieser Arbeit nicht der umgangssprachlichen Unterscheidung von Überzeugung und Manipulation gefolgt, sondern an die Klischee Untersuchung angeknüpft, die der sozialpsychologischen und kommunikationstheoretischen Analyse überzeugender (persuasive) Kommunikationen folgt; vgl. Klis, M., Überzeugung, S. 88.
- 2) Die Auswahl relevanter Attitüden und -vermutungen erfolgt auf der Basis ausgewählter Literatur. Daß damit nicht das Prädikat "Vollständigkeit bei der Literatúrauswertung" beansprucht werden kann, läßt sich bei der notwendigen Breite der Arbeit nicht vermeiden.

Bilanz) eng verknüpft. Während Globalattitüden "generelle Aussagen gegenüber der Annahme oder Ablehnung der Bilanz als Informationsinstrument" beinhalten, setzen Partialattitüden "mehr oder weniger eine positive Attitüde bezüglich der sinnvollen Verwendungsmöglichkeit bilanzpolitischer Information voraus und spezifizieren Einstellungen zu einzelnen anwendungsbezogenen Problemkreisen von Bilanzinformationen"¹⁾.

Bei der Untersuchung von Beeinflussungsversuchen der bilanziellen Entscheidungsträger durch die Bilanzierung der Sacheinlage stehen bewertungs- und rücklagenbezogene Attitüden bzw. -vermutungen im Vordergrund. Voraussetzung ist jedoch das Vorhandensein bilanzbezogener Attitüden, die die Informationsrelevanz der Bilanz bejahen. Global- und Partialattitüden über bzw. für die Bilanz übernehmen insoweit die Funktion von Wertprämissen für die Relevanz bewertungs- und rücklagenbezogener Attitüden. Mit der gleichzeitigen Ergänzung durch interessentenbezogene Attitüden bzw. -vermutungen soll nicht nur der Eindruck einer unübersehbaren Vielfalt verstärkt, sondern zugleich auch die politische Verbindung zwischen den Zielsetzungen der Bewertungs- und Rücklagenpolitik und der Interessendurchsetzung der internen Teilnehmer in einem Modell aufgezeigt werden.

Der Ausdruck "relevante Attitüde" erfaßt in diesem Zusammenhang jene Teilmenge der für die kognitive Informationsverarbeitung bedeutsamen Attitüden, die beispielsweise bestimmten Einstellungen gegenüber der Informationsrelevanz der Bilanz, Bilanzkennzahlen oder bestimmten beim Ansatz der Sacheinlage bedeutsamen Wertbegriffen zum Ausdruck bringen.

1) Kappler, E., Informationsverhalten, S. 219.

3.11 Bilanzbezogene Attitüdenvermutungen

Attitüden und Attitüdenvermutungen lassen sich nicht immer scharf voneinander unterscheiden. Die im folgenden beispielhaft darzustellenden Meinungen, die zu divergierenden Attitüden und Attitüdenvermutungen über und für die Bilanz führen können bzw. geführt haben, weisen den Vorteil auf, daß, soweit sie Elemente von Argumentationsketten aufzeigen, zugleich Anknüpfungspunkte zu Durchsetzungstechniken von bilanziellen Kommunikationsinhalten deutlich machen.¹⁾

Bilanzbezogene Globalattitüden bzw. -vermutungen

Beeinflussungsversuche durch Rechnungslegungsinformationen der Bilanzierung der Sacheinlage haben nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn die Bilanzinteressenten positiv gegenüber der Bilanz als Informationsinstrument eingestellt sind. Deshalb soll im folgenden versucht werden, Meinungen zur Informationsrelevanz der Bilanz aufzuzeigen, um im Anschluß daran die These belegen zu können, daß die Bilanzinteressenten ihre nachfolgenden Entscheidungen an Bilanzkennzahlen und/oder an mit der Einbringung eines Betriebes in Zusammenhang stehenden Problemkreisen orientieren bzw. die in der Bilanzierung der Sacheinlage enthaltenen Schlußfolgerungen zu Prämissen eigener Entscheidungen machen.

Als geradezu charakteristisch kann folgende Informationsattitüde über die Bilanz angesehen werden:

"Trotz aller Bedenken bezüglich der Aussagefähigkeit von Jahresabschlüssen ... ist die Bilanz als ohnehin gesetzlich installierte Infor-

1) Vgl. auch die umfassende Darstellung bei Kappler, E., Informationsverhalten, S. 105 ff.

mationsrechnung für die Praxis noch immer eines der wichtigsten Informationsmittel. Dies ist darauf zurückzuführen, daß der Bilanzgewinn und verschiedene finanzwirtschaftliche und erfolgswirtschaftliche Kennzahlen, die aus dem Jahresabschluß abgeleitet werden können, als gute Indikatoren der wirtschaftlichen Lage der Unternehmung sowohl für die interne als auch für die externe Entscheidungsträger gelten.¹⁾

Allerdings gibt es kaum Auffassungen, die nicht die Aussagefähigkeit der Bilanz gleichzeitig wieder relativieren bzw. einschränken.²⁾ Entscheidend hierfür ist nicht zuletzt eine Objektivitätsattitüde, die davon ausgeht, daß der Grundsatz der Bilanzwahrheit nur beschränkte Gültigkeit hat.³⁾

Auffassungen dieser Art beruhen in erster Linie auf der Überzeugung, daß auch das neue Aktienrecht der Unternehmensleitung noch ein "ansehnliches" Instrumentarium bilanzpolitischer Möglichkeiten an die Hand gibt, das bei geschickter Nutzung "die Vermögens- und Ertragslage, die Liquidität und Finanzierung, die Dividenden- und Rücklagenpolitik . . . , ja das Image eines Unternehmens schlechthin dynamisch gestalten"⁴⁾ lassen.

Solche Attitüden lassen andererseits das auch in neueren Bilanztheorien⁵⁾ vorhandene Objektivitätsstreben fraglich erscheinen, da dort das Problem

-
- 1) Sieben-Haase, Jahresabschlußrechnung, S. 53; vgl. auch Hofmann, R., Bilanzkennzahlen, S. 73.
 - 2) Vgl. z. B. Oettle, K., Kaufmännische und öffentliche Jahresbilanzen, S. 177.
 - 3) Vgl. Sieben-Haase, Jahresabschlußrechnung, S. 82.
 - 4) Pougín, E., Bilanzpolitik, S. 26; vgl. auch Coenenberg, A. G. et al., Jahresabschluß und Jahresabschlußanalyse, S. 33; Gutenberg, E., Bilanztheorie und Bilanzrecht, S. 13 ff.
 - 5) Vgl. Baetge, J., Objektivierung des Jahreserfolges; Moxter, A., Bilanzlehre, S. 375 ff.; vgl. auch Schneider, D., Bilanztheorien, Sp. 260 ff.

der Objektivität letztlich lediglich auf den Bereich der Verwendung von ausgehandelten Konventionen (z. B. die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung) verlagert wird. Mit der Betonung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung erfahren aber Überzeugungen, die eine wahre Bilanz für nicht realisierbar halten und damit zu einer Reaktivierung von Bilanzinformationen führen, zweifellos eine Abschwächung.

Aus dieser Sicht kann aber auch umgekehrt eine Attitüde nicht ausgeschlossen werden, die davon ausgeht, daß die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung eine gewisse Gewähr bezüglich des Informationswertes der Bilanz darstellen. Nicht nur die Folge, daß sich der Bilanzempfänger auf deren Einhaltung verlassen können soll, da sie vom Bilanzersteller beachtet werden müssen, sondern auch die Erscheinung, daß eine derartige Attitüde den Bilanzinteressenten unkritisch machen kann, weist sie als bilanzpolitisch relevant aus.¹⁾

Mit der Attitüde, daß "rechtzeitig, nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung formal und material ordnungsgemäß aufgestellte Jahresabschlußbilanzen" zumindest zeigen, "ob und in welchem Maß das Unternehmen sich in der Gewinn- oder Verlustzone befindet"²⁾, erscheint andererseits eine Partialattitüde von Bedeutung, die sich auf den buchmäßigen Ausgleich von Verlusten bezieht.

"Treten bei einem Unternehmen Verluste ein, so können diese, wenn sie nicht buchmäßig (Hervorhebung nicht im Original, Anm. d. V.) ausgeglichen werden, bei den Gläubigern Zweifel an der Bonität des Unternehmens auslösen. Die daraus resultierenden Folgen für die Liquiditätslage des Unternehmens bedürfen keiner weiteren Schilderung."

1) Vgl. Kappler, E., Informationsverhalten, S. 109; Leffson, U., Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, S. 92; Schweitzer, M., Struktur und Funktion der Bilanz, S. 139 f.

2) Knorr - Gernhardt, Insolvenzprophylaxe, S. 73 f.

rung. Zwar ist ein unterschiedliches Verhalten der Gläubiger in Abhängigkeit vom allein buchmäßigen Ausgleich oder Nichtausgleich des Verlustes rational nicht begründbar, es ist jedoch in der Realität gegeben und muß beachtet werden."¹⁾

Daß diese Verlustattitüde insbesondere im Rahmen der Bilanzierung der Sacheinlage bilanzpolitisch aktivierbar ist, erscheint plausibel, da über eine entsprechende Auflösung der im eingebrachten Betriebsvermögen enthaltenen stillen Rücklagen der Kapitalverzehr buchmäßig ausgeglichen werden kann.

Damit ist aber zugleich der Anschluß an anwendungsbezogene Problemkreise von Bilanzinformationen hergestellt, die vor dem Hintergrund der Globalattitüden über die Bilanz bilanzpolitisch relevante Attitüden für die Bilanz spezifizieren. Im Mittelpunkt stehen Beispiele zu Bilanzanalyse, die Bilanzinformationen aufbereitet und über Kennzahlen verdichtet.²⁾ Daß es sich hier um aus Erfahrung abgeleitete Attitüden handelt, da die Aufbereitung und Auswertung von Bilanzinformationen bereits Wertungen darstellen, hat Kappler eindrucksvoll dokumentiert.³⁾

Bilanzbezogene Partialattitüden bzw. -vermutungen

Zur beispielhaften Darstellung bilanzpolitisch relevanter Partialattitüden wird auf drei Problemkreise zurückgegriffen, die durch die Bilanzierung der Sacheinlage berührt werden. Da die Einbringung eines Betriebes bei der aufnehmenden Kapitalgesellschaft in erster Linie die Vermögens- und

1) Diederich - Lintzhöft, Rücklagenpoliti, S. 41.

2) Vgl. Helbling, C., Bilanz- und Erfolgsanalyse, S. 7 ff.; Hofmann, R., Bilanzkennzahlen, S. 14 ff.

3) Vgl. Kappler, E., Informationsverhalten, S. 133 ff.; dort werden die Beispiele des Working capital, des Cash-flow und der Price-earning-ratio untersucht.

Kapitalstruktur verändert, sollen Attitüdenbeispiele zu diesem Komplex an den Anfang gestellt werden. Danach sollen Attitüden genannt werden, die den Bereich der Vermögens- und Kapitalstruktur mit dem Aktienkurs verbinden. Schließlich sollen Attitüden zur Ausschüttung den Abschluß bilanzpolitisch relevanter Partialattitüden bilden, da je nach Bewertungsansatz der Sacheinlage der buchmäßige Gewinnausweis erweitert oder verringert wird.

Änderungen der Vermögensstruktur ergeben sich aus der Tatsache, daß durch die Einbringung eines Betriebes neue Wirtschaftsgüter unter Umständen in erheblichem Ausmaße aktiviert werden. Soweit das zusätzliche Nennkapital nicht zufällig den neu hinzukommenden Schulden entspricht, erfährt auch das Verhältnis von Eigen- zu Fremdkapital eine Änderung. Für diese Vorgänge erscheint eine Attitüde von bilanzpolitischer Bedeutung, wonach das Gesetz trotz aller Tendenzen zu Informationsbegrenzungen den zutreffenden Globaleinblick (§ 149 Abs. 1 Satz 2 AktG) will. Im Hinblick auf die Vermögens- und Kapitalstruktur bedeutet dies, daß sich entsprechend der Adäquanzregel beispielsweise eine tendenziell ungünstige effektive Liquidität in einer tendenziell ungünstigen Berichtsliquidität niederschlagen soll.¹⁾

Eng damit verknüpft sind für die Bilanzierung der Sacheinlage nutzbare - wenngleich inzwischen durch wesentlich verfeinerte Methoden in Frage gestellte - Partialattitüden, die in der vertikalen Kapitalstrukturregel und der Goldenen Bilanzregel zum Ausdruck kommen.²⁾ Die Beachtung der vertikalen Kapitalstrukturregel, nach der das Verhältnis von Eigenkapital zu Fremdkapital 1 : 1 sein soll, würde bedeuten, daß der Bewertungsansatz

1) Vgl. Moxter, A., Bilanzlehre, S. 423 ff.

2) Vgl. Lipfert, H., Finanzierungsregeln und Bilanzstrukturen, S. 164 ff.; Wöhe, G., Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, S. 543 ff.

der Sacheinlage eine Übereinstimmung zwischen Nennkapital (inclusiv den neuen Anteilen) und Rücklagen einerseits und den Gesamtschulden der aufnehmenden Kapitalgesellschaft andererseits herstellt. Die Einhaltung der Goldenen Bilanzregel, die eine Finanzierung des Anlagevermögens mit Eigenkapital fordert, erscheint durch den Ansatz der Sacheinlage ebenfalls realisierbar. Voraussetzung ist allerdings, daß das eingebrachte Anlagevermögen ausreichend stille Rücklagen enthält, um über eine entsprechende Auflösung im Rahmen des Bewertungswahlrechtes eine wertmäßige Übereinstimmung zwischen Anlagevermögen und Eigenkapital herbeizuführen.

Diese und andere Finanzierungsregeln werden von der Praxis¹⁾ empfohlen und auch beachtet, obwohl sie theoretisch kaum nachweisbar sind. Dies macht beispielsweise der "Leverage-Effekt"²⁾ als Haupteinwand gegen die vertikale Kapitalstrukturregel besonders deutlich. Daß sie insbesondere im Rahmen von Kreditwürdigkeitsprüfungen häufig Anwendung finden, hebt die bilanzpolitische Relevanz dieser Faustregeln im Rahmen der Bilanzierung der Sacheinlage hervor.

In der Literatur wird demgegenüber häufig die Auffassung vertreten, daß die Einhaltung bestimmter starrer, bilanzproportionierter Finanzierungsregeln "weder die Erhaltung der Zahlungsfähigkeit der Unternehmung noch die von der Finanzierungsseite her ungestörte Durchführung der Unternehmungsaufgabe zu gewährleisten in der Lage ist"³⁾.

1) Vgl. Härle, D., Finanzierungsregeln, S. 140 ff.

2) Zum Leverage-Effekt vgl. Wöhe, G., Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, S. 544 ff.

3) Wysocki, K., Finanzkongruenz, S. 127; vgl. auch Büschgen, H. E., Verschuldungsgrad, S. 65.

Ähnlich wie die Finanzierungsregeln stellen andererseits Auffassungen zum Verschuldungsgrad (Fremdkapital : Eigenkapital) bilanzpolitisch relevante Partialattitüden für die Bilanzierung der Sacheinlage dar. Dies ergibt sich zum einen aus der Erscheinung, daß der Verschuldungsgrad je nach Umfang des durch die Sacheinlage sich ergebenden zusätzlichen Nennkapitals sowie je nach den im eingebrachten Betriebsvermögen enthaltenen stillen Passivrücklagen bzw. deren Auflösung durch den Ansatz der Sacheinlage beeinflusst wird. Zum anderen orientieren sich Anleger am Verschuldungsgrad, da mit dessen Variierung auch eine Veränderung der Marktbewertung der Gewinne bzw. Dividenden und damit des Aktienkurses zu erwarten ist.¹⁾

Bei dem Bemühen, einen kapitalkostenoptimalen Verschuldungsgrad abzuleiten, stehen sich im Schrifttum zwei entgegengesetzte Vorstellungen gegenüber, die als Methoden der Netto- bzw. der Bruttogewinnkapitalisierung bezeichnet werden. Erstere Methode nimmt an, (1) "daß ein höherer Verschuldungsgrad keine Verschlechterung der Qualität der Nettogewinne mit sich bringt, ... zumindest solange nicht, wie die Verschuldung sich innerhalb als 'angemessen' angesehener Grenzen hält"²⁾. Bis zu diesem angemessenen Verschuldungsgrad steigt somit der Gesamtmarktwert der Unternehmung; (2) bei weiterer Zuführung von Fremdkapital "steigt die Kapitalisierungsrate der Eigenkapitalgewinne ... stark an, da dann das finanzielle Risiko ... als beträchtlich steigend angesehen wird"³⁾.

1) Vgl. Büschgen, H.E., Verschuldungsgrad, S. 72 und S. 94; einen speziell definierten Verschuldungsgrad hat das ehemalige Bankhaus Herstatt zu Cash-flow-Ziffern in Beziehung gesetzt. Die dahinterstehende Attitüde ging davon aus, daß Schulden letztlich aus Cash-flow-Beträgen, d. h. vor allem aus verdienten Abschreibungen zurückzuzahlen sind.

2) Büschgen, H.E., Wertpapieranalyse, S. 185 f.; mit dem Begriff Qualität werden Faktoren angesprochen, die die Erwartungen hinsichtlich der Absatzmärkte und -preise, die Kostenstruktur, die Liquidität ihrer Vermögensstruktur, der Meinung über die Leitung der Unternehmung etc. zusammenfassen.

3) Büschgen, H.E., Wertpapieranalyse, S. 186; die Gewinnkapitalisierungsrate ist gleich dem reziproken Wert der Price-earnings-ratio (PER).

Demgegenüber geht die entgegengesetzte Auffassung davon aus, (1) daß die Bruttogewinnrendite konstant bleibt, während die Nettogewinnrendite mit steigendem Verschuldungsgrad zunimmt; (2) der durch die Verwendung "billigen" Fremdkapitals hervorgerufene Anstieg der Nettogewinne wird im Verhältnis durch die Verschlechterung der Qualität dieser Nettogewinne kompensiert, "so daß der Marktwert des gesamten Unternehmungskapitals für alle Kapitalstrukturen konstant bleibt"¹⁾.

Weitere Versionen, die mehr einer Vorsichtseinstellung entspringen, gehen von einem Drei-Phasen-Modell aus, dessen Grund-(attitüde)prämisse darin besteht, daß ein "vorsichtiger" Fremdkapitaleinsatz nur einen schwachen Einfluß auf die Nettogewinnrendite ausüben kann.²⁾

Wenngleich derartige Aussagen nicht unbedingt die Gegebenheiten der Realität widerspiegeln, kann die Beschäftigung mit diesen Modellansätzen Attitüdenbildungsprozesse hervorrufen und deshalb für den Ansatz der Sacheinlage bilanzpolitisch von Bedeutung sein. Dies dürfte um so mehr der Fall sein, wenn solche Aussagen auf eine Metaattitüde treffen, die wissenschaftliche Modelle "als objektiv und losgelöst vom pragmatischen Interesse versteht"³⁾.

Wissenschaftliche Diskussionen und Praxis lassen andererseits Attitüden erkennen, daß insbesondere die Dividende ein geeignetes Beurteilungskriterium für die Rendite und Ertragsentwicklung der Unternehmung darstellt.⁴⁾

1) Büschgen, H. E., Wertpapieranalyse, S. 187.

2) Vgl. Büschgen, H. E., Wertpapieranalyse, S. 188 f. und die dort angegebene Literatur.

3) Kappler, E., Informationsverhalten, S. 126.

4) Vgl. Hofmann, R., Bilanzkennzahlen, S. 126.

Daß die Dividende durch den Ansatz der Sacheinlage über die Abschreibungen bzw. über den bilanziellen Gewinnausweis beeinflusst werden kann, wurde bereits dargelegt.

Die Dividendenthese behauptet, "daß der Anleger die Gewinnausschüttung möglichen Kurssteigerungen im Gefolge der Gewinnthesaurierung vorzieht"¹⁾. Darauf zielt eine Attitüde ab, die betont, "daß wegen des 'Dividendenhungers der Aktionäre' nur der ausschüttbare Gewinn ausgewiesen werden darf"²⁾. Gerade zur Realisierung dieser Attitüde in künftigen Perioden erscheint aber die Bilanzierung der Sacheinlage besonders geeignet, wenn im eingebrachten Betriebsvermögen hohe abschreibbare stille Rücklagen enthalten sind.

Eng mit der Ermittlung des verteilbaren Jahresüberschusses ist die bilanzpolitisch relevante Attitüde der Unternehmensleitung über Attitüden der Anteilseigner bezüglich der Dividendenkontinuität verknüpft, nach der ein gleichbleibender oder ein im Zeitablauf langsam, auf jeden Fall ohne Rückschläge steigender Dividendensatz erwartet wird.²⁾ Derartige Überlegungen gehen von der Attitüdenvermutung aus, daß Aktionäre Gewinnausschüttungen gegenüber durch Gewinnthesaurierung induzierte Kurssteigerungen präferieren. Überzeugungen, daß Aktienkurssteigerungen unsicher sind, könnten dabei eine wesentliche Rolle spielen.

Andererseits stellen hohe Aktienkurse günstige Finanzierungsbedingungen dar, da die "Kapitalkosten" unter der Prämisse konstanter Gewinne mit zunehmendem Emissionskurs geringer werden. Die hinter diesem Zusam-

1) Kappler-Rehkugler, Kapitalwirtschaft, S. 639.

2) Kappler, E., Informationsverhalten, S. 122.

3) Vgl. Schubert, W., Betriebswirtschaftliche Überlegungen, S. 819.

menhang zu vermutenden Partialattitüden könnten lauten: (1) Totale Gewinnausschüttung wird von den potentiellen und tatsächlichen Anlegern abgelehnt, da sie auf eine Schwächung der Unternehmung hinwirkt und insoweit Sicherheitsattitüden widerspricht; totale Gewinnthesaurierung dagegen wird ebenfalls abgelehnt, da sie Konsumpräferenzen entgegensteht; (2) es besteht ein optimales Verhältnis zwischen Bilanzgewinn und Dividende.¹⁾

Den Abschluß der bilanzbezogenen Partialattitüden soll eine Attitüde bilden, die davon ausgeht, daß die Dividende wiederum durch das Maß und den Rhythmus von Rücklagenbildungen und -auflösungen beeinflusst und damit die indirekten Finanzierungseffekte der Rücklagenbildung noch erweitert werden. Da darin implizit die Einstellung zum Ausdruck kommt, daß die Bilanzrelationen einen Faktor darstellen, "an dem die bisherigen und potentiellen zukünftigen Geldgeber - Aktionäre wie Dritte - ihre Entscheidungen orientieren"²⁾, wird zugleich die bilanzpolitische Bedeutung der Bilanzierung der Sacheinlage und im Gefolge davon die Frage der "(bilanz)politischen" Beibehaltung oder Auflösung stiller Rücklagen berührt.

3.12 Bewertungs- und rücklagenbezogene Attitüdenvermutungen

Zur Erklärung der "(bilanz)politischen" Beibehaltung oder Auflösung stiller Rücklagen im Rahmen der Einbringung eines Betriebes (Buchwert, Zwi-

1) Vgl. Kappler, E., Informationsverhalten, S. 125.

2) Diederich - Lintzhöft, Rücklagenpolitik, S. 33.

Dies bringt auch das folgende Zitat zum Ausdruck: "Es genügt beispielsweise die Erreichung einer bestimmten Höhe des Anlagendeckungsgrades oder des Cash-flow, falls die Unternehmung darüber informiert ist, daß ihr potentieller Kreditgeber seine Entscheidung über die Kreditvergabe ausschließlich von einer bestimmten Höhe dieser Kennzahlen abhängig macht ..."; Sieben - Haase, Jahresabschlußrechnung, S. 56.

schenwert, Teilwert) erscheint es zweckmäßig, zunächst beispielhaft Attitüden bzw. -vermutungen über die Eignung und Vorteilhaftigkeit stiller Rücklagen als bilanzpolitisches Mittel (Globalattitüden) aufzuzeigen. Danach lassen sich dann Partialattitüden bzw. -vermutungen zur Sacheinlage selbst und zu einzelnen damit zusammenhängenden Wertbegriffen identifizieren.¹⁾

Bewertungs- und rücklagenbezogene Globalattitüden bzw. -vermutungen

Im Anschluß an die Dividendenattitüden erscheint für den Fall der Einbringung eines Betriebes in eine Kapitalgesellschaft eine Attitüde von Bedeutung, die unterstellt, daß stille Rücklagen "besondere Vorteile gegenüber den offenen Rücklagen" aufweisen, "da die Transaktionen nicht erkennbar sind und sich mit der Legung und Auflösung unter Umständen nicht nur eine gleichbleibende Dividende erreichen, sondern sogar auch eine gleichbleibende Geschäftsentwicklung vortäuschen läßt"²⁾.

Eine solche Attitüde über die Manipulationseignung der stillen Rücklagen erkennt, daß stille Reserven in der Regel nicht nach Belieben wieder aufgelöst werden können, bejaht aber grundsätzlich die politische Bedeutung stiller Rücklagen im Rahmen von Durchsetzungsprozessen (z. B. in der Hauptversammlung). Sie setzt zugleich die weitere Attitüde voraus, daß Bilanzleser Methodenwahlrechte, die zur Bildung stiller Rücklagen führen, nicht "herauszurechnen" in der Lage sind. Damit trifft sie letztlich das

-
- 1) Eine solche Vorgehensweise erscheint dadurch gerechtfertigt, daß Attitüdenvermutungen über die Beibehaltung oder Auflösung stiller Rücklagen dazu geeignet sind, ihren bilanzpolitischen Einsatz im Rahmen der Bilanzierung der Sacheinlage näher betrachten und beurteilen zu können.
 - 2) Diederich-Lintzhöft, Rücklagenpolitik, S. 44; vgl. auch Schubert, W., Betriebswirtschaftliche Überlegungen, S. 819 f.; Coenenberg, A. G. et al., Jahresabschluß und Jahresabschlußanalyse, S. 163.

im "politischen" Prozeß der Bilanzierung der Sacheinlage zentrale Problem. Bewertungs- und rücklagenpolitische Maßnahmen haben kaum Aussicht auf Erfolg, wenn sie nicht durch eine attitudenbezogene Verhaltensbeeinflussung ergänzt werden. Dies gilt vermutlich um so mehr, wenn eine umgekehrte Attitüde des Gesetzgebers zutreffen sollte, daß wegen der in § 160 Abs. 2 AktG für den Geschäftsbericht vorgeschriebenen Angaben über Bewertungs- und Abschreibungsmethoden durch stille Rücklagen hervorgerufene Beeinträchtigungen des Vermögensausweises außerhalb der Bilanz festgestellt werden können, sofern diese Vorschrift befolgt wird.

Für die Bilanzierung der Sacheinlage ist auch eine andere Attitüde von Bedeutung, die auf die psychologische Reaktion der Bilanzinteressenten abstellt und damit die Relevanz einer attitudenbezogenen Verhaltensbeeinflussung ebenfalls unterstreicht. Danach können der Unternehmung aus dem Nichtausweis von (stillen) Rücklagen in der Bilanz Nachteile hinsichtlich solcher indirekter Finanzierungswirkungen entstehen, die sich von dem aus der Bilanz ersichtlichen Eigenkapital bzw. der Kapitalstruktur herleiten lassen, selbst für den Fall, daß das Vorhandensein stiller Rücklagen vermutet wird. Hinter dieser impliziten Forderung nach Ausweis von Rücklagen ist in der Regel die Risikoattitüde zu vermuten, daß die Bildung von Rücklagen der Sicherung des Unternehmens gegen "Rückschläge" dient.¹⁾ Daß Rücklagen weder mit Verlusten verbundene Fehlentscheidungen verhindern noch unvorhersehbare Ereignisse (z. B. Preiseinbrüche auf dem Absatzmarkt oder Preissteigerungen auf dem Beschaffungsmarkt) verhindern können, bedarf keiner weiteren Kommentierung. Gerade die Banalität dieses Einwandes hebt jedoch die bilanzpolitische Bedeutung dieser Attitüde hervor.

Daß die Form der Rücklagen psychologisch motiviert sein kann, zeigt die

1) Vgl. Diederich - Lintzhöft, Rücklagenpolitik, S. 39 und 45.

abschließende Attitüde zur für den Ansatz des eingebrachten Betriebsvermögens kennzeichnenden Möglichkeit, Bilanzverluste durch den Teilwertansatz still auszugleichen. Danach werden Verluste, die still abgedeckt werden können, grundsätzlich als nicht so "schmerzlich" empfunden.¹⁾

Wenn diese Auffassung über den stillen Verlustausgleich besteht, kann die bilanzpolitische Interpretation offener Verluste²⁾ auf folgende Einstellungen treffen, je nachdem, um welche Gruppe von Bilanzinteressenten es sich handelt: (1) Je höher der Verlustabschluß, desto günstiger ist die Situation für einen Konkurrenten, um bewußt eine wirtschaftliche Auseinandersetzung herbeizuführen. (2a) Verlustabschlüsse signalisieren Ertragsschwäche. (2b) Kredite an ertragsschwache Unternehmen werden in der Regel gekündigt oder dürfen zumindest nicht mehr prolongiert werden. (3a) Unternehmen, die Verluste ausweisen, sind schlecht geführt. Ausgewiesenen Verlusten ist mit einer verstärkten Kontrolle der Unternehmungsleitung durch die Anteilseigner, insbesondere im Falle eines Großaktionärs, zu begegnen. (4a) Stille Rücklagen dienen der Ertragsregulierung. (4b) Verlustabschlüsse zeigen an, daß keine stillen Rücklagen für diesen Zweck mehr zur Verfügung stehen.³⁾ Gerade diese letzte Attitüde erscheint gefährlich, da sie die Tatsache ignoriert, daß stille Rücklagen nicht nach Belieben aufgelöst werden können.

Bewertungs- und rücklagenbezogene Partialattitüden bzw. -vermutungen

Nachdem die vorstehenden Attitüdenbeispiele bislang höchstens andeutungsweise zu Angaben über die Interessenlagen der Bilanzinteressenten bei

1) Vgl. Hax, K., Bedeutung der stillen Reserven, S. 105.

2) Offene Verluste im Rahmen der Einbringung eines Betriebes können sich einstellen, wenn der Wertansatz unter dem Nennbetrag der neuen Anteile oder unter dem höheren Ausgabebetrag der neuen Anteile liegt. Eine Aktivierung des Unterschiedsbetrages analog § 348 Abs. 2 AktG ist für diesen Fall nicht zulässig.

3) Vgl. Brunner, D., Rücklagenpolitik, S. 116.

der Bilanzanalyse und im Gefolge davon bei der Beachtung bestimmter Kennzahlen geführt haben, erscheint es sinnvoll, Partialattitüden miteinander zubeziehen, die relevante Einstellungen bzw. Vermutungen darüber zur Sacheinlage selbst und/oder zu einzelnen damit zusammenhängenden Wertbegriffen (Buchwert, Zwischenwert, Teilwert) spezifizieren. "Es ist nicht auszuschließen, daß sich Interessenlagen finden lassen, in denen zumindest tendenziell die eine oder die andere Definition nützlicher erscheint."¹⁾

Für den Einbringungsvorgang erscheint eine Attitüde bedeutsam, wonach aufgrund der Änderung der Bewertungsgrundsätze im neuen Aktienrecht der tatsächliche Wert (Verkehrswert, Teilwert) einer Sacheinlage zwingend angesetzt werden muß.²⁾ Wenngleich für diese Einstellung die Attitüde des Gesetzgebers spricht, daß der Grundgedanke des § 150 Abs. 2 Nr. 2 AktG, wonach Vermögenszuflüsse im Rahmen der Ausgabe von Aktien, die über den Nennwert der Aktien hinausgehen, als gesetzliche Rücklagen der Gesellschaft erhalten bleiben und nur zu bestimmten gesetzlich normierten Zwecken Verwendung finden sollen, erscheint sie kaum haltbar. Einerseits wird die Tatsache vernachlässigt, daß Verkehrswert und Teilwert durch unterschiedliche Begriffsinhalte gekennzeichnet sind, zum anderen ist zu bedenken, "daß der 'tatsächliche Wert' weitgehend auf Schätzung beruht und nicht genau zu ermitteln ist"³⁾. Ihre bilanzpolitische "Gefährlichkeit" erhält eine solche Attitüde dadurch, daß der Bilanzleser unter Umständen glaubt, daß dieser "tatsächliche Wert" nicht manipulierbar ist und deshalb den "Zwangsansatz" unkritisch hinnimmt.

Die bilanzpolitische Bedeutung der Sacheinlage wird andererseits sichtbar,

1) Kappler, E., Informationsverhalten, S. 143.

2) Vgl. Kuhn, K., Sacheinlage bei Kapitalgesellschaften, S. 647 ff.

3) Scherpf, P., Aktienrechtliche Rechnungslegung, RZi 90.

wenn auch nach neuem Recht die Zulässigkeit einer "vorsichtigen" Bewertung von Sacheinlagen betont wird.¹⁾ Dies bringt das nachstehende Zitat zum Ausdruck:

"Es (das Prinzip der Vorsicht, Anm. d. V.) besagt, daß der Kaufmann sich vor sich selbst und vor anderen nicht reicher und im Zweifel eher ärmer rechnet, als er es wirklich ist. Der Grundsatz der Vorsicht dient nicht nur dem Gläubigerschutz, sondern soll auch den Kaufmann selbst vor einer zu optimistischen Einschätzung der Geschäftslage schützen. Er kommt vor allem zum Ausdruck in einer vorsichtigen Bewertung und damit einer vorsichtigen Gewinnermittlung. Dadurch bleibt die Handelsbilanz in der Regel mit den Wertansätzen unter der wirklichen Höhe zurück; und zwar nicht nur insoweit, als innerhalb eines Schätzungsrahmens der Wert an der unteren Grenze des Rahmens genommen wird, sondern auch durch Unterschreitung dieser Grenze, also im Sinne bewußter Bildung stiller Reserven."²⁾

Die damit zusammenhängende Attitüde, nach der eine Anpassung der handelsrechtlichen Aufnahmebilanz an die Ansätze der steuerlichen Aufnahmebilanz "wünschenswert" erscheint³⁾, hebt einmal mehr die Interessenbezogenheit der Bilanzierung der Sacheinlage hervor. Dabei zeigt die Interpretation des Attributs "wünschenswert", daß es nur heißen kann, wünschenswert im Sinne derjenigen, die an der vermögens- und ertragsmäßigen Beurteilung der Unternehmung interessiert sind.

Von wesentlich anderen Attitüdenvorstellungen geht dagegen die Tauschtheorie⁴⁾ aus, nach der in der Einbringung wirtschaftlich ein Tauschvorgang (Vermögensgegenstände gegen Anteilsrechte) gesehen wird. Die dadurch ermöglichte Buchwertverknüpfung beim Ansatz der Sacheinlage könn-

1) Vgl. Scherpf, P., Aktienrechtliche Rechnungslegung, RZi 90.

2) Bühler-Scherpf, Bilanz und Steuer, S. 26.

3) Vgl. Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht, RZi 4337 a.

4) Vgl. BFH-Gutachten v. 16. 12. 1958.

te beim Bilanzleser die bilanzpolitisch zu beachtende Vorstellung hervor-
rufen bzw. verstärken, daß mit der Einbringung eines Betriebes ein Vor-
gang ohne wirtschaftlichen Inhalt und damit ohne bilanzielle Bedeutung vor-
liegt.

Daß der Ansatz eines Zwischenwertes unter Umständen auf eine ablehnende
Attitüde treffen kann, die in dem Grundsatz, daß sich der einzelne Wert-
ansatz aus einer bestimmten Bewertungs- und Abschreibungsmethode er-
geben muß,¹⁾ ihren Ausdruck findet, erscheint bilanzpolitisch ebenso be-
achtenswert, wie eine Attitüde zum neuen aktienrechtlichen System fester
Wertansätze (Grundsatz der Bestimmtheit des Wertansatzes). Danach könn-
te der Bilanzleser zur Überzeugung gelangen bzw. gelangt sein, daß das
neue Aktienrecht als "Fixwertsystem" oder als "Festwertsystem" die Mög-
lichkeit verschieden hoher Wertansätze nicht zuläßt. Eine solche Attitüde
verkennt völlig, daß die einzelnen Wertansätze zwar aufgrund bestimmter
Bewertungs- und Abschreibungsmethoden ermittelt werden, jedoch die Wahl
der Bewertungs- und Abschreibungsmethode grundsätzlich im Ermessen
des Bilanzierenden liegt²⁾.

Besondere Beachtung "verdienen" im Rahmen der Einbringung eines Be-
triebes Attitüdenbeispiele zum Teilwert bzw. -begriff, wenn darin ein "ob-
jektiver" Wert erblickt wird, "der nicht auf der persönlichen Auffassung
des Kaufmanns über die zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklungen, son-
dern auf der allgemeinen Auffassung, wie sie in der Marktlage am Bilanz-
stichtag zum Ausdruck kommt"³⁾, beruht.

1) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, Rechnungslegung, § 154 AktG, Anm. 89.

2) Vgl. § 17 Abs. 2 UmwStG in Verbindung mit § 20 UmwStG.

3) BFH-Urteil v. 26. 1. 1956.

"Zwar soll nach der Rechtsprechung des RFH und des OFH, der auch der BFH gefolgt ist, bei der Bewertung des Betriebsvermögens der eigenen Auffassung des Kaufmanns über die Verhältnisse am Bilanzstichtag Rechnung getragen werden, doch muß die Bewertung einer objektiven Nachprüfung der gesamten Tatbestände nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung standhalten." ¹⁾

Wenngleich sich die Kritik in der Literatur wohl mehr gegen den Begriff als solchen, als gegen den mit ihm verbundenen Vorstellungsinhalt richtet, ist die konkrete Bestimmung dieses objektivierten Wertes äußerst problematisch. ²⁾ Besonders diese Tatsache schafft aber die Voraussetzung dafür, den Teilwertbegriff bilanzpolitisch zu "aktivieren", da der Bilanzinteressent unter Umständen das Schätzungsmoment, das "objektiven" Bilanzwerten dieser Art immer zukommt, nicht erkennen kann. ³⁾ Durch den Hinweis auf die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung wird außerdem deutlich, daß die diesen zugeordneten positiven Wertvorstellungen bei der Bilanzierung des eingebrachten Betriebsvermögens bilanzpolitisch genutzt werden können.

Kernpunkt der Kritik ist die Überzeugung, "daß der Teilwert durch Aufteilung des Gesamtwertes (Gesamtaufpreises) des Betriebes ermittelt wird, die der RFH durch Aufstellung seiner Teilwertvermutungen selbst aufgegeben hat." ⁴⁾ Gerade die Teilwertvermutungen des RFH geben aber interessante Beispiele dafür ab, wie Attitüden bzw. -vermutungen zum Teilwertbegriff verfestigt werden können, da beispielsweise der Hinweis auf die "neutrale" Instanz des RFH im Geschäftsbericht gewählte Wertansätze in der Bilanz vermutlich "objektiver" erscheinen lassen.

1) Bühler-Scherpf, Bilanz und Steuer, S. 512 f.; vgl. auch RFH-Urteil v. 6. 5. 1936; RFH-Urteil v. 7. 12. 1938.

2) Vgl. Seishab-Schwantag, Teilwert, Sp. 5393.

3) Vgl. Bühler-Scherpf, Bilanz und Steuer, S. 532.

4) Wöhe, G., Bilanzierung, S. 334.

Daß sich Attitüden zum Teilwert ändern bzw. geändert haben, zeigen nicht nur die in der Betriebswirtschaftslehre entwickelten Ersatzlösungen,¹⁾ sondern auch das folgende Beispiel. Während in den Urteilen des RFH vom 14. 12. 1926 und vom 30. 11. 1927 noch die Attitüde anzutreffen ist, daß ein erhöhter Ansatz der als Teilwert anzusetzenden Wiederbeschaffungskosten mit der Rentabilität des Betriebes und der Nützlichkeit des Wirtschaftsgutes im Betrieb zu begründen ist, wurde im Urteil vom 6. 3. 1935 die gegenteilige Einstellung vertreten, daß die Rentabilität nicht als ein den gemeinen Wert (beispielsweise eines Gebäudes) steigernden Umstand angesehen werden könne.²⁾ Im gleichen Sinne stellt der BFH fest, daß entsprechend handelsrechtlichen Grundsätzen einer guten Rentabilität des Betriebes bei der Bewertung der einzelnen Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens keine Bedeutung zukommt.³⁾

Diese Attitüde steht allerdings im Gegensatz zur Auffassung der Vertreter der subjektiven Wertkonzeption, für die der (anteilige) Betriebswert⁴⁾ eine subjektive Größe repräsentiert, die sich aus den Interessen des Erwerbers, Veräußerers oder eines Dritten an dem betreffenden Betrieb ergibt.

Die sich in dieser Auffassung widerspiegelnden Aspekte der Interessenbezogenheit des Teilwertes soll der Fall einer abschließenden Attitüde untermauern. Danach ist der Teilwert der Betrag, "auf den sich Steuerpflichtige und Betriebsprüfer der Finanzverwaltung einigen"⁵⁾. Diese Einstellung geht,

1) Vgl. Scherpf, P., Beurteilung neuer Teilwertvorschläge, S. 75 ff.

2) Vgl. RFH-Urteil v. 14. 12. 1926; RFH-Urteil v. 30. 11. 1927; RFH-Urteil v. 6. 3. 1935.

3) Vgl. Bühler-Scherpf, Bilanz und Steuer, S. 518; vgl. auch BFH-Urteil v. 15. 5. 1952; BFH-Urteil v. 8. 10. 1957.

4) Der anteilige Betriebswert (Bühler) stellt einen plastischeren Ausdruck für den Teilwertbegriff dar; vgl. Seishab-Schwantag, Teilwert, Sp. 5392.

5) Maaßen, K., Teilwert im Steuerrecht, Vorwort.

wenn auch in allgemeiner Form, auch aus dem folgenden Zitat hervor:

"Zwischen- und Schlußbesprechungen bilden den Rahmen für Verhandlungsprozesse zwischen Unternehmung und Finanzverwaltung mit dem Ziel, eine beiderseits akzeptierte Steuerfestsetzung über die Bilanz zu erreichen."1)

Obwohl eine solche Attitüde zum Teilwert von der Legaldefinition weit entfernt scheint, deutet sie doch auf eine verwandte in Praktikerkreisen häufig anzutreffende Einstellung hin, die das Verhältnis zwischen Unternehmensleitung bzw. bei der Bilanzerstellung mitwirkenden Wirtschaftsprüfer einerseits und dem Betriebsprüfer andererseits zum Gegenstand hat. Nach dieser Attitüde erscheint es aus der Sicht des Bilanzerstellers im Hinblick auf die steuerlichen Konsequenzen günstig bei der Bilanzierung "bewußt" bestimmte Wertansätze zu wählen, um entweder im Rahmen einer späteren Betriebsprüfung einen relativ besseren Kompromiß auszuhandeln oder um mittels durch den Betriebsprüfer aufzudeckender Tatbestände, die zwar zu Steuernachforderungen führen, von anderen eventuell steuerlich gewichtigeren Beanstandungsmöglichkeiten abzulenken. Letztere Einstellung beruht u. E. nicht zuletzt auf der Erfahrung, daß Betriebsprüfer, die ihr "Erfolgserebnis" wenn auch unter Umständen mit geringfügigen steuerlichen Folgen gehabt haben, eher geneigt sind, auf weitergehende "scharfe" Prüfungshandlungen zu verzichten.

3.13 Interessentenbezogene Attitüdenvermutungen

Den Abschluß bilanzpolitisch relevanter Attitüden bzw. -vermutungen sollen einige Beispiele zu Überzeugungen und Einstellungen der Aktionäre zur Bilanzierung der Sacheinlage bilden. Die damit verbundene Einschränkung er-

1) Kupsch, P., Bilanzierung von Rückstellungen, S. 370.

scheint zulässig, da bereits an anderer Stelle eine Reihe von Attitüdenvermutungen auch zu anderen Interessentengruppen referiert wurden.¹⁾ Darüber hinaus lassen sich kaum interessentenbezogene Attitüdenbeispiele spezifisch zur Bilanzierung der Sacheinlage ableiten, so daß auf die ausführliche Darstellung allgemeiner Beispiele interessentenbezogener Attitüdenvermutungen bei Kappler²⁾ verwiesen werden kann. Da die Bilanzierung der Sacheinlage über die künftigen Abschreibungen den Gewinnausweis und damit zusammenhängend die möglichen Gewinnausschüttungen unter Umständen erheblich beeinflussen kann, stehen Attitüdenbeispiele zu diesen Problemkreisen im Mittelpunkt.

Eine mögliche Attitüde der Aktionäre zum Gewinnausweis formuliert Wöhe³⁾ in einer Hypothese, nach der Aktionäre die Bildung stiller Rücklagen dann negativ beurteilen, wenn sie ein Interesse an möglichst hohen Gewinnausschüttungen haben. Daran schließt sich eine umgekehrte Attitüde an, wonach Großaktionäre einen Zuwachs des Gesellschaftsvermögens bevorzugen, insbesondere wenn die positiv beurteilten stillen Rücklagen steuerlich zulässig sind.

Auch aus der weitergehenden Typisierung der Aktionäre bei Weber⁴⁾ in Klein- und Großaktionäre mit oder ohne Außeninteressen lassen sich Attitüdenvermutungen zum Gewinnausweis bzw. zur Gewinnausschüttung und damit zum Ansatz der Sacheinlage ableiten. Als Prototyp der Kleinaktionäre ohne Außeninteressen bezeichnet Weber die Belegschaftsaktionäre, deren lang-

1) Vgl. die Ausführungen auf S. 252 ff. dieser Arbeit.

2) Vgl. Kappler, E., Informationsverhalten, S. 155 ff.

3) Vgl. Wöhe, G., Bilanzierung, S. 448.

4) Vgl. Weber, K., Dividendenpolitik, S. 27 ff.; die mit dem Begriff "Außeninteresse" angesprochene Art des Interessenverhältnisses zur Unternehmung wird dort danach unterteilt, ob der Aktionär alle seine Erwerbsziele mit oder ohne zusätzliche Betätigung außerhalb der Unternehmung erreichen kann.

fristige Interessen auf eine vorsichtige Finanzierungspolitik und deren Interessen auf kurze Sicht auf möglichst hohe Dividenden gerichtet sind. Besonders für den Fall, daß die Belegschaftsaktionäre einen "relativ bedeutenden Einblick" in die Innenverhältnisse der Unternehmung erlangen, erscheint eine Attitüde beachtenswert, wonach dieser Personenkreis eine "Politik der Dividendenstabilisierung mehr und mehr"¹⁾ bevorzugt. Sollte die Unternehmensleitung eine solche Attitüde bei ihren Belegschaftsaktionären vermuten, könnte sie sich leicht als bilanzpolitischer "Bummerang" erweisen, da mit dem besseren Einblick in die Bilanzierung der Sacheinlage unter Umständen höhere Lohn- und/oder Dividendenforderungen induziert werden können.

Noch stärker dürfte vermutlich die Attitüde nach Dividendenkontinuität bei den Anlagesuchenden Kleinaktionären mit Außeninteressen, soweit sie als Daueraktionäre gelten können, ausgeprägt sein.²⁾

Auch für die zu dieser Gruppe rechenbaren Gelegenheitsaktionäre, deren Anteile jederzeit ohne Kursverlust liquidierbar sein sollen, dürfte eine positive Attitüde zur stabilen Dividende zutreffen, da regelmäßige Ausschüttungen zu einer Kursstabilisierung führen. Demgegenüber tendieren Spekulationsaktionäre zu einer Beurteilung der Dividende lediglich im Hinblick auf die kursmäßigen Auswirkungen. Da ihre Einstellung in erster Linie gegen alle auf eine "Kurspflege" hin tendierenden Maßnahmen gerichtet ist, werden sie vermutlich in der Regel daran interessiert sein, daß stille Rücklagen im Rahmen des Bewertungsansatzes der Sacheinlage verhindert und erzielte Gewinne möglichst vollständig ausgeschüttet werden.

Als dritte Gruppe erwähnt Weber die Großaktionäre ohne Außeninteressen, die häufig in Familiengesellschaften zu finden sind. Ihrer "internen Einstel-

1) Weber, K., Dividendenpolitik, S. 31.

2) Vgl. Weber, K., Dividendenpolitik, S. 32 f.

lung" entspricht es, daß "ihre Unternehmung nicht nur erhalten, sondern auch zur Entwicklung"¹⁾ gebracht wird. Charakteristisch für diesen Aktionärskreis ist eine positive Attitüde zu einem "möglichst starken finanziellen 'Unterbau', den sie auf dem Wege einer möglichst weitgehenden Selbstfinanzierung zu erreichen hoffen"²⁾. Damit werden Präferenzen zur Gewinnthesaurierung beim Ansatz der Sacheinlage sichtbar, die allerdings durch persönliche Bedürfnisse eine abschwächende Modifikation erfahren können.

Schließlich können Versicherungen, Banken und Investmentgesellschaften als Beispiele für Großaktionäre mit Außeninteressen bezeichnet werden, deren Interessen in der Regel auf eine dauernde Erhaltung der Unternehmung ausgerichtet sind. Eine häufige Attitüde dieser Aktionäre dürfte deshalb die Erklärung einer angemessenen Dividende zum Inhalt haben, so daß ebenso umgekehrt auf eine Einstellung geschlossen werden kann, daß "übertriebene" stille Rücklagen durch die Bilanzierung der Sacheinlage abgelehnt werden.

3.2 Attitüdenstrukturierung als "beeinflussungspolitisches" Instrument

Die angeführten Attitüdenbeispiele haben sichtbar werden lassen, daß eine eindeutige Systematisierung kaum möglich ist. Nicht nur, daß Vollständigkeits- und/oder Ausschließlichkeitskriterien nicht angegeben werden können, sondern auch die Tatsache, daß Attitüden zu unterschiedlichen Zeitpunkten vermutlich als unterschiedlich relevant betrachtet werden, lassen Systematisierungsversuche weitgehend scheitern. Ähnliches gilt naturgemäß für die Systematisierung von Strategien der Attitüdenstrukturierung.³⁾ Mit die-

1) Weber, K., Dividendenpolitik, S. 35.

2) Weber, K., Dividendenpolitik, S. 35.

3) Vgl. Kappler, E., Informationsverhalten, S. 215 ff.

ser Feststellung wird aber zugleich die an früherer Stelle diskutierte These von der "Schlechtstrukturiertheit bilanzieller Entscheidungsprozesse bei der Einbringung eines Betriebes erneut bestätigt.¹⁾

Ein allgemeiner Bezugsrahmen für die Analyse von Überzeugungs- und Manipulationsprozessen zur Attitüdenstrukturierung durch Rechnungslegungsinformationen ist bislang noch nicht entwickelt worden. Zu diesem Problemkreis zeichnen sich jedoch zwei Ansätze ab, die sich wechselseitig ergänzen. Einen ersten Schwerpunkt bilden Modelle, die ausgehend von der sozialpsychologischen Attitüdenforschung im Anschluß an die verschiedenen Konsistenztheorien Grundthesen zu Gestaltungsmöglichkeiten individueller Beeinflussungsversuche zur Erzeugung intraindividuerlicher, bilanzpolitisch relevanter Attitüdenveränderungen entwickeln und den Vorgang der Änderung kognitiver Informationsstrukturen beschreiben.²⁾ Als weiteren Ansatz hat sich in jüngster Zeit das Kommunikationsparadigma von "Sender-Medium (Kanal)-Empfänger" als besonders geeignet erwiesen.³⁾ Beiden Ansätzen ist gemeinsam, daß sie versuchen, zu einer Attitüdenstrukturierung in der kognitiven Informationsstruktur des Individuums beizutragen, die zur Akzeptierung bestimmter Entscheidungsprämissen motiviert.

3.21 Attitüdenstrukturierung durch Erzeugung kognitiver Ungleichgewichte

Gemeinsamer Bestandteil der als Konsistenztheorien⁴⁾ bezeichneten Ansätze ist die Annahme, daß menschliches Denken und Verhalten durch eine "immanente" Tendenz gekennzeichnet ist, ein möglichst konsistentes Modell

1) Vgl. die Ausführungen auf S. 113 ff. dieser Arbeit.

2) Vgl. Kupsch, P., Bilanzierung von Rückstellungen, S. 401.

3) Vgl. Klis, M., Überzeugung, S. 91 ff.

4) Vgl. hierzu die Ausführungen auf S. 54 ff. dieser Arbeit.

der Entscheidungssituation anzustreben. Aus diesem Grunde setzen die zu beeinflussenden Bilanzinteressenten der Änderung einer Attitüde in der Regel starken Widerstand entgegen, da sie die damit verbundenen kognitiven Dissonanzen bzw. Inkonsistenzen möglichst zu vermeiden suchen. Andererseits dringen kognitive Inkonsistenzen nur partiell in das Arbeitsgedächtnis vor, so daß unter Umständen die Hervorrufung neuer Attitüden genügt, um alte Attitüden im Bewußtsein des Individuums nunmehr negativ oder zumindest nicht mehr so positiv erscheinen zu lassen und damit zu verändern bzw. abzulehnen.

Erste Anhaltspunkte für die Attitüdenstrukturierung der Bilanzinteressenten durch Rechnungslegungsinformationen des Bewertungsansatzes der Sacheinlage liefert eine von Walton/McKersie¹⁾ auf empirischem Material (aus Lohnverhandlungen) aufbauende allgemeine Differenzierung mit dem Ziel der Attitüdenverstärkung, -veränderung oder der Hervorrufung neuer Attitüden. "Je nach Absicht und Ausgangslage gestatten sie die Betonung und Hervorhebung (Erinnerung) bestehender Attitüden oder die Erzeugung von Dissonanzen mit oder ohne anschließender Attitüdenänderung."²⁾

Wenngleich formaler Natur und noch wenig trennscharf erscheint dieser Versuch dennoch für die Bilanzierung der Sacheinlage bilanzpolitisch nutzbar, wenn die Beeinflussungsversuche des Überzeugenden (z. B. Unternehmensleitung der aufnehmenden Kapitalgesellschaft) gegenüber dem zu überzeugenden Bilanzinteressenten:

1. auf die Betonung gemeinsamer Wertvorstellungen (positiv oder negativ) über Bilanzziele der Unternehmung, Behandlung stiller Rücklagen oder Wertbegriffen (z. B. Teilwert),
2. auf die Hervorhebung gemeinsamer Assoziationen zu bestimmten Bilanzierungsproblemen bzw. -erfahrungen,

1) Vgl. Walton, R. E. und McKersie, R. B., Behavioral Theory, S. 224 ff.

2) Kappler, E., Informationsverhalten, S. 229.

3. auf die Präferierung bzw. Ablehnung von Objekten (Personen, Institutionen wie z. B. namhafte Wissenschaftler oder die "objektive Meinung" des BFH), zu denen der zu Überzeugende eine positive bzw. negative Beziehung hat,

abzielen. Dabei kann es aus der Sicht des Überzeugers vorteilhaft sein, über "gemeinsame Berührungspunkte" (z. B. Kapitalerhaltungsziele) unter gleichzeitiger Benutzung einer "verwandten Ausdrucksweise" bestehende Vorurteile zu bestimmten möglichen Ausprägungen des Wertansatzes der Sacheinlage abzubauen oder zumindest zu verringern. Auch der Hinweis auf die allgemeine Situation der Gesellschaft oder auf in Zukunft "gemeinsam zu bewältigende" Probleme stellen nach Sherif Versuche dar, "which are compelling for all and cannot be ignored, but which cannot be achieved by the efforts and resources of one group alone"¹⁾.

Daß auch die Darstellung übereinstimmender Einstellungen hinsichtlich "erfolgreicher" Bilanzierungserfahrungen im Geschäftsbericht dazu beitragen kann, die von den Bilanzinteressenten verfolgten Zielsetzungen "einander anzunähern" und damit ein positives Gefühl zum "speziellen" Bewertungsansatz in der Bilanz zu erzeugen, erscheint durchaus plausibel. Ähnliche "Erfolge" lassen sich möglicherweise erreichen, wenn sich die Bilanzinteressenten durch die "gemeinsame Ablehnung eines Objektes" (z. B. die Bildung stiller Reserven) gegenseitig "näher kommen", um daran anschließend unter Betonung der "Ausnahmesituation" einen "vernünftigen" Mittelweg (Zwischenwert zwischen Buch- und Teilwert) zu realisieren.²⁾

Strategien der gemeinsamen Ablehnung oder Akzeptierung bestehender Werte,

1) Sherif, M., Intergroup Relations, S. 11.

2) Vgl. auch Luhmann, N., Folgen formaler Organisationen, S. 306 (allerdings in einem anderen Zusammenhang).

Überzeugungen (beliefs) und Attitüden lassen sich durch die Strategien gemeinsamer Assoziationen ergänzen.¹⁾ Einen dominanten Einflußfaktor für die Verfestigung bestehender Attitüden der Bilanzinteressenten stellen danach die Assoziationen (im Sinne von Heiders Gleichgewichtstheorie) zu einem Objekt (z. B. Bilanz) dar. Beziehungen solcher Art bringen Ähnlichkeit, Besitz, Nachbarschaft oder Kausalität zum Ausdruck.²⁾ Strategien gemeinsamer Assoziationen manifestieren sich beispielsweise darin, daß die Bilanzierung der Sacheinlage als ein Problem dargestellt wird, das "alle Bilanzinteressenten angeht" und daher eine "engere Zusammenarbeit aller Beteiligten" erforderlich macht. Die bilanzpolitische Grundrichtung konzentriert sich hierbei weniger auf gemeinsame Bilanzziele, sondern vielmehr auf die Hervorhebung "gemeinsam notwendiger Aktivitäten (Anstrengungen)", wobei es grundsätzlich vorteilhaft sein kann, solche Aussagen mit dem "Schicksal der Gesellschaft" zu verbinden.³⁾

Zu dieser Art von Strategien der Attitüdenstrukturierung zählen auch Argumentationen, die die Aussagefähigkeit neuer Kennzahlen besonders betonen. Kappler sieht darin einen günstigeren Ansatz, den Widerstand der Bilanzinteressenten gegen Attitüdenänderungen zu überwinden, "als den Versuch, für die vom Kreditgeber genannten Relationen neue Werte auszuhandeln"⁴⁾. Daß es im Rahmen von Verhandlungsprozessen erfolgsversprechend sein kann, zunächst die Vorstellungen des Kreditgebers hinsichtlich der Bilanzierung der Sacheinlage ausdrücklich als übereinstimmend mit der eigenen Überzeugung zu bestätigen, um im Anschluß daran unter Berufung auf die spezifische Eigenart des eingebrachten Betriebes oder unter Berufung auf die besondere steuerbilanzielle Chance der Gesellschaft eine ausschließlich

1) Vgl. Walton, R.E. und McKersie, R.B., Behavioral Theory, S. 231.

2) Vgl. Heider, F., Interpersonal Relations, S. 201.

3) Vgl. Walton, R.E. und McKersie, R.B., Behavioral Theory, S. 231 ff.

4) Kappler, E., Informationsverhalten, S. 227.

"auf diesen Fall zutreffende" Beurteilung vorzunehmen, erscheint ebenfalls realistisch. Je nach Umfang des eingebrachten Betriebsvermögens erlangt dabei das Bewertungswahlrecht besondere Bedeutung, da seine bilanzpolitische Nutzung das Bilanzbild bzw. die Bilanzrelationen erheblich verändern kann.

Dies gilt schließlich ebenso im Rahmen von Verhandlungen bei der Betriebsprüfung,¹⁾ die erfahrungsgemäß besonderes psychologisches Geschick auf der Seite der Unternehmung erforderlich macht. In diesem Bereich kann die Hervorrufung von Inkonsistenzen sich als wirkungsvolle Strategie erweisen, wenn personenbezogene Attitüden zwischen den Parteien - insbesondere die Einstellung des zu überzeugenden Betriebsprüfers zu diesem Verhältnis - positive Vorzeichen haben.

Häufig beobachtbare negative sozio-emotionale Beziehungen zwischen Betriebsprüfern und Unternehmungsrepräsentanten lassen sich andererseits eventuell durch eine Veränderung der Attitüden gegenüber den Rechenwerken (Bilanzierung der Sacheinlage) der anderen Partei abbauen. Der Gleichgewichtszustand im Sinne von Heider wird in diesem Falle durch Verhandlungen mit beiderseitigem Nachgeben in einzelnen Punkten des Bewertungsansatzes erreicht.

Die vorstehenden Beispiele zur Attitüdenstrukturierung machen deutlich, daß sich keine Kriterien angeben lassen, die Beeinflussungsstrategien auf Werte, Begriffe, Überzeugungen (beliefs) oder Attitüden zu unterscheiden gestatten. Auch eine Theorie der Attitüdenstrukturierung ist bislang nicht konzipiert, die eine Deduktion bestimmter Strategien der Attitüdenstrukturierung

1) Zum folgenden vgl. vor allem Kupsch, P., Bilanzierung von Rückstellungen, S. 398 ff.

zu bestimmten Absichten der Attitüdenänderung und deren Effizienz, d. h. eine entscheidungslogische Zuordnung dieser Elemente ermöglicht.

Beim gegenwärtigen Stand der Diskussion erscheint deshalb eine Interpretation der angeführten Vorschläge zur Bilanzierung der Sacheinlage im Sinne von Zusatzinformationen noch am ehesten möglich. Daraus könnte gefolgert werden, daß sich bilanzpolitisch relevante Attitüden durch entsprechende Kommentierung im Geschäftsbericht, in Verhandlungen oder auf Pressekonferenzen hervorrufen, in ihrer Richtung verändern oder verstärken bzw. abschwächen lassen, vorausgesetzt, daß die Argumentation aus der Sicht der Bilanzinteressenten zwingend erscheint.¹⁾ Dieser Eindruck läßt sich erhärten, wenn die experimentell festgestellten Ergebnisse der Kommunikationsforschung miteinbezogen werden. Die Überlegung, daß auch das "Wie" des bilanziellen Ausweises der Sacheinlage, d. h. die Informationsdarbietung und -aufbereitung eine wesentliche Rolle spielen kann, macht dies deutlich.

3.22 Attitüdenstrukturierung mit Hilfe von Durchsetzungstechniken zu bilanziellen Kommunikationsinhalten

Als Ausgangspunkt kommunikationstheoretischer Überlegungen zur Attitüdenstrukturierung durch den Ansatz der Sacheinlage kann die von Krech/ Crutchfield vertretene These gewählt werden, nach der die Wirksamkeit der Information neben anderen Faktoren von der Informationsdarbietung und -aufbereitung abhängt.²⁾ Kommunikation zielt dabei auf die mehr oder weniger freiwillige (unbewußte) Akzeptierung der in dem Kommunikationsmittel "Jahresabschluß" implizierten Schlußfolgerungen durch den Empfänger ab.

1) Vgl. Kappler, E., Informationsverhalten, S. 230 ff.

2) Vgl. Krech, D. und Crutchfield, R.S., Elements of Psychology, S. 677.

Wie die Diskussion der theoretischen Grundlagen zur Verhaltensbeeinflussung gezeigt hat, sind aber Beeinflussungsprozesse nicht zu trennen vom Phänomen der Macht. Die Macht des Senders von bilanziellen Kommunikationsinhalten basiert auf dem Umstand, daß dieser über Mittel in bezug auf die Werte, Überzeugungen (beliefs) und Attitüden des zu beeinflussenden Bilanzinteressenten verfügt. Die Wahrscheinlichkeit, dem Bilanzinteressenten ein Gefühl der "freiwilligen" Attitüdenänderung zu vermitteln, nimmt zu, wenn der Kommunikationssender (Bilanzersteller, Vorstandssprecher auf der Hauptversammlung usw.) "Schlüssel" (outcome control and cue control¹⁾) besitzt, "... um sich die 'Innenwelt', die kognitiven Strukturen und Prozesse anderer zu erschließen".²⁾

Im Schrifttum zur Verhandlungsführung, Rhetorik, Werbung und Propaganda finden sich eine Reihe von Durchsetzungstechniken, die es ermöglichen sollen, "beim Informationsempfänger die freiwillige bzw. unbewußte Übernahme der gesendeten Informationen und die entsprechende Attitüdenüberprüfung bzw. gegebenenfalls -änderung zu induzieren"³⁾. Auf dem Gebiet der Bilanzpolitik liegen empirische Untersuchungen bislang noch nicht vor. Deshalb soll im folgenden der Versuch unternommen werden, die Ergebnisse der allgemeinen Durchsetzungstechniken auf die Bilanzierung der Sacheinlage zu übertragen. Als "Schauplatz" bilanzpolitischer Attitüdenstrukturierungsversuche können aus dieser Sicht der Geschäftsbericht, die Hauptversammlung oder Verhandlungsprozesse mit (potentiellen) Gläubigern, Banken, dem Wirtschafts- oder Betriebsprüfer bis hin zur Pressekonferenz dienen.

1) Vgl. die Darstellung auf S.51f. dieser Arbeit.

2) Klis, M., Überzeugung, S. 82; vgl. auch Kappler, E., Informationsverhalten, S. 236.

3) Kappler, E., Informationsverhalten, S. 236 auch zum folgenden und die dort angegebene Literatur.

Als Grundlage zur Darstellung kommunikationstheoretischer Durchsetzungsmethoden¹⁾ für die Bilanzierung der Sacheinlage kann die Technik des "Atmosphere Effect" angesehen werden. Danach erscheint es aus der Sicht des Beeinflussenden vorteilhaft, eine "günstige Stimmung" für die Aufnahme und Interpretation der bilanziellen Erfassung des Einbringungsvorgangs zu schaffen. Das "psychologische Klima" trägt möglicherweise dazu bei, die Grundeinstellung der Bilanzinteressenten gegenüber dem Bewertungsansatz der Sacheinlage zu verbessern. Zumindest erscheint es plausibel, daß damit der innere Widerstand oder das Mißtrauen (Vorurteile) gegenüber bilanziellen Überzeugungsversuchen, die z. B. auf eine Präferenzierung des Buchwertansatzes hinauslaufen, verringert bzw. abgebaut werden kann.

Mit der Technik des "Name Calling" (die Dinge beim Namen nennen oder sagen wie es wirklich ist) läßt sich der Versuch unternehmen, die den Bilanzinteressenten als "faktische Überzeugungen" erscheinenden Kommunikationsinhalte durch geschicktes Inbeziehungsetzen mit höheren Werten zu einer neuen Attitüde zu verbinden. Ansätze dieser Art bieten sich beispielsweise durch die Betonung des Teilwertes als "tatsächlichen Wert", da damit unter Umständen der Eindruck erweckt wird, daß die Unternehmungsleitung nichts zu verbergen hat.

Der Ausnützung positiver Verbindungen von Bewertungsansätzen mit angesehenen oder fragwürdigen Persönlichkeiten (Institutionen) dient die Technik des "Testimonial": "Der BFH hat unsere Auffassung bestätigt"; "namhafte Wissenschaftler sehen in der Buchwertfortführung eine optimale Bilanzierung"; "Herr X, der Vertreter der 'unabhängigen' Großbank Y ist (eventuell zugleich Hausbank), legt besonderen Wert auf solide Bilanzstrukturen, wie sie durch den Ansatz der Sacheinlage verwirklicht werden. Umgekehrt

1) Vgl. zu den nachstehend aufgeführten Durchsetzungstechniken vor allem Klis, M., Überzeugung, S. 83.

kann auch versucht werden, die Überzeugungsprämisse des Bilanzinteressenten zu diskreditieren, so daß die Wertprämisse für die Schlußfolgerung irrelevant erscheint.

Unsicherheiten gegenüber dem gewählten Bewertungsansatz des eingebrachten Betriebsvermögens lassen sich dagegen durch die Techniken des "Plan Folks oder Band Waggon" abbauen. Argumente, daß "es alle so machen", oder "selbst die Konkurrenz würde den von uns präferierten Ansatz wählen", oder "stille Reserven, wie sie durch den Buchwertansatz entstanden sind, stellen in dieser Branche eine Existenznotwendigkeit dar", bringen derartige Versuche zum Ausdruck.

Der Gebrauch von Schlagworten mit positiven Wertinhalten liegt der Technik des "Glittering Generality" zugrunde. Danach lassen sich Rechnungslungsinformationen des Ansatzes der Sacheinlage mit einem eventuell ablenkenden "positiven Objekt oder Situationsbezug" verbinden: "Der vorliegende Ansatz der Sacheinlage ist das Ergebnis der Demokratie in dieser Gesellschaft"; "dieser Bewertungsansatz der Sacheinlage trägt den Interessen der Aktionäre voll Rechnung"; "die vorgeschlagene Dividende zeigt den 'guten Willen' der Gesellschaft".

Die Technik des "Equivocation" dient schließlich dazu, den Bilanzinteressenten zunächst durch unklare Darstellungen zu verwirren, um ihn im Anschluß daran leichter zur Annahme der Bilanz bzw. der mit dem Ansatz des eingebrachten Betriebsvermögens verbundenen Schlußfolgerungen bewegen zu können. Daß dabei Sprachverdrehungen, Sprachspiele, die Erzeugung von Assoziationen und dergleichen ("Word Manipulation") eine gewisse Rolle spielen können, bedarf keiner besonderen Kommentierung.

Wenngleich mit der Darstellung von Beeinflussungstechniken der Eindruck einer Sammlung kaum abgrenzbarer Erfahrungen schwerlich vermieden werden kann, lassen sich dennoch einige interessante Schlüsse über die Wirkungsweise von "kommunikationspolitischen" Argumenten für die Bilanzierung der Sacheinlage erkennen. Trotz oder gerade wegen der Unmöglichkeit der Deduzierung allgemein gültiger Ergebnisse sollen deshalb zum Abschluß zwei Thesen formuliert werden, die als Anregung für eine empirische Untersuchung des bilanziellen Entscheidungsverhaltens bei der Einbringung eines Betriebes in eine Kapitalgesellschaft interpretierbar erscheinen.

- (1) Je "glaubwürdiger" die Unternehmensleitung ist, desto größer ist die Bereitschaft der Bilanzinteressenten, die im bilanziellen Ansatz der Sacheinlage enthaltenen Schlußfolgerungen als Entscheidungsprämissen zu akzeptieren.
- (2) Die Wirksamkeit einer "überzeugenden" (persuasive) Bilanzierung des eingebrachten Betriebsvermögens ist um so größer, je mehr die im bilanziellen Ansatz enthaltenen Schlußfolgerungen mit den Attitüden der Bilanzinteressenten übereinstimmen.

Mit der Hervorhebung der "politischen" Seite der Bilanzierung der Sacheinlage wird andererseits die Möglichkeit des Einsatzes von Argumenten offener Diskussionen über die Bilanz als Mittel zur Realisierung der Interessenlagen des Bilanzierenden unterstrichen. Insbesondere bei Klis¹⁾ finden sich Anhaltspunkte, die das "politische" Verhalten der bilanziellen Entscheidungsträger bei der Bilanzierung des eingebrachten Betriebsvermögens "rationaler" erscheinen lassen als die allgemeine Theorie des "Muddling Through"²⁾ dies zu bieten vermag. Allerdings basieren die Klisschen Ergebnisse teilweise noch auf relativ einfachen Laborexperimenten oder wurden zum Teil in Feldstudien beobachtet, so daß methodische Beschränkungen nicht immer auszuschließen sind.

1) Vgl. Klis, M., Überzeugung, S. 91 ff.

2) Vgl. Lindblom, C. E., Muddling Through, S. 61 ff.; damit wird nicht bestritten, daß die Theorie des "Muddling Through" für sich rational konzipiert ist.

VIERTES KAPITEL

SCHLUSSBETRACHTUNG

Durch die Novellierung des UmwStG und des UmwG hat in jüngster Zeit der Vorgang der Einbringung eines Betriebes zunehmend an Bedeutung gewonnen. Angesichts dieser Entwicklung erscheint es lohnenswert, die vielschichtigen Problembereiche bilanzieller Entscheidungsprozesse bei der Einbringung eines Betriebes vom Standort der betriebswirtschaftlichen Steuerlehre und der modernen Organisations- und Kommunikationsforschung neu zu überdenken. Gerade letztere Forschungsrichtung hat durch den entscheidungsorientierten Ansatz neue Akzente gesetzt.

Die vorliegende Arbeit stellt insoweit den Versuch dar, über einen deskriptiven Ansatz einen Brückenschlag zwischen diesen Forschungsbemühungen herzustellen. Dabei entspricht es dem Grundgedanken der Arbeit, institutionalisierte Determinanten der Bilanzierung in Form von Handels- und Steuergesetzen mit ihren Bewertungsspielräumen mit sozialwissenschaftlichen Determinanten in einem politischen System zu integrieren.

Die Fragestellung der Arbeit setzte zunächst die Schaffung eines theoretischen Bezugsrahmens zur Konkretisierung menschlichen Entscheidungsverhaltens voraus. Um einen realitätsnahen Bezug herzustellen, erwies es sich als zweckmäßig, kognitive Prozesse zur Erklärung des menschlichen Verhaltens als Ausgangspunkt zu wählen. Dabei wurde deutlich, daß Stimulusinformationen sich als Ursachen für menschliche Reaktionen erweisen, sofern sie als Prämissen in das Modell der Entscheidungssituation eingehen. Mit Hilfe des Attitüdenmodells konnte zugleich die theoretische Grundlage für die in der Realität sich abspielenden Beeinflussungsversuche geschaffen werden, da Verhalten auch als Reaktion auf Überzeugungen und Manipulationen interpretiert werden kann. Die Erkenntnis, daß bilanzielle Entschei-

dungsprozesse kollektive Entscheidungsprozesse und zugleich schlecht-strukturiert sind, erforderte allerdings eine Erweiterung dieses theoretischen Konzepts um organisationstheoretische und aus den Politikwissenschaften stammende Anhaltspunkte.

Für die "eigentliche" Untersuchung bilanzieller Entscheidungsprozesse bei der Einbringung eines Betriebes erschien es zweckmäßig, eine Aufspaltung des komplexen Wirkungszusammenhangs in einzelne überschaubare Teilprobleme vorzunehmen.

Mit den institutionalisierten Determinanten wurden die allgemeinen und besonderen Rechtsnormen untersucht. Durch ihren rechtsverbindlichen Charakter gehen sie als Beschränkungen in den bilanziellen Entscheidungsprozeß bei der Bilanzierung der Sacheinlage ein. Als wesentliche Ergebnisse dieses Teils der Arbeit kann festgehalten werden:

Die Betrachtungsweise des Einbringungsvorgangs als Tausch, tauschähnlichen Vorgang oder als entgeltliches Veräußerungsgeschäft hält einer näheren rechtlichen Prüfung nicht stand. Dieses Ergebnis erscheint insofern von Bedeutung, als es sich auf die steuerrechtliche Würdigung einzelner bislang umstritten gebliebener Problemkreise auswirkt. Dabei ist von zentraler Bedeutung, daß der Inanspruchnahme steuerlicher Vergünstigungen bei der Einbringung eines Betriebes die an sich geltenden strengeren handelsrechtlichen Vorschriften nicht entgegenstehen dürfen, so daß auch steuerliche Aktionsspielräume in der Handelsbilanz wahrgenommen werden können.

Andererseits sind die steuerlichen Aktionsspielräume bei der Bilanzierung der Sacheinlage durch eine Reihe über den üblichen Rahmen des Bilanzrechts hinausgehender Beschränkungen eingeengt. Der Präzisierung weiterer Beschränkungen, die in den in der Literatur und der Rechtsprechung bislang noch nicht oder zumindest nicht eindeutig geklärten Einzelproblemen zu

sehen sind, diene die steuerrechtliche Beurteilung derartiger Zweifelsfragen (z. B. Ansatz eines steuerlichen Ausgleichspostens, Firmenwert, Pensionsverpflichtungen, Vermögensabgabe, Beteiligung an der aufnehmenden Kapitalgesellschaft). Die Frage der Verteilung eines eventuellen Aufstockungsbeitrages mußte jedoch im Sinne einer offenen Diskussion behandelt werden.

Die Problematik des Abbildungsvorgangs bei der Einbringung eines Betriebes ergab sich nicht nur aus der Mehrdeutigkeit des Abbildungsvorgangs selbst, sondern auch aus der Tatsache, daß dieser in mehrere Sonderbilanzen zerfällt. Aus dieser Sicht mündete der Nachweis über die Gültigkeit des uneingeschränkten Maßgeblichkeitsgrundsatzes für die Bilanzierung der Sacheinlage in die Offenlegung institutionalisierter Bindungswirkungen zwischen den untersuchten Sonderbilanzen, die mithin als weitere Beschränkungen beachtet werden müssen. Damit wurde zugleich deutlich, daß Bilanzpolitik durch die Bilanzierung der Sacheinlage nur insoweit möglich ist, als sie mit den steuerrechtlichen Determinanten vereinbar erscheint. Daraus konnte die Folgerung gezogen werden, daß die bilanzpolitischen Aktionsparameter der Steuerbilanzpolitik, insbesondere das der aufnehmenden Kapitalgesellschaft zustehende Bewertungswahlrecht, als Teilmenge des handelsrechtlichen Gestaltungsspielraums anzusehen ist.

Mit der Einbeziehung sozialwissenschaftlicher Determinanten als zweiten Teilbereich der Untersuchung wurde das in der Realität für die bilanzherstellenden Organe relevante Problem aufgegriffen, durch bilanzpolitische bzw. bewertungs- und rücklagenpolitische Maßnahmen systemnotwendige Unterstüzungen bei den Bilanzinteressenten hervorzurufen. Die wesentlichen Ergebnisse dieses Teils der Arbeit lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Bilanzielle Entscheidungsprozesse bei der Einbringung eines Betriebes stellen in erster Linie Versuche dar, ein zielkonformes Verhalten der Bilanzinteressenten im Sinne eigener Bilanzziele zur "machtvollen" Durchsetzung individueller Interessen zu induzieren. Dabei erwiesen sich auch die Interessenlagen der übrigen Bilanzinteressenten für den bilanziellen

Entscheidungsprozeß als bedeutungsvoll, da gezeigt werden konnte, daß deren Interessen als Input des politischen Systems der Rechenschaftslegung der Einbringung eines Betriebes zu betrachten sind.

Nach dieser Vorabklärung bedurfte es auch einer Erklärung des "Wie" einer Induzierung zielkonformen Verhaltens der Bilanzinteressenten. Da das Attitüdenmodell bei der Erarbeitung des theoretischen Bezugsrahmens dazu einen plausiblen Ansatz lieferte, galt es, bilanzpolitisch relevante Attitüden bzw. Attitüdenvermutungen zu identifizieren, um darauf aufbauend Aussagen über die Möglichkeit aktiver Attitüdenstrukturierungsversuche ableiten zu können.

Bei der Darstellung der Attitüdenbeispiele mußte sich die Arbeit auf Äußerungen der einschlägigen Literatur stützen. Dabei zeigte deren Vielfalt, daß eine eindeutige Systematisierung kaum möglich erscheint. Auch eine Theorie der Attitüdenstrukturierung, die eine Deduktion bestimmter Strategien zu bestimmten Absichten der Attitüdenänderung ermöglicht, fehlt bislang. Um das Attitüdenmodell bzw. das Konzept der Attitüdenstrukturierung dennoch für die Bilanzierung der Sacheinlage anzuwenden, konnte auf Anhaltspunkte der vereinfachenden von den Konsistenztheorien entwickelten Grundthesen sowie auf kommunikationstheoretische Erkenntnisse zurückgegriffen werden. Wenngleich die sich beim gegenwärtigen Stand der Diskussion ergebenden Beschränkungen damit nicht beseitigt werden konnten, lassen sich die zur Bilanzierung der Sacheinlage abgeleiteten Aussagen zumindest als flankierende Maßnahmen interpretieren, deren Einsatz bewertungs- und rücklagenpolitisch vorteilhaft im Sinne der Durchsetzung der Interessen des bilanzzielen Entscheidungsträgers sein dürfte.

Literaturverzeichnis

1. Bücher und Aufsätze:

- Adler/Düring/Schmaltz (Rechnungslegung), Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, Bd. 1, Stuttgart 1968
- Albert, H. (Probleme der Theorienbildung), Probleme der Theorienbildung - Entwicklung, Struktur und Anwendung sozialwissenschaftlicher Theorien, in: Theorie und Realität, H. Albert (Hrsg.), Tübingen 1964, S. 3 ff.
- Alexis, M. und Wilson, Ch. (Decision Making), Organizational Decision Making, Englewood Cliffs, N.J., 1967, S. 148 ff.
- Altroge, G. (Entscheidungsbäume), Entscheidungsbäume und Modellrechnungen als Hilfe im Entscheidungsprozeß, in: WPg 1972, S. 57 ff. und S. 94 ff.
- Ausubel, D. P. (Introduction), Introduction, in: Readings in the Psychology of Cognition, R. C. Anderson und D. P. Ausubel (Hrsg.), New York usw. 1965, S. 3 ff.
- Baetge, J. (Objektivierung des Jahreserfolges), Möglichkeiten der Objektivierung des Jahreserfolges, Düsseldorf 1970
- Ballerstedt, K. (Kapital, Gewinn und Ausschüttung), Kapital, Gewinn und Ausschüttung bei Kapitalgesellschaften, Tübingen 1949
- Bamberg, G. und Coenenberg, A. G. (Bamberg-Coenenberg, Entscheidungslehre), Betriebswirtschaftliche Entscheidungslehre, München 1974
- Becker, W. (Rechtsvergleichende Notizen zur Auslegung), Rechtsvergleichende Notizen zur Auslegung, in: Das neue deutsche Privatrecht in der Mitte des 20. Jahrhunderts, Festschrift für H. Lehmann, Bd. 1, Berlin usw. 1956, S. 47 ff.
- Berlyne, D. E. (Structure), Structure and Direction in Thinking, New York usw. 1965

- Berlyne, D. E. (Knowledge and Stimulus-Response), Knowledge and Stimulus-Response Psychology, in: Readings in the Psychology of Cognition, R. C. Anderson und D. P. Ausubel (Hrsg.), New York usw. 1965, S. 43 ff.
- Bidlingmaier, J. (Zielkonflikte), Zielkonflikte und Zielkompromisse im unternehmerischen Entscheidungsprozeß, Wiesbaden 1968
- Bischofberger, W. (Beeinflussung der Rechenschaftslegung), Die Beeinflussung der Rechenschaftslegung durch die Interessengruppen der Aktiengesellschaft, Diss., München 1971
- Blümich, W. und Falk, L. (Blümich-Falk, Einkommensteuergesetz), Einkommensteuergesetz, Kommentar, 9. Aufl., Berlin 1964
- Böttcher, C. (Steuer- und Wirtschaftsrecht), Zum Steuer- und Wirtschaftsrecht der Familienunternehmen, in: Steuerberater-Jahrbuch 1965/66, S. 175 ff.
- Böttcher, C. und Beinert, J. (Böttcher-Beinert, Veräußerungsgeschäft), Der Wechsel der Unternehmensform - Veräußerungsgeschäft oder gesellschaftsrechtlicher Vorgang, in: DB 1968, S. 1961 f.
- Böttcher, C. und Hennerkes, B. -H. (Böttcher-Hennerkes, Stille Beteiligungen), Die Einbringung von stillen Beteiligungen und Unterbeteiligungen in eine Kapitalgesellschaft gemäß § 17 UmwStG, in: DB 1970, S. 2393 f.
- Böttcher, C., Beinert, J. und Hennerkes, B. -H. (Böttcher-Beinert-Hennerkes, Unternehmensform), Wechsel der Unternehmensform, Umwandlung, Verschmelzung, Einbringung, 3. Aufl., Stuttgart 1971
- Böttcher, C., Beinert, J. und Hennerkes, B. -H. (Böttcher-Beinert-Hennerkes, Erlaß zum Umwandlungsteuergesetz), Der Erlaß zum Umwandlungsteuergesetz - eine kritische Stellungnahme, in: RWP-Blattei, 14 Steuer - RD Umwandlung II B 4, 8 und 12 Einzelfragen.
- Bouffier, W. (Bilanzpolitik), Bilanzpolitik, in: HdB, Bd. I, 3. Aufl., Stuttgart 1956, Sp. 1144 ff.

- Boulding, K. E. (Rational Decision), The Ethics of Rational Decision, in: Management: A Decision-Making Approach, S. Young (Hrsg.), Belmont, C., 1968, S. 93 ff.
- Boulding, K. E. (The Image), The Image, Binghamton, N. Y., 1956
- Brehm, J. (Post-decision Changes), Post-decision Changes in the Desirability of Alternatives, in: Journal of Abnormal and Social Psychology 1956, S. 384 ff.
- Brehm, J. W. und Cohen, A. R. (Hrsg.) (Explorations in Cognitive Dissonance), Explorations in Cognitive Dissonance, New York 1962
- Brönner, H. (Bilanz), Die Bilanz nach Handels- und Steuerrecht, 8. Aufl., Stuttgart 1971
- Brunner, D. (Rücklagenpolitik), Die Rücklagenpolitik der Unternehmung, Wiesbaden 1967
- Bühler, O. und Scherpf, P. (Bühler-Scherpf, Bilanz und Steuer), Bilanz und Steuer, 7. Aufl., München 1971
- Büschgen, H. E. (Verschuldungsgrad), Die Bedeutung des Verschuldungsgrades einer Unternehmung für die Aktienbewertung und seine Berücksichtigung im Aktienbewertungsmaßstab, in: Beiträge zur Aktienanalyse, G. Siebert (Hrsg.), Frankfurt 1972, S. 54 ff.
- Büschgen, H. E. (Wertpapieranalyse), Wertpapieranalyse - Die Beurteilung von Kapitalanlagen in Wertpapieren, Stuttgart 1966
- Busse von Colbe, W. (Der Zukunftserfolg), Der Zukunftserfolg, Wiesbaden 1957
- Carlsmith, J. M. (Counterattitudinal Behavior), Varieties of Counterattitudinal Behavior, in: Theories of Cognitive Consistency, R. P. Abelson et al. (Hrsg.), Chicago, I., 1968, S. 803 ff.
- Cartwright, D. (Concept of Power), A Field Theoretical Concept of Power, in: Studies in Social Power, D. Cartwright (Hrsg.), Ann Arbor, Mich., 1959, S. 183 ff.
- Cartwright, D. und Harary, F. (Structural Balance), Structural Balance: A Generalization of Heider's Theory, in: Psychological Review 1956, S. 277 ff.
- Chmelik, G. und Kappler, E. (Chmelik-Kappler, Konstitutive Entscheidungen), Konstitutive Entscheidungen, in: Industriebetriebslehre - Entscheidungen im Industriebetrieb, E. Heinen (Hrsg.), 2. Aufl., Wiesbaden 1972, S. 76 ff.

- Coenenberg, A. G. (Ziele und Zielkonflikte), Ziele und Zielkonflikte der ertragsteuerlichen Bilanzierung, in: ZfB 1972, S. 219 ff.
- Coenenberg, A. G. (Unternehmensbewertung), Unternehmensbewertung mit Hilfe der Monte-Carlo-Simulation, in: ZfB 1970, S. 793 ff.
- Coenenberg, A. G. et al. (Jahresabschluß und Jahresabschlußanalyse), Jahresabschluß und Jahresabschlußanalyse, München 1974
- Curtius-Hartung, F. (Bericht über die Fachtagung 1971), Bericht über die Fachtagung 1971 des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V., in: WPg 1971, S. 385 ff.
- Cyert, R. M. und March, J. G. (Theory of the Firm), A Behavioral Theory of the Firm, Englewood Cliffs, N. J., 1963
- Dellmann, K. (Optimale Wahl), Die optimale Wahl zwischen Auflösung oder Übertragung stiller Rücklagen bei Einbringung eines Betriebes in eine Kapitalgesellschaft, in: StuW 1973, S. 242 ff.
- Deutscher Bundesrat (Deutscher Bundesrat, Drucksache 292/68), Begründung zum Entwurf eines Gesetzes über Steuererleichterungen bei Änderung der Unternehmensform, Bundesratsdrucksache 292/68.
- Deutscher Bundestag (Bundestagsdrucksache V/3852), Bundestagsdrucksache V/3852, Schriftlicher Bericht des Finanzausschusses über den von dem Abgeordneten Dr. Eckhardt und der Fraktion der CDU/CSU eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes - Drucksache V/2773.
- Deutscher Bundestag (Bundestagsdrucksache V/3187), Bundestagsdrucksache V/3187, Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes nebst Begründung vom 26. 7. 1968 - Anlage 1
- Diederich, H. und Lintzhöft, H. (Diederich-Lintzhöft, Rücklagenpolitik), Rücklagenpolitik, in: Bilanzpolitik und Bilanztaktik, Schriften zur Unternehmensführung, Bd. 10, H. Jacob (Hrsg.), Wiesbaden 1969, S. 29 ff.
- Dietel, B. (Koordination), Zur Koordination kollektiver Entscheidungsprozesse in der Unternehmung, Diss., München 1972

- Döllerer, G. (Aktienrecht und Steuerrecht), Aktienrecht und Steuerrecht, in: WPg 1969, S. 333 ff.
- Döllerer, G. (Maßgeblichkeit), Die Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz, in: BB 1969, S. 501 ff.
- Dornfeld, R.E. und Rose, G. (Dornfeld-Rose, Teilbetriebsausgliederung und Vermögensabgabe), Teilbetriebsausgliederung und Vermögensabgabe, in: DB 1969, S. 1997 ff.
- Dorsch, F. (Psychologisches Wörterbuch), Psychologisches Wörterbuch, Hamburg 1970
- Easton, D. (Political Life), A Systems Analysis of Political Life, New York usw. 1965.
- Easton, D. (Political System), The Political System, New York 1953
- Ehrlich, D. et al. (Post-decision Exposure), Post-decision Exposure to Relevant Information, in: Journal of Abnormal and Social Psychology 1957, S. 98 ff.
- Engels, W. (Betriebswirtschaftliche Bewertungslehre), Betriebswirtschaftliche Bewertungslehre im Lichte der Entscheidungstheorie, Köln 1962
- Eyerth, K. (Lernen als Anpassung des Organismus durch bedingte Reaktion), Lernen als Anpassung des Organismus durch bedingte Reaktion, in: HdP, Band 1, 2. Halbband, 1964, S. 76 ff.
- Fäßler, K. (Betriebswirtschaftliche Mitbestimmungsdiskussion), Die betriebswirtschaftliche Mitbestimmungsdiskussion im Licht sozialwissenschaftlicher Modelle der Unternehmung, Diss., München 1967
- Fasold, R. (Umwandlungsteuergesetz), Das Umwandlungsteuergesetz - ein Jahr danach, in: Steuerberater-Jahrbuch 1970/71, S. 183 ff.
- Fasold, R. (Handels- und Steuerbilanz), Probleme der Handels- und der Steuerbilanz bei Änderung der Unternehmensform, in: WPg 1970, S. 219 ff.
- Fasold, R. (Zweckmäßige Ausübung von Antrags- und Wahlrechten), Die Zweckmäßige Ausübung von Antrags- und Wahlrechten im neuen Umwandlungsteuergesetz, in: WPg 1969, S. 645 ff.

- Fasold, R. (Der originäre Geschäftswert), Der originäre Geschäftswert bei Änderung der Unternehmensform, in: BB 1969, S. 1428 ff.
- Fasold, R. (Doppelbelastung), Das Mißverständnis von der Doppelbelastung im Entwurf eines neuen Umwandlungsteuergesetzes, in: BB 1968, S. 1238 f.
- Fasold, R. (Steuerbegünstigte Einbringung), Die steuerbegünstigte Einbringung eines Betriebes im Entwurf eines neuen Umwandlungsteuergesetzes, in: DB 1968, S. 1771 ff.
- Felix, G. (Umwandlungsteuer-Praktikum), Umwandlungsteuer-Praktikum, Köln 1969
- Festinger, L. (Cognitive Dissonance), A Theory of Cognitive Dissonance, New York 1957
- Festinger, L. et al. (Conflict, Decision and Dissonance), Conflict, Decision and Dissonance, London 1964
- Findeisen, F. (Reserven der Unternehmung), Die Reserven der Unternehmung, mit besonderer Berücksichtigung der Steuer, Berlin 1922
- Fischer, G. (Allgemeine Betriebswirtschaftslehre), Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 9. erweiterte Aufl., Heidelberg 1964
- Fischer-Winkelmann, W. F. (Methodologie der Betriebswirtschaftslehre), Methodologie der Betriebswirtschaftslehre, München 1971
- Fishbein, M. (Attitudes and their Relationship), A Consideration of Beliefs, Attitudes and their Relationship, in: Current Studies in Social Psychology, I. D. Steiner und M. Fishbein (Hrsg.), New York usw. 1966, S. 107 ff.
- Foote, N. N. (Identification), Identification as the Basis for a Theory of Motivation, in: Symbolic Interaction, J. G. Manis und B. N. Meltzer (Hrsg.), Boston 1970, S. 343 ff.

- Forster, K.-H. (Rücklagendotierung), Überlegungen zur Rücklagendotierung aus dem Gewinn, in: Aktuelle Fragen der Unternehmensfinanzierung und Unternehmensbewertung, K.-H. Forster und P. Schuhmacher (Hrsg.), Stuttgart 1970, S. 203 ff.
- French, J.R.P. jr. und Raven, B.H. (Basis of Social Power), The Basis of Social Power, in: Studies of Social Power, D. Cartwright (Hrsg.), Ann Arbor, Mich., 1959, S. 150 ff.
- Frey, G. (Sacheinlage), Sacheinlage, Umwandlung und Verschmelzung im Aktienrecht, in: BB 1969, S. 1489 ff.
- Gäfigen, G. (Wirtschaftliche Entscheidung), Theorie der wirtschaftlichen Entscheidung, 2. Aufl., Tübingen 1968
- Gail, W. (Einzelfragen zum Umwandlungsteuergesetz), Einzelfragen zum Umwandlungsteuergesetz, in: NWB Fach 18, S. 2041 ff.
- Garfinkel, H. (Rational Properties), The Rational Properties of Scientific and common sense activities, in: Management: A Decision-Making Approach, S. Young (Hrsg.), Belmont, C., 1968, S. 105 ff.
- Glade, A. (Einzelfragen zum Umwandlungsteuergesetz), Einzelfragen zum Umwandlungsteuergesetz 1969 - Kritische Stellungnahme zum BdF - Erlaß vom 20. 7. 1970, in: NWB Fach 18, S. 2047 ff.
- Glade, A. (Behandlung des Firmenwertes), Zur Behandlung des Firmenwertes in der Ertragsteuerbilanz und nach dem Bewertungsgesetz, insbesondere Bewertungs- und Berechnungsmethoden, in: Steuerberater-Jahrbuch 1969/70, S. 287 ff.
- Glade, A. (Steuererleichterungen), Steuererleichterungen bei Änderung der Unternehmensform (Umwandlungsteuergesetz 1969), in: NWB Fach 18, S. 2015 ff.
- Glade, A. und Steinfeld, G. (Glade-Steinfeld, UmwStG 69), Gesetz-Kommentar zum Umwandlungsteuergesetz 1969, Herne - Berlin 1969
- v. Godin, R. und Wilhelmi, H. (v. Godin-Wilhelmi, Aktiengesetz), Aktiengesetz vom 6. September 1965, Kommentar, 3. Aufl., Bd. I, Berlin 1967

- Grochla, E. (Systemtheorie und Organisationstheorie), Systemtheorie und Organisationstheorie, in: ZfB 1970, S. 1 ff.
- Gutenberg, E. (Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre), Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, Erster Band, Die Produktion, 17. Aufl., Berlin usw. 1970
- Gutenberg, E. (Betriebswirtschaftslehre als Wissenschaft), Betriebswirtschaftslehre als Wissenschaft, 3. Aufl., Köln 1967
- Gutenberg, E. (Bilanztheorie und Bilanzrecht), Bilanztheorie und Bilanzrecht, in: ZfB 1965, S. 13 ff.
- Gutenberg, E. (Unternehmensführung), Unternehmensführung - Organisation und Entscheidungen, Wiesbaden 1962
- Haass, D. (Zugehörigkeit eines Wirtschaftsgutes), Die Dauer der Zugehörigkeit eines Wirtschaftsgutes zum Betriebsvermögen nach der Regelung des Umwandlungsteuergesetzes, in: BB 1970, S. 575 ff.
- Haass, D. (Schachtelvergünstigung und Organschaft), Schachtelvergünstigung und Organschaft im Entwurf eines Umwandlungsteuergesetzes, in: DB 1969, S. 275 ff.
- Härle, D. (Finanzierungsregeln), Finanzierungsregeln und ihre Problematik, Wiesbaden 1961
- Harder, U. (Bilanzpolitik), Bilanzpolitik, Wiesbaden 1962
- Hax, K. (Bedeutung der stillen Reserven), Wesen und wirtschaftliche Bedeutung der stillen Reserven, in: Aktuelle Fragen der Unternehmung, Festschrift für A. Walther, Bern 1957, S. 105 ff.
- Heider, F. (Interpersonal Relations), The Psychology of Interpersonal Relations, New York - London 1958
- Heider, F. (Attitudes and Cognitive Organization), Attitudes and Cognitive Organization, in: Journal of Psychology 1946, S. 107 ff.
- Heinen, E. (Konsumentenverhalten), Determinanten des Konsumentenverhaltens - Zur Problematik der Konsumentensouveränität, in: Zur Theorie des Absatzes, Festschrift zum 75. Geburtstag von Prof. Dr. Dr. h. c. mult. E. Gutenberg, H. Koch (Hrsg.), Wiesbaden 1973, S. 83 ff.

- Heinen, E. (Industriebetriebslehre), Industriebetriebslehre als Entscheidungslehre, in: Industriebetriebslehre - Entscheidungen im Industriebetrieb, E. Heinen (Hrsg.), 2. Aufl., Wiesbaden 1972, S. 25 ff.
- Heinen, E. (Handelsbilanzen), Handelsbilanzen, 6. Aufl., Wiesbaden 1972
- Heinen, E. (Einführung), Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, 4. Aufl., Wiesbaden 1972
- Heinen, E. (Zielsystem), Grundlagen betriebswirtschaftlicher Entscheidungen - Das Zielsystem der Unternehmung, 2. Aufl., Wiesbaden 1971
- Heinen, E. (Entscheidungsorientierter Ansatz), Der entscheidungsorientierte Ansatz der Betriebswirtschaftslehre, in: Wissenschaftsprogramm und Ausbildungsziele der Betriebswirtschaftslehre, Bericht von der wiss. Tagung in St. Gallen vom 2. - 5. Juni 1971, G. v. Kortzfleisch (Hrsg.), Berlin 1971, S. 21 ff.
- Heinen, E. (Wissenschaftsprogramm), Zum Wissenschaftsprogramm der entscheidungsorientierten Betriebswirtschaftslehre, in: ZfB 1969, S. 207 ff.
- Heinen, E. et al. (Informationswirtschaft), Informationswirtschaft, in: Industriebetriebslehre - Entscheidungen im Industriebetrieb, E. Heinen (Hrsg.), 2. Aufl., Wiesbaden 1972, S. 684 ff.
- Heibling, C. (Bilanz- und Erfolgsanalyse), Bilanz- und Erfolgsanalyse im Jahresabschluß und Revisionsbericht, Bern 1965
- Hermann, C. und Heuer, G. (Hermann-Heuer, Einkommensteuer), Kommentar zur Einkommensteuer und Körperschaftsteuer einschließlich Nebengesetze, Bd. I-VII, 15. Aufl., Köln - Marienburg 1972
- Hintner, O. (Unternehmensbewertung und Bewertungsgesetz), Unternehmensbewertung und Bewertungsgesetz, in: Zur Besteuerung der Unternehmung, Festschrift für Peter Scherpf, O. Hintner und H. Linhardt (Hrsg.), Berlin 1968, S. 205 ff.
- Hofmann, R. (Bilanzkennzahlen), Bilanzkennzahlen, Köln - Opladen 1969

- Hovland, C. J.,
Janis, J. L. und
Kelley, H. H. (Communication and Persuasion), Communication
and Persuasion, New Haven - London 1953, S. 99 ff.
- Hübl, L. (Umwandlungssteuergesetz 1969), Das Umwandlung-
steuergesetz 1969, in: Steuerberater-Jahrbuch
1969/70, S. 215 ff.
- Hundertmark, D. (Verschmelzung von Gesellschaften mbH), Ver-
schmelzung von Gesellschaften mbH nach dem Um-
wandlungssteuergesetz, in: BB 1970, S. 13 44 ff.
- Hundt, S. und
Liebau, E. (Hundt-Liebau, Zum Verhältnis von Theorie und
Praxis), Zum Verhältnis von Theorie und Praxis -
Gegen ein beschränktes Selbstverständnis der Be-
triebswirtschaftslehre als "Unternehmerwissen-
schaft", in: Wissenschaftstheorie und Betriebs-
wirtschaftslehre, G., Dlugos et al. (Hrsg.), Düs-
seldorf 1972, S. 221 ff.
- Institut der Wirt-
schaftsprüfer (Hrsg.) (Wirtschaftsprüfer-Handbuch 1973), Wirtschafts-
prüfer-Handbuch 1973, Düsseldorf 1973
- Institut der Wirt-
schaftsprüfer (Fachgutachten 3/1937), Fachgutachten 3/1937 -
Gutachtersammlung, Düsseldorf 1956
- Jacob, H. (Zukunftserfolgsbegriff), Der Zukunftserfolgsbe-
griff und die Verfahren der Unternehmensbewer-
tung, in: ZfB 1961, S. 231 ff.
- Jones, E. E. und
Gerard, H. B. (Social Psychology), Foundations of Social Psycho-
logy, New York 1967
- Kaiser, J. (Auslegungsgrundsätze), Auslegungsgrundsätze im
Steuerrecht - Zugleich ein Beitrag zur rechtstheo-
retischen Präzisierung der wirtschaftlichen Be-
trachtungsweise, Neuwied usw. 1960
- Kalveram, W. (Industriebetriebslehre), Industriebetriebslehre,
8. Aufl., Wiesbaden 1972
- Kamprad, B. (Einbringung Berliner Betriebe), Einbringung Ber-
liner Betriebe oder Mitunternehmeranteile in
Kapitalgesellschaften nach dem UmwStG 1969, in:
DB 1970, S. 1291 ff.

- Kappler, E. (Systementwicklung), Systementwicklung, Lernprozesse in betriebswirtschaftlichen Organisationen, Wiesbaden 1972
- Kappler, E. (Informationsverhalten), Das Informationsverhalten der Bilanzinteressenten - Ein Beitrag zu einer sozialwissenschaftlich fundierten Theorie der Unternehmenspolitik durch Bilanzinformationen, unveröffentlichte Habilitationsschrift, München 1972
- Kappler, E. und Rehkugler, H. (Kappler-Rehkugler, Kapitalwirtschaft), Kapitalwirtschaft, in: Industriebetriebslehre - Entscheidungen im Industriebetrieb, E. Heinen (Hrsg.), 2. Aufl., Wiesbaden 1972, S. 579 ff.
- Kelman, H. C. (Opinion Change), Processes of Opinion Change, in: Public Opinion Quarterly 1961, S. 57 ff.
- Keuk, B. (Einbringung eines Personenunternehmens), Die Einbringung eines Personenunternehmens in eine Kapitalgesellschaft, in: DB 1972, S. 1643 ff.
- Kirsch, W. (Systeme, Entscheidungen, Methoden), Betriebswirtschaftslehre: Systeme, Entscheidungen, Methoden, Wiesbaden 1974
- Kirsch, W. (Betriebswirtschaftspolitik), Betriebswirtschaftspolitik und geplanter Wandel betriebswirtschaftlicher Systeme, in: Unternehmensführung und Organisation, Bericht von der wissenschaftlichen Tagung in Innsbruck vom 23. - 27. Mai 1972, W. Kirsch (Hrsg.), Wiesbaden 1973, S. 17 ff.
- Kirsch, W. (Entscheidungs- und systemorientierte Betriebswirtschaftslehre), Die entscheidungs- und systemorientierte Betriebswirtschaftslehre - Wissenschaftsprogramm, Grundkonzeption, Wertfreiheit und Parteilichkeit, in: Wissenschaftstheorie und Betriebswirtschaftslehre, G. Dlugos et al. (Hrsg.), Düsseldorf 1972, S. 153 ff.
- Kirsch, W. (Betriebswirtschaftliche Logistik), Betriebswirtschaftliche Logistik, in: ZfB 1971, S. 221 ff.

- Kirsch, W. (Entscheidungsprozesse III), Entscheidungsprozesse, Band III: Entscheidungen in Organisationen, Wiesbaden 1971
- Kirsch, W. (Entscheidungsprozesse II), Entscheidungsprozesse, Band II: Informationsverarbeitungstheorie des Entscheidungsverhaltens, Wiesbaden 1971
- Kirsch, W. (Entscheidungsprozesse I), Entscheidungsprozesse, Band I: Verhaltenswissenschaftliche Ansätze der Entscheidungstheorie, Wiesbaden 1970
- Kirsch, W. (Optimale Kapitalstrukturen), Zur Problematik "optimaler" Kapitalstrukturen, in: ZfB 1968, S. 881 ff.
- Kirsch, W. (Gewinn und Rentabilität), Gewinn und Rentabilität, Wiesbaden 1968
- Kirsch, W. et al. (Betriebswirtschaftliche Logistik), Betriebswirtschaftliche Logistik - Systeme, Entscheidungen, Methoden, Wiesbaden 1973
- Klein, H. (Heuristische Entscheidungsmodelle), Heuristische Entscheidungsmodelle - Neue Techniken des Programmierens und Entscheidens für das Management, Wiesbaden 1971
- Kleinhorst, H. (Normative Betrachtungsweise), Die normative Betrachtungsweise in der Betriebswirtschaftslehre, Berlin 1956
- Klis, M. (Überzeugung), Überzeugung und Manipulation - Grundlagen einer Theorie betriebswirtschaftlicher Führungsstile, Wiesbaden 1970
- Klix, F. (Information und Verhalten), Information und Verhalten, Kybernetische Aspekte der organismischen Informationsverarbeitung, Berlin usw. 1971
- Knapp, H. -G. (Logik des entscheidungsorientierten Ansatzes), Zur Logik des entscheidungsorientierten Ansatzes, in: ZfB 1972, S. 601 ff.
- Knorr, E. und Gernhardt, G. (Knorr-Gernhardt, Insolvenzprophylaxe), Zur Bilanz als Instrument der Insolvenzprophylaxe, in: Bilanzpolitik und Bilanztaktik, Schriften zur Unternehmensführung, H. Jacob (Hrsg.), Wiesbaden 1969, S. 69 ff.

- Kofahl, G. (Bilanzierungspolitik), Bilanzierungspolitik, in: WPg 1956, S. 541 ff.
- Kohlenbach, K. (Steuerliche Realisierung stiller Reserven), Steuerliche Realisierung stiller Reserven nach Einbringung eines Personenunternehmens in eine Kapitalgesellschaft, in: DB 1972, S. 1696 ff.
- Kolbe, K. (Geschäftswert), Besteht eine Diskrepanz zwischen der Handelsbilanz und der Steuerbilanz hinsichtlich des Geschäftswertes?, in: DB 1969, S. 845 ff. und S. 892 ff.
- v. Kortzfleisch, G. (Betriebswirtschaftslehre als Wissenschaft), Wissenschaftstheoretische und wissenschaftspolitische Gedanken zum Thema: Betriebswirtschaftslehre als Wissenschaft, in: Wissenschaftsprogramm und Ausbildungsziele der Betriebswirtschaftslehre, Bericht von der wissenschaftlichen Tagung in St. Gallen vom 2. - 5. Juni 1971, Berlin 1971, S. 1 ff.
- Kosiol, E. (Entscheidung, Information und Prognose), Entscheidung, Information und Prognose, in: Betriebswirtschaft und Marktpolitik, Festschrift für R. Seyffert zum 75. Geburtstag, E. Kosiol und E. Sundhoff (Hrsg.), Köln - Opladen 1968, S. 275 ff.
- Kosiol, E. (Organisation der Unternehmung), Organisation der Unternehmung, Wiesbaden 1962
- Krause, W. (Buchwertfortführung), Buchwertfortführung bei Einbringen eines Personenunternehmens in eine Kapitalgesellschaft, in: BB 1973, S. 471 ff.
- Krech, D. und Crutchfield, R.S. (Elements of Psychology), Elements of Psychology, New York 1962
- Kropff, B. (Aktiengesetz), Aktiengesetz 1965, Düsseldorf 1965
- Kuhn, K. (Sacheinlage bei Kapitalgesellschaften), Die Sacheinlage bei Kapitalgesellschaften in betriebswirtschaftlicher Sicht, in: ZfB 1966, S. 647 ff.
- Kuhn, K.-D. (Finanzwirtschaftliche Flexibilität), Die finanzwirtschaftliche Flexibilität der Unternehmung, Diss., München 1970

- Kupsch, P. (Risiko), Das Risiko im Entscheidungsprozeß, Wiesbaden 1973
- Kupsch, P. (Bilanzierung von Rückstellungen), Die Bilanzierung von Rückstellungen im Rahmen der Bilanzpolitik der Unternehmung, unveröffentlichte Habilitationsschrift, München 1973
- Larenz, K. (Richterliche Rechtsschöpfung), Wegweiser zur richterlichen Rechtsschöpfung, in: Festschrift für Arthur Nikisch, Tübingen 1958, S. 275 ff.
- Lausberg, F.-W. (Teilwertansätze in Steuergesetzgebung), Unterschiedliche Teilwertansätze in Steuergesetzgebung sowie in Finanzrechtsprechung und ihre steuersystematischen Konsequenzen, in: DB 1972, S. 2176 ff.
- Leffson, U. (Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung), Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, 2. Aufl., Düsseldorf 1970
- Lindblom, C.E. (Intelligence), The Intelligence of Democracy, New York - London 1965
- Lindblom, C.E. (Muddling Through), The Science of "Muddling Through", in: Readings of Marginal Psychology, H.J. Leavitt und L.R. Pondy (Hrsg.), Chicago - London 1964
- Lipfert, H. (Finanzierungsregeln und Bilanzstrukturen), Finanzierungsregeln und Bilanzstrukturen, in: Finanzierungs-Handbuch, H. Janberg (Hrsg.), Wiesbaden 1964, S. 163 ff.
- Littmann, E. (Steuerliche Maßnahmen), Gesetz über steuerliche Maßnahmen bei Änderung der Unternehmensform - UmwStG 1969 - , in: DStR 1969, S. 521 ff. und S. 587 ff.
- Littmann, E. (Zur Tragweite der neugefaßten §§ 5, 6 EStG), Zur Tragweite der neugefaßten §§ 5, 6 EStG, in: DStR 1969, S. 321 ff.
- Lohnert, F. (Einbringung eines Betriebes), Die Einbringung eines Betriebes, Teilbetriebes oder Mitunternehmeranteils in eine Kapitalgesellschaft, in: BB 1970, S. 253 f.

- Loitlsberger, E. (Determinanten betriebswirtschaftlicher Theorie), Metaökonomische Wertvorstellungen und Rechtsnormen als Determinanten betriebswirtschaftlicher Theorie, in: Wissenschaftsprogramm und Ausbildungsziele der Betriebswirtschaftslehre, Bericht von der wissenschaftlichen Tagung in St. Gallen vom 2. - 5. Juni 1971, G. v. Kortzfleisch (Hrsg.), Berlin 1971, S. 79 ff.
- Loos, G. (Umwandlung des Unternehmens eines Einzelkaufmanns), Umwandlung des Unternehmens eines Einzelkaufmanns auf eine AG (§§ 50 ff. UmwG), in: DB 1973, S. 807 ff.
- Loos, G. (Mißbrauchsklausel), Zur Mißbrauchsklausel des UmwStG 1969, in: DB 1971, S. 543 ff.
- Loos, G. (Betrieb oder Teilbetrieb), Einbringung eines Betriebs oder Teilbetriebs durch eine Personengesellschaft in eine Kapitalgesellschaft gemäß §§ 17 ff. UmwStG, in: BB 1971, S. 304 ff.
- Loos, G. (Betriebseinbringung), Die Betriebseinbringung in eine Kapitalgesellschaft gemäß UmwStG 1969 - Einzelfragen, erläutert an Hand von Beispielen, in: DB 1970, S. 9 ff.
- Loos, G. (Umwandlungssteuergesetz 1969), Umwandlungssteuergesetz 1969, 2. Aufl., Düsseldorf 1969/71.
- Ludewig, R. (Bilanzpolitik), Bilanzpolitik im Rahmen der neuen aktienrechtlichen Bilanzierungsvorschriften, in: NB 1966, S. 49 ff.
- Lücke, W. (Bilanzstrategie), Bilanzstrategie und Bilanztaktik, in: DB 1969, S. 2285 ff.
- Luhmann, N. (Folgen formaler Organisationen), Funktionen und Folgen formaler Organisationen, Berlin 1964
- Maaßen, K. (Maßgeblichkeitsgrundsatz), Gilt der Maßgeblichkeitsgrundsatz (§ 5 EStG) nicht für Bilanzierungswahlrechte? Bemerkungen zum BFH-Beschluß vom 3.2.1969, in: DB 1970, S. 1285 ff.
- Maaßen, K. (Teilwert im Steuerrecht), Der Teilwert im Steuerrecht, Köln - Marienburg 1968

- Maier, K. (Mitbestimmung und betriebliche Partnerschaft), Interdependenzen zwischen Mitbestimmung und betrieblicher Partnerschaft, Diss., München, Drucklegung Berlin 1969
- March, J. G. (Influence), Introduction to the Theory and Measurement of Influence, in: American Political Science Review 1955, S. 431 ff.
- March, J. G. und Simon, H. A. (Organizations), Organizations, New York usw. 1959
- Marettek, A. (Steuerbilanz- und Unternehmenspolitik), Steuerbilanz- und Unternehmenspolitik, Freiburg i. Br. 1971
- Marettek, A. (Betriebliche Steuerbilanzpolitik), Entscheidungsmodell der betrieblichen Steuerbilanzpolitik - unter Berücksichtigung ihrer Stellung im System der Unternehmenspolitik, in: BFuP 1970, S. 7 ff.
- Marx, M. H. und Hillix, W. A. (Systems and Theories), Systems and Theories in Psychology, New York usw. 1963
- Maser, S. (Kommunikationstheorie), Grundlagen der allgemeinen Kommunikationstheorie, Stuttgart usw. 1971
- Mellerowicz, K. (Unternehmenspolitik), Unternehmenspolitik, Band III, Freiburg i. Br. 1964
- Meyer-Arndt, L. (Hundertprozentige Beteiligung), Einbringung einer hundertprozentigen Beteiligung in eine Kapitalgesellschaft, in: BB 1970, S. 840 ff.
- Miller, J. G. (Information Processing System), The Individual as an Information Processing System, in: Information Storage and Neural Control, W. S. Fields and W. Abbott (Hrsg.), Springfield 1963, S. 301 ff.
- Miller, G. A., Galanter, E. und Pribram, K. H. (Plans), Plans and the Structure of Behavior, New York 1960
- Möller, H. (Rationalität), Die Rationalität der wirtschaftlichen Handlungen, in: Jahrbücher für Nationalökonomie, und Statistik, Bd. 156, Jena 1942, S. 241 ff.

- Moxter, A. (Bilanzlehre), Bilanzlehre, Wiesbaden 1974
- Moxter, A. (Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung), Die Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung und der Stand der Bilanztheorie, in: ZfbF 1966, S. 28 ff.
- Moxter, A. (Publizitätsvorschriften), Der Einfluß von Publizitätsvorschriften auf das unternehmerische Verhalten, Köln - Opladen 1962
- Müller, H. P. (Vorschriften des handelsrechtlichen Umwandlungsgesetzes), Einzelfragen zu den neuen Vorschriften des handelsrechtlichen Umwandlungsgesetzes - Umwandlung von Personenhandelsgesellschaften und Einzelfirmen in Kapitalgesellschaften, in: WPg 1969, S. 590 ff.
- Munn, N. L. (Conditioning), Conditioning, in: Readings in Organizational Behavior and Human Performance, L. L. Cummings und W. E. Scott (Hrsg.), Homewood, Ill., 1969, S. 117 ff.
- Mutze, O. (Bilanzen), Bilanzen und Bilanzstichtage bei Umwandlung, Verschmelzung und Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln, in: BB 1969, S. 1055 ff.
- Neth, M. (Herstellungskosten), Die Berechnung der Herstellungskosten als bilanzpolitisches Mittel, Düsseldorf 1971
- Newcomb, T. M. (Communicative Acts), An Approach to the Study of Communicative Acts, in: Psychological Review 1953, S. 393 ff.
- Newell, A., Simon, H. A. und Shaw, J. C. (Human Problem Solving), Elements of a Theory of Human Problem Solving, in: Readings in the Psychology of Cognition, R. C. Anderson und D. P. Ausubel (Hrsg.), New York usw. 1965, S. 133 ff.
- Nicklisch, H. (Wirtschaftliche Betriebslehre), Wirtschaftliche Betriebslehre, 6. Aufl., Stuttgart 1922
- Nolte, M. (Anerkennung zivilrechtlicher Vereinbarungen), Zur steuerlichen Anerkennung zivilrechtlicher Vereinbarungen, in: DB 1972, S. 356 ff.

- Oettle, K. (Kaufmännische und öffentliche Jahresbilanzen), Kaufmännische und öffentliche Jahresbilanzen - Inhalt und Ergänzungsbedürftigkeit, in: Aktuelle Probleme der Datenverarbeitung und Bilanzierung, W. Kresse (Hrsg.), Stuttgart 1971, S. 177 ff.
- Osgood, C. E. und Tannenbaum, P. H. (Principle of Congruity), The Principle of Congruity in the Prediction of Attitude Change, in: Psychological Review 1955, S. 42 ff.
- Pareto, V. (Traité de Sociologie Générale), Traité de Sociologie Générale, Vol. I, Lausanne - Paris 1917
- Peak, H. (Attitude and Motivation), Attitude and Motivation, in: Readings in Organizational Behavior and Human Performance, L. L. Cummings und W. E. Scott (Hrsg.), Homewood, Ill., 1969, S. 159 ff.
- Pfohl, H. -C. (Entscheidungsregeln), Zur Problematik von Entscheidungsregeln, in: ZfB 1972, S. 305 ff.
- Picot, A. (Experimentelle Organisationsforschung), Grundlagen experimenteller Organisationsforschung - Ein wissenschafts- und methodentheoretischer Beitrag zur experimentellen Betriebswirtschaftslehre, Diss., München 1972
- Pougin, E. (Bilanzpolitik), Bilanzpolitik, in: Bilanzpolitik und Bilanztaktik, Schriften zur Unternehmensführung, Bd. 10, H. Jacob (Hrsg.), Wiesbaden 1969, S. 5 ff.
- Raffée, H. et al. (Kognitive Dissonanz), Theorie der kognitiven Dissonanz und Konsumgüter-Marketing, Wiesbaden 1973
- Rau, H. G. (Berücksichtigung der Vermögensabgabe), Berücksichtigung der Vermögensabgabe bei Änderung der Unternehmensform, in: DB 1969, S. 455 ff.
- Rau, H. G. (Umwandlungs-Steuer-gesetz 1969), Das Umwandlungs-Steuer-gesetz 1969, in: DB 1969, S. 1421 ff.
- Rau, H. G. Vortrag auf einer Arbeits- und Diskussionstagung der Arbeitsgemeinschaft der Fachanwälte für Steuerrecht e. V. in Düsseldorf vom 26. - 28. 11. 1969, zitiert nach Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht

- Rau, H.G. (Anteile an der aufnehmenden Gesellschaft), Einbringung eines Betriebes in eine Kapitalgesellschaft - Anteile an der aufnehmenden Gesellschaft, in: DB 1968, S. 1882 f.
- Reichwald, R. (Menschliche Arbeit), Die menschliche Arbeit in der betriebswirtschaftlichen Produktionstheorie - Eine methodologische Analyse, Diss., München 1973
- Rieger, W. (Privatwirtschaftslehre), Einführung in die Privatwirtschaftslehre, unveränderte Neuauflage, Nürnberg 1959
- Rokeach, M. (Attitudes), Attitudes: The Nature of, in: International Encyclopedia of the Social Sciences, Bd. 1, New York 1968, S. 452 ff.
- Rühli, E. (Unternehmungsführung und Unternehmungspolitik), Unternehmungsführung und Unternehmungspolitik 1, Bern - Stuttgart 1973
- Saage, G. (Veränderte Grundlagen), Veränderte Grundlagen der Gewinnermittlung nach Handels- und Steuerrecht, in: DB 1969, S. 1661 ff. und S. 1709 ff.
- Saage, G. (Führung und Verantwortung), Führung und Verantwortung nach dem neuen Aktienrecht, in: NB 1966, S. 35 ff.
- Sanders, A. F. (Psychologie der Informationsverarbeitung), Psychologie der Informationsverarbeitung, Bern usw. 1971
- Sandig, C. (Bilanzpolitik), Bilanzpolitik, in: HdR 1970, Sp. 231 ff.
- Sandig, C. (Betriebswirtschaftspolitik), Betriebswirtschaftspolitik, 2. Aufl., Stuttgart 1966
- Schanz, G. (Betriebswirtschaftslehre als "praktisch-normative" Disziplin), Wider das Selbstverständnis der Betriebswirtschaftslehre als "praktisch-normative" Disziplin, in: ZfB 1973, S. 585 ff.
- Schanz, G. (Wertfreiheit in der Betriebswirtschaftslehre), Zum Prinzip der Wertfreiheit in der Betriebswirtschaftslehre: Wissenschaftstheoretische Anmerkungen zu Erich Loitlsbergers Plädoyer für eine normative Wissenschaft, in: ZfbF 1972, S. 379 ff.

- Scheffler, E. (Steuerbilanztaktik), Steuerbilanztaktik, Bilanz-taktische Möglichkeiten in der Steuerbilanz, in: Bilanzpolitik und Bilanztaktik, Schriften zur Unternehmenseführung, Bd. 10, H. Jacob (Hrsg.), Wiesbaden 1969, S. 47 ff.
- Scherpf, P. (Beurteilung neuer Teilwertvorschläge), Über die Auswahl geeigneter Kriterien zur Beurteilung neuer Teilwertvorschläge, in: Steuerlast und Unternehmungspolitik, K. Oettle et al. (Hrsg.), Stuttgart 1971, S. 75 ff.
- Scherpf, P. (Aktienrechtliche Rechnungslegung), Die aktienrechtliche Rechnungslegung und Prüfung, Köln 1967
- Scherpf, P. und Reich, W. (Scherpf-Reich, Wechsel der Unternehmensform), Wahlrechte beim Wechsel der Unternehmensform - ein Beitrag zur entscheidungsorientierten Steuerpolitik der Unternehmung, in: Festschrift für Oskar Möhring zum 70. Geburtstag, R. Beisswinger et al. (Hrsg.), München 1973, S. 133 ff.
- Scherrer, G. (Ausweitung der Rechnungslegungspublizität), Die Ausweitung der Rechnungslegungspublizität auf alle Großunternehmen, Diss., München 1968
- Schleicher, R. (Gewinnrealisierung), Zur Gewinnrealisierung nach § 17 UmwStG - Leistung anderer Wirtschaftsgüter-, in: DB 1972, S. 1503 ff.
- Schlegelberger, F. und Quassowski, L. (Schlegelberger-Quassowski, Aktiengesetz), Aktiengesetz vom 30.1.1937, Kommentar, Berlin 1937
- Schmalenbach, E. (Beteiligungsfinanzierung), Beteiligungsfinanzierung, 9. Aufl., Köln - Opladen 1966
- Schmidt, R.-B. (Wirtschaftslehre), Wirtschaftslehre der Unternehmung, Stuttgart 1969
- Schneider, D. (Sieben Thesen zum Verhältnis von Handels- und Steuerbilanz), Sieben Thesen zum Verhältnis von Handels- und Steuerbilanz, in: DB 1970, S. 1697 ff.
- Schneider, D. (Bilanztheorien), Bilanztheorien, neuere Ansätze, in: HdR 1970, Sp. 260 ff.

- Schneider, D. (Betriebswirtschaftliche Teilwertlehren), Die Problematik betriebswirtschaftlicher Teilwertlehren, in: WPg 1969, S. 305 ff.
- Schneider, E. und Schlaus, W. (Schneider-Schlaus, Umwandlungsrecht), Das neue Umwandlungsrecht, in: DB 1969, S. 2213 ff. und S. 2261 ff.
- Schreiber, R. (Erkenntniswert betriebswirtschaftlicher Theorien), Erkenntniswert betriebswirtschaftlicher Theorien - Einführung in die Methodik der Betriebswirtschaftslehre, Wiesbaden 1960
- Schreier, F. (Interpretation der Gesetze), Die Interpretation der Gesetze und Rechtsgeschäfte, Leipzig - Wien 1927
- Schubert, W. (Betriebswirtschaftliche Überlegungen), Betriebswirtschaftliche Überlegungen zum Ausweis und zur Verwendung von Gewinn nach dem neuen Aktienrecht, in: ZfB 1965, S. 818 ff.
- Schweitzer, M. (Struktur und Funktion der Bilanz), Struktur und Funktion der Bilanz - Grundlagen der betriebswirtschaftlichen Bilanz in methodologischer und entscheidungstheoretischer Sicht, Berlin 1972
- Schwendy, K. (Gleichheitssatz), Der Gleichheitssatz in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Steuergesetzgebung, in: DB 1971, S. 1681 ff.
- Secord, P. F. und Backman, C. W. (Social Psychology), Social Psychology, New York usw. 1971
- Seicht, G. (Kapitaltheoretische Bilanz), Die kapitaltheoretische Bilanz und die Entwicklung der Bilanztheorien, Berlin 1970
- Seishab, H. und Schwantag, K. (Hrsg.) (Seishab-Schwantag, Teilwert), Teilwert, in: HdB, Band III, 3. Aufl., Stuttgart 1960, Sp. 5392 ff.
- Sherif, M. (Intergroup Relations), Intergroup Relations and Leadership, New York 1962
- Sherif, M. und Sherif, C. W. (Social Psychology), Social Psychology, New York - Tokio 1969

- Shubik, M. (Theories of Decision Making), Studies and Theories of Decision Making, in: Management: A Decision-Making Approach, S. Young (Hrsg.), Belmont, C., 1968, S. 7 ff.
- Sieben, G. und Haase, K.D. (Sieben-Haase, Jahresabschlußrechnung), Die Jahresabschlußrechnung als Informations- und Entscheidungsrechnung, in: WPg 1971, S. 53 ff. und S. 79 ff.
- Sigloch, J. (Unternehmenswachstum durch Fusion), Unternehmenswachstum durch Fusion - Grundlagen einer Erklärung und Beurteilung des Unternehmenswachstums durch Fusion, Berlin 1974
- Simon, H.A. (Behavioral Model), A Behavioral Model of Rational Choice, in: Organizational Decision Making, M. Alexis und Ch. Wilson (Hrsg.), Englewood Cliffs, N.J., 1967, S. 174 ff.
- Simon, H.A. (Organizational Goal), On the Concept of Organizational Goal, in: Administrative Science Quarterly 1964/65, S. 1 ff.
- Simon, H.A. (Administrative Behavior), Administrative Behavior, 2. Aufl., New York 1957
- Simon, H.A. (Models of Man), Models of Man, New York 1957
- Simon, H.A., Smithburg, D.W. und Thompson, V.A. (Public Administration), Public Administration, New York 1950
- Speich, G. (Zweifelsfragen der Gewinnverwirklichung), Aktuelle Zweifelsfragen der Gewinnverwirklichung, in: DB 1969, S. 2103 ff.
- Spitaler, A. (Steuerrechtliche Auslegungslehre), Beiträge zur steuerrechtlichen Auslegungslehre, in: Steuerberater-Jahrbuch 1956/57, S. 105 ff.
- Spitaler, A. (Grenzen der Auslegung), Grenzen der Auslegung im Steuerrecht, in: BB 1956, S. 7 ff.
- Spitaler, A. (Geist des Steuerverfahrens), Geist des Steuerverfahrens, in: Steuerberater-Jahrbuch 1954/55, S. 441 ff.

- Stegmüller, W. (Hauptströmungen der Gegenwartsphilosophie), Hauptströmungen der Gegenwartsphilosophie, Stuttgart 1960
- Steinmann, H. (Publizitätszweck in Europäischen Aktienrechten), Über den Publizitätszweck in Europäischen Aktienrechten, in: Die AG 1966, S. 187 ff.
- Stützel, W. (Bemerkungen zur Bilanztheorie), Bemerkungen zur Bilanztheorie, in: ZfB 1967, S. 315 ff.
- Stützel, W. (Entscheidungstheoretische Elementarkategorien), Entscheidungstheoretische Elementarkategorien als Grundlage einer Begegnung von Wirtschaftswissenschaft und Rechtswissenschaft, in: ZfB 1966, S. 787 ff.
- Szyperski, N. und Winand, U. (Szyperski-Winand, Entscheidungstheorie), Entscheidungstheorie, Stuttgart 1974
- Taylor, D.W. (Decision Making), Decision Making and Problem Solving, in: Handbook of Organizations, J.G. March (Hrsg.), Chicago 1965, S. 46 ff.
- Thiel, R. (Bilanzierungsnormen), Die Bilanzierungsnormen des Aktienrechts und ihre Bedeutung für die Steuerbilanz, in: Steuerberater-Jahrbuch 1969/70, S. 254 ff.
- Thiel, R. (Rechtsfigur der AG und Co oder GmbH und Co), Die Umwandlung einer Personengesellschaft in eine Kapitalgesellschaft unter besonderer Berücksichtigung der Verwendung der Rechtsfigur der AG und Co oder der GmbH und Co, in: WPg 1966, S. 11 ff. und S. 41 ff.
- Thiel, R. (Bewertung von Sacheinlagen), Handelsrechtliche und steuerrechtliche Bewertung von Sacheinlagen bei der Kapitalgesellschaft, in: DB 1960, S. 300 ff. und S. 334 ff.
- Thiele, L.D. (Konflikte), Konflikte im Entscheidungsprozeß der Unternehmungsorganisation, Diss., München 1968

- Uelner, A. (Betriebseinbringung), Betriebseinbringung in eine Kapitalgesellschaft bei Betriebsaufspaltung und Betriebsverpachtung, in: DB 1970, S. 2048 ff.
- Uelner, A. (Änderung der Unternehmensform), Änderung der Unternehmensform, Veröffentlichung einer Vortragsreihe (Bundeskammer der Steuerbevollmächtigten), Bonn 1969, S. 57 ff.
- Veith, H.-J. und Börnstein, U. (Veith-Börnstein, Umwandlungsgesetz und Umwandlungs-Steuer-gesetz 1958), Umwandlungsgesetz und Umwandlungs-Steuer-gesetz 1958, Kommentar, München - Berlin 1958
- Vogt, F.J. (Bilanztaktik), Bilanztaktik, 6. Aufl., Heidelberg 1963
- v. Wallis, H. (Grundzüge und Tendenzen der Rechtsprechung), Grundzüge und Tendenzen der Rechtsprechung zur Ertragsbesteuerung von Gesellschaften, in: Steuerberater-Jahrbuch 1973/74, S. 85 ff.
- v. Wallis, H. (Umwandlung von Personengesellschaften), Die Umwandlung von Personengesellschaften in Kapitalgesellschaften, in: StuW 1970, Sp. 465 ff.
- v. Wallis, H. (Einbringung eines Personenunternehmens), Steuerfragen bei der Einbringung eines Personenunternehmens in eine Kapitalgesellschaft, in: BB 1968, S. 1477 ff.
- Walton, R.E. und McKersie, R.B. (Behavioral Theory), A Behavioral Theory of Labor Negotiations: An Analysis of a Social Interaction System, New York - London 1965
- Watson, J.B. (Behaviorism), Behaviorism, New York 1925
- Weber, K. (Dividendenpolitik), Dividendenpolitik, Zürich 1955
- Weber, M. (Wirtschaft und Gesellschaft), Wirtschaft und Gesellschaft, I. Halbband, 4. Aufl., Tübingen 1956
- Weisser, K.-F. (Gewinn der Aktiengesellschaft), Der Gewinn der Aktiengesellschaft im Spannungsfeld zwischen Gesellschaft und Aktionären, Berlin 1962

- Widmann, S. und
Mayer, R. (Widmann-Mayer, Umwandlungsrecht), Umwandlungsrecht, Kommentar zur Umwandlung von Unternehmungen nach neuestem Handels- und Steuerrecht, Bonn 1970
- Wild, B. (Interessen bei unternehmerischen Entscheidungen), Infiltrations- und Durchsetzungsmöglichkeiten von Interessen bei unternehmerischen Entscheidungen, Diss., Mannheim 1967
- Wöhe, G. (Allgemeine Betriebswirtschaftslehre), Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 11. Aufl., München 1973
- Wöhe, G. (Bilanzierung), Bilanzierung und Bilanzpolitik, 2. Aufl., München 1972
- Würdinger, H. (Änderung der Unternehmensform), Steuererleichterungen bei Änderung der Unternehmensform und bei Organschaft, Berlin 1969
- Würdinger, R. (Sacheinlage unter dem Teilwert), Die Problematik einer Übernahme der Sacheinlage unter dem Teilwert, in: StuW 1970, S. 255 ff.
- v. Wysocki, K. (Betriebswirtschaftliches Prüfungswesen), Grundlagen des betriebswirtschaftlichen Prüfungswesens, München 1973
- v. Wysocki, K. (Finanzkongruenz), Das Postulat der Finanzkongruenz als Spielregel, Stuttgart 1962
- Zajonc, R.B. (Balance, Congruity and Dissonance), The Concepts of Balance, Congruity and Dissonance, in: Readings in Organizational Behavior and Human Performance, L. L. Cummings und W. E. Scott (Hrsg.), Homewood, Ill. 1969, S. 167 ff.
- Zaleznik, A. (Interpersonal Relations), Interpersonal Relations in Organizations, in: Handbook of Organizations, J. G. March (Hrsg.), Chicago 1965, S. 574 ff.
- Zitzlaff (Auslegung der Steuergesetze), Bei Auslegung der Steuergesetze ist ihr Zweck zu berücksichtigen, in: DStZ 1953, S. 349 f.

2. Sonstige Quellen:

OFD - Kiel, Verfügung v. 20. 5. 1958, - S 2526 A - St 12/122, in: DB 1958, S. 640

FinMin NRW, Gemeinsamer Ländererlaß v. 25. 6. 1959, - S 1939 - 1949/59
VB - 1, BStBl 1959 II, S. 77 ff.

OFD - Düsseldorf, Verfügung v. 9. 5. 1960, - S 2529/2540 A - St 13 H - , in:
DB 1960, S. 564

FinMin NRW, Erlaß v. 28. 12. 1964, - S 2151/ S 2150, in: DB 1965, S. 11 ff.

OFD - Düsseldorf, Verfügung v. 20. 3. 1969, - S 2706 A - St 13 H - , in: WPg
1969, S. 265

Schreiben des BdF v. 20. 7. 1970, IV B/5 - S 1978 - 26/70, IV B/2 - S 1909 -
9/70, BStBl 1970 II, S. 922

Schreiben des BdF v. 12. 2. 1970, IV B/2 - S 1987 - 9/70, BStBl 1970 I,
S. 226 ff.

Schreiben des BMWF v. 18. 8. 1971, - F/IV B 2 - S 1915 - 73/71, in: DB
1971, S. 1641

Schreiben des BMWF v. 14. 12. 1971, - F/IV B 2 - S 1909 - 30/71, BStBl
1971 I, S. 649

Schreiben des BMWF v. 2. 3. 1972, - F/IV B 2 - S 1909 - 9/72, in: BB 1972,
S. 396

3. Urteilsregister:

Reichsfinanzhof

	Datum	Aktenzeichen	Fundstelle
RFH-Urteil	v. 14. 12. 1926,	IV A 885/26,	RStBl 1927, S. 85
" "	v. 30. 11. 1927,	IV A 687/27,	RStBl 1928, S. 92
" "	v. 24. 3. 1931,	I A 235/30,	RStBl 1931, S. 304
" "	v. 9. 5. 1933,	VI A 434/30,	RStBl 1933, S. 999
" "	v. 21. 6. 1933,	II A 2110/31,	StuW Nr. 657

	Datum	Aktenzeichen	Fundstelle
RFH-Urteil	v. 31.10.1934,	VI A 848/33,	Mrozek-Kartei § 16 Abs. 1 Ziff. 1 EStG 34 R 18
RFH-Bescheid	v. 12. 4.1934,	VI 1559/32,	RStBl 1934, S. 838
RFH-Urteil	v. 6. 3.1935,		StuW Nr. 288
" "	v. 10.12.1935,	I A 219/35,	RStBl 1936, S. 417
" "	v. 6. 5.1936,	VI A 128/35,	RStBl 1936, S. 849
" "	v. 18.10.1938,	I 290/38,	RStBl 1938, S. 1107
" "	v. 7.12.1938,	IV 715/38,	RStBl 1939, S. 258
" "	v. 14. 1.1942,	VI 129/41,	RStBl 1942, S. 314

Bundesfinanzhof

	Datum	Aktenzeichen	Fundstelle
BFH-Urteil	v. 5.12.1950,	II 35/50	U, BStBl 1951 III, S. 35
" "	v. 15. 5.1952,	IV 469/51	U, BStBl 1952 III, S. 169
" "	v. 12. 1.1953,	IV 365/52	U, BStBl 1953 III, S. 58
" "	v. 16. 4.1953,	IV 206/52	, BStBl 1953 III, S. 166
" "	v. 4. 2.1954,	IV 347/53	S, BStBl 1954 III, S. 112
" "	v. 9. 9.1954,	IV 574/53	U, BStBl 1954 III, S. 317
" "	v. 26. 1.1956,	IV 566/54	, BStBl 1956 III, S. 113
" "	v. 14. 2.1956,	I 84/55	U, BStBl 1956 III, S. 106
" "	v. 8.10.1957,	I 86/57	U, BStBl 1957 III, S. 442
" "	v. 24. 3.1959,	I 205/57	U, BStBl 1959 III, S. 289
" "	v. 28. 7.1960,	IV 27/59	U, BStBl 1960 III, S. 403
" "	v. 8.11.1960,	I 131/59	S, BStBl 1960 III, S. 513
" "	v. 10.11.1960,	IV 62/60	U, BStBl 1961 III, S. 95
" "	v. 21. 3.1961,	I 249/60	, StRK § 15 EStG R 246
" "	v. 6. 2.1962,	I 197/61	S, BStBl 1962 III, S. 190
" "	v. 28. 9.1962,	III 372/59	, BStBl 1962 III, S. 510
" "	v. 13.11.1963,	Gr. S. 1/63	S, BStBl 1964 III, S. 124
" "	v. 18. 3.1964,	IV 114/61	S, BStBl 1964 II, S. 303

	Datum	Aktenzeichen	Fundstelle
BFH-Urteil	v. 16. 7.1964, IV	377/62 U,	BStBl 1964 III, S. 622
" "	v. 28.10.1964, VI	102/64 ,	BStBl 1965 III, S. 88
" "	v. 22. 6.1965, I	405/61 U,	BStBl 1965 III, S. 482
" "	v. 13. 7.1965, I	167/59 U,	BStBl 1965 III, S. 640
" "	v. 4.11.1965, IV	411/61 U,	BStBl 1966 III, S. 49
" "	v. 4.10.1966, I	1/64 ,	BStBl 1966 III, S. 690
" "	v. 16. 2.1967, IV R	62/66 ,	BStBl 1967 III, S. 222
" "	v. 24. 1.1968, I	76/64 ,	BStBl 1968 III, S. 354
" "	v. 4. 4.1968, IV R	122/66 ,	BStBl 1968 II, S. 580
" "	v. 3. 2.1969, Gr. S.	2/68 ,	BStBl 1969 III, S. 291
" "	v. 27. 3.1969, IV R	113/68 ,	BStBl 1969 II, S. 464
" "	v. 24. 4.1969, IV R	202/68 ,	BStBl 1969 II, S. 397
" "	v. 24. 6.1969, I	201/64, ,	BStBl 1970 II, S. 17
" "	v. 9.10.1969, IV	294/64 ,	BStBl 1970 II, S. 320
" "	v. 18. 2.1970, I R	12/67 ,	BStBl 1970 II, S. 526
" "	v. 24. 9.1970, IV R	138/69 ,	BStBl 1971 II, S. 89
BFH-Tauschgutachten	v. 16.12.1958, I D	1/57 S,	BStBl 1959 III, S. 30

Sonstige Urteile

	Datum	Aktenzeichen	Fundstelle
BGH-Urteil	v. 24. 1.1957, II ZR	208/55,	BGHZ 23, S. 150
" "	v. 10.11.1958, II	3/57,	BGHZ 28, S. 314
" "	v. 27. 2.1961, II	292/59,	BGHZ 34, S. 324
BVerfG-Beschluß	v. 14.1.1969, 1 BvR	136/62,	BStBl 1969 II, S. 389
LG-Köln, Beschluß	v. 26.2.1959, 24 I	6/58, in:	BB 1959, S. 1081 ff.

Lebenslauf

Walter Reich, geboren am 17. März 1943 in Freiburg i. Br. als Sohn des Kaufmanns Josef Reich und seiner Gattin Rosa, geborene Mack.

- | | |
|-------------|--|
| 1949 - 1954 | Besuch der Volksschule in Waldkirch i. Br. |
| 1954 - 1960 | Besuch des Progymnasiums in Waldkirch i. Br. |
| 1960 - 1963 | Banklehre bei der Bezirkssparkasse Waldkirch i. Br. |
| 1963 - 1966 | Besuch des Wirtschaftsgymnasiums in Freiburg i. Br.;
Abschluß Reifeprüfung |
| 1966 - 1967 | Studium an der Staatswirtschaftlichen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i. Br. |
| 1967 - 1970 | Studium an der Staatswirtschaftlichen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München;
Examen: Diplomprüfung für Volkswirte |
| 1971 - 1972 | Revisionsassistent bei der Münchener Revisions- und Treuhand AG, München |
| 1970 - 1974 | Anfertigung der Dissertation und Promotionsstudium |

Verheiratet seit dem 11. Juni 1969 mit Helga Reich, geborene Weismann,
Kinder: Michael und Annette.

